

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für lokale Behörden zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVOSENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES KODEX DER LOKALEN DEMOKRATIE
UND DER DEZENTRALISIERUNG UND DES GEMEINDEDEKRETS VOM 23. APRIL 2018**

INHALTSANGABE

Der Dekretentwurf beinhaltet Bestimmungen zu zwei Themen im Bereich der lokalen Behörden. Zum einen werden verschiedene Änderungen im Bereich der Gemeindewahlen vorgenommen und zum anderen gewisse Bestimmungen zur Organisation der Sitzungen der Verwaltungsorgane der untergeordneten Behörden im Hinblick auf das Abhalten elektronischer oder hybrider Sitzungen abgeändert.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln.....	6
Vorentwurf	42

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Kommunale und intrakommunale Wahlen

Am 13. Oktober 2024 finden die zweiten von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Gemeinderatswahlen statt. Der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde zum 1. Januar 2015 in Anwendung des Artikels 139 der belgischen Verfassung die Zuständigkeit für die Wahl der kommunalen und intrakommunalen Organe, einschließlich der Kontrolle der damit verbundenen Wahlausgaben und der Herkunft der dafür verwendeten Gelder, von der Wallonischen Region übertragen¹. Für die Organisation der Provinzialratswahlen auf dem deutschen Sprachgebiet bleibt weiterhin die Wallonische Region zuständig.

Zudem ist die Wallonische Region für die Regelung der Wahlausgaben zuständig. Diese Zuständigkeit wurde ihr durch das Sondergesetz vom 30. Juli 2018 zur Abänderung hinsichtlich der Wahlausgaben für die Lokalwahlen von Artikel 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen übertragen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat bereits am 17. März 2021 im Rahmen einer Arbeitssitzung mit der Wallonischen Region ihren Wunsch geäußert, diese regionale Zuständigkeit aufgrund von Artikel 139 der belgischen Verfassung auszuüben. Eine eventuelle Übertragung wird mittels zwei gleichlautender Dekrete geregelt werden müssen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist zurzeit also ausschließlich für die Organisation der Wahl der kommunalen und intrakommunalen Organe sowie für die Kontrolle der Wahlausgaben und der Herkunft der dafür verwendeten Gelder zuständig, aber nicht für die Regelung der Wahlausgaben.

Seitdem die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Organisation der Gemeinderatswahlen zuständig ist, verfügen die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Wallonische Region jeweils über eine eigene Fassung des vierten Teils des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, hiernach „Kodex“ genannt.

Gemäß Artikel L4111-2 des Kodex finden die Gemeinde- und Provinzialwahlen am selben Tag statt. Auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden also an einem Tag zwei Wahlen von zwei verschiedenen Behörden mit unterschiedlichen Rechtsvorschriften organisiert. Die Wallonische Region hatte sich im Vorfeld der Wahlen von 2018 für eine Papierwahl entschieden, die Deutschsprachige Gemeinschaft für elektronische Wahlen. Diese Entscheidung hätte dazu geführt, dass am gleichen Tag auf dem deutschen Sprachgebiet für die Wahloperatoren und Wähler zwei unterschiedliche Wahlsysteme zu benutzen gewesen wären, was zu zahlreichen Fragen hinsichtlich der Umsetzung und Machbarkeit geführt hätte.

Um diese schwer vertretbare Situation zu vermeiden, einigte man sich auf Anfrage des Provinzialrats Lüttich im Mai 2016 auf ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung für das deutsche Sprachgebiet, das sowohl für die Provinzial- als auch für die Gemeinderatswahlen eingesetzt werden sollte. Der Staatsrat hat in seinem Gutachten Nr. 59.365/4 vom 30. Mai 2016 über den Dekretvorentwurf der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Kodex in Bezug auf die Gemeinderatswahlen hervorgehoben, dass weder

¹ Artikel 1 Nummer 1.1 des Dekrets vom 1. Juni 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014. Durch das Sondergesetz vom 30. Juli 2018 wurde der Wallonischen Region die Zuständigkeit zur Regelung der Wahlausgaben übertragen und diese kann somit die Werte der Wahlausgaben bestimmen. Der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde diese Zuständigkeit nicht übertragen und sie ist aus diesem Grund – zumindest solange dieser Aspekt nicht via Artikel 139 der Verfassung „durchgereicht“ wird – an die Vorgaben der Wallonischen Region gebunden.

die Deutschsprachige Gemeinschaft noch die Wallonische Region einseitig das Wahlsystem im deutschen Sprachgebiet bestimmen darf. Daraufhin wurde das Zusammenarbeitsabkommen vom 13. Juli 2018 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet ausgearbeitet, um die Modalitäten der Durchführung der Wahlen und des Wahlsystems für die Lokalwahlen im deutschen Sprachgebiet zu regeln.

Um das Abkommen kurz zu halten, wurde mit Verweisen auf die Bestimmungen des Kodex gearbeitet, statt diese wortwörtlich zu übernehmen. Deswegen war es umso wichtiger, dass beide Fassungen des Kodex, zumindest für die gemeinsamen Bestimmungen, die die Provinzial- und Gemeinderatswahlen betreffen oder beeinflussen, vergleichbar blieben, was wiederum eine enge Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region für die gemeinsame Organisation der Lokalwahlen auf dem deutschen Sprachgebiet erforderlich machte.

Für die anstehenden Wahlen haben sich die Wallonische Region weiterhin für Papierwahlen und die Deutschsprachige Gemeinschaft für elektronische Wahlen entschieden. Um auch wieder am 13. Oktober 2024 auf dem deutschen Sprachgebiet elektronische Wahlen sowohl für die Provinzial- als für die Gemeinderatswahlen zu ermöglichen, einigte man sich in einer Arbeitssitzung vom 17. März 2021 darauf, die gleiche Vorgehensweise wie für die Wahlen von 2018 beizubehalten und somit das Zusammenarbeitsabkommen zu erneuern.

Um die Lesbarkeit des Zusammenarbeitsabkommens zu gewährleisten und die Verständlichkeit und Benutzung durch die Wähler und Wahloperatoren zu garantieren, ist es erneut wichtig, die Kohärenz der beiden Fassungen des Kodex sicherzustellen und die Bestimmungen, die die gemeinsame Organisation der Wahlen betreffen, in beiden Fassungen relativ gleich zu gestalten.

Der vorliegende Dekretentwurf hat zum Ziel, den Abänderungen der Wallonischen Region zum vierten Teil Buch I des Kodex Rechnung zu tragen, die durch den entsprechenden Dekretentwurf im Wallonischen Parlament eingereicht wurden, um die Kohärenz der Bestimmungen, die die gemeinsame Organisation der Wahlen betreffen oder beeinflussen, mit der Fassung der Deutschsprachigen Gemeinschaft des Kodex zu gewährleisten. Zudem wird mit dem Dekretentwurf darauf abgezielt, den Kodex in bestimmten Punkten zu vereinfachen und zu verdeutlichen und den Wahlvorgang zu dematerialisieren. Durch die in Buch I vorgenommenen Änderungen wird ebenfalls das Buch II angepasst, um die Kohärenz mit dem Inhalt des Zusammenarbeitsabkommens zu gewährleisten, damit die Verständlichkeit durch die Wähler und Wahloperatoren garantiert wird und die Vorgehensweise bei der Wahl identisch bleibt.

Sitzungen der Verwaltungsorgane der untergeordneten Behörden

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie (COVID-19) im März 2020 wurden in Belgien Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Durch die zum damaligen Zeitpunkt vom Föderalstaat getroffenen Maßnahmen zur sozialen Distanzierung und zur Ausgangssperre war es für die lokalen Verwaltungsorgane während eines gewissen Zeitraums nicht immer möglich, physisch und gegebenenfalls öffentlich zu tagen. Die gesetzlichen Grundlagen sahen zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pandemie jedoch keine alternativen Möglichkeiten zu den physischen Sitzungen vor.

Die für lokale Behörden zuständigen Regierungen mussten demnach im Jahr 2020 Entscheidungen in kurzer Zeit treffen, damit der öffentliche Dienst der untergeordneten Behörden aufrechterhalten werden konnte. Dies wurde unterschiedlich anhand von Dekreten,

Sondervollmachterlassen, Leitfäden und Rundschreiben gehandhabt. Die getroffenen Entscheidungen ähnelten sich jedoch größtenteils von einer Regierung zur anderen.

Um die Handhabung in einer zukünftigen Krisensituation, in der physische Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane nicht möglich sein sollten, zu erleichtern, haben die Regionen mittlerweile jeweils eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Diese Dekrete, bzw. Ordonnanz in Brüssel, ermöglichen es den lokalen Verwaltungsorganen, in gewissen Situationen und unter Einhaltung von bestimmten Bedingungen digitale und hybride (physisch und digital) Sitzungen abzuhalten. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat noch keine solche langfristige Lösung.

Der vorliegende Dekretentwurf hat zum Ziel, durch Abänderungen gewisser Bestimmungen des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 und des Kodex der Organisation von virtuellen und hybriden Sitzungen des Gemeinderats, der Ausschüsse, der Beiräte, des Kollegiums, der Autonomen Gemeinderegion und der Interkommunale einen dekretalen Rahmen zu geben. So soll ermöglicht werden, in einer Krise, in der physische Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane nicht möglich sein sollten, effizienter und schneller handeln zu können, um die Kontinuität der Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane zu gewährleisten. Zudem werden die Bestimmungen ziemlich breit gefasst gehalten, um den lokalen Verwaltungsorganen eine gewisse Autonomie zu gewähren und auch außerhalb einer Krisensituation eine alternative Sitzungsmöglichkeit zu erlauben.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Der Artikel ändert den Artikel L1523-10 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 2 präzisiert, dass die Versammlungen der Organe der Interkommunale in der Regel in Präsenzform stattfinden, so wie dies bereits der Fall ist. Diese Präzisierung wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Paragraphen 3 vorgenommen, mit dem festgelegt wird, dass die Versammlungen unter gewissen Umständen und Bedingungen per Videokonferenz oder teils in Präsenzform und teils per Videokonferenz stattfinden dürfen. Ziel ist es, den Interkommunalen eine gewisse Autonomie für die Auswahl der Sitzungsform zu gewähren und die Lehren aus der Coronakrise zu ziehen, um in einer potenziellen folgenden Krisensituation die Kontinuität der Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane gewährleisten zu können.

Der Gedanke hinter den virtuellen und hybriden Sitzungen der Interkommunalen unter außergewöhnlichen Umständen bzw. in 20% der jährlichen Sitzungen ist der gleiche wie der in Artikel 133 des vorliegenden Dekretentwurfs erwähnte Grund.

Die Regierung soll anhand eines Erlasses die Mindestvoraussetzungen für die virtuellen und hybriden Sitzungen festlegen können.

Die Anwendungsmodalitäten der Sitzungsformen werden in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L1523-14 durch die Geschäftsordnung geregelt.

Artikel 2

Der Artikel ändert den Artikel L1523-14 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L1223-10 zwei weitere Inhalte hinzugefügt, die in der Geschäftsordnung der Interkommunalen geregelt werden müssen, um den Interkommunalen eine gewisse Autonomie für die Organisation und Festlegung der Modalitäten der virtuellen und hybriden Sitzungen zu gewähren.

Artikel 3

Der Artikel ändert den Artikel L4112-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden legistische und terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz des Buchs I von Teil vier des Kodex zu gewährleisten.

Artikel 4

Der Artikel ändert den Artikel L4112-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in den Paragraphen 3 und 4 der Ausdruck „Wahlregister“ gestrichen, um Klarheit in den Begriffen zu schaffen, indem jedem Register ein einziger eindeutiger Begriff zugeordnet wird.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraph 3 die Präzisierung aufgenommen, dass neben den im Bevölkerungsregister eingetragenen Personen auch die im Ausländerregister eingetragenen Personen im Wählerregister aufgenommen werden, um den Artikel 8 Absatz 3 und 4 der Verfassung und den Artikeln 1bis und 1ter des Gemeindewahlgesetzes vom 4. August 1932 gerecht zu werden. Vollständigkeitshalber wird im gleichen Paragraphen präzisiert, dass die im Warteregister eingetragenen Personen nicht im Wählerregister aufgenommen werden.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel in Paragraph 4 eine legistische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 5

Der Artikel ändert den Artikel L4112-5 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden die Referenzen zu den Logos und Logogrammen gestrichen, weil diese weder auf den Bildschirmen des elektronischen Wahlsystems noch auf dessen Papierbescheinigung dargestellt werden und diese Referenzen somit überflüssig sind.

Zudem wird mit diesem Artikel die Zusammensetzung der Kürzel in Absatz 2 präzisiert. Diese Präzisierung ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4142-26 §3 zu lesen.

Artikel 6

Der Artikel ändert den Artikel L4112-7 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird eine legistische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 7

Der Artikel ändert den Artikel L4112-8 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden zwei legistische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 8

Der Artikel ändert den Artikel L4112-10 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird die Auflistung der politischen Aktivitäten der Wahlkampagne durch die Verteilung von Flugblättern vervollständigt.

Zudem wird mit diesem Artikel ein zweiter Absatz eingefügt, um das Ende der gesamten Wahlkampagne vorzugeben, mit dem Ziel, zu verhindern, dass Kandidaten in der Nähe der Wahlbüros am Wahltag Kampagne betreiben. Eine Ausnahme wird hier für die Botschaften über jegliche elektronische Kommunikationsmittel gemacht, weil dies unmöglich überprüft und kontrolliert werden kann, insbesondere wenn die Kommunikation dieser Botschaften durch Dritte erfolgt.

Artikel 9

Der Artikel ändert den Artikel L4112-14 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 2 Nummer 4 der Beauftragte des Bürgermeisters als Wahloperator bezeichnet. Diese Abänderung ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4132-1 zu lesen.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraph 2 Nummer 9 nicht mehr die Person, die der Vorsitzende des Wahlvorstands bestimmt, sondern nur noch der Vorsitzende des Wahlvorstands als Wahloperator erwähnt. Die Person, die der Vorsitzende bestimmt, ist zwangsläufig einer seiner Beisitzer oder sein Sekretär, die bereits in Paragraph 2 Nummer 10 als Wahloperatoren erwähnt werden.

Anschließend wird mit diesem Artikel in Paragraph 2 Nummer 11 der Verweis auf Artikel L4211-6 §1 durch Artikel L4141-2 angepasst, weil dieser durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderter Artikel nun die Sachverständigen regelt.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel in Paragraph 3 eine legistische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 10

Der Artikel ändert den Artikel L4112-16 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Absatz 1 eine legistische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Zudem wird mit diesem Artikel in Absatz 4 die Bestimmung von Artikel L4142-4 §3 bestätigt, indem präzisiert wird, dass der Anmelder Kandidat sein kann, ohne dies zwangsläufig sein zu müssen.

Artikel 11

Der Artikel ändert den Artikel L4112-17 des Kodex ab.

In seiner aktuellen Form definiert dieser Artikel ausschließlich die Wahlaufforderung und die Vollmacht.

Mit diesem Artikel wird in Absatz 1 eine Definition des Begriffs „Wahldokument“ eingeführt, um hervorzuheben, dass jedes von den Wählern, Kandidaten und Wahloperatoren im Rahmen der Lokalwahlen benutzte offizielle Dokument ein Wahldokument ist. Diese Definition ist notwendig, weil dieser Begriff öfters in den Leitfäden, die den Wahloperatoren zur Verfügung gestellt werden, benutzt wird und somit dessen Bedeutung eindeutig festgelegt wird. Diese Abänderung ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4112-26 Nummer 1 zu lesen.

Zudem wird mit diesem Artikel in Absatz 2 die Definition des Begriffs „Wahlaufforderung“ abgeändert, um diesen deutlicher und vereinfacht darzustellen, indem der Hauptinhalt der Wahlaufforderung erwähnt wird. Diese Abänderung ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4124-1 zu lesen.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel Absatz 3 zweiter Satz gestrichen, in dem präzisiert ist, dass ein Wähler nur ein einziges Mandat erteilen oder erhalten kann, weil diese Präzisierung bereits in Artikel L4132-1 erwähnt wird.

Artikel 12

Der Artikel ändert den Artikel L4112-21 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird ein dritter Paragraph mit einer Definition des Begriffs „endgültiges Ergebnis“ eingefügt, um den Unterschied hervorzuheben zu „offizielles Ergebnis“, gegen das noch Berufung eingelegt werden kann, während „endgültige Ergebnis“ das Resultat ist, nachdem die Wahl für gültig erklärt worden ist und gegen das somit keine Berufung mehr eingelegt werden kann.

Artikel 13

Der Artikel ändert den Artikel L4112-23 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Nummer 3 ein Pleonasmus gestrichen, indem nur noch generell das absichtliche Blockieren des Zugangs zum Wahlvorstands als Gewaltform im Wahlverfahren erwähnt bleibt, und nicht mehr zusätzlich hierzu der Zugang zum Wahl- und Zählbüro, da diese beiden Büros Wahlvorstände bilden.

Artikel 14

Der Artikel ändert den Artikel L4112-26 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird der Anwendungsbereich der Wahlbetrugsformen auf alle Wahldokumente erweitert, die nun im durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4112-17 definiert werden, sodass sich dieser nicht mehr ausschließlich auf die Wahlregister begrenzt.

Artikel 15

Der Artikel ändert den Artikel L4121-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 1 Nummer 1 die Präzisierung aufgenommen, dass neben den Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch

die Staatsangehörigen von Drittländern dazu berechtigt sind, bei den Gemeinde- und den Sektorenratswahlen zu wählen, um den Artikeln 1bis und 1ter des Gemeindewahlgesetzes vom 4. August 1932 gerecht zu werden.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraf 1 Nummer 3 das Datum des 31. Juli, bis zu dem die Wahlberechtigungsbedingungen erfüllt sein müssen, um in das Wählerregister aufgenommen werden zu können, durch das Datum vom 1. August ersetzt, das das Datum der Erstellung der Wählerregister ist, um durch die Einführung eines einzigen Datums mehr Klarheit für die Gemeinden zu schaffen und somit eine Fehlerquelle zu beseitigen.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel die Paragraphen 2 bis 4 aufgehoben, um den Kodex klarer, lesbarer und kohärenter zu gestalten, indem diese Bestimmungen bezüglich der Aktualisierung der Wählerregister in einem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Artikel L4122-5 geregelt werden.

Artikel 16

Der Artikel ändert den Artikel L4121-3 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraf 1 Nummer 1 abgeändert, um den in Artikel 9 des Gesetzes vom 5. Mai 2014 über die Internierung von Personen vorgenommenen Änderungen Rechnung zu tragen.

Zudem wird mit diesem Artikel ein neuer Paragraf 7 eingefügt, um die Zweckbestimmung der in Paragraf 2 Absatz 2 erwähnten Datenverarbeitung zu erläutern und somit den Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) gerecht zu werden.

Artikel 17

Der Artikel ändert die Überschrift von Teil vier Buch I Titel II Kapitel II des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in der Überschrift des Kapitels eine legistische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 18

Der Artikel ändert den Abschnitt 1 des Kodex ab, der die Artikel L4122-1 bis L4122-3 umfasst, um in einem einzigen Kapitel alle Bestimmungen zum Wählerregister aufzuführen.

Mit diesem Artikel wird der Inhalt des aktuellen Artikels L4122-2 durch Artikel L4122-1 übernommen.

In Paragraf 1 wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4121-1 §1 Nummer 3 das Datum für die Aktualisierung der Wählerregister auf das Datum 1. August festgelegt, das dem Datum für die Erstellung des Wählerregisters entspricht.

Außerdem wird in Paragraf 1 vorgesehen, dass der Föderale Öffentliche Dienst Inneres dem Gemeindeskollegium auf Anfrage kostenlos die Daten der Personen zur Verfügung stellt, die am Wahltag die Wahlberechtigungsbedingungen erfüllen. Diese Bestimmung ist in Verbindung mit dem durch vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikel L4141-3 zu

lesen, der die Regierung dazu ermächtigt, die Vorgänge festzulegen, die digital oder digital und automatisiert erfolgen können. Die Vernichtung der erhaltenen Daten wird vorgenommen, sobald die Wahl für gültig oder ungültig erklärt worden ist. Diese Abänderung wird im Rahmen des Gutachtens Nummer 209/2022 der Datenschutzbehörde über einen föderalen Gesetzesentwurf zu verschiedenen Änderungen in Bezug auf die Wahlen vorgenommen, damit auch für die Gemeindewahlen eine solche Bestimmung im Kodex vorgesehen wird.

In den Paragraphen 2 und 3 wird die Formulierung angepasst, um den Text lesbarer und übersichtlicher zu gestalten.

In Paragraph 3 werden zudem die Buchstaben C und E gestrichen, die zur Hervorhebung der Staatsangehörigen dienen, die aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (C) oder aus Drittländern (E) stammen. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Kategorien bringt keinen Mehrwert. Jedoch ist es weiterhin wichtig, zwischen belgischen und nicht-belgischen Wählern unterscheiden zu können. Letztere werden nur zur Gemeindewahl und nicht zur Provinzwahl zugelassen. Dieser Unterschied wird nun durch eine blaue Markierung im Wählerregister hervorgehoben, unabhängig davon, ob sie EU-Bürger sind oder nicht.

Es wird ein neuer Paragraph 4 eingefügt, um die Zweckbestimmung der in Paragraph 3 erwähnten personenbezogenen Daten, die das Wählerregister beinhaltet, zu erläutern und somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Zudem wird mit diesem Artikel der Inhalt der aktuellen Artikel L4122-3 §1 und L4122-4 §§1 und 3 durch Artikel L4122-2 übernommen.

In den Paragraphen 1 und 2 wird die Formulierung angepasst, um den Text lesbarer und übersichtlicher zu gestalten

In Paragraph 1 wird nicht mehr erwähnt, dass das Wählerregister vorzugsweise in alphabetischer Reihenfolge der Wähler aufgestellt werden soll, um diese Entscheidung den Gemeinden selbst zu überlassen.

Außerdem wird in Paragraph 1 eine terminologische Abänderung vorgenommen, damit das Gemeindegremium die Personen einer gleichen Adresse immer in das gleiche Wahlzentrum einberuft.

In Paragraph 2 Absatz 1 wird präzisiert, dass die Veröffentlichung des Wählerregisters ab dem Zeitpunkt der Erstellung vorgenommen werden muss und nicht mehr verpflichtend am 1. August, denn am 1. August ist das Wählerregister in der Praxis noch nicht erstellt. Im gleichen Absatz wird präzisiert, dass die Veröffentlichung an den üblichen Aushangstellen und auf der Website der Gemeinde vorgenommen werden muss, damit sie die größtmögliche Anzahl an Personen erreichen kann.

In Paragraph 2 Absatz 2 wird im Einklang mit Absatz 1 präzisiert, dass jede Person ab Veröffentlichung des Wählerregisters überprüfen kann, ob sie selbst oder jegliche andere Person im Register vermerkt oder richtig angegeben ist.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel der Inhalt des aktuellen Artikels L4122-8 unter Vorbehalt gewisser Abänderungen durch Artikel L4122-3 übernommen. Für den Fall, dass das Gemeindegremium einem Leistungserbringer die Herstellung der Wählerregister anvertraut, sind die Artikel 28 und 29 der Datenschutz-Grundverordnung einzuhalten. Somit sind die Präzisierungen des aktuellen Artikels L4122-8 bezüglich der ehrenwörtlichen Eigenerklärung zur Einhaltung der Vertraulichkeit des Wahlprozesses und des Artikels 16 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der

Verarbeitung personenbezogener Daten und der erteilten Erlaubnis zur Verteilung des Wählerregisters überflüssig und werden gestrichen.

Artikel 19

Der Artikel ändert den Abschnitt 2 des Kodex ab, der die Artikel L4122-4 und L4122-5 umfasst, um alle Bestimmungen zum Wählerregister in einem einzigen Kapitel aufzuführen.

Mit diesem Artikel wird die Benennung des Abschnittes abgeändert, um die Kohärenz der Aufstellung des Kapitels zu gewährleisten.

Dieser Abschnitt wird in zwei Unterabschnitte unterteilt, um die Lesbarkeit zu vereinfachen. Der Unterabschnitt 1 „Kontrolle des Wählerregisters“ enthält Artikel L4122-4, Unterabschnitt 2 „Aktualisierung des Wählerregisters“ enthält Artikel L4122-5.

Zudem wird mit diesem Artikel der Inhalt der aktuellen Artikel L4122-3 §§2 bis 4 und L4122-6 unter Vorbehalt gewisser Abänderungen durch Artikel L4122-4 übernommen.

In Paragraph 2 wird präzisiert, dass die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die Wählerregister kontrolliert, sobald sie die Gesamtheit der Register erhalten hat, denn ohne die Gesamtheit erhalten zu haben, wird es ihr nicht möglich sein, zu überprüfen, ob Personen auf mehreren Registern aufgeführt sind. Wenn ein Wähler auf mehreren Registern aufgeführt ist, entscheidet nicht mehr die Regierung welche Gemeinde den Wähler streicht und welche die Eintragung behält, sondern die Gemeinden beraten sich, nehmen anschließend die Abänderungen vor und übermitteln der Regierung die korrigierte Fassung der Register. Dies wird abgeändert, weil die von der Regierung beauftragte Person nicht über die Daten des Nationalregisters verfügt, um eine solche Entscheidung treffen zu können.

In Paragraph 3 wird die Validierung der Register geregelt. Diese findet erst nach Erhalt der Gesamtheit der Register (insbesondere der korrigierten Register) statt, da davor eine Kontrolle stattfindet, die nur bei Vorhandensein der Gesamtheit der Register möglich ist. Um die Validierungsprozedur zu erleichtern, werden die Register anhand einer elektronischen Unterschrift bestätigt. Die bestätigten Register werden anschließend den Gemeinden übermittelt.

In Paragraph 4 wird die Zweckbestimmung der Kontroll- und Bestätigungsvorgänge präzisiert, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Der abgeänderte Artikel L4122-4 ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingeführten Artikel L4141-3 zu lesen, der die Regierung dazu ermächtigt, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel der Inhalt der aktuellen Artikel L4121-1 §§2 bis 4 und L4122-4 §§2 und 4 unter Vorbehalt einer Abänderung durch Artikel L4122-5 übernommen.

In Paragraph 1 letzter Absatz wird präzisiert, dass die aus dem Wählerregister gestrichenen Personen wieder eingetragen werden können, nicht nur wenn sie eine beweiskräftige Beschwerde einreichen, sondern auch, wenn sie dem Gemeindegremium ein beweiskräftiges Dokument vorlegen, um die Berichtigung eines einfachen Schreibfehlers ohne Beschwerde zu ermöglichen.

Gemäß Paragraph 2 Nummer 1 und 2 können die erwähnten Personen nun bis zum Tag vor der Wahl im Wählerregister hinzugefügt werden, anstatt nur bis zu 12 Tage vor der Wahl.

Artikel 20

Der Artikel ändert den Abschnitt 3 „Verwendung des Wählerregisters“ des Kodex ab, der die Artikel L4122-6 bis L4122-9 umfasst, um in einem einzigen Kapitel alle Bestimmungen zum Wählerregister aufzuführen.

Mit diesem Artikel wird der Inhalt des aktuellen Artikels L4122-7 unter Vorbehalt einer Abänderung durch Artikel L4122-6 übernommen.

In Paragraph 1 wird die in den Absätzen 3 und 4 erwähnte Mitteilung vom aktuellen Artikel L4125-3 übernommen. Diese beiden Absätze sind in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4125-5 zu lesen. Das Gemeindegremium erstellt die Verzeichnisse anhand übermittelter Informationen zum Besitz von gewissen Diplomen. In diesen beiden Absätzen wird die Zweckbestimmung der Übermittlung dieser personenbezogenen Daten erklärt, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden. Zudem wird im letzten Absatz schriftlich vermerkt, um welche Behörden es sich in den Absätzen 3 und 4 handelt.

Zudem wird mit diesem Artikel der Inhalt des aktuellen Artikels L4122-5 §§1 bis 3, 5 und 6 unter Vorbehalt gewisser Abänderungen durch die Artikel L4122-7 und L4122-8 übernommen. Die Aushändigung der Register wird nicht mehr in allen Fällen durch das Gemeindegremium vorgenommen. Es wird nun ein Unterschied zwischen Ausstellung der Register durch die Regierung (oder die von ihr beauftragte Person) an die Parteien mit einer regionalen oder provinziellen laufenden Nummer (L4122-7) und die Ausstellung der Register durch das Gemeindegremium an die anderen Listen ohne regionale oder provinzielle Nummer (L4122-8) gemacht.

In Artikel L4122-7 wird festgelegt, dass die Anträge auf Ausstellung innerhalb von sieben Tagen ab Bestätigung der Wählerregister zu stellen sind. Als Startpunkt wurde die Bestätigung der Register festgelegt, weil mit dieser Bestätigung die Wählereigenschaft belegt wird. Die Ausstellung hat in einem durch die Regierung festgelegten Format zu erfolgen. Diese Zeitbegrenzung hat zum Ziel, dass die Regierung oder die von ihr beauftragte Person nicht bis zu den Wahlen mit dieser Aufgabe beschäftigt sind, sodass sie auch anderen Verpflichtungen nachgehen können. Aus demselben Grund können die Kandidaten selbst keine Anträge mehr stellen. Die Anträge müssen von der Partei für die Listenverbindungen und deren Kandidaten gestellt und das Register innerhalb der Listenverbindung verteilt werden.

Zudem werden folgende Antragsmodalitäten hinzugefügt:

- Die Partei verpflichtet sich dazu, eine laufende Nummer nach der regionalen oder provinziellen Auslosung zu erhalten. Diese neue Modalität ist darauf zurückzuführen, dass sich bei den Wahlen von 2018 herausgestellt hatte, dass sich die Erstellung und Kontrolle der Register verzögert hatte und die Parteien somit zum Zeitpunkt der Anträge noch keine Nummer erhalten hatten.
- Die Partei verpflichtet sich, die Datenschutz-Grundverordnung und das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einzuhalten, damit der Schutz der personenbezogenen Daten der Wähler, die in den Wählerregistern aufgeführt sind, gewährleistet wird.

In Artikel L4122-8 wird festgelegt, dass die Anträge auf Ausstellung ab Bestätigung der Wählerregister durch die Anmelder der Listen für die Kandidaten zu stellen sind. Die

Ausstellung hat in einem durch die Regierung festgelegten Format zu erfolgen. Die Kandidaten stellen also keine Anträge mehr; die Anträge werden durch die Anmelder gestellt.

Zudem wird folgende Antragsmodalität hinzugefügt: Die Partei verpflichtet sich, die Datenschutz-Grundverordnung und das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einzuhalten, damit der Schutz der personenbezogenen Daten der Wähler, die in den Wählerregistern aufgeführt sind, gewährleistet wird.

Sowohl in Artikel L4122-7 als in Artikel L4122-8 wird die Zweckbestimmung der Ausstellung der Wählerregister präzisiert, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel der Inhalt des aktuellen Artikels L4122-5 §4 unter Vorbehalt gewisser Abänderungen durch L4122-9 übernommen. Die Wähler, Kandidaten und Anmelder sollen nun ihre Wählereigenschaft vorzugsweise durch einen Auszug aus der Anwendung des Nationalregisters „Meine Akte“ belegen anstatt durch einen von der Gemeinde bereitgestelltes Zertifikat, um die Arbeit der Gemeinden zu entlasten. Es ist aber weiterhin möglich, ein Zertifikat bei der Gemeinde anzufragen, um alternativ ein analoges Angebot zu gewährleisten. Diese Abänderung ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4142-4 zu lesen.

Artikel 21

Der Artikel ändert den Abschnitt 4 „Einspruch gegen das Wählerregister“ des Kodex ab, der die Artikel L4122-10 bis L4122-31 umfasst, um in einem einzigen Kapitel alle Bestimmungen zum Wählerregister aufzuführen.

Mit diesem Artikel wird der Inhalt der aktuellen Artikel L4122-9 bis L4122-30 unter Vorbehalt einiger terminologischer und legistischer Abänderungen durch die Artikel L4122-10 bis L4122-31 übernommen.

Zudem wird mit diesem Artikel der Artikel L4122-18 abgeändert, der den Inhalt des aktuellen Artikels L4122-17 übernimmt. In Paragraph 2 wird die Zweckbestimmung des Sonderregisters der Beschwerden präzisiert sowie die im Sonderregister eingetragenen personenbezogenen Daten aufgezählt, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel der Artikel L4122-25 abgeändert, der den Inhalt des aktuellen Artikels L4122-24 übernimmt. In Absatz 2 wird vorgesehen, dass der Entscheid des Gerichtshofs nicht mehr in öffentlicher Sitzung verlesen, sondern veröffentlicht wird, um den Wortlaut des Artikels 149 der Verfassung gerecht zu werden.

Artikel 22

Der Artikel hebt Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 5 „Einspruch gegen das Wählerregister“ des Kodex auf, der die Artikel L4122-32 bis L4122-35 umfasst. Diese Bestimmungen werden in den durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen, der alle Strafbestimmungen aufführt.

Artikel 23

Der Artikel ändert den Artikel L4123-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 1 Absatz 1 der Inhalt des Paragrafen 1 Absatz 3 und des Paragrafen 4 übernommen, sodass der Paragraf 1 Absatz 3 und der Paragraf 4 aufgehoben werden, um den Text zu entlasten.

Zudem wird mit diesem Artikel Paragraf 1 Absatz 2 aufgehoben, da diese Bestimmung nun in Buch II gemeinsam mit den anderen Bestimmungen zum elektronischen Wahlsystem geregelt wird.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel in Paragraf 2 Absatz 1 präzisiert, dass die Aufteilung in Sektionen gemäß einem geographischen Aufteilungsmodus erfolgen soll, damit die Wähler einer gleichen Zone im gleichen Wahllokal wählen dürfen.

Artikel 24

Der Artikel ändert den Artikel L4123-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 1 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Im gleichen Absatz wird der zweite Satz abgeändert, um die Zweckbestimmung des Wählerregisters und somit die der im Wählerregister angegebenen personenbezogenen Daten hervorzuheben und somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden. Mit demselben Ziel werden anschließend zwei neue Absätze eingefügt. Der erste präzisiert die personenbezogenen Daten, die im Abstimmungsregister enthalten sind. Der zweite ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4122-1 §3 zu lesen.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraf 2 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Im Sinne der Dematerialisierung wird festgelegt, dass die Gemeinde der Regierung nur noch ein Exemplar des Abstimmungsregisters übermitteln muss und dass das Register durch die Regierung elektronisch bestätigt wird.

Auch wird mit diesem Artikel in Paragraf 3 Absatz 1 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Paragraf 3 Absatz 2 wird aufgehoben, weil mittels des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel in Paragraf 4 terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 25

Der Artikel ändert die Überschrift des Kapitels IV des Kodex ab, indem eine terminologische Korrektur vorgenommen wird, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 26

Der Artikel ändert den Artikel L4124-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 2 ein Verweis angepasst, um die interne Kohärenz zu gewährleisten

Zudem werden mit diesem Artikel in Paragraf 3 Absatz 1 terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Zudem sollen die Wahlaufforderungsbekanntmachungen zusätzlich zur Veröffentlichung an den Aushangstellen der

Gemeinden auch auf deren Websites veröffentlicht werden, um die größtmögliche Anzahl an Personen zu erreichen.

Auch wird mit diesem Artikel in Paragraph 4 Absatz 1 der letzte Satz gestrichen. In Paragraph 4 Absatz 2 wird eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Anschließend wird mit diesem Artikel in Paragraph 5 Absatz 1 ein Verweis angepasst, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. In Paragraph 5 werden zwei neue Absätze eingefügt. Der erste übernimmt den Inhalt des aktuellen Artikels L4122-1, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Der zweite erwähnt die Zweckbestimmung der Aufforderung der Wähler, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel Paragraph 6 Absätze 1 letzter Satz und 2 gelöscht, Absatz 3 abgeändert, sowie ein neuer Absatz 7 eingefügt, um die Wahlaufforderung lesbarer und gezielter zu gestalten, indem nur noch die für den Wähler notwendigen und unerlässlichen Informationen angegeben werden. Paragraph 6 Absätze 5 und 6 werden in Verbindung mit den durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikeln L4122-1 §3 und L4123-2 §1 gestrichen.

Artikel 27

Der Artikel ändert den Artikel L4124-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird ein Verweis in Absatz 1 in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4122-3 gestrichen.

Artikel 28

Der Artikel ändert den Artikel L4125-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 1 festgelegt, dass jeder Wahlvorstand sich aus der gleichen Anzahl von Mitgliedern zusammenstellt, insbesondere weil der Arbeitsaufwand der Zählbüros unabhängig von der Gemeindegröße ist.

Zudem wird mit diesem Artikel Paragraph 3 abgeändert, um die Kohärenz zu Paragraph 1 zu gewährleisten.

Auch werden mit diesem Artikel in Paragraph 4 alle Bestimmungen zu den Unvereinbarkeiten der Wahlvorstandsmitglieder gestrichen, weil diese in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Kapitel VI aufgeführt werden.

Anschließend wird mit diesem Artikel der letzte Satz des Paragraphen 5 bezüglich der Veröffentlichung von Formularen im Belgischen Staatsblatt gestrichen, um den Text zu entlasten, da im Satz davor bereits erwähnt wird, dass die Verwendung der Formulare verpflichtend ist. Somit muss gemäß Artikel 84 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen eine Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt vorgenommen werden.

Es wird auch mit diesem Artikel Paragraph 6 Absatz 2 aufgehoben, weil mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingeführten Artikel L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel ein Paragraph 7 eingefügt, der den Inhalt des aktuellen Artikels L4145-5 §4 übernimmt, um den Text kohärenter zu gestalten.

Artikel 29

Der Artikel ändert den Artikel L4125-3 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 2 abgeändert. In Paragraph 2 Absatz 1 wird die Reihenfolge für die Bestimmung der Vorsitzenden der Gemeindevorstände neu festgelegt, indem nun die Bestimmungen nicht mehr unbedingt aufgrund der Ausübung eines gewissen Berufs, sondern aufgrund des Besitzes eines Diploms vorgenommen werden können, damit die Vorsitzenden, die die Bestimmungen vornehmen, über eine größere Anzahl an Personen verfügen, die bestimmt werden können. Somit wird die Zusammenstellung der Vorstände erleichtert, zudem juristische Kenntnisse nicht unbedingt notwendig sind, um Vorsitzender des Gemeindevorstands zu sein. Jedoch werden weiterhin explizit die Richter an erster Stelle in der Reihenfolge aufgenommen. In Paragraph 2 Absatz 5 wird die Bestimmung der Vorsitzenden auf den 31. März vorgezogen, um einer Bitte der Magistratur nachzukommen, für die sich die aktuelle Frist vom 30. Juni zu sehr den Gerichtsferien nähert. Außerdem können sich die Vorsitzenden somit besser auf ihre Aufgabe vorbereiten. Damit die Vorsitzenden des Distriktvorstands die Reihenfolge zur Bestimmung der Vorsitzenden der Gemeindevorstände einhalten können, wird in Paragraph 2 Absatz 6 erwähnt, dass die Behörden, die Richter beschäftigen, dies dem Vorsitzenden des Distriktvorstands mitteilen müssen. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung wird ebenfalls erwähnt, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden. Paragraph 2 Absatz 7 ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4122-6 §1 zu lesen.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraph 3 Absatz 1 präzisiert, welche Funktion unter dem Begriff „Mitglieder“ zu verstehen ist. Paragraph 3 Absatz 3 wird eingefügt, damit die Vorsitzenden der Gemeindevorstände der Regierung die Adresse der Sitze der Vorstände mitteilen.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel ein neuer Paragraph 4 eingefügt, um die Zweckbestimmung der verschiedenen Mitteilungen und die in den Mitteilungen angegebenen personenbezogenen Daten hervorzuheben, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 30

Der Artikel ändert den Artikel L4125-5 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in den Paragraphen 1 und 2 jeweils die Reihenfolgen für die Bestimmung der Vorsitzenden und der Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände neu festgelegt, indem nun die Bestimmungen nicht mehr unbedingt aufgrund der Ausübung eines gewissen Berufs, sondern aufgrund des Besitzes eines Diploms vorgenommen werden können, damit die Vorsitzenden, die die Bestimmungen vornehmen, über eine größere Anzahl an Personen verfügen, die bestimmt werden können. Somit wird die Zusammenstellung der Vorstände erleichtert. Der letzte Satz vom aktuellen Paragraphen 4, der vorgibt, dass die Vorsitzenden der Gemeindevorstände der Regierung die Identität und die Kontaktangaben der Mitglieder mitteilen müssen, wird in Paragraph 1 übernommen. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilungen wird in Paragraph 8 erläutert, um den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Der durch diesen Artikel ersetzte Paragraph 3 ist in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4122-6 §1 zu lesen.

Auch wird mit diesem Artikel in Paragraf 5 Absatz 2 eine legistische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Im gleichen Absatz wird auch die Frist, innerhalb der die bestimmten Mitglieder ihre Verhinderungsgründe geltend machen können, von drei auf fünf Tage verlängert, um ihnen etwas mehr Zeit zu gewähren.

Außerdem wird mit diesem Artikel Paragraf 6 aufgehoben, weil der Inhalt in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen wird, der alle Strafbestimmungen aufführt.

In Paragraf 7 wird mit diesem Artikel die Zweckbestimmung der Vervollständigung der Tabelle und die betroffenen personenbezogenen Daten sowie deren Aufbewahrungsfrist erläutert, um den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 31

Der Artikel ändert den Artikel L4125-9 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 32

Der Artikel ändert den Artikel L4125-10 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 1 die Ermächtigung der Regierung gestrichen, die Liste der für die Vorsitzenden der Wahlbürovorstände notwendigen Formulare und Dokumente festzulegen, weil diese keinen Mehrwert bringt, da die Regierung den Vorsitzenden diese Unterlagen aushändigt. Außerdem wird der Inhalt neu formuliert, um den Text lesbarer zu gestalten.

Zudem wird mit diesem Artikel Paragraf 2 umformuliert, um es dem Kantonsvorstand zu erlauben, die Weiterbildung virtuell zu organisieren. Bis jetzt mussten die Kantonsvorstände diese Weiterbildung in Präsenzform abhalten.

Artikel 33

Der Artikel ändert den Artikel L4125-11 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird es dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands erlaubt, seinen Sekretär frei unter den Wählern seiner Gemeinde zu bestimmen, ohne zusätzliche Regeln einhalten zu müssen, um ihm eine größere Freiheit zu gewähren.

Artikel 34

Der Artikel ändert den Artikel L4125-12 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 5 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 35

Der Artikel ändert den Artikel L4125-13 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in Paragraph 1 terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 36

Der Artikel ändert den Artikel L4125-14 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 1 die Ermächtigung der Regierung gestrichen, die Liste der für die Vorsitzenden der Zählbürovorstände notwendigen Formulare und Dokumente festzulegen, weil diese keinen Mehrwert bringt, da die Regierung den Vorsitzenden diese Unterlagen aushändigt. Außerdem wird der Inhalt neu formuliert, um den Text lesbarer zu gestalten. Zudem wird mit diesem Artikel Paragraph 2 umformuliert, um es dem Kantonsvorstand zu erlauben, die Weiterbildung virtuell zu organisieren. Bis jetzt mussten die Kantonsvorstände diese Weiterbildung in Präsenzform abhalten.

Artikel 37

Der Artikel ändert den Artikel L4125-15 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird es dem Vorsitzenden des Zählbürovorstands erlaubt, seinen Sekretär frei unter den Wählern seiner Gemeinde zu bestimmen, ohne zusätzliche Regeln einhalten zu müssen, um ihm eine größere Freiheit zu gewähren.

Artikel 38

Der Artikel hebt Buch I Titel II Kapitel V Abschnitt 5 „Strafmaßnahmen im Zusammenhang mit den Wahlvorständen“ des Kodex auf, der die Artikel L4125-5 bis L4125-17 umfasst. Diese Bestimmungen werden in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen, der alle Strafbestimmungen aufführt.

Artikel 39

Der Artikel fügt in Buch I Titel II ein neues Kapitel VI „Unvereinbarkeiten der Wahlvorstandsmitglieder“ in den Kodex ein, das die Artikel L4126-1 bis L4126-5 umfasst.

Mit diesem Artikel wird in Artikel L4126-1 präzisiert, wer genau ein Amt als Mitglied der Distrikt-, Kantons-, Gemeinde-, Zählbüro- oder Wahlbürovorstände wahrnehmen darf, und definiert, was unter den Begriffen „Gemeindewähler“ und „Provinzialwähler“ zu verstehen ist, um die Unvereinbarkeiten zu verdeutlichen.

Zudem werden die Unvereinbarkeiten des aktuellen Artikels L4125-1 §4 durch die neuen Artikel L4126-2 bis L4126-5 übernommen und umformuliert, um diese zu verdeutlichen.

Artikel 40

Der Artikel hebt den Artikel L4131-6 des Kodex auf, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 41

Der Artikel ändert den Artikel L4132-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in Paragraph 1 die Anzahl der Fälle, in denen eine Vollmacht erteilt werden kann, von sieben auf vier reduziert, und die einzureichenden Belege angepasst, um die Sicherheit der Wahl mittels Vollmacht zu erhöhen.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraph 2 der Bürgermeister dazu ermächtigt, eine Person für ihn zu beauftragen, um das Verwandtschaftsverhältnis des Vollmachtgebers und des Bevollmächtigten zu bescheinigen, um die Arbeitslast der Bürgermeister zu reduzieren. Im gleichen Paragraphen wird der letzte Absatz in Verbindung mit der Abänderung des Paragraphen 1 gestrichen.

In den Paragraphen 3 und 4 werden mit diesem Artikel terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Außerdem wird mit diesem Artikel in Paragraph 3 präzisiert, dass das Vollmachtformular verpflichtend benutzt werden muss, um eine Vollmacht erteilen zu dürfen, um die Sicherheit der Wahl mittels Vollmacht zu erhöhen.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel der neue Paragraph 5 eingefügt, der die verpflichtete Führung und Verwaltung eines Sonderregisters der Vollmachten durch die Gemeinden vorsieht, für das die Regierung die Modalitäten festlegt, um die Sicherheit der Wahl mittels Vollmacht zu erhöhen. Die Zweckbestimmung dieses Registers wird erklärt sowie die in diesem eingetragenen personenbezogenen Daten aufgezählt, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 42

Der Artikel ändert den Artikel L4133-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 2 die Frist, um in ein angepasstes Wahlzentrum verwiesen zu werden, vom 10. September auf den 1. Oktober verlängert, um den betroffenen Wählern mehr Zeit zu gewähren, einen Antrag zu stellen.

Artikel 43

Der Artikel ändert den Artikel L4133-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 1 vorgesehen, dass die Wähler, die sich in eine Wahlkabine begleiten lassen müssen, keine Erklärung vorab beim Bürgermeister einreichen müssen, sondern am Wahltag eine Anfrage beim Vorsitzenden des Wahlbürovorstands stellen können, um die Formalitäten für die betroffenen Personen zu verringern. In der gleichen Hinsicht wird in Paragraph 3 die Verpflichtung, ein Formular auszufüllen, gestrichen.

Zudem wird in Paragraph 4 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 44

Der Artikel ändert den Artikel L4134-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in den Paragraphen 1 und 2 die Prozedur zur Bestimmung der Zeugen vereinheitlicht, indem nun für alle Wahlvorstände der an erster Stelle in der Vorschlagsreihenfolge stehende Kandidat oder der von ihm beauftragte Kandidat die Zeugen und Ersatzzeugen bestimmt, um die Prozedur zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. In

dieser Hinsicht wird Paragraf 4 Absatz 2 abgeändert. Im neuen Paragrafen 8 wird vorgesehen, dass die Regierung das Muster für die Beauftragung festlegt.

Zudem wird mit diesem Artikel in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4112-5 in Paragraf 3 die Referenz zum Logo gestrichen.

Anschließend wird es den Zeugen mit diesem Artikel in Paragraf 4 Absatz 3 nur noch möglich sein, ihre Eigenschaft als Gemeinderatswähler durch Vorlage ihrer Wahlaufforderung nachzuweisen, weil dies mit der durch den vorliegenden Dekretentwurf an Artikel L4142-4 vorgenommenen Abänderung die einfachste Vorgehensweise ist.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel Paragraf 6 aufgehoben, weil die Deutschsprachige Gemeinschaft hierfür nicht zuständig ist.

Artikel 45

Der Artikel ändert den Artikel L4134-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraf 3 Absätze 1 und 3 aufgehoben. In Absatz 1 handelt es sich um eine Gebrauchsregel, die nicht dekretal geregelt werden muss. Paragraf 3 Absatz 3 wird aufgehoben, um zu vermeiden, dass unaufmerksame unterzeichnende Wähler gegen deren Willen als Zeugen ernannt werden.

Zudem wird in Paragraf 3 Absatz 2 eine legistische Korrektur vorgenommen.

Artikel 46

Der Artikel ändert den Artikel L4134-5 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Absatz 5 aufgehoben, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 47

Der Artikel ändert den Artikel L4135-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden die Regierungsermächtigungen gestrichen, weil alle Ermächtigungen dieses Kapitels durch einen durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel L4135-6 übernommen werden. Diese Abänderung führt zu einer Umformulierung des Artikels.

Artikel 48

Der Artikel ändert den Artikel L4135-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird im ganzen Artikel eine Änderung der Aufteilung der Kosten zwischen Gemeinden und Provinzen vorgenommen, um diese besser und gerechter aufzuteilen. Die Ausgaben der Gemeinden werden durch diese gerechtere Kostenaufteilung reduziert. Zusammengefasst tragen die Gemeinden die Kosten für das Material für die Wahlvorstände, die ausschließlich die Gemeindewahlen betreffen. Die Anwesenheitsgelder, Fahrtkosten und Versicherungsprämien der Mitglieder der Wahlvorstände, die Fahrtkosten der Wähler, die Urnen und das Material der Wahlbürovorstände sowie alle übrigen Wahlausgaben gehen zur Hälfte zu Lasten der Provinzen und zur Hälfte zu Lasten der Gemeinden.

Zudem werden mit diesem Artikel in Paragraph 2 die Regierungsermächtigungen gestrichen, weil alle Ermächtigungen dieses Kapitels durch einen durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel L4135-6 übernommen werden.

Artikel 49

Der Artikel ändert den Artikel L4135-3 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden nur noch die Vorgaben bezüglich der Prozedur für die Auszahlung der geteilten Kosten zwischen Gemeinden und Provinzen und der Anwesenheitsgelder geregelt. Die Vorgaben bezüglich der Fahrtkosten werden gestrichen, weil diese in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4135-4 übernommen werden.

Zudem wird mit diesem Artikel die Prozedur für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder vereinfacht, indem nun das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Vorschuss der Auszahlung übernimmt und anschließend bei den Gemeinden und der Provinz Lüttich zurückfordert.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel die Regierungsermächtigungen gestrichen, weil alle Ermächtigungen dieses Kapitels durch einen durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Artikel L4135-6 übernommen werden.

Artikel 50

Der Artikel ändert den Artikel L4135-4 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden die Vorgaben bezüglich der Fahrtkosten des aktuellen Artikels L4135-3 übernommen. Der Inhalt des aktuellen Artikels L4135-4 wird in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel L4135-5 übernommen.

Zudem werden die Regierungsermächtigungen gestrichen, weil alle Ermächtigungen dieses Kapitels durch einen durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel L4135-6 übernommen werden. Diese Abänderung führt zu einer Umformulierung des Artikels.

Artikel 51

Der Artikel fügt den neuen Artikel L4135-5 in den Kodex ein.

Mit diesem Artikel wird der Inhalt des aktuellen Artikels L4135-4 in dem neuen Artikel übernommen.

Zudem werden legistische Korrekturen vorgenommen und eine terminologische Korrektur. Letztere hat zum Ziel zu präzisieren, dass die Gemeinde, in der die Personen sich aufhalten, in Belgien liegt.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel die im aktuellen Absatz 2 erwähnten Regierungsermächtigungen gestrichen, weil alle Ermächtigungen dieses Kapitels durch einen durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel L4135-6 übernommen werden.

Artikel 52

Der Artikel fügt den neuen Artikel L4135-6 in den Kodex ein.

Mit diesem Artikel werden alle Regierungsermächtigungen des Kapitels, die in den anderen aktuellen Artikeln gestrichen wurden, präzise und umfassend aufgelistet.

Artikel 53

Der Artikel ändert die Überschrift von Buch I Titel IV Kapitel I des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in der Überschrift eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 54

Der Artikel ändert den Artikel L4141-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraf 1 ersetzt, um zu erläutern, dass die Regierung den Vorsitzenden der Wahlvorstände alle notwendigen Wahlanwendungen zur Verfügung stellt, die einer Zulassung unterstehen, um benutzt werden zu können. Die Regierung kann also auch andere Wahlanwendungen zur Verfügung stellen als die im aktuellen Absatz 1 vorgesehene Software für die digitalen Kodierungsvorgänge. Der Inhalt des aktuellen Absatzes 2 wird in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel L4141-2 übernommen.

Zudem werden mit diesem Artikel die Paragraphen 2 und 3 aufgehoben, weil mittels des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Artikel 55

Der Artikel fügt den neuen Artikel L4141-2 in den Kodex ein.

Mit diesem Artikel wird der Inhalt der aktuellen Artikel L4141-1 §1 Absatz 2 und L4211-6 übernommen, um die Kohärenz mit der Fassung des Kodex der Wallonischen Region zu gewährleisten.

Zudem wird mit diesem Artikel im aktuellen Paragraphen 4 der letzte Satz gestrichen, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 56

Der Artikel fügt den neuen Artikel L4141-3 in den Kodex ein.

Mit diesem Artikel wird die Regierung dazu ermächtigt, die Wahlvorgänge zu bestimmen, die digital bzw. digital und automatisiert erfolgen können, und die diesbezüglichen Modalitäten festzulegen. Die diesbezüglichen Ermächtigungen wurden aus den aktuellen Bestimmungen des Kodex gestrichen, um dessen Lesbarkeit zu erleichtern. Außerdem wird diese Regierungsermächtigung erweitert, damit die Regierung die Wahlvorgänge stärker dematerialisieren kann.

Zudem wird mit diesem Artikel in Absatz 2 der Inhalt des aktuellen Artikels L4141-1 §§2 und 3 übernommen, um die Kohärenz des neuen Artikels L4141-3 zu gewährleisten.

Artikel 57

Der Artikel ändert den Artikel L4142-1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 2 Nummer 8 aufgehoben, weil diese Bestimmung für die Gemeinderatswahlen veraltet ist.

Zudem wird mit diesem Artikel ein neuer Paragraph 5 eingefügt, der festlegt, dass die Wählbarkeitsbedingungen spätestens am Tag der vorläufigen Listenabschlüsse zu erfüllen sind, um die Transparenz gegenüber den Wählern zu gewährleisten, die Kontrolle der Kandidaturen durch die Gemeindevorstände und die in Artikel L4142-20 vorgesehene Beanstandung zu ermöglichen und den Unterschied zwischen Unvereinbarkeit und Unwählbarkeit hervorzuheben. Die Wahlberechtigungsbedingungen sind weiterhin zum Wahltag zu erfüllen.

Artikel 58

Der Artikel ändert den Artikel L4142-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden Verweise angepasst, da diese Bestimmungen im Gemeindegdekret vom 23. April 2018 geregelt werden.

Artikel 59

Der Artikel ändert den Artikel L4142-3 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Absatz 5 ersetzt, mit dem Ziel, die Kandidaten dazu zu ermutigen, die Wahlanwendung zur Voreingabe der Kandidaturen zu benutzen, um somit die Aufgaben der Vorsitzenden der Gemeindevorstände zu vereinfachen. Die Benutzung dieser Anwendung ist jedoch nicht verpflichtend.

Artikel 60

Der Artikel ändert den Artikel L4142-4 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in den Paragraphen 1 und 6 Absatz 1 Nummer 8 Verweise angepasst, da diese Bestimmungen im Gemeindegdekret vom 23. April 2018 geregelt werden.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraph 4 der letzte Satz gestrichen, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Anschließend wird mit diesem Artikel in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4112-5 in Paragraph 5 Absatz 3 die Referenz zum Logo gestrichen.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel mehrere Abänderungen in Paragraph 6 vorgenommen. Nummer 2 Absätze 2 und 3 werden gestrichen, weil deren Inhalt in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Absatz 4 übernommen werden. Absatz 1 Nummer 10 wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4122-9 angepasst, um die Aufgabe der unterzeichnenden Wähler, der Kandidaten und Anmelder zu vereinfachen, weil diese ihre Wählereigenschaft durch ein Zertifikat oder einen Auszug aus dem Wählerregister nachweisen können, und nicht mehr verpflichtend ausschließlich durch einen Auszug aus dem Wählerregister bei der Gemeinde

anfragen müssen, was wiederum die Arbeitslast der Gemeinden reduzieren wird. Im neuen Absatz 5 wird erwähnt, um welches Zertifikat es sich in Nummer 10 handelt.

Artikel 61

Der Artikel ändert den Artikel L4142-6 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Absatz 3 aufgehoben, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 62

Der Artikel ändert den Artikel L4142-12 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4112-5 in Paragraf 3 die Referenz zum Logo gestrichen.

Artikel 63

Der Artikel ändert den Artikel L4142-17 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird im neuen Absatz 2 der Inhalt des aktuellen Artikels L4142-18 Absatz 2 übernommen, um den Text kohärenter zu gestalten. Jedoch wird die im aktuellen Artikel L4142-18 Absatz 2 erwähnte Verpflichtung zur Einhaltung der Vertraulichkeit durch einen Auftragsverarbeiter in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4122-3 gestrichen.

Artikel 64

Der Artikel hebt Artikel L4142-18 des Kodex auf.

Der Inhalt von Absatz 1 wird in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Titel VI übernommen, weil mittel des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert durchgeführt werden können.

Artikel 65

Der Artikel ändert den Artikel L4142-22 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 66

Der Artikel ändert den Artikel L4142-24 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird der letzte Satz gestrichen, weil mittels des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Artikel 67

Der Artikel ändert den Artikel L4142-32 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4112-5 in Absatz 1 die Referenz zum Logo gestrichen.

Artikel 68

Der Artikel ändert den Artikel L4142-37 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 2 vorgesehen, dass die angeschlagenen Kandidatenlisten nicht mehr den Beruf und den Hauptwohntort der Kandidaten wiedergeben, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 69

Der Artikel ändert den Artikel L4142-38 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 5 Absatz 3 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten. Laut Paragraf 5 Absatz 5 sind der Druckbericht, die Vollmacht und die Erklärung nicht mehr dem Provinzgouverneur aber der Regierung zuzuschicken, weil für die Gemeinderatswahlen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Regierung hierfür zuständig ist.

Artikel 70

Der Artikel ändert den Artikel L4142-39 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Absatz 3 aufgehoben, weil mittels des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Artikel 71

Der Artikel ändert den Artikel L4142-41 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 72

Der Artikel hebt Buch I Titel IV Kapitel II Abschnitt 7 des Kodex auf, der die Artikel L4142-46 und L4142-47 umfasst, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 73

Der Artikel ändert den Artikel L4143-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 74

Der Artikel ändert den Artikel L4143-3 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 3 vorgegeben, dass in jedem Wahlbüro anstatt in jedem fünften Wahllokal mindestens eine Wahlkabine leicht zugänglich und nutzbar ist, um die Teilnahme der größtmöglichen Anzahl an Wählern zu fördern.

Artikel 75

Der Artikel ändert den Artikel L4143-4 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 1 Absatz 1 und Paragraf 2 vorgesehen, dass die Abstimmungsregister und der Wortlaut bestimmter Artikel des Kodex nicht mehr im Warteraum ausgehängt werden und der Kodex nicht mehr im Warteraum ausgelegt wird, weil es für die Gemeinden eine zusätzliche Arbeitslast bei der Vorbereitung der Wahlbüros ist und die Auszüge aus dem Kodex, das Exemplar des Kodex durch die Wähler nicht viel genutzt werden und der Aushang des Abstimmungsregisters gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt. Die Abänderung führt dazu, dass nur noch die Anweisungen für die Wähler ausgehängt werden müssen und ein Exemplar des Kodex weiterhin im Wahllokal ausgelegt werden muss.

Artikel 76

Der Artikel ändert den Artikel L4143-5 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 1 die Bildung des Wahlbürovorstands von 7.45 Uhr auf 7.00 Uhr vorgezogen, damit die Mitglieder für die Büroöffnungsvorgänge mehr Zeit haben, sodass die Wahlbüros zeitig eröffnet werden können.

Zudem werden in den Paragrafen 2 und 3 terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 77

Der Artikel ändert den Artikel L4143-6 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Absatz 1 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 78

Der Artikel ändert die Überschrift von Buch I Titel IV Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in der Überschrift eine legistische Korrektur vorgenommen.

Artikel 79

Der Artikel ändert den Artikel L4143-8 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in Paragraf 1 eine terminologische Korrektur vorgenommen und ein Verweis angepasst, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 80

Der Artikel hebt Artikel L4143-9 des Kodex auf, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 81

Der Artikel ändert den Artikel L4143-10 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden in Absatz 1 die Formulierung und ein Verweis angepasst, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 82

Der Artikel ändert die Überschrift von Buch I Titel IV Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in der Überschrift eine legistische Korrektur vorgenommen.

Artikel 83

Der Artikel ändert den Artikel L4143-12 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Absatz 3 eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 84

Der Artikel ändert den Artikel L4143-15 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Absatz 2 aufgehoben, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 85

Der Artikel ändert den Artikel L4143-20 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 2 ein Absatz 5 eingefügt, um die Regierung dazu zu ermächtigen, festzulegen, wie die Abstimmungsregister zu vervollständigen sind und somit die Vorgehensweise zu vereinheitlichen, damit die Kontrolle dieser Register im Rahmen der Gültigkeitserklärung der Wahlen vereinfacht wird, wenn ein Einspruch eingereicht wird.

Zudem werden mit diesem Artikel in Paragraph 4 Absatz 2 und Paragraph 6 Absatz 2 terminologische Korrekturen vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Anschließend wird mit diesem Artikel in Paragraph 5 Absatz 1 ein Verweis angepasst, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Mit diesem Artikel wird auch Paragraph 6 Absatz 3 in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4143-25 §1 ersetzt.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel Paragraph 7 Absatz 1 in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4133-2 §1 abgeändert, aus dem hervorgeht, dass der Wähler vor der Wahl keine Erklärung mehr braucht, um begleitet zu werden. Im gleichen Paragraphen wird ein neuer Absatz eingefügt, um es dem begleiteten Wähler und dem Begleiter zu erlauben, im gleichen Wahlbüro zu wählen, wenn sie in derselben Gemeinde wahlberechtigt sind, damit es für den Wähler, der eine Begleitung braucht, einfacher wird, sein Wahlrecht auszuüben.

Artikel 86

Der Artikel ändert den Artikel L4143-21 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 3 Absätze 2 und 3 hinzugefügt, dass der Wähler, der keinen Begleiter hat, aber begleitet werden möchte, sich zusätzlich vom Vorsitzenden des Wahlbürovorstands auch von einem vom Vorsitzenden bestimmten Beisitzer begleiten lassen darf, damit es für den Wähler, der eine Begleitung braucht, einfacher wird, sein Wahlrecht auszuüben.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraf 3 Absatz 3 der letzte Satz gestrichen, um die Vorgänge nicht mit unnötigen Formalitäten zu belasten.

Artikel 87

Der Artikel ändert den Artikel L4143-23 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 88

Der Artikel ändert den Artikel L4143-24 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 89

Der Artikel ändert den Artikel L4143-25 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird zusätzlich zu den Verzeichnissen der Wähler, die nicht in den Abstimmungsregistern eingetragen waren, aber zur Wahl zugelassen worden sind, und der Wähler, die in den Abstimmungsregistern eingetragen waren, aber an der Wahl nicht teilgenommen haben, auch ein Verzeichnis für die Vollmachten erstellt, um die Sicherheit der Wahl mittels Vollmacht zu erhöhen.

Zudem wird mit diesem Artikel vorgesehen, dass die Vorstandsmitglieder eine dritte Abschrift des Abstimmungsregisters verwenden, um das Verzeichnis der abwesenden Wähler zu erstellen, und somit den Mitgliedern eine Zeitersparnis bei der Schließung des Wahlbüros zu ermöglichen.

Anschließend wird mit diesem Artikel in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4143-28 in Paragraf 3 nicht mehr vorgesehen, dass die Verzeichnisse binnen drei Tagen dem Friedensrichter des Kantons übermittelt werden müssen.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel in Paragraf 4 die Zweckbestimmung der in den Verzeichnissen erwähnten personenbezogenen Daten sowie deren Inhalt erläutert, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 90

Der Artikel ändert den Artikel L4143-26 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird hinzugefügt, dass auch die Zeugen die Abstimmungsregister, die zum Ankreuzen der Namen der Wähler verwendet wurden, unterzeichnen müssen, was in der Praxis schon der Fall war.

Artikel 91

Der Artikel ändert den Artikel L4143-27 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird eine terminologische Korrektur vorgenommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Zudem wird mit diesem Artikel ein Teil des Inhalts des aktuellen Artikels L4143-28 §1 Nummer 3 übernommen, um die interne Kohärenz zu gewährleisten.

Artikel 92

Der Artikel ändert den Artikel L4143-28 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 1 die Liste der Unterlagen, die in Umschläge einzufügen sind, angepasst, um diese umfassender und präziser zu gestalten.

Zudem wird mit diesem Artikel in Paragraph 2 präzisiert, dass der Vorsitzende des Wahlbürovorstands die Umschläge mit Ausnahme der, die die Protokolle beinhalten, der Gemeindeverwaltung übermittelt. Ziel dieser Abänderung ist, die Prozedur für die Übermittlung der Umschläge neu zu definieren. Es wird nun die Aufgabe der Gemeinde sein, die Umschläge zu zentralisieren und an den weiteren Empfänger weiterzuleiten, wie in Paragraph 3 beschrieben wird.

Anschließend wird mit diesem Artikel im Paragraphen 4 der Inhalt des aktuellen Paragraphen 3 übernommen, mit dem Unterschied, dass der Vorsitzende nicht mehr von einem Beisitzer für die Übermittlung der Urne und der Protokolle aber ggf. von einem Zeugen begleitet wird und der Vorsitzende die Übermittlung einem Beisitzer übertragen kann.

Zum Schluss werden mit diesem Artikel in den Paragraphen 5 und 6 die Zweckbestimmung der für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder notwendigen Angaben und der in dem Verzeichnis der abwesenden Beisitzer erwähnten personenbezogenen Daten sowie deren Inhalt erläutert, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 93

Der Artikel ändert den Artikel L4144-5 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4143-28 der Absatz 4 aufgehoben.

Artikel 94

Der Artikel ändert den Artikel L4144-9 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Absatz 4 aufgehoben, weil mittels des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Artikel 95

Der Artikel ändert den Artikel L4144-11 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 4 aufgehoben, um die Vergleichbarkeit zwischen der Fassung der Wallonischen Region und die der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewährleisten.

Artikel 96

Der Artikel ändert den Artikel L4145-2 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 2 aufgehoben, weil mittels des durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikels L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt ist, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Artikel 97

Der Artikel ändert die Überschrift von Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 2 „Auszählung durch die Kreisvorstände“ des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird die Überschrift durch die Überschrift „Auszählung durch die Gemeindevorstände“ ersetzt, um nur noch die Prozedur für die Gemeindevorstände in diesem Abschnitt zu erläutern und nicht mehr die für die Distriktvorstände, weil Distriktvorstände ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 98

Der Artikel hebt den Artikel L4145-5 des Kodex auf.

Mit diesem Artikel werden die Paragraphen 1 bis 3 aufgehoben, weil dieser Abschnitt nur noch die Bestimmungen für die Gemeindevorstände übernimmt, und somit alle Bestimmungen zu den Distriktvorständen keinen Bestand mehr haben. Zudem sind Distriktvorstände ein Bestandteil der Provinzialwahlen, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Zudem wird mit diesem Artikel Paragraph 4 aufgehoben, weil dessen Inhalt in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L4125-1 übernommen wird.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel Paragraph 5 aufgehoben, weil dieser Absatz nicht notwendig ist, da er keine Verpflichtung äußert.

Artikel 99

Der Artikel ändert den Artikel L4145-6 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel werden die Bestimmung zu den Distriktvorständen aufgehoben, weil diese ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 100

Der Artikel ändert den Artikel L4145-7 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 2 aufgehoben, weil dieser die Distriktvorstände betrifft, die ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 101

Der Artikel ändert den Artikel L4145-8 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird das Wort „Kreisvorstand“ durch „Gemeindevorstand“ ersetzt, um nur noch die Prozedur für die Gemeindevorstände in diesem Abschnitt zu erläutern und nicht mehr die für die Distriktvorstände, weil Distriktvorstände ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 102

Der Artikel hebt den Artikel L4145-10 des Kodex auf, weil er die Distriktvorstände betrifft, die ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 103

Der Artikel ändert den Artikel L4145-12 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 1 das Wort „Kreisvorstand“ durch „Gemeindevorstand“ ersetzt und Paragraph 2 umformuliert, um nur noch die Prozedur für die Gemeindevorstände in diesem Abschnitt zu erläutern und nicht mehr die für die Distriktvorstände, weil Distriktvorstände ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 104

Der Artikel ändert den Artikel L4145-15 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird das Wort „Kreisvorstand“ durch „Gemeindevorstand“ ersetzt, um nur noch die Prozedur für die Gemeindevorstände in diesem Abschnitt zu erläutern und nicht mehr die für die Distriktvorstände, weil Distriktvorstände ein Bestandteil der Provinzialwahlen sind, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist. In Verbindung mit dieser Abänderung wird die Wortfolge „Gemeinde-, Provinzial und Sektorenratsmitgliedern“ durch „Gemeinderatsmitgliedern“ ersetzt, weil die Gemeindevorstände nur für die Stimmenauszählung für die Gemeinderatsmitglieder zuständig sind.

Artikel 105

Der Artikel ändert den Artikel L4145-16 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird die Ermächtigung an die Regierung bezüglich der digitalen Ermächtigung gestrichen, weil der durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügte Artikel L4141-3 die Regierung dazu ermächtigt, festzulegen, welche Vorgänge digital oder digital und automatisiert erfolgen können.

Zudem werden mit diesem Artikel in den Paragraphen 2 und 3 anhand von Listen die Unterlagen präzisiert, die in Umschläge eingefügt werden müssen, und welche Angaben auf den Umschlägen vermerkt sein müssen.

Anschließend wird mit diesem Artikel in Paragraph 3 präzisiert, dass der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Umschläge der Gemeindeverwaltung übermittelt. Ziel dieser Abänderung ist, die Prozedur für die Übermittlung der Umschläge neu zu definieren. Es wird nun die Aufgabe der Gemeinde sein, die Umschläge zu zentralisieren und an den weiteren Empfänger weiterzuleiten, wie in Paragraph 4 beschrieben wird.

Zum Schluss wird mit diesem Artikel in Paragraph 5 die Zweckbestimmung der für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder notwendigen Angaben und des Verzeichnisses der abwesenden Besitzer sowie der sich darin befindenden personenbezogenen Daten erläutert, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden.

Artikel 106

Der Artikel hebt Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 3 des Kodex auf, der die Artikel L4145-17 bis L4145-21 umfasst, weil er die Provinzialwahlen betrifft, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 107

Der Artikel hebt Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 3 des Kodex auf, der die Artikel L4145-17 bis L4145-21 umfasst, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 108

Der Artikel hebt in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L41432-28 den Artikel L4146-2 des Kodex auf, weil die Prozedur zur Übermittlung der Unterlagen nach Schließung der Wahlverrichtungen neugestaltet wird.

Artikel 109

Der Artikel hebt in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel L41432-28 den Artikel L4146-3 des Kodex auf, weil die Prozedur zur Übermittlung der Unterlagen nach Schließung der Wahlverrichtungen neugestaltet wird.

Artikel 110

Der Artikel ändert den Artikel L4146-7 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird ein Verweis angepasst, da diese Bestimmung im Gemeindedekret vom 23. April 2018 geregelt wird.

Artikel 111

Der Artikel ändert den Artikel L4146-8 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 2 aufgehoben, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 112

Der Artikel hebt Buch I Titel IV Kapitel VI Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 des Kodex auf, der die Artikel L4146-18 bis L4146-22 umfasst, weil diese Bestimmungen die Provinzialwahlen betreffen, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 113

Der Artikel ändert den Artikel L4146-23 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird ein neuer Absatz eingefügt, um die Zweckbestimmung der Aufbewahrungsfrist der Stimmzettel und Abstimmungsregister zu erwähnen, um somit den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung gerecht zu werden und die Übermittlung von Wahlunterlagen für wissenschaftliche und historische Forschungen zu regeln.

Artikel 114

Der Artikel ändert den Artikel L4146-25 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 6 aufgehoben, weil alle Strafbestimmungen in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten neuen Titel VI übernommen werden.

Artikel 115

Der Artikel ändert den Artikel L4146-29 des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird Paragraph 1 Absatz 2 aufgehoben, weil er die Provinzialwahlen betrifft, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 116

Der Artikel hebt Buch I Titel V des Kodex auf, der die Artikel L4151-1 bis L4151-4 umfasst, weil er Bestimmungen bezüglich Comines-Warneton betrifft, wofür die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Artikel 117

Der Artikel fügt in Buch I des Kodex einen neuen Titel VI ein, der die Artikel L4161-1 bis L4168-25 umfasst. Dieser neue Titel umfasst alle Strafbestimmungen.

Mit diesem Artikel werden alle Strafbestimmungen der aktuellen Fassung des Kodex durch diesen Titel übernommen, um eine bessere Verständlichkeit und Lesbarkeit zu gewährleisten. Der Inhalt bleibt unverändert, bis auf gewisse Anpassungen von Verweisen und legistische Korrekturen, die die Kohärenz gewährleisten sollen, und einige Abänderungen, die hierunter erläutert werden.

Folgende Konkordanztabelle zeigt, welche Artikel der aktuellen Fassung durch den vorliegenden Dekretentwurf aufgehoben und im neuen Titel eingefügt wurden:

Aktuelle Artikel	Durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügte Artikel
L4122-31	L4162-1
L4122-32	L4162-2

L4122-33	L4162-3
L4122-34	L4162-4
L4122-35	L4162-5
L4125-5 §6	L4163-1
L4125-16	L4163-2
L4125-17	L4163-3
L4131-6	L4165-1
L4134-5 letzter Absatz	L4166-1
L4211-6 Absatz 4	L4168-24
L4142-4 §4 letzter Satz	L4167-4
L4142-6 Absatz 3	L4167-1
L4142-46 Absatz 1	L4167-2
L4142-47	L4167-3
L4143-9	L4168-1
L4143-15 letzter Absatz	L4168-2
L4145-22	L4168-3
L4145-23	L4168-4
L4145-24	L4168-5
L4145-25	L4168-6
L4145-26	L4168-7
L4146-27	L4168-8
L4145-28	L4168-9
L4145-29 und L4145-30	L4168-10
L4145-31	L4168-11
L4145-32	L4168-12
L4145-33	L4168-13
L4145-34	L4168-14
L4145-35	L4168-15
L4145-36	L4168-16
L4145-37	L4168-17
L4145-38	L4168-18
L4145-39	L4168-19
L4145-40	L4168-20
L4145-41	L4168-21
L4145-42	L4168-22
L4145-43	L4161-1
L4145-44	L4161-2
L4145-45	L4161-3
L4145-46	L4161-4
L4146-8 §2	L4168-23
L4146-25 §6	L4165-2
Artikel 13 Absätze 5 bis 7 des Gesetzes vom 7. Juli 1994	L4165-3
/	L4164-1

Der Inhalt der aktuellen Artikel L4145-22 und L4145-23 wird durch die durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikel L4168-3 und L4168-4 mit einer Änderung übernommen. Die Abwesenheitsgründe müssen nun direkt dem Prokurator des Königs mitgeteilt werden, ohne dass der Friedensrichter weiterhin eine zwischengeschaltete Rolle spielen muss, weil der Prokurator als einziger befugt ist, den Wähler zu verfolgen.

Der Inhalt der aktuellen Artikel L4145-29 und L4145-30 wird in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikel L4168-10 übernommen. Die zwei aktuellen Artikel werden zusammengeführt und Artikel L4145-30 Absatz 5 bezüglich der Schankwirte und Kaufleute wird aufgehoben, weil dieser veraltet ist.

Der Inhalt des aktuellen Artikels L4145-43 wird in dem durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikel L4161-1 übernommen. Die Verjährungsfrist wird von sechs Monaten auf fünf Jahre verlängert, um ein gleichzeitig laufendes Gerichts- und Verwaltungsverfahren zu ermöglichen.

Der Artikel L4130-2 des Kodex in der Fassung der Wallonischen Region und Artikel 13 Absätze 5 bis 7 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 werden in den durch den vorliegenden Dekretentwurf eingefügten Artikeln L4164-1 und L4165-3 übernommen, um die Kohärenz der durch den vorliegenden Dekretentwurf vorgesehenen Abänderungen der Fassung der Wallonischen Region des Kodex zu gewährleisten.

Artikel 118

Der Artikel ändert Buch II des Kodex ab.

Mit diesem Artikel wird das gesamte Buch II neu strukturiert und umformuliert, um es an die durch den vorliegenden Dekretentwurf vorgenommenen Änderungen in Buch I und den Wortlaut des Gesetzes vom 7. Februar 2014 zur Organisation der elektronischen Wahl mit Papierbescheinigung anzupassen und so nah wie möglich am Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen auf dem deutschen Sprachgebiet zu gestalten. Letzteres ist für die Wahloperatoren wichtig, weil bei zeitgleichen Gemeinderats- und Provinzialratswahlen auf dem deutschen Sprachgebiet das Zusammenarbeitsabkommen greift und lediglich bei ausschließlichen Gemeinderatswahlen das Buch II des Kodex. Somit fällt es den Wahloperatoren leichter, die gleichformulierten Bestimmungen ohne wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Regeltexten anzuwenden.

Das Buch II regelt das elektronische Wahlsystem mit Papierbescheinigung, d. h. die Zusammensetzung dieser Wahlsysteme, den Ankauf und die Lagerung, die Einrichtung der Wahlkabinen, die Vorgehensweise zur Stimmabgabe, die Auszählung anhand der auf Datenträgern gespeicherten Stimmabgaben und die Bestimmungen des Buches I, die keine oder nur eine bedingte Anwendung finden.

Artikel 119

Der Artikel ändert den Artikel 18 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel werden in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel 21.1 zwei weitere Punkte eingefügt, die der Gemeinderat in der Geschäftsordnung regeln muss.

Artikel 120

Der Artikel ändert den Artikel 20 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraph 2 präzisiert, dass die Versammlungen der Gemeinderäte in der Regel in Präsenzform stattfinden. Diese Präzisierung wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel 21.1 vorgenommen, mit dem festgelegt wird, dass die Versammlungen unter gewissen Umständen und

Bedingungen per Videokonferenz oder teils in Präsenzform und teils per Videokonferenz stattfinden dürfen.

Artikel 121

Der Artikel fügt den neuen Artikel 21.1 in das Gemeindedekret vom 23. April 2018 ein.

Mit diesem Artikel wird festgelegt, dass die Versammlungen der Gemeinderäte unter gewissen Umständen und Bedingungen per Videokonferenz oder teils in Präsenzform und teils per Videokonferenz stattfinden dürfen. Ziel ist es, den Gemeinderäten eine gewisse Autonomie für die Auswahl der Sitzungsform zu gewähren und die Lehren aus der Coronakrise zu ziehen, um in einer potenziellen folgenden Krisensituation die Kontinuität der Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane gewährleisten zu können.

Der Gedanke hinter den virtuellen Sitzungen der Gemeinderäte unter außergewöhnlichen Umständen ist der gleiche, wie der in Artikel 17 des Dekrets der Wallonischen Region vom 15. Juli 2021 „modifiant certaines dispositions du Code de la démocratie locale et de la décentralisation en vue de permettre les réunions à distance des organes“ und in Artikel 31 des Dekrets der Flämischen Region vom 16. Juli 2021 „tot wijziging van diverse decreten, wat betreft versterking van de lokale democratie“. Der Gedanke hinter den hybriden Sitzungen der Gemeinderäte unter außergewöhnlichen Umständen ist der gleiche, wie der in Artikel 2 der Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt vom 29. Oktober 2020 „modifiant la Nouvelle Loi communale en vue d'assurer en cas de force majeure la tenue de réunions à distance du conseil communal, des commissions et des conseils consultatifs“, der die hybriden Versammlungen für den Gemeinderat erlaubt, und Artikel 31 des Dekrets der Flämischen Region vom 16. Juli 2021 „tot wijziging van diverse decreten, wat betreft versterking van de lokale democratie“. Im Gegensatz zu dem, was in den durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten oder eingefügten Artikel L1523-10 des Kodex und 57.1 und 156.1 des Gemeindedekrets für die Versammlungen der Interkommunalen und der Gemeindekollegien und Verwaltungsrat vorgesehen ist, wird den Räten nicht die Möglichkeit eingeräumt, in 20% der jährlichen Sitzungen virtuell oder hybrid zu tagen, um die größtmögliche Öffentlichkeit der Sitzungen zu gewährleisten.

Die Regierung soll anhand eines Erlasses die Mindestvoraussetzungen für die virtuellen und hybriden Sitzungen festlegen können, um beispielsweise folgende Aspekte zu regeln:

- Müssen die per Videokonferenz zugeschalteten Mitglieder sowohl hörbar als auch sichtbar sein?
- Müssen die Mitglieder über einen digitalen Zugang und über besondere technische Mittel zur Teilnahme an der Videokonferenz verfügen? Falls ja, welche?
- Welche technischen Mittel zur Einbindung des per Videokonferenz teilnehmenden Mitglieds müssen im Falle einer hybriden Sitzung im Sitzungssaal zur Verfügung stehen?
- Wie kann die Authentizität der Stimmenabgabe und des geheimen Charakters der geheimen Stimmenabgabe gewährleistet werden?
- Muss in der Einberufung oder im Sitzungsprotokoll der Rückgriff auf eine virtuelle oder hybride Sitzung begründet werden?
- Müssen im Fall einer virtuellen oder hybriden Sitzung bestimmte Elemente in der Einberufung oder im Protokoll aufgenommen werden? (wie etwa Erklärungen zur Sitzungsart oder Unterbrechungen aufgrund technischer Probleme)

Die Anwendungsmodalitäten der Sitzungsformen werden in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf abgeänderten Artikel 18 durch die Geschäftsordnung geregelt.

Artikel 122

Der Artikel ändert den Artikel 24 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel wird in Paragraf 1 in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel 21.1 präzisiert, dass auch während einer Sitzung per Videokonferenz der Vorsitzende für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich ist.

Artikel 123

Der Artikel ändert den Artikel 27 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel 21.1 in Absatz 1 präzisiert, dass die Sitzung auf der Website der Gemeinde zeitgleich übertragen werden muss, um die Öffentlichkeit der Sitzung zu gewährleisten.

Artikel 124

Der Artikel ändert den Artikel 31 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel 21.1 in Absatz 1 präzisiert, dass die Regierung die Mindestvoraussetzungen für die geheime Abstimmung während den virtuellen oder hybriden Sitzungen festlegen kann.

Artikel 125

Der Artikel ändert den Artikel 37 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass die Versammlungen der Ausschüsse in der Regel in Präsenzform stattfinden. Zudem wird der durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügte Artikel 21.1 auch auf die Ausschüsse anwendbar gemacht. Aus diesem Grund wird auf die Begründung dieses Artikels verwiesen.

Artikel 126

Der Artikel ändert den Artikel 57 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 ab.

Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass die Versammlungen des Gemeindegremiums in der Regel in Präsenzform stattfinden. Diese Präzisierung wird in Verbindung mit dem durch den vorliegenden Dekretentwurf neu eingefügten Artikel 57.1 vorgenommen.

Artikel 127

Der Artikel fügt den neuen Artikel 57.1 im Gemeindedekret vom 23. April 2018 ein.

Mit diesem Artikel wird festgelegt, dass die Versammlungen der Gemeindegremien unter gewissen Umständen und Bedingungen per Videokonferenz oder teils in Präsenzform und teils per Videokonferenz stattfinden dürfen. Ziel ist es, den Gemeindegremien eine gewisse Autonomie für die Auswahl der Sitzungsform zu gewähren und die Lehren aus der Coronakrise zu ziehen, um in einer potenziellen folgenden Krisensituation die Kontinuität der Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane gewährleisten zu können.

Der Gedanke hinter den virtuellen Sitzungen der Gemeindekollegien unter außergewöhnlichen Umständen und in 20% der jährlichen Sitzungen ist der gleiche, wie der in Artikel 18 des Dekrets der Wallonischen Region vom 15. Juli 2021 „modifiant certaines dispositions du Code de la démocratie locale et de la décentralisation en vue de permettre les réunions à distance des organes“. Der Gedanke hinter den hybriden Sitzungen der Gemeindekollegien unter außergewöhnlichen Umständen und in 20% der jährlichen Sitzungen ist der gleiche, wie der in Artikel 38 des Dekrets der Flämischen Region vom 16. Juli 2021 „tot wijziging van diverse decreten, wat betreft versterking van de lokale democratie“.

Die Regierung soll anhand eines Erlasses die Mindestvoraussetzungen für die virtuellen und hybriden Sitzungen festlegen können.

Die Anwendungsmodalitäten der Sitzungsformen werden durch die Geschäftsordnung geregelt.

Artikel 128

Der Artikel fügt den neuen Artikel 156.1 im Gemeindedekret vom 23. April 2018 ein.

Mit diesem Artikel wird festgelegt, dass die Versammlungen der Verwaltungsräte der autonomen Gemeinderegionen unter gewissen Umständen und Bedingungen per Videokonferenz oder teils in Präsenzform und teils per Videokonferenz stattfinden dürfen. Ziel ist es, den Verwaltungsräten der autonomen Gemeinderegionen eine gewisse Autonomie für die Auswahl der Sitzungsform zu gewähren und die Lehren aus der Coronakrise zu ziehen, um in einer potenziellen folgenden Krisensituation die Kontinuität der Sitzungen der lokalen Verwaltungsorgane gewährleisten zu können.

Der Gedanke hinter den virtuellen und hybriden Sitzungen der Verwaltungsräte der autonomen Gemeinderegionen unter außergewöhnlichen Umständen und in 20% der jährlichen Sitzungen ist der gleiche, wie der in Artikel 133 des vorliegenden Dekretentwurfs erwähnte Grund.

Die Regierung soll anhand eines Erlasses die Mindestvoraussetzungen für die virtuellen und hybriden Sitzungen festlegen können.

Die Anwendungsmodalitäten der Sitzungsformen werden durch die Geschäftsordnung geregelt.

Artikel 129

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs fest.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch

Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident

Datum: 2023.05.09 09:24:29 +02'00'

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung und des Gemeindedekrets vom 23. April 2018

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KODEX DER LOKALEN DEMOKRATIE UND DER DEZENTRALISIERUNG

Artikel 1 - Artikel L1523-10 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 9. März 2007 und 31. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet des §3 finden die Versammlungen der Organe der Interkommunale in Präsenzform statt.“

2. Folgender §3 wird eingefügt:

„§3 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder oder gegebenenfalls für die Öffentlichkeit aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, oder in höchstens 20% der Sitzungen jährlich kann der Vorsitzende des Organs der Interkommunale beschließen, die Versammlung wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;

2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen.“

Art. 2 - In Artikel L1523-14 Nummer 8 desselben Kodex werden nach Spiegelstrich 8 folgende Spiegelstriche eingefügt:

„- die Organisation von virtuellen und hybriden Sitzungen der Organe der Interkommunale;

- die Modalitäten von virtuellen und hybriden Sitzungen der Organe der Interkommunale;“

Art. 3 - Artikel L4112-1 desselben Kodex, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Wahlberechtigung“ durch das Wort „Wählerschaft“ ersetzt.

2. In §2 wird das Wort „darf“ gestrichen.

3. In §3 wird die Wortfolge „der Wahlkörper“ durch die Wortfolge „die Wählerschaft“ ersetzt und die Wortfolge „des Titels II des vorliegenden Kodex“ gestrichen.

Art. 4 - Artikel L4112-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 wird die Wortfolge „, auch Wahlregister genannt“ gestrichen und die Wortfolge „die im Bevölkerungsregister der Gemeinde eingetragen sind“ durch die Wortfolge „die im Bevölkerungsregister oder ggf. im Ausländerregister der Gemeinde eingetragen sind, mit Ausnahme der im Warteregister der Gemeinde eingetragenen Personen“ ersetzt.

2. In §4 wird die Wortfolge „, ein sogenanntes "Wahlregister",“ gestrichen und das Wort „Wahlvorstand“ durch das Wort „Wahlbürovorstand“ ersetzt.

Art. 5 - Artikel L4112-5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge „und Logos“ gestrichen.
2. In Absatz 1 wird Wortfolge „und ggf. durch ein Logo“ gestrichen.
3. In Absatz 2 wird der Satz „Es kann ein Logogramm umfassen.“ gestrichen und werden die Sätze „Es setzt sich aus höchstens 25 Schriftzeichen zusammen. Es kann aus Buchstaben, Zahlen oder Schriftzeichen bestehen.“ eingefügt.
4. Absatz 3 wird aufgehoben.
5. Absatz 4 wird aufgehoben.

Art. 6 - In der Überschrift von Artikel L4112-7 desselben Kodex wird das Wort „Wahlbürovorstände“ durch das Wort „Wahlvorstände“ ersetzt.

Art. 7 - Artikel L4112-8 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird das Wort „Wahlvorstand“ durch das Wort „Wahlbürovorstand“ ersetzt.
2. In Absatz 4 wird das Wort „Zählvorstand“ durch das Wort „Zahlbürovorstand“ ersetzt.

Art. 8 - Artikel L4112-10 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen „der Treffen, Versammlungen, Ansprachen,“ und „Aufmärsche sowie“ die Wortfolge „Verteilungen von Flugblättern,“ eingefügt.
2. Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„Die Wahlkampagne endet am Vortag der Wahlen um 22 Uhr. Jedoch können die Kandidaten, Listen und politischen Parteien bis zum Wahltag Botschaften über jegliche elektronische Kommunikationsmittel verbreiten oder verbreiten lassen.“

Art. 9 - Artikel L4112-14 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Nummer 4 wird nach dem Wort „Bürgermeister“ die Wortfolge „oder sein Beauftragter“ eingefügt.
2. In §2 Nummer 9 wird die Wortfolge „oder die Person, die er bezeichnet“ gestrichen.
3. In §2 Nummer 11 wird die Angabe „Artikel L4211-6 §1“ durch die Angabe „Artikel L4141-2“ ersetzt.
4. In §3 Nummer 2 wird das Wort „Überbringer“ durch das Wort „Anmelder“ ersetzt.

Art. 10 - Artikel L4112-16 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „durch den vorliegenden Kodex organisierte“ gestrichen.
2. In Absatz 4 wird die Wortfolge „, ohne zwangsläufig selbst Kandidat zu sein“ eingefügt.

Art. 11 - Artikel L4112-17 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4112-17 - Wahldokumente.

Ein Wahldokument ist jedes offizielle Dokument, das im Rahmen der Wahlverrichtungen von Wählern, Kandidaten und Wahloperatoren verwendet wird.

Die Wahlaufforderung ist das Dokument, das die Wähler einer Gemeinde in den Tagen vor der Wahl erhalten und das unter anderem den Wahltag und das Wahllokal, in dem der Wähler seine Stimme abgeben muss, sowie die Öffnungs- und Schließzeiten der Wahlbüros aufführt.

Die Vollmacht ist das Dokument, durch das der "Vollmachtgeber" genannte Wähler, der es wünscht, einem anderen "Bevollmächtigten" genannten Wähler erlaubt, in den durch das vorliegende Buch vorgesehenen Grenzen in seinem Namen und in seinem Auftrag zu wählen.“

Art. 12 - In Artikel L4112-21 desselben Kodex wird folgender §3 eingefügt:

„§3 - Das endgültige Ergebnis ist das Ergebnis der Wahl, wenn dieses gemäß Titel IV Kapitel VI des vorliegenden Buchs für gültig erklärt wurde.“

Art. 13 - In Artikel L4112-23 Nummer 3 desselben Kodex wird die Wortfolge „zum Wahl- oder Zählbüro oder“ gestrichen.

Art. 14 - In Artikel L4112-26 Nummer 1 desselben Kodex wird das Wort „Wahlregister“ durch das Wort „Wahldokument“ ersetzt.

Art. 15 - Artikel L4121-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Nummer 1 wird zwischen die Wortfolge „der Europäischen Union“ und dem Wort „berechtigt“ die Wortfolge „oder von Drittländern“ eingefügt.

2. In §1 Nummer 3 wird die Angabe „31. Juli“ jeweils durch die Angabe „1. August“ ersetzt.

3. §2 wird aufgehoben.

4. §3 wird aufgehoben.

5. §4 wird aufgehoben.

Art. 16 - Artikel L4121-3 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region 26. April 2012 und das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1° wer eine geschützte Person ist, die aufgrund von Artikel 492/1 des früheren Zivilgesetzbuchs und in Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Mai 2014 über die Internierung von Personen ausdrücklich für unfähig erklärt worden ist, ihre politischen Rechte auszuüben.“

2. Folgender §7 wird eingefügt:

„§7 - Die Zweckbestimmung der in §2 Absatz 2 genannten Datenverarbeitung ist folgende: dem Gemeindegremium ermöglichen, das Wählerverzeichnis zu erstellen und seine Aktualisierungen zu gewährleisten.“

Art. 17 - Die Überschrift von Teil vier Buch I Titel II Kapitel II desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL II - WÄHLERREGISTER“

Art. 18 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 1 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird durch folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-1 bis L4122-3 umfasst, ersetzt:

„Abschnitt 1 - Aufstellung des Wählerregisters

Art. L4122-1 - §1 - Am 1. August des Jahres, im Laufe dessen die ordentliche Erneuerung der Gemeinderäte stattfindet, erstellt das Gemeindegremium das an demselben Datum aktualisierte Wählerregister. Zu diesem Zweck kann das Gemeindegremium den Föderalen Öffentlichen Dienst Inneres beauftragen, ihm kostenlos die Daten der in §2 genannten Personen zur Verfügung zu stellen. Die vom Föderalen Öffentlichen Dienst Inneres zur Verfügung gestellten Daten werden vernichtet, sobald die Wahl für gültig oder ungültig erklärt worden ist.

§2 - Dieses Register umfasst:

1. die Gesamtheit der Personen, die die in Artikel L4121-1 aufgeführten Wahlberechtigungsbedingungen erfüllen;

2. die Personen, die zwischen dem 1. August und dem Datum der Wahl einschließlich das Alter von achtzehn Jahren erreicht haben werden;

3. die Personen, deren Wahlrecht zwischen dem 1. August und dem Datum der Wahl einschließlich, nicht mehr ausgesetzt sein wird.

§3 - Das Wählerregister gibt den Namen, die Vornamen, das Geburtsdatum, das Geschlecht, den Hauptwohntort und die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen an.

Für die Personen, die aufgrund der Artikel 1bis oder 1ter des Gemeindewahlgesetzes als Wähler zugelassen worden sind, wird im Wählerregister ihre Staatsangehörigkeit vermerkt. Außerdem sind die Felder in Bezug auf diese Wähler blau gefärbt.

§4 - Die Zweckbestimmungen des Wählerregisters sind folgende:

1. die Gesamtheit der Personen, die die Wählereigenschaft besitzen, auflisten und eindeutig identifizieren, um sie zur Wahl aufzufordern;
2. die in Artikel L4122-6 §1 Absatz 1 erwähnten Verzeichnisse erstellen können und somit die Bestimmung der Vorsitzenden, Beisitzer und stellvertretenden Beisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände sowie die Bestimmung des Vorsitzenden des Gemeindevorstands in dem in Artikel L4125-3 §2 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Fall ermöglichen;
3. die Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters an Parteien, Listen und Kandidaten im Hinblick auf die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen;
4. die Abstimmungsregister erstellen und den Mitgliedern der Wahlbürovorstände die Überprüfung, dass zum einen nur die Wähler ihre Stimmen abgeben und zum anderen diese nur ein einziges Mal wählen, ermöglichen;
5. Mehrfachkandidaturen gemäß Artikel L4142-17 kontrollieren;
6. prüfen, ob die Kandidatenlisten die Vorschriften des Artikels L4142-7 §1 Absatz 1 Nummer 2 erfüllen;
7. überprüfen, dass von den nichtbelgischen Wählern, die für die Gemeindewahlen kandidieren, nur diejenigen kandidieren, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen;
8. die Verwendung im Rahmen einer Verwaltungsuntersuchung, wenn ein Einspruch gegen die Wahl eingereicht wird, ermöglichen;
9. die Verwendung im Falle einer gerichtlichen Ermittlung oder Untersuchung ermöglichen.

Art. L4122-2 - §1 - Das Wählerregister wird gemäß einer durchlaufenden Nummerierung pro Gemeinde und gegebenenfalls pro Gemeindesektion erstellt. Das Gemeindegremium beruft die im Bevölkerungsregister an derselben Anschrift eingetragenen Personen in demselben Wahlzentrum ein.

In Gemeinden, in denen Sektorenwahlen organisiert werden, wird das erwähnte Register durch die Gemeinde auf der Grundlage einer Aufteilung nach den Sektoren erstellt.

§2 - Sobald das Wählerregister erstellt ist, veröffentlicht das Gemeindegremium eine entsprechende Bekanntmachung an den üblichen Aushangstellen und auf der Website der Gemeinde. Die Bekanntmachung gibt die Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung und die in den Artikeln L4122-10 bis L4122-12 vorgesehenen Beschwerde- und Einspruchsverfahren an.

Sobald die Bekanntmachung veröffentlicht ist, darf jede Person überprüfen, ob sie selbst oder jegliche andere Person im Register vermerkt oder richtig angegeben ist. Jede Person, die der Meinung ist, dass sie unberechtigtweise eingetragen, ausgelassen oder aus dem Wählerregister gestrichen worden ist oder für die die vorgeschriebenen Angaben in diesem Register falsch wiedergegeben sind, kann gemäß den in den Artikeln L4122-10 und

folgende festgelegten Modalitäten bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag Beschwerde beim Gemeindegremium einlegen.

Art. L4122-3 - §1 - Das Gemeindegremium kann einem Leistungserbringer die Herstellung der Wählerregister und der Abstimmungsregister anvertrauen.

Der Druck und die Verbreitung der Wählerregister und der Abstimmungsregister erfolgen unter der Aufsicht des Gemeindegremiums. Dieses bleibt vollständig verantwortlich für die Richtigkeit und die korrekte Verbreitung dieser Register.“

Art. 19 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird durch den folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-4 und L4122-5 umfasst, ersetzt:

„Abschnitt 2 - Kontrolle und Aktualisierung des Wählerregisters

Unterabschnitt 1 - Kontrolle des Wählerregisters

Art. L4122-4 - §1 - Sobald das Wählerregister erstellt wurde, übermittelt die Gemeinde der Regierung oder der von ihr beauftragten Person ein Exemplar ihres Registers.

§2 - Sobald die Gesamtheit der Wählerregister erhalten wurde, kontrolliert die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die Wählerregister, um zu überprüfen, ob Personen aus welchem Grund auch immer auf mehreren Registern aufgeführt sind.

Wenn ein Wähler auf mehreren Registern aufgeführt ist, benachrichtigt die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die betroffenen Gemeinden. Diese beraten sich und nehmen umgehend die notwendigen Abänderungen vor.

Streichet das Gemeindegremium einen Wähler aus dem Wählerregister, teilt es dies dem betroffenen Wähler mit, indem es ihn über die in Artikel L4122-10 und folgende vorgesehenen Einspruchsmöglichkeiten informiert.

Die betroffenen Gemeinden übermitteln der Regierung oder der von ihr beauftragten Person die korrigierte Fassung ihres Register.

§3 - Nachdem die Regierung oder die von ihr beauftragte Person die Gesamtheit der Wählerregister erhalten hat, bestätigt sie jedes Register mittels elektronischer Signatur.

Die Regierung oder die von ihr beauftragte Person übermittelt umgehend der betroffenen Gemeinde ein bestätigtes Exemplar des Registers.

§4 - Die Zweckbestimmung der in den Absätzen 1 bis 3 genannten Vorgänge ist folgende: die Wählerregister kontrollieren und bestätigen.

Die Kontrollvorgänge des Wählerregisters dienen dazu, die Richtigkeit der Eintragungen im Wählerregister zu überprüfen und sicherzustellen, dass ein und derselbe Wähler nicht mehr als einziges Mal wählen kann.

Die Bestätigungsvorgänge des Wählerregisters dienen dazu, die Richtigkeit der Eintragungen im Wählerregister vor der Durchführung der in Artikel L4123-1 genannten Vorgänge zur Aufteilung der Wähler in Wahlsektionen zu bestätigen.

Unterabschnitt 2 - Aktualisierung des Wählerregisters

Art. L4122-5 - Werden aus dem Wählerregister gestrichen:

1. die Wähler, die zwischen dem Datum des Abschlusses des Wählerregisters und dem Wahltag nicht mehr im Bevölkerungsregister eingetragen sind;
2. die Wähler, die innerhalb desselben Zeitraums die belgische Staatsangehörigkeit verloren haben und dennoch in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets eingetragen bleiben;
3. die Wähler, gegen die innerhalb desselben Zeitraums ein Urteil oder ein Entscheid ausgesprochen wird, der für sie entweder den Ausschluss vom Wahlrecht oder eine Aussetzung dieses Rechts zur Folge hat;
4. die Personen, die innerhalb desselben Zeitraums infolge eines Entscheids des Appellationshofes oder eines Beschlusses des Gemeindekollegiums nicht mehr als Wähler aufgenommen werden müssen.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Personen können wieder ins Wählerregister eingetragen werden, indem sie eine Beschwerde gegen das Register gemäß Artikel L4122-10 und folgende einreichen oder sie dem Gemeindekollegium ein beweiskräftiges Dokument vorlegen, das eine sofortige Neueinschreibung ins Register erlaubt.

§2 - Werden dem Wählerregister hinzugefügt:

1. die Personen, die infolge eines Entscheids des Appellationshofes oder eines Beschlusses des Gemeindekollegiums als Wähler der Gemeinde-, Provinzial- oder Sektorenratswahl aufgenommen werden, und zwar bis zum Tag vor der Wahl;
2. die Personen, die bis spätestens am Tag der Wahl die belgische Staatsangehörigkeit erwerben und die Wahlberechtigungsbedingungen gemäß Artikel L4121-1 §1 Nummern 2, 3 und 4 erfüllen.“

Art. 20 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 3 desselben Kodex, abgeändert durch die Dekrete vom 21. November 2016 und 26. Februar 2018, wird durch folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-6 bis L4122-9 umfasst, ersetzt:

„Abschnitt 3 - Verwendung des Wählerregisters

Art. L4122-6 - §1 - Das Gemeindekollegium erstellt auf der Grundlage des Wählerregisters zwei Verzeichnisse:

1. Das erste Verzeichnis umfasst die Wähler, die in das Amt des Vorsitzenden des Wahl- oder Zählbürovorstands eingesetzt werden können.
2. Das zweite Verzeichnis umfasst die Wähler, die als Beisitzer oder Ersatzbeisitzer eines Wahl- oder Zählbürovorstands bestimmt werden können.

Das in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis umfasst zwölf Namen pro Vorstand.

Die öffentlichen Behörden, die Bedienstete beschäftigen, die Inhaber eines Diploms sind, das Zugang zu einem Amt der Stufen I oder II+ in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt, teilen den Gemeindeverwaltungen, in denen diese Bediensteten ihren Hauptwohrt haben, den Namen, die Vornamen, den Hauptwohrt, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und die Diplomstufe ihrer Bediensteten mit. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung ist folgende: dem Gemeindekollegium die Erstellung des in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Verzeichnisses ermöglichen im Hinblick auf die gemäß Artikel L4125-5 §1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 und §2 Absatz 1 Nummern 1 und 2 vorzunehmenden Bestimmungen sowie, ausschließlich was die Bediensteten der Stufe I betrifft, auf die gemäß Artikel L4125-3 §2 Absatz 1 Nummer 4 vorzunehmenden Bestimmungen.

Die öffentlichen Behörden, die Bedienstete beschäftigen, die Inhaber eines Diploms sind, das Zugang zu einem Amt der Stufen II, III oder IV in der Verwaltung der Deutschsprachigen

Gemeinschaft gewährt, teilen den Gemeindeverwaltungen, in denen diese Bediensteten ihren Hauptwohrt haben, den Namen, die Vornamen, den Hauptwohrt, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und die Diplomstufe ihrer Bediensteten mit. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung folgende: dem Gemeindegremium die Erstellung des in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Verzeichnisses ermöglichen im Hinblick auf die gemäß Artikel L4125-5 §2 Absatz 1 Nummern 3 und 4 vorzunehmenden Bestimmungen.

Die in den Absätzen 3 und 4 erwähnten öffentlichen Behörden, sind die Deutschsprachige Gemeinschaft, der Föderalstaat, die Wallonische Region, die Provinz Lüttich, die Gemeinden, die öffentlichen Sozialhilfeszentren, die Interkommunalen sowie die Einrichtungen öffentlichen Interesses, die gegebenenfalls unter das Gesetz vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses fallen.

§2 - Diese Verzeichnisse werden dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands am 10. September übermittelt. Dieser übermittelt sie gemäß Artikel L4125-5 §4 seinerseits dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands.

Art. L4122-7 - §1 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 und bis zu sieben Tage nach diesem Datum kann jede politische Partei mit einer regionalen oder provinziellen laufenden Nummer einen Antrag an die Regierung oder die von ihr beauftragte Person stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.

Zum Zeitpunkt der Anfrage verpflichtet sich die politische Partei:

1. bei den Gemeinde- oder Provinzialwahlen zu kandidieren;
2. eine laufende Nummer nach der regionalen oder provinziellen Auslosung zu erhalten;
3. die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten einzuhalten;
4. die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) einzuhalten;
5. das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einzuhalten.

Die Zweckbestimmung der Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters ist folgende: den Kandidaten die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen.

§2 - Die Regierung legt das Muster der Anfrage fest.

§3 - Die Ausstellung des Registers erfolgt auf einem Träger, dessen Format durch die Regierung festgelegt wird.

Sie erfolgt ab der Bestätigung des Registers durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 und bis zu sieben Tage nach diesem Datum.

§4 - Die politische Partei verteilt die erhaltenen Exemplare innerhalb der Listenverbindungen. Schlägt die Listenverbindung keine Kandidaten vor, dürfen die Kandidaten unter

Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Ein einer Listenverbindung ausgestelltes Exemplar kommt allen Kandidaten der Liste zugute. Wird einer dieser später aus der Kandidatenliste gestrichen, darf er unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Die Kandidaten dürfen die erhaltenen Exemplare nicht an Dritte weitergeben.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers dürfen nur zu Wahlzwecken verwendet werden, und ausschließlich während des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

§5 - Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers führen die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht an.

Art. L4122-8 - §1 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 kann der Anmelder einer Kandidatenliste, die über keine regionale oder provinzielle laufende Nummer verfügt, im Auftrag der Kandidatenliste einen Antrag an das Gemeindegremium stellen, um über ein Exemplar des Wählerregisters zu verfügen.

Zum Zeitpunkt der Anfrage verpflichtet sich der Anmelder, dass die Kandidaten:

1. bei den Gemeinde- oder Provinzialratswahlen kandidieren;
2. die demokratischen Grundsätze, die in der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in dem Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und in dem Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkriegs vom deutschen nationalsozialistischen Regime verübten Völkermordes oder jeder anderen Form des Völkermordes erwähnt werden, sowie die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte und Freiheiten einhalten;
3. die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) einhalten;
4. das Gesetz vom 30. Juli 2018 über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten einhalten.

Die Zweckbestimmung der Ausstellung von Exemplaren des Wählerregisters ist folgende: den Kandidaten die Durchführung von Wahlpropagandaaktionen ermöglichen.

§2 - Die Regierung legt das Muster der Anfrage fest.

§3 - Die Ausstellung des Registers erfolgt auf einem Träger, dessen Format durch die Regierung festgelegt wird.

§4 - Das Gemeindegremium stellt dem Anmelder das Exemplar des Wählerregisters aus.

Bei der Aushändigung überprüft das Gemeindegremium, ob der Anmelder tatsächlich diese Eigenschaft besitzt.

§5 - Das dem Anmelder durch das Gemeindekollegium ausgestellte Exemplar kommt allen Kandidaten der Liste zugute.

Schlägt die Liste keine Kandidaten bei den Gemeinde- oder Provinzialwahlen vor, dürfen die Kandidaten unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen keinen weiteren Gebrauch von dem Wählerregister machen, selbst nicht zu Wahlzwecken.

Die Kandidaten dürfen die erhaltenen Exemplare nicht an Dritte weitergeben.

Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgestellten Exemplare des Registers dürfen nur zu Wahlzwecken verwendet werden, und ausschließlich während des Zeitraums zwischen dem Datum der Aushändigung des Registers und dem Datum der Wahl unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen.

§6 - Unter Androhung der in Artikel L4162-4 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen darf das Gemeindekollegium Exemplare des Wählerregisters ausschließlich Personen aushändigen, die dies beantragt haben.

§7 - Die in Anwendung des vorliegenden Artikels ausgehändigten Exemplare des Registers führen die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen nicht an.

Art. L4122-9 - Ab der Bestätigung des Wählerregisters durch die Regierung oder die von ihr beauftragte Person gemäß Artikel L4122-4 kann die Gemeindeverwaltung dem unterzeichneten Wähler, dem vorgestellten Kandidaten oder dem Anmelder einen Auszug dieses Registers aushändigen, aus dem hervorgeht, dass dieser Wähler in der Gemeinde ist. Auf Anfrage hin kann die Gemeindeverwaltung das in Artikel L4142-4 §6 Absatz 1 Nummer 10 erwähnte Zertifikat bereitstellen.“

Art. 21 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 4 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird durch folgenden Abschnitt, der die Artikel L4122-10 bis L4122-31 umfasst, ersetzt:

„Abschnitt 4 - Einspruch gegen das Wählerregister

Art. L4122-10 - Ab dem Datum, an dem das Wählerregister abgeschlossen ist, kann jede Person, die sich als unberechtigterweise eingetragen, ausgelassen oder aus dem Wählerregister gestrichen erachtet oder für die die in Artikel L4122-1 §3 vorgeschriebenen Angaben in diesem Register falsch wiedergegeben sind, bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag Beschwerde beim Gemeindekollegium einlegen.

Art. L4122-11 - Ab dem Datum, an dem das Wählerregister abgeschlossen ist, kann jede die Wahlberechtigungsbedingungen erfüllende Person im Wahlkreis, in dem die Gemeinde gelegen ist, in der sie in dem Wählerregister eingetragen ist, gegen Eintragungen, Streichungen oder Auslassungen von Namen auf diesem Register oder gegen jegliche Unrichtigkeit in den in Artikel L4122-1 §3 vorgeschriebenen Angaben bis zum zwölften Tag vor dem Wahltag Beschwerde beim Gemeindekollegium einlegen.

Art. L4122-12 - Die in Artikel L4122-10 oder 11 erwähnte Beschwerde wird durch einen Antrag eingereicht. Dieser wird zusammen mit allen Belegen, die der Antragsteller verwenden möchte, gegen Empfangsbescheinigung bei der Gemeindeverwaltung eingereicht oder per Einschreiben an das Gemeindekollegium gerichtet.

Das Personalmitglied der Gemeinde, das die Beschwerde entgegennimmt, trägt sie am Empfangstag in ein Sonderregister ein und stellt eine Empfangsbescheinigung über die Beschwerde aus. Das Personalmitglied legt für jede Beschwerde eine Akte an, nummeriert und paraphiert die hinterlegten Belege und trägt sie mit ihrer laufenden Nummer in das jeder Akte beigefügte Inhaltsverzeichnis ein.

Art. L4122-13 - Erklärt der Betreffende, er sei zu schreiben außerstande, kann die Beschwerde mündlich erfolgen. Sie wird vom Generaldirektor oder von seinem Beauftragten entgegengenommen.

Das Personalmitglied der Gemeinde, das die Beschwerde entgegennimmt, verfasst umgehend darüber ein Protokoll, in dem es feststellt, dass der Betreffende ihm erklärt hat, er sei zu schreiben außerstande.

In diesem Protokoll werden die von dem Betreffenden geltend gemachten Beschwerdegründe aufgeführt. Das Personalmitglied der Gemeinde datiert und unterzeichnet dieses Protokoll und nach Vorlesung händigt es dem Betreffenden eine Abschrift davon aus.

Danach erledigt das Personalmitglied der Gemeinde die in Artikel L4122-12 Absatz 2 vorgesehenen Formalitäten.

Art. L4122-14 - Die Gemeindeverwaltung fügt der Akte bei:

1. eine Abschrift beziehungsweise einen Auszug der sämtlichen in ihrem Besitz befindlichen amtlichen Unterlagen, auf die der Antragsteller sich beruft, um eine Abänderung des Wählerregisters zu begründen;
2. alle in ihrem Besitz befindlichen amtlichen Unterlagen, die zur Bekräftigung der vom Betreffenden geltend gemachten Beschwerdegründe dienen können, die in dem in Artikel L4122-13 vorgesehenen Protokoll aufgenommen sind.

Art. L4122-15 - Im Beschwerdenverzeichnis werden Ort, Tag und Uhrzeit der Sitzung angegeben, während derer die Sache behandelt wird.

Dieses Verzeichnis wird mindestens vierundzwanzig Stunden vor der Sitzung in der Gemeindeverwaltung ausgehängt, wo jeder es einsehen und kopieren kann.

Die Gemeindeverwaltung notifiziert umgehend und mit allen Mitteln dem Antragsteller und gegebenenfalls jeder betroffenen Parteien das Datum, an dem die Beschwerde untersucht wird.

In dieser Notifizierung wird ausdrücklich und wortwörtlich angegeben, dass gemäß Artikel L4122-18 §1 Absätze 2 und 4 gegen den zu treffenden Beschluss ausschließlich während der Sitzung Berufung eingelegt werden kann.

Art. L4122-16 - Während der in Artikel L4122-15 vorgesehenen Frist werden die Beschwerdeakte und der in Artikel L4122-17 Absatz 2 erwähnte Bericht zur Verfügung der Parteien, ihrer Rechtsanwälte oder ihrer Bevollmächtigten gestellt.

Art. L4122-17 - Das Gemeindegremium entscheidet innerhalb einer Frist von vier Tagen ab dem Datum des Einreichens der Beschwerde oder des in Artikeln L4122-12 und L4122-13 erwähnten Protokolls und auf jeden Fall vor dem siebten Tag vor dem Wahltag über jede Beschwerde.

Es entscheidet in öffentlicher Sitzung auf den Bericht eines Mitgliedes des Kollegiums hin und nach Anhörung der Parteien, ihrer Rechtsanwälte oder ihrer Bevollmächtigten, falls sie erscheinen.

Art. L4122-18 - §1 - Für jeden einzelnen Fall wird getrennt ein mit Gründen versehener Beschluss gefasst, in dem der Name des Berichterstatters und der anwesenden Mitglieder angegeben wird. Er wird in ein Sonderregister eingetragen.

Der Vorsitzende des Kollegiums fordert die Parteien, ihre Rechtsanwälte oder ihre Bevollmächtigten auf, in dem im vorigen Absatz erwähnten Register eine Berufungserklärung zu unterzeichnen, falls sie dies wünschen.

Es wird davon ausgegangen, dass nicht erschienene Parteien den vom Kollegium gefassten Beschluss annehmen.

In Ermangelung einer von den anwesenden oder vertretenen Parteien unterzeichneten Berufungserklärung ist der Beschluss des Kollegiums endgültig. Der endgültige Charakter des Beschlusses wird in dem in Absatz 1 erwähnten Sonderregister vermerkt und ein Beschluss zur Abänderung des Wählerregisters wird umgehend zur Ausführung gebracht.

Der Beschluss des Kollegiums wird in der Gemeindeverwaltung hinterlegt, wo jeder ihn kostenlos einsehen kann.

Die Berufung gegen einen Beschluss des Kollegiums schiebt jede Abänderung des Wählerregisters auf.

§2 - Die Zweckbestimmung des in §1 Absatz 1 erwähnten Sonderregisters der Beschwerden ist folgende: im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von Einsprüchen gegen die Wahl gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 verwendet werden können.

Die im Sonderregister der Beschwerden eingetragenen personenbezogenen Daten sind der Name, die Vornamen, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen, das Alter, der Hauptwohntort und die Staatsangehörigkeit der Beschwerdeführer. Diese Daten werden bis zum Ablauf der in Artikel L4161-1 festgelegten Verjährungsfrist aufbewahrt.

Art. L4122-19 - Der Bürgermeister übermittelt unverzüglich dem Appellationshof mit allen Mitteln eine Ausfertigung der Beschlüsse des Kollegiums, gegen die Berufung eingelegt worden ist, und alle Unterlagen, die die Streitfälle betreffen.

Die Parteien werden innerhalb von fünf Tagen nach Eingang der Akte und auf jeden Fall vor dem Tag, der dem Wahltag vorangeht, aufgefordert, vor Gericht zu erscheinen. Sie können der für die Untersuchung der Sache bestimmten Kammer ihre Schlussanträge schriftlich zu übermitteln.

Art. L4122-20 - Ordnet der Gerichtshof eine Zeugenvernehmung an, kann er einen Friedensrichter damit beauftragen.

Art. L4122-21 - Erfolgt die Zeugenvernehmung vor dem Gerichtshof, informiert der Greffier die Parteien mindestens vierundzwanzig Stunden im Voraus über den festgelegten Tag und die zum Nachweis anstehenden Begebenheiten.

Art. L4122-22 - Die Zeugen können freiwillig erscheinen, ohne ihren Anspruch auf Zeugengebühr zu verlieren. Sie erscheinen auf einfache Vorladung. Sie leisten den Eid wie bei Korrektionalverfahren.

Falls sie nicht erscheinen oder falsch aussagen, werden sie wie in Korrektionalssachen verfolgt und bestraft.

Nicht erscheinenden Zeugen angedrohte Strafen werden jedoch vom Gerichtshof oder vom Magistrat, der die Zeugenvernehmung durchführt, ohne Antrag der Staatsanwaltschaft angewandt.

Art. L4122-23 - Bei Zeugenvernehmungen in Wahlanangelegenheiten darf kein Zeuge in Anwendung des Artikels 937 des Gerichtsgesetzbuches zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert werden.

Verwandte oder Verschwägte einer der Parteien bis zum dritten Grad einschließlich dürfen nicht als Zeuge angehört werden.

Art. L4122-24 - Die Verhandlungen vor dem Gerichtshof sind öffentlich.

Art. L4122-25 - Bei der öffentlichen Sitzung erteilt der Kammerpräsident den Parteien, die sich von einem Rechtsanwalt vertreten und beistehen lassen können, das Wort.

Nach Anhörung der Stellungnahme des Generalprokurators entscheidet der Gerichtshof umgehend durch einen Entscheid, der gemäß den durch das Gesetz festgelegten Modalitäten veröffentlicht wird. Er wird bei der Kanzlei des Gerichtshofs hinterlegt, wo die Parteien ihn kostenlos einsehen können.

Der Tenor des Entscheids wird umgehend und mit allen Mitteln dem Gemeinderat, das den Beschluss getroffen hat, gegen den Berufung eingelegt worden ist, und den anderen Parteien von der Staatsanwaltschaft notifiziert.

Wenn er eine Abänderung des Wählerregisters zur Folge hat, wird der Entscheid umgehend zur Ausführung gebracht.

Art. L4122-26 - Der Gerichtshof entscheidet über die Berufung sowohl in Abwesenheit als in Anwesenheit der Parteien. Alle Entscheide des Gerichtshofes gelten als kontradiktorische Entscheide; gegen sie kann kein Rechtsmittel eingelegt werden.

Art. L4122-27 - In einem von mehreren Antragstellern eingereichten Antrag wird nur ein Wohnsitz bestimmt. Mangels dessen wird davon ausgegangen, dass die Antragsteller ihren Wohnsitz beim erstgenannten Antragsteller bestimmt haben.

Art. L4122-28 - Die Zeugengebühr wird wie in Strafsachen geregelt.

Art. L4122-29 - Die Parteien strecken die Kosten vor.

Bei der Veranschlagung der Kosten werden nicht nur die eigentlichen Verfahrenskosten berücksichtigt, sondern auch die Kosten für die Unterlagen, die die Parteien im Wahlstreitfall zur Begründung ihrer Forderungen beibringen mussten.

Art. L4122-30 - Die Kosten gehen zulasten der unterlegenen Partei. Wenn jede der Parteien in einigen Punkten unterliegt, können die Kosten kompensiert werden.

Sind die Forderungen der Parteien nicht offensichtlich unbegründet, kann der Gerichtshof jedoch die Kosten ganz oder teilweise der Staatskasse auferlegen.

Art. L4122-31 - Die Greffiere der Appellationshöfe übermitteln den Gemeindeverwaltungen eine Abschrift der Entscheide.“

Art. 22 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel II Abschnitt 5 desselben Kodex, der die Artikel L4122-32 bis L4122-35 umfasst, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

Art. 23 - Artikel L4123-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen „Gemeinde werden“ und „in Wahlsektionen“ die Wortfolge „gegebenenfalls in Sektoren und anschließend“ eingefügt.
2. §1 Absatz 2 wird aufgehoben.
3. §1 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.
4. §4 wird aufgehoben.

Art. 24 - Artikel L4123-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „Wahlregister genanntes Wählerregister“ durch das Wort „Abstimmungsregister“ und der zweite Satz wie folgt ersetzt:
„Die Zweckbestimmung der Abstimmungsregister ist folgende: den Mitgliedern der Wahlbürovorstände die Überprüfung, dass zum einen nur die Wähler ihre Stimmen abgeben und zum anderen diese nur ein einziges Mal wählen, ermöglichen.“
2. In §1 werden nach Absatz 1 folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:
„Das Abstimmungsregister gibt den Namen, die Vornamen, das Geburtsdatum, den Hauptwohnsitz, die Identifizierungsnummer im Nationalregister der natürlichen Personen und die Nummer, unter welcher der Wähler im Wählerregister eingetragen ist, an.

Für die Wähler, die aufgrund von Artikel 1bis oder 1ter des Gemeindewahlgesetzes zugelassen worden sind, wird im Abstimmungsregister ihre Staatsangehörigkeit vermerkt. Außerdem sind die Felder in Bezug auf diese Wähler blau gefärbt.“

3. In §2, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Wortfolge „zwei Exemplare der gesamten Wahlregister“ durch die Wortfolge „ein Exemplar der gesamten Abstimmungsregister“ ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Sie bestätigt jedes Register mittels elektronischer Signatur.“

4. In §3 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort „Wahlregister“ durch das Wort „Abstimmungsregister“ ersetzt.

5. §3 Absatz 2 wird aufgehoben.

6. In §4, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort „Wahlvorstände“ jeweils durch das Wort „Wahlbürovorstände“ und das Wort „Wahlregister“ durch das Wort „Abstimmungsregister“ ersetzt.

Art. 25 - Die Überschrift von Teil vier Buch I Titel II Kapitel IV desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL IV - WAHLAUFFORDERUNG“

Art. 26 - Artikel L4124-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird die Angabe „Artikel L4122-9 und L4122-10“ durch die Angabe „den Artikeln L4122-10 und folgende“ ersetzt.

2. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „gemäß den für Bekanntmachungen üblichen Formen und Zeiten in“ durch die Wortfolge „an den üblichen Aushangstellen und auf der Website“ und die Wortfolge „im Gemeindesekretariat“ durch die Wortfolge „in der Gemeindeverwaltung“ ersetzt.

3. In §4 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird der Satz „Die Regierung oder die von ihr beauftragten Person sorgt dafür, dass die Übermittlungen innerhalb der erforderlichen Frist erfolgen.“ gestrichen.

4. In §4 Absatz 2 wird die Wortfolge „im Gemeindesekretariat“ durch die Wortfolge „in der Gemeindeverwaltung“ ersetzt.

5. In §5 Absatz 1 wird die Angabe „Artikel L4122-4“ durch die Angabe „Artikel L4122-1“ ersetzt.

6. In §5 werden nach Absatz 1 folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Die Stimmabgabe erfolgt in der Gemeinde, in dessen Wählerregister der Wähler eingetragen ist.

Gemäß Absatz 1 und Artikel L4143-20 §2 Absatz 3 ist die Zweckbestimmung der Aufforderung die folgende: alle im Wählerregister eingetragenen Personen zur Wahl aufrufen und den Mitgliedern der Wahlbürovorstände am Tag der Wahl ermöglichen, die Wähler eindeutig zu identifizieren.“

7. In §6 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird Satz 2 gestrichen.

8. §6 Absatz 2 wird aufgehoben.

9. In §6 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird zwischen die Wortfolge „im Wählerregister steht,“ und das Wort „an“ die Wortfolge „und die Unterlagen, über die er am Wahltag verfügen muss,“ eingefügt.

10. §6 Absätze 5 und 6 werden aufgehoben.

11. In §6 wird folgender Absatz 7 eingefügt:

„Auf der Rückseite der Wahlaufforderung werden folgende Informationen angegeben:

1. die Anweisungen für die Wähler, die ihre Stimme in Person abgeben;
2. die Anweisungen für die Wähler, die ihre Stimme mittels Vollmacht abgeben.“

Art. 27 - In Artikel L4124-2 desselben Kodex wird die Wortfolge „unter Beachtung der in Artikel L4122-8 §1 Nummern 1 und 2 vorgesehenen Modalitäten“ gestrichen.

Art. 28- Artikel L4125-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „aus Beisitzern und Ersatzbeisitzern“ durch die Wortfolge „aus vier Beisitzern und vier Ersatzbeisitzern“ ersetzt.

2. §3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Die Kreisvorstände, die Kantonsvorstände, die Wahlbürovorstände und die Zählbürovorstände nehmen unterschiedliche Aufgaben wahr.

Die Kreisvorstände legen die Kandidatenliste fest und bearbeiten die diesbezüglichen Streitigkeiten, stellen die Stimmzettel auf und lassen diese drucken. Am Wahltag nehmen sie die abschließende Totalisierung der Resultate, die Sitzverteilung und die Bestimmung der Gewählten für ihren Wahlkreis vor.

Die Kantonsvorstände sammeln die Zählergebnisse des Kantons.

Die Wahlbürovorstände sorgen für den guten Verlauf der Wahl.

Die Zählbürovorstände nehmen die Auszählung der Stimmen für die Wahlvorstände, die ihnen erteilt werden, vor und übermitteln nach der Wahl entweder dem Gemeindevorstand oder dem Kantonsvorstand diese Ergebnisse.“

3. §4 wird wie folgt ersetzt:

„§4 - Die Kandidaten und Kandidatenlisten können Zeugen bestimmen, um die Verrichtungen der Wahlvorstände gemäß den in Artikel L4134-1 erwähnten Modalitäten zu kontrollieren.“

4. In §5 wird Satz 2 gestrichen.

5. §6 Absatz 2 wird aufgehoben.

6. Folgender §7 wird eingefügt:

„§7 - Auf Antrag des Vorsitzenden des Kreisvorstands stellt das Gemeindegremium ihm das Personal und das Material zur Verfügung, das für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Das Gremium legt ebenfalls die Vergütung fest, die die Gemeinde zugunsten der mit der Eingabe bestimmten Personen auszahlt.“

Art. 29 - Artikel L4125-3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. §2 Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4° jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.“

2. §2 Absatz 1 Nummern 5 bis 9 werden aufgehoben.

3. §2 Absatz 4 wird aufgehoben.

4. In §2 Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Angabe „30. Juni“ durch die Angabe „31. März“ ersetzt.

5. In §2 werden folgende Absätze 6 und 7 eingefügt:

„Die Behörden, die die in Absatz 1 Nummern 1 bis 3 genannte Personen beschäftigen, teilen dem Vorsitzenden des in Artikel L4125-5 §2 Absatz 2 erwähnten Distriktvorstands die Namen, Vornamen, Hauptwohnsitze und Identifizierungsnummern des Nationalregisters der natürlichen Personen mit. Die Zweckbestimmung dieser Mitteilung ist folgende: dem Vorsitzenden des Distriktvorstands ermöglichen, die Vorsitzenden der Gemeindevorstände unter Einhaltung der in Absatz 1 festgelegten Reihenfolge zu bezeichnen.“

Um die in Absatz 1 Nummer 4 genannten Personen zu bestimmen, stützt sich der Vorsitzende des Distriktvorstands auf die in Artikel L4122-6 §1 Absatz 1 Nummer 1 genannte Aufstellung, insofern sie die Identität von Wählern erwähnt, die Inhaber eines Diploms sind, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.“

6. In §3 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 26. November 2018, wird die Wortfolge „die Mitglieder“ durch die Wortfolge „die Beisitzer, die Ersatzbeisitzer und den Sekretär“ ersetzt.

7. In §3 Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Der Vorsitzende des Gemeindevorstands teilt der Regierung unmittelbar die Adresse des Sitzes des Gemeindevorstands mit.“

8. Folgender §4 wird eingefügt:

„§4 - Die Zweckbestimmung der in §3 Absatz 1 Satz 2 erwähnten Mitteilung ist folgende: die Mitglieder der Wahlbürovorstände im Hinblick auf Anhörungen kontaktieren können, die im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von gegen die Wahl eingereichten Einsprüchen gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 durchzuführen sind.“

Die Zweckbestimmung der in §2 Absatz 4 erwähnten Mitteilung ist über die in Absatz 1 beschriebene Zweckbestimmung hinaus folgende: der von der Regierung beauftragten Person ermöglichen, ihre Aufgabe der ständigen Begleitung der Vorsitzenden der Wahlbürovorstände zu erfüllen.

Die der Regierung im Rahmen der in §3 Absatz 1 Satz 2 und §2 Absatz 4 erwähnten Mitteilungen übermittelten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen.“

Art. 30 - Artikel L4125-5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Spätestens am 15. September bestimmt der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände unter den jüngsten Wählern der

Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, und zwar in folgender festgelegten Reihenfolge:

1. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;
2. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe II+ in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands teilt der Regierung unmittelbar die Identität und die Kontaktangaben der bestimmten Personen mit.“

2. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 - An demselben Datum bestimmt der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Beisitzer und die Ersatzbeisitzer der Wahl- und der Zählbürovorstände unter den jüngsten Wählern der Gemeinde, die am Wahltag mindestens achtzehn Jahre alt sind, und zwar in folgender festgelegten Reihenfolge:

1. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe I in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;
2. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe II+ in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.
3. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufe II in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt;
4. jeder Wähler, der Inhaber eines Diploms ist, das Zugang zu einem Amt der Stufen III oder IV in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands teilt der Regierung unmittelbar die Identität und die Kontaktangaben der bestimmten Personen mit.“

3. §3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Die Vorsitzenden der Wahl- und Zählbürovorstände werden unter den Wählern bestimmt, die in den in Artikel L4122-6 §1 Absatz 1 Nummer 1 vorgesehenen Verzeichnissen aufgeführt sind.

Die Beisitzer und Ersatzbeisitzer der Wahl- und Zählbürovorstände werden unter den Wählern bestimmt, die in den in Artikel L4122-6 §1 Absatz 1 Nummer 2 vorgesehenen Verzeichnissen aufgeführt sind.“

4. In §4, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird der letzte Satz gestrichen.

5. In §5 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge „Nach den in Artikel L4125-3 §2 und in §1 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Modalitäten ersetzt er“ durch die Wortfolge „Gemäß den in den §§1 oder 2 vorgesehenen Modalitäten ersetzt der Vorsitzende des Gemeindevorstands“ und das Wort „drei“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

6. §6 wird aufgehoben.

7. §7 wird wie folgt ersetzt:

„§7 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands vervollständigt die Tabelle, die die Zusammensetzung des Gemeindevorstands, der Wahlbürovorstände und der Zählbürovorstände der Gemeinden enthält. Er bewahrt ein Exemplar auf und übermittelt ein weiteres dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands.

Die Zweckbestimmung der in Absatz 1 erwähnten Handlung ist folgende: dem Vorsitzenden des Kantonsvorstands und dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands ermöglichen, die in den Artikeln L4125-2 §6 Absatz 2 Satz 1 und L4125-4 erwähnte Aufgabe der allgemeinen Überwachung der Wahlverrichtungen auszuüben.

Die in der Tabelle aufgeführten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Vorsitzenden der Wahlvorstände. Diese Daten werden bis zur Gültigkeits- oder Ungültigkeitserklärung der Wahlen aufbewahrt.

Die Tabelle der Zusammensetzung der Wahlvorstände wird gemäß dem von der Regierung festgelegten Muster aufgestellt.“

8. §8 wird wie folgt ersetzt:

„§8 - Die Zweckbestimmung der in §2 Absatz 2 erwähnten Mitteilung ist folgende: die Mitglieder der Wahl- und Zählbürovorstände im Hinblick auf Anhörungen kontaktieren können, die im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von gegen die Wahl eingereichten Einsprüchen gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 durchzuführen sind.

Die Zweckbestimmung der in §1 Absatz 2 erwähnten Mitteilung ist über die in Absatz 1 beschriebene Zweckbestimmung hinaus folgende: der von der Regierung beauftragten Person ermöglichen, ihre Aufgabe der ständigen Begleitung der Vorsitzenden der Wahlbürovorstände zu erfüllen.

Die der Regierung im Rahmen der in §1 Absatz 2 und §2 Absatz 2 erwähnten Mitteilungen übermittelten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen.“

Art. 31 - Artikel L4125-9 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort „Wahlvorstands“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ und das Wort „Registers“ durch das Wort „Abstimmungsregisters“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort „Wahlregister“ durch das Wort „Abstimmungsregister“ ersetzt.

Art. 32 - Artikel L4125-10 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4125-10 - §1 - Die Regierung oder von ihr beauftragte Person übermittelt den Vorsitzenden der Wahlbürovorstände die für die Ausführung ihrer Aufgabe notwendigen Anweisungen sowie die Formulare und Dokumente, die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendig sind.

§2 - Der Vorsitzende des Kantonsvorstands organisiert spätestens am sechsten Tag vor der Wahl eine Weiterbildung für alle Vorsitzenden der Wahlbürovorstände seines Zuständigkeitsgebiets.“

Art. 33 - Artikel L4125-11 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4125-11 - Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands bestimmt seinen Sekretär frei unter den Wählern der Gemeinde.“

Art. 34 - In Artikel L4125-12 §5 desselben Kodex wird das Wort „Wahlvorstände“ durch das Wort „Wahlbürovorstände“ ersetzt.

Art. 35- In Artikel L4125-13 §1 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird das Wort „Wahlvorstände“ jeweils durch das Wort „Wahlbürovorstände“ und das Wort „Wahlvorständen“ das Wort „Wahlbürovorständen“ ersetzt.

Art. 36 - Artikel L4125-14 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4125-14 - §1 - Die Regierung oder von ihr beauftragte Person übermittelt den Vorsitzenden der Zählbürovorstände die für die Ausführung ihrer Aufgabe notwendigen Anweisungen sowie die Formulare und Dokumente, die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendig sind.

§2 - Der Vorsitzende des Kantonsvorstands organisiert spätestens am sechsten Tag vor der Wahl eine Weiterbildung für alle Vorsitzenden der Zählbürovorstände seines Zuständigkeitsgebiets.“

Art. 37 - Artikel L4125-15 Absatz 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Der Vorsitzende des Zählbürovorstands bestimmt seinen Sekretär frei unter den Wählern der Gemeinde.“

Art. 38 - Teil vier Buch I Titel II Kapitel V Abschnitt 5 desselben Kodex, der die Artikel L4125-16 und L4125-17 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 39 - In Teil vier Buch I Titel II desselben Dekrets wird folgendes Kapitel VI, das die Artikel L4126-1 bis L4126-5 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL VI - UNVEREINBARKEITEN DER WAHLVORSTANDSMITGLIEDER

Art. L4126-1 - §1 - Nur Gemeindewähler dürfen das Amt des Vorsitzenden, des Beisitzers, des Ersatzbeisitzers oder des Sekretärs des Gemeindevorstands oder eines Zählbürovorstands der Gemeinde wahrnehmen.

Nur die Provinzialwähler dürfen das Amt des Vorsitzenden, des Beisitzers, des Ersatzbeisitzers oder des Sekretärs des Distriktvorstands, eines Kantonsvorstands, eines Wahlbürovorstands oder eines Zählbürovorstands der Provinz wahrnehmen.

Im Sinne der Absätze 1 und 2 ist ein Gemeindewähler jede Person, die für die Gemeindewahlen zur Stimmenabgabe zugelassen wird. Ein Provinzialwähler ist jede Person, die für die Provinzialwahlen zur Stimmenabgabe zugelassen wird.

§2 - Außer in dem in Artikel L4125-3 §2 Absatz 2 vorgesehene Ausnahmefall ist das Kriterium für die Bestimmung eines Wählers für das Amt des Vorsitzenden, des Beisitzers, des Ersatzbeisitzers oder des Sekretärs eines Wahlvorstands, mit Ausnahme des Distriktvorstands und des Kantonsvorstands, der Ort, an dem der Wähler im Bevölkerungsregister eingetragen ist.

Art. L4126-2 - Kein Kandidat darf Vorsitzender, Beisitzer, Ersatzbeisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands sein.

Art. L4126-3 - Kein Zeuge darf Vorsitzender, Beisitzer, Ersatzbeisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands sein.

Art. L4126-4 - Kein Inhaber eines politischen Mandats darf Vorsitzender, Beisitzer, Ersatzbeisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands sein.

Art. L4126-5 - Die Generaldirektoren und Finanzdirektoren der Gemeinden und Provinzen dürfen nicht Vorsitzender, Beisitzer oder Ersatzbeisitzer eines Kreisvorstands sein. Sie dürfen Sekretär eines solchen Vorstands sein.“

Art. 40 - Artikel L4131-6 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

Art. 41 - Artikel L4132-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Folgende Wähler können einen anderen Wähler bevollmächtigen, um in ihrem Namen und für ihre Rechnung zu wählen:

1. Wähler, die wegen Krankheit oder Beeinträchtigung oder wegen Krankheit oder Beeinträchtigung eines Verwandten oder Verschwägerten oder eines zusammenlebenden Partners nicht fähig sind, sich in das Wahlzentrum zu begeben. Diese Unfähigkeit wird bescheinigt durch ein ärztliches Attest. Das ärztliche Attest gibt weder die Krankheit noch die Beeinträchtigung des Wählers, seines Verwandten, Verschwägerten oder zusammenlebenden Partners an. Die als Kandidat für die Wahl im Wahlbezirk vorgeschlagen Ärzte dürfen kein solches Attest ausstellen. Im Falle einer mehrfachen Kandidatur des Arztes ist die strengste Regel anwendbar.

2. Wähler, die aus beruflichen Gründen, aus Studiengründen oder aus Berufsausbildungsgründen:

a) im Ausland bleiben müssen, wie auch die Wähler, die ihrer Familie angehören und mit ihnen zusammenwohnen;

b) unmöglich in dem Wahlzentrum vorstellig werden können, obwohl sie sich am Wahltag im Inland aufhalten.

Die unter den Buchstaben a) und b) erwähnte Verhinderung wird bescheinigt durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers, denen der Betreffende unterstellt ist, oder der Unterrichts- oder Berufsausbildungseinrichtung, die der Betreffende besucht.

Ist der Betreffende Selbstständiger, wird die unter den Buchstaben a) und b) erwähnte Verhinderung bescheinigt durch eine vorher bei der Gemeindeverwaltung ausgeführte ehrenwörtliche Erklärung, deren Muster durch die Regierung festgelegt wird. Der Wähler reicht die Erklärung spätestens am Tag vor dem Wahltag bei dem Bürgermeister oder der von ihm beauftragten Person ein.

3. Wähler, denen am Wahltag aufgrund einer gerichtlichen Maßnahme die Freiheit entzogen ist.

Dieser Umstand wird bescheinigt durch die Leitung der Anstalt, in der der Betreffende sich aufhält.

4. Wähler, die sich aus anderen als den hiervor angeführten Gründen aufgrund eines vorübergehenden Auslandsaufenthalts am Wahltag nicht an ihrem Wohnort befinden und daher nicht in der Lage sind, sich in das Wahllokal zu begeben.

Die Regierung bestimmt die Rechtfertigungsbelege, die der Wähler in diesem Fall vorlegen darf.

Wenn es dem Wähler nicht möglich ist, ein solches Dokument zu erhalten, kann die Tatsache, dass er nicht in der Lage ist, sich am Wahltag in das Wahllokal zu begeben, bescheinigt werden durch eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde seines Wohnsitzes, die auf Vorlage anderer Rechtfertigungsbelege oder einer schriftlichen ehrenwörtlichen Erklärung ausgestellt wird. Der Antrag wird spätestens am Tag vor dem Wahltag bei dem Bürgermeister der Gemeinde des Wohnsitzes oder der von ihm beauftragten Person eingereicht.

Die Regierung legt das in Absatz 3 erwähnte Muster der Bescheinigung, die durch den Bürgermeister oder durch die von ihm beauftragte Person auszuhändigen ist, sowie das Muster der ehrenwörtlichen Erklärung fest.“

2. In §2 Absatz 4 wird zwischen die Wortfolgen „dieser Gemeinde“ und „das Verwandtschaftsverhältnis“ die Wortfolge „oder die von ihm beauftragte Person“ eingefügt.

3. In §2 Absatz 5 wird zwischen die Wortfolgen „eingetragen ist,“ und „das Verwandtschaftsverhältnis“ die Wortfolge „oder die von ihm beauftragte Person“ eingefügt.

4. §2 Absatz 7 wird aufgehoben;

5. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „auf dem Gemeindesekretariat“ durch die Wortfolge „in der Gemeindeverwaltung“ ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Die ausschließliche Verwendung dieses Formulars ist verpflichtend.“

6. In §4, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Wortfolge „Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros“ durch die Wortfolge „Vorsitzenden des Wahlbürovorstands“ und das Wort „Bescheinigungen“ durch das Wort „Belege“ ersetzt.

7. Folgender §5 wird eingefügt:

„§5 - Die Gemeinde führt ein Sonderregister der Vollmachten. Vorbehaltlich der in den Absätzen 2 bis 5 definierten Modalitäten, legt die Regierung die Modalitäten für die Führung und Verwaltung des Sonderregisters fest.

Die Zweckbestimmung des Sonderregisters der Vollmachten ist folgende: die Handlungen und Identitäten der Wähler im Rahmen der Stimmabgabe mittels Vollmacht zu registrieren, um nach der Wahl im Falle einer Klage gegen die Wahl mögliche Unregelmäßigkeiten, die die Verteilung der Sitze zwischen den Listen beeinflusst haben könnten, ermitteln zu können.

Bis es gemäß Artikel L4143-28 §3 Absatz 1 der Regierung übergeben wird, hat nur das Gemeindepersonal Zugriff auf das Sonderregister der Vollmachten und gewährleistet dessen Führung und Verwaltung.

Das Gemeindepersonal führt im Sonderregister der Vollmachten den Namen, die Vornamen, den Hauptwohnsitz und den Grund des Antrags jedes Wählers auf, der bei der Gemeindeverwaltung für eine Handlung im Zusammenhang mit der Wahl mittels Vollmacht vorstellig wird, es sei denn, der Gegenstand des Antrags besteht lediglich darin, das Vollmachtsformular zu erhalten.

Die im Sonderregister der Vollmachten enthaltenen personenbezogenen Daten werden aufbewahrt, bis dass dieses nach der in Artikel L4161-1 erwähnten Verjährungsfrist und auf jeden Fall spätestens nach fünf Jahren nach der ordentlichen Einberufung der Wähler zwecks Erneuerung der Gemeinde-, Provinzial- und Sektorenräte in Anwendung des Artikels L4124-1 §1 Absatz 1 gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten vernichtet wird.“

Art. 42 - In Artikel L4133-1 §2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Angabe „10. September“ durch die Angabe „1. Oktober einschließlich“ ersetzt.

Art. 43 - Artikel L4133-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird die Wortfolge „am Tag vor dem Wahltag“ durch die Wortfolge „am Wahltag“ und die Wortfolge „beim Bürgermeister seines Wohnsitzes“ durch die Wortfolge „bei dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands“ ersetzt.

2. §3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 - Der Begleiter zeigt dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands seine Wahlaufforderung, auf der der Vorsitzende den Vermerk "Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen" einträgt.“

3. In §4 wird das Wort „Wahlvorstands“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

Art. 44 - Artikel L4134-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „Die Kandidaten“ durch die Wortfolge „Der an erster Stelle in der Vorschlagsreihenfolge stehende Kandidat oder gegebenenfalls der von ihm beauftragte Kandidat“ ersetzt.

2. In §3 Absatz 2 wird die Wortfolge „bzw. Logo“ gestrichen.

3. In §4 Absatz 2 wird die Wortfolge „Der Kandidat“ durch die Wortfolge „Der an erster Stelle in der Vorschlagsreihenfolge stehende Kandidat“ ersetzt.

4. In §4 Absatz 3 wird die Wortfolge „oder eines Auszuges aus dem Wählerregister“ gestrichen.

5. §6 wird aufgehoben.

6. Folgender §8 wird eingefügt:

„§8 - Die Regierung legt das Muster für die in §§1 und 2 erwähnten Kandidatenbeauftragungen fest.“

Art. 45 - Artikel L4134-2 §3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Zu diesem Zweck und wenn“ durch das Wort „Wenn“ ersetzt.
3. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 46 - Artikel L4134-5 Absatz 5 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 47 - Artikel L4135-1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4135-1 - Die Mitglieder der Wahlvorstände haben pro Vorstandssitzung Anrecht auf ein Anwesenheitsgeld. Sie können ebenfalls Anspruch auf Entschädigungen sowie irgendwelche Vorteile erheben und haben Anrecht auf die Vergütung ihrer Fahrtkosten.“

Art. 48 - Artikel L4135-2 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Wahlausgaben“ durch das Wort „Wahlkosten“ ersetzt.
2. In §2 Nummer 1 wird die Wortfolge „, unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen“ gestrichen.
3. In §2 Nummer 2 wird die Wortfolge „unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen“ gestrichen.
4. In §2 Nummer 3 wird die Wortfolge „, unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen“ gestrichen.
5. In §2 Nummer 4 wird der Punkt am Ende des ersten Satzes durch ein Semikolon ersetzt und der letzte Satz gestrichen.
6. In §2 wird folgende Nummer 5 eingefügt:
„5. die Wahlurnen und das Material für die Wahlbürovorstände.“
7. §3 wird wie folgt ersetzt:
„§3 - Die Zurverfügungstellung des Materials für die Gemeindevorstände und die Zählbürovorstände der Gemeinden geht zu Lasten der Gemeinden.“
8. §4 wird wie folgt ersetzt:
„§4 - Unbeschadet des Artikels L4221-2 gehen alle übrigen Wahlkosten zur Hälfte zu Lasten der Provinzen und zur Hälfte zu Lasten der Gemeinden.“

Art. 49 - Artikel L4135-3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Angabe „§2 des vorstehenden Artikels“ durch die Angabe „Artikel L4135-2 §2 Nummern 2 bis 5“ ersetzt;
2. §2 wird wie folgt ersetzt:
„§2 - Die Auszahlung der in Artikel L4135-2 §2 Nummer 1 erwähnten Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Wahlvorstände erfolgt in Form eines Vorschusses durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dieses richtet anschließend die entsprechenden Rückforderungen an die Provinz und an jede Gemeinde.“
3. Die §§ 3 bis 5 werden aufgehoben.

Art. 50 - Artikel L4135-4 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4135-4 - Die Mitglieder der Wahlvorstände haben Anspruch auf Entschädigungen für Fahrtkosten, wenn sie in einer Gemeinde tagen, in der sie nicht im Bevölkerungsregister eingetragen sind, auf Grundlage einer Forderungsanmeldung, die bei der betreffenden Provinzialverwaltung eingereicht wird.“

Art. 51 - In Teil vier Buch I Titel III Kapitel V desselben Kodex wird folgender Artikel L4135-5 eingefügt:

„Art. L4135-5 - Folgende Wähler haben Anspruch auf eine kostenlose Fahrt:

1. Wähler, die nicht mehr in der Gemeinde wohnen, in der sie wählen;
2. Personen, die Gehalts- oder Lohnempfänger sind und ihren Beruf im Ausland oder in einer anderen belgischen Gemeinde ausüben als derjenigen, in der sie wählen;
3. Personen, die der Familie der in Nummer 2 erwähnten Personen angehören und mit ihnen zusammenwohnen;
4. Studenten, die sich aufgrund ihres Studiums in einer anderen belgischen Gemeinde aufhalten als derjenigen, in der sie wählen;
5. Personen, die in einer Pflegeanstalt oder Gesundheitseinrichtung in Behandlung sind, die sich in einer anderen belgischen Gemeinde befindet als derjenigen, in der sie wählen.“

Art. 52 - In Teil vier Buch I Titel III Kapitel V desselben Kodex wird folgender Artikel L4135-6 eingefügt:

„Art. L4135-6 - Die Regierung bestimmt:

1. den Betrag des in den Artikeln L4135-1 und L4135-2 §2 Nummer 1 erwähnten Anwesenheitsgeldes, das die Mitglieder der Wahlvorstände pro Vorstandssitzung bekommen;
2. den Betrag der in Artikel L4135-1 erwähnten Entschädigungen sowie irgendwelcher Vorteile, auf die die Mitglieder der Wahlvorstände Anspruch erheben können;
3. die Bedingungen, die die Mitglieder der Wahlvorstände erfüllen müssen, um Anrecht auf das Anwesenheitsgeld gemäß den Artikeln L4135-1 und L4135-2 §2 Nummer 1 haben zu können;
4. die Bedingungen, die die Mitglieder der Wahlvorstände erfüllen müssen, um gemäß den Artikeln L4135-1, L4135-2 §2 Nummer 2 und L4135-4 Anspruch auf die Entschädigung der Fahrtkosten zu erheben, sowie den Betrag dieser Entschädigungen, wenn die Mitglieder der Wahlvorstände in einer anderen Gemeinde tagen als die, in der sie im Bevölkerungsregister eingetragen sind;
5. die Bedingungen, die die Wähler, die am Wahltag nicht mehr in der Gemeinde wohnen, in der sie als Wähler eingetragen sind, erfüllen müssen, um gemäß Artikel L4135-2 §2 Nummer 3 Anspruch auf die Entschädigung ihrer Fahrtkosten zu erheben, sowie den Betrag dieser Entschädigung;
6. die Bedingungen, unter denen gemäß Artikel L4135-2 §2 Nummer 4 die Risiken der körperlichen Schäden gedeckt werden, die durch Unfälle von Mitgliedern der Wahlvorstände in der Ausübung ihres Amtes entstehen;
7. die Modalitäten der Auszahlung der Anwesenheitsgelder an die Mitglieder der Wahlvorstände gemäß Artikel L4135-2 §2;
8. das Muster der Forderungsanmeldung gemäß Artikel L4135-4;
9. die Modalitäten für die Ausgabenerstattung der Wähler, die gemäß Artikel L4135-5 Anspruch auf eine kostenlose Fahrt haben.“

Art. 53 - Die Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel I desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL I - DIGITALE UND AUTOMATISIERTE WAHLVERRICHTUNGEN“

Art. 54 - Artikel L4141-1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Die Regierung entwickelt und stellt den Vorsitzenden der Wahlvorstände die Wahlanwendungen zur Verfügung, die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendig sind.

Diese Wahlanwendungen bedürfen gemäß den durch die Regierung festgelegten Modalitäten einer vorherigen Zulassung.“

2. §§2 und 3 werden aufgehoben.

Art. 55 - In Teil vier Buch I Titel IV Kapitel I desselben Kodex wird folgender Artikel L4141-2 eingefügt:

„Art. L4141-2 - §1 - Bei der Wahl der Gemeinderäte kann das Parlament jeweils einen effektiven und einen stellvertretenden Sachverständigen bestimmen.

Diese Personen bilden das Sachverständigenkollegium.

§2 - Bei den Wahlen kontrollieren diese Sachverständigen die Benutzung und das reibungslose Funktionieren aller elektronischen Wahl- und Zählssysteme und die Verfahren in Bezug auf Herstellung, Verteilung und Benutzung der elektronischen Wahlsysteme, Programme und Datenträger. Die Sachverständigen erhalten vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Material sowie alle Daten, Auskünfte und Informationen, die für eine Kontrolle der elektronischen Wahl- und Zählssysteme zweckdienlich sind.

Sie können insbesondere überprüfen, ob die Programme der elektronischen Wahlsysteme zuverlässig sind, die abgegebenen Stimmen durch die elektronische Urne korrekt übertragen wurden, die abgegebenen Stimmen korrekt totalisiert wurden, und ob das optische Lesen der abgegebenen Stimmen korrekt verlief.

Sie führen diese Kontrolle ab dem vierzigsten Tag vor der Wahl, am Wahltag selbst und nach der Wahl bis zur Hinterlegung des in §3 erwähnten Berichts durch.

§3 - Spätestens zehn Tage nach Abschluss der Wahl und auf jeden Fall vor Gültigkeitserklärung der Wahl übermitteln die Sachverständigen dem Parlament und der Regierung einen Bericht. In diesem Bericht können insbesondere Empfehlungen in Bezug auf das Material und Programme, die benutzt wurden, enthalten sein.

§4 - Die Sachverständigen unterliegen der Geheimhaltungspflicht.“

Art. 56 - In Teil vier Buch I Titel IV Kapitel I desselben Kodex wird folgender Artikel L4141-3 eingefügt:

„Art. L4141-3 - Die Regierung bestimmt die Wahlvorgänge, die digital bzw. digital und automatisiert erfolgen. Sie legt die Modalitäten dieser Vorgänge fest.

Im Rahmen der in Absatz 1 erwähnten Vorgänge erfolgen die digitale Datenverarbeitung und die automatisierte Datenverarbeitung unter Einhaltung der Grundsätze der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Wahldaten.“

Art. 57 - Artikel L4142-1 desselben Kodex, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. §2 Nummer 8 wird aufgehoben.

2. Folgender §5 wird eingefügt:

„§5 - Unbeschadet des §1 sind die Wählbarkeitsbedingungen spätestens am Tag der vorläufigen Listenabschlüsse zu erfüllen.“

Art. 58 - In Artikel L4142-2 Absatz 1 desselben Kodex wird die Wortfolge „Artikeln L1125-1 bis L1125-10 des vorliegenden Kodex“ durch die Wortfolge „Artikeln 12 und 65 bis 69 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018“ ersetzt.

Art. 59- Artikel L4142-3 Absatz 5 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Der Vorsitzende des Kreisvorstands nimmt die Eingabe der Kandidaturen vor, die nicht bereits voreingegeben worden sind.“

Art. 60 - In Artikel L4142-4 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird die Angabe „Artikel L1121-3 Absatz 1“ durch folgende Wortfolge „Artikel 7 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018“ ersetzt.

2. In §4 wird der letzte Satz gestrichen.
3. In §5 Absatz 3 wird die Wortfolge „oder Logo“ jeweils gestrichen.
4. In §6 Nummer 2 werden die Absätze 2 und 3 gestrichen.
5. In §6 Absatz 1 Nummer 8 wird die Angabe „Art. L1125-1 Absatz 1 1° bis 8°“ durch die Wortfolge „Artikel 65 Absatz 1 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018“ ersetzt.
6. §6 Absatz 1 Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:
„10° Ein Auszug des Wählerregisters oder ein Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass die unterzeichnenden Wähler, die Anmelder sowie die vorgeschlagenen Kandidaten gemäß Artikel L4122-9 in ihrer Gemeinde Wähler sind.“
7. In §6 werden folgende Absätze 4 und 5 eingefügt:
„Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Annahmeakte gibt die Absicht an, gemäß den Modalitäten von Artikel L4142-34 eine Gruppe zu bilden. Sie gibt ebenfalls den Namen der Zeugen und Ersatzzeugen der Liste gemäß Artikel L4134-1 an. Sie enthält zudem die Angabe, dass die Kandidaten darauf verzichten, sich auf das Recht auf Löschung gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) zu berufen.“

Das in Absatz 1 Nummer 10 erwähnte Zertifikat ist die in Artikel 1 Nummer 9 des Ministeriellen Erlasses vom 21. April 2017 zur Festlegung der Muster der Bescheinigungen erwähnt in Artikel 3 §1 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 5. Juni 2004 zur Festlegung der Regelung des Rechts auf Einsichtnahme und Berichtigung der elektronisch im Personalausweis gespeicherten Daten und der in den Bevölkerungsregistern oder im Nationalregister der natürlichen Personen aufgenommenen Informationen erwähnte Bescheinigung.“

Art. 61 - Artikel L4142-6 Absatz 3 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 62 - In Artikel L4142-12 §3 desselben Kodex wird die Wortfolge „oder Logos“ gestrichen.

Art. 63 - In Artikel L4142-17 desselben Kodex wird nach Absatz 1 folgender Absatz 2 eingefügt:

„Wird die Bearbeitung durch einen Auftragsverarbeiter ausgeführt, erfolgt diese unter der Kontrolle und der Verantwortlichkeit der Regierung oder ihres Bevollmächtigten.“

Art. 64 - Artikel L4142-18 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 65 - In Artikel L4142-22 Absatz 2 desselben Kodex wird das Wort „Überbringer“ durch das Wort „Anmelder“ ersetzt.

Art. 66 - In Artikel L4142-24 desselben Kodex wird der letzte Satz gestrichen.

Art. 67 - In Artikel L4142-32 Absatz 1 desselben Kodex wird die Wortfolge „oder Logo“ gestrichen.

Art. 68 - In Artikel L4142-37 §2 desselben Kodex wird die Wortfolge „, ihr Beruf und ihr Hauptwohntort“ gestrichen.

Art. 69 - Artikel L4142-38 §5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird das Wort „Drucker“ durch das Wort „Leistungserbringer“ ersetzt;
2. In Absatz 5 wird die Wortfolge „den Provinzgouverneur, der“ durch die Wortfolge „die Regierung, die“ ersetzt.

Art. 70 - Artikel L4142-39 Absatz 3 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 71 - Artikel L4142-41 §1 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Wahlvorstände“ durch das Wort „Wahlbürovorstände“ und das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

Art. 72 - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel II Abschnitt 7 desselben Kodex, der die Artikel L4142-46 und L4142-47 umfasst, abgeändert durch die Dekrete vom 21. November 2016 und 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

Art. 73 - In Artikel L4143-2 Absatz 1 desselben Kodex wird das Wort „Wahlvorstands“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

Art. 74 - In Artikel L4143-3 §3 desselben Kodex wird die Wortfolge „für fünf Wahllokale“ durch die Wortfolge „pro Wahlbüro“ abgeändert.

Art. 75 - Artikel L4143-4 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Die Anweisungen für die Wähler werden im Warteraum ausgehängt.“

2. In §2 wird die Wortfolge „wird für die Wähler im Warteraum ausgelegt; ein zweites Exemplar“ gestrichen.

Art. 76 - Artikel L4143-5 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Der Wahlbürovorstand muss um 7 Uhr gebildet sein.“

2. In §2 Absatz 1 wird das Wort „Wahlvorstände“ durch das Wort „Wahlbürovorstände“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Wahlvorstand“ jeweils durch das Wort „Vorstand“ ersetzt.

4. In §2 Absatz 3 wird das Wort „Wahlvorstand“ jeweils durch das Wort „Vorstand“ und das Wort „Wahlvorstands“ durch das Wort „Vorstands“ ersetzt.

5. In §3 wird das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

Art. 77 - In Artikel L4143-6 Absatz 1 desselben Kodex wird das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ abgeändert.

Art. 78 - In der Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Kodex wird die Wortfolge „für die“ durch das Wort „der“ ersetzt.

Art. 79 - Artikel L4143-8 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 3 wird die Angabe „Artikel L4211-6“ durch die Angabe „Artikel L4141-2“ ersetzt.

Art. 80 - Artikel L4143-9 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 81 - Artikel L4143-10 Absatz 1 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Mit Ausnahme des Vorsitzenden, der gemäß Artikel L4141-2 bestimmten Sachverständigen und der mit dem technischen Beistand beauftragten Personen stehen die in Artikel L4143-8 erwähnten Personen während des Zeitraums, im Laufe dessen sie innerhalb des Wahllokals zugelassen sind, in keiner Weise mit der Außenwelt in Verbindung.“

Art. 82 - In der Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Kodex, wird die Wortfolge „zu den Zählzentren und -lokalen“ durch die Wortfolge „der Zählzentren und -lokale“ ersetzt.

Art. 83 - In Artikel L4143-12 Absatz 3 desselben Kodex wird das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlbürovorstands“ ersetzt.

Art. 84 - Artikel L4143-15 Absatz 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 85 - Artikel L4143-20 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„Die Regierung legt fest, wie die Abstimmungsregister vervollständigt werden, und insbesondere die von den Vorstandsmitgliedern verwendeten Schriftzeichen.“

2. In §4 Absatz 2 wird das Wort „Wahlregister“ durch das Wort „Abstimmungsregister“ ersetzt.

3. In §5 Absatz 1 wird die Angabe „Artikel L4122-16 und 24“ durch die Angabe „den Artikeln L4122-17 und L4122-25“ ersetzt.

4. In §6 Absatz 2 wird die Wortfolge „Vorstandsvorsitzenden des Wahlbüros“ durch die Wortfolge „Vorsitzenden des Wahlbürovorstands“ ersetzt.

5. §6 Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Die Vollmachten und die in Artikel L4132-1 §1 erwähnten Bescheinigungen werden dem Verzeichnis der Vollmachten beigelegt.“

6. §7 wird wie folgt ersetzt:

„§7 - Gemäß Artikel L4133-2 §3 händigt der Begleiter dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands seine Wahlaufforderung aus, auf der der Vorsitzende den Vermerk "Hat die Rolle als Begleiter wahrgenommen" einträgt.

Der Begleiter wird in dem Wahlbüro zur Wahl zugelassen, in dem auch der begleitete Wähler einberufen worden ist, sofern beide Personen in derselben Gemeinde wahlberechtigt sind. In diesem Fall wird der Name des Begleiters in dem in Artikel L4143-25 §1 Nummer 2 erwähnten Register angegeben.“

Art. 86 - Artikel L4143-21 §3 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird zwischen dem Wort „Wahlbürovorstandes“ und dem Wort „begleiten“ die Wortfolge „oder einem von ihm bestimmten Beisitzer“ eingefügt;

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „des Wahlbüros“ durch die Wortfolge „des Wahlbürovorstands oder einem von ihm bestimmten Beisitzer“ ersetzt und Satz 2 gestrichen.

Art. 87 - In Artikel L4143-23 desselben Kodex wird das Wort „Wahlvorstand“ durch das Wort „Wahlbürovorstand“ ersetzt.

Art. 88 - In Artikel L4143-24 desselben Kodex wird das Wort „Wahlvorstand“ durch das Wort „Wahlbürovorstand“ ersetzt.

Art. 89 - Artikel L4143-25 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4143-25 - §1 - Der Wahlbürovorstand erstellt zunächst die folgenden Verzeichnisse:

1. das Verzeichnis, das gemäß Artikel L4143-20 §6 Absatz 3 die Vollmachten und die in Artikel L4132-1 §1 erwähnten Bescheinigungen enthält;

2. das Verzeichnis der Wähler, die nicht in den Abstimmungsregistern eingetragen waren, aber zur Wahl zugelassen worden sind;

3. das Verzeichnis der Wähler, die in den Abstimmungsregistern eingetragen waren und die an der Wahl nicht teilgenommen haben. Diesem Verzeichnis werden die in Artikel L4143-

20 §§4 und 5 erwähnten Rechtfertigungsbelege sowie die durch die Abwesenden übermittelten Rechtfertigungsbelege beigelegt.

§2 - Die Vorstandsmitglieder verwenden die dritte Abschrift des Abstimmungsregisters, um das in §1 Nummer 3 erwähnte Verzeichnis zu erstellen.

Der Vorsitzende vermerkt auf diesen Verzeichnissen die von den Vorstandsmitgliedern oder den Zeugen vorgebrachten Bemerkungen.

§3 - Die Vorstandsmitglieder unterzeichnen die Verzeichnisse.“

§4 - Die Zweckbestimmung des in §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Verzeichnisses ist folgende: im Rahmen der Verwaltungsuntersuchung von Einsprüchen gegen die Wahl gemäß Artikel L4146-5 Absatz 2 verwendet werden können.

Die Zweckbestimmung der in §1 Absatz 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Verzeichnisse ist folgende: dem Prokurator des Königs ermöglichen, die in den Artikeln L4168-6 und L4168-16 erwähnten Verstöße zu verfolgen.

Die in den in §1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Verzeichnissen aufgeführten personenbezogenen Daten sind die Namen, Vornamen und Hauptwohnsitze.

Art. 90 - Artikel L4143-26 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4143-26 - Die Vorstandsmitglieder und die Zeugen unterzeichnen die beiden Abschriften der Abstimmungsregister, die zum Ankreuzen der Namen der Wähler verwendet wurden.“

Art. 91 - Artikel L4143-27 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort „Wahlvorstand“ durch das Wort „Wahlbürovorstand“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Die Vorstandsmitglieder und die Zeugen unterzeichnen das Protokoll.“

Art. 92 - Artikel L4143-28 desselben Kodex wird wie folgt ersetzt:

„Art. L4143-28 - §1 - Der Wahlbürovorstand fügt folgende Unterlagen in getrennte Umschläge ein:

1. die zurückgenommenen Stimmzettel;
2. die unbenutzten Stimmzettel;
3. das Musterblatt;
4. das in Artikel L4143-25 §1 Nummer 1 erwähnte Verzeichnis;
5. die erste Abschrift des in Artikel L4143-26 erwähnten Abstimmungsregisters;
6. die zweite Abschrift des in Artikel L4143-26 erwähnten Abstimmungsregisters;
7. das Original des in Artikel L4143-27 erwähnten Protokolls;
8. das in Artikel L4143-25 §1 Nummer 2 erwähnte Verzeichnis;
9. das in Artikel L4143-25 §1 Nummer 3 erwähnte Verzeichnis;
10. eine erste Abschrift des Protokolls;
11. eine zweite Abschrift des Protokolls;
12. das Verzeichnis der Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder;
13. das Verzeichnis der abwesenden Beisitzer.

§2 - In deutlich sichtbarer Schrift wird auf den Umschlägen Folgendes vermerkt:

1. die Angabe des Inhalts;
2. das Datum der Wahl;

3. der Name der Gemeinde;
4. der Name des Distrikts;
5. die Angabe "Wahlbüro Nr. ..." mit der Nummer des Wahlbüros.

Die Umschläge werden umgehend versiegelt und dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands überreicht, der sie unbeschadet des §4 der Gemeindeverwaltung aushändigt.

§3 - Die Gemeindeverwaltung übermittelt umgehend der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten die in §1 Nummern 3 bis 7 erwähnten Umschläge sowie das in Artikel L4132-1 §5 erwähnte Sonderregister der Vollmachten.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten den in §1 Nummer 12 erwähnten Umschlag.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt dem Prokurator des Königs die in §1 Nummern 8, 9 und 13 erwähnten Umschläge.

Die Gemeindeverwaltung bewahrt die in §1 Nummern 1 und 2 erwähnten Umschläge auf.

§4 - Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands befördert, gegebenenfalls in Begleitung der Zeugen, die Urnen in das Zählbüro. Er händigt dem Vorsitzenden des Zählbürovorstands der Gemeinde die Urne der Gemeindewahl und die in §1 Nummer 10 erwähnte erste Abschrift des Protokolls aus. Er händigt dem Vorsitzenden des Zählbürovorstands der Provinz die Urne der Provinz und die in §1 Nummer 11 erwähnte zweite Abschrift des Protokolls aus.

Der Vorsitzende des Wahlbürovorstands kann diese Aufgabe einem Beisitzer des Vorstands übertragen.“

§5 - Die Zweckbestimmung des in §1 Nummer 12 erwähnten Verzeichnisses der Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder ist folgende: den Vorstandsmitgliedern ermöglichen, die Auszahlung des ihnen zustehenden Anwesenheitsgelds zu erhalten.

Die personenbezogenen Daten in diesem Verzeichnis sind die Namen, Vornamen und Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder.

§6 - Die Zweckbestimmung des in §1 Nummer 13 erwähnten Verzeichnisses der abwesenden Beisitzer ist folgende: dem Prokurator des Königs ermöglichen, die in den Artikeln L4163-1 bis L4163-3 erwähnten Verstöße zu verfolgen.

Die personenbezogenen Daten in diesem Verzeichnis sind die Namen, Vornamen, Hauptwohnsitze und Abwesenheitsgründe der als Beisitzer bestimmten Wähler.“

Art. 93 - Artikel L4144-5 Absatz 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 94 - Artikel L4144-9 Absatz 4 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 95 - Artikel L4144-11 §4 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 96 - Artikel L4145-2 §2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 97 - In der Überschrift von Teil vier Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 2 desselben Kodex wird das Wort „Kreisvorstände“ durch das Wort „Gemeindevorstände“ ersetzt.

Art. 98 - Artikel L4145-5 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 99 - Artikel L4145-6 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Absatz 2 wird aufgehoben.
2. §3 wird aufgehoben.

Art. 100 - Artikel L4145-7 §2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 101 - In Artikel L4145-8 §1 desselben Kodex wird das Wort „Kreisvorstand“ durch das Wort „Gemeindevorstand“ ersetzt.

Art. 102 - Artikel L4145-10 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 103 - Artikel L4145-12 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Kreisvorstand“ durch das Wort „Gemeindevorstand“ ersetzt.
2. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 - Der Gemeindevorstand berechnet die Wählbarkeitsziffer, indem er die Wahlziffer der Liste durch die Anzahl der dieser Liste zugeteilten und um eins erhöhte Anzahl Sitze teilt. Falls das endgültige Ergebnis Dezimalen umfasst, wird es nach oben aufgerundet.“

Art. 104 - In Artikel L4145-15 desselben Kodex wird das Wort „Kreisvorstandes“ durch das Wort „Gemeindevorstands“ und die Wortfolge „Gemeinde-, Provinzial und Sektorenratsmitgliedern“ durch das Wort „Gemeinderatsmitgliedern“ ersetzt.

Art. 105 - Artikel L4145-16 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt ersetzt:

Art. L4145-16 - §1 - Unmittelbar nach der Verkündung übermittelt der Vorsitzende des Gemeindevorstands der Regierung den Wortlaut dieser Verkündung.

§2 - Der Gemeindevorstand schließt die Verrichtungen und fügt folgende Unterlagen in getrennten Umschläge ein:

1. das Auszählungsprotokoll;
2. die Auszüge des Auszählungsprotokolls;
3. die Auszählungstabelle;
4. die Vorschlagsurkunden und Annahmeakten der Kandidaten;
5. das Protokoll über die Anmeldung der Kandidaturen;
6. das Protokoll über den Abschluss der Listen;
7. die Zeugenbenennungen;
8. das Verzeichnis der Bankkontonummern der Vorstandsmitglieder die für die Auszahlung der Anwesenheitsgelder;
9. das Verzeichnis der abwesenden Beisitzer.

§3 - In deutlich sichtbarer Schrift wird auf den Umschlägen Folgendes vermerkt:

1. die Angabe des Inhalts;
2. das Datum der Wahl;
3. der Name der Gemeinde;
4. der Name des Distrikts;
5. die Angaben "Gemeindewahl" und "Gemeindevorstand".

Die Umschläge werden umgehend versiegelt.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands fügt diesen Umschlägen die drei vom Vorsitzenden des Zählbürovorstands gemäß Artikel L4144-11 oder Artikel L4144-12 erhaltenen Umschläge bei.

Der Vorsitzende des Gemeindevorstands händigt die Gesamtheit der Umschläge der Gemeindeverwaltung aus.

§4 - Die Gemeindeverwaltung übermittelt umgehend der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten die in §2 Nummern 1 sowie 3 bis 7 erwähnten Umschläge.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt der Regierung oder ihrem Bevollmächtigten den in §2 Nummer 8 erwähnten Umschlag.

Die Gemeindeverwaltung übermittelt dem Prokurator des Königs den in §2 Nummer 9 erwähnten Umschlag.

Der Generaldirektor übermittelt den Gewählten die in §2 Nummer 2 erwähnten Auszüge aus dem Auszählungsprotokoll der Wahl.

§5 - Die Zweckbestimmung der in §1 Nummer 8 erwähnten Angaben und des in §1 Nummer 9 erwähnten Verzeichnisses und der sich in diesen befindlichen personenbezogenen Daten sind dieselben wie die in Artikel L4143-28 §§5 und 6 erwähnten Zweckbestimmungen.

Art. 106 - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 3 desselben Kodex, der die Artikel L4145-17 bis L4145-21 umfasst, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

Art. 107 - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel V Abschnitt 4 desselben Kodex, der die Artikel L4145-22 bis L4145-46 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 108 - Artikel L4146-2 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

Art. 109 - Artikel L4146-3 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird aufgehoben.

Art. 110 - In Artikel L4146-7 desselben Kodex wird die Wortfolge „Artikel L1122-3, Absatz 3 des vorliegenden Kodex“ durch die Wortfolge „Artikel 9 Absatz 3 des Gemeindeedikrets vom 23. April 2018“ ersetzt.

Art. 111 - Artikel L4146-8 §2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 112 - Teil vier Buch I Titel IV Kapitel VI Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Kodex, der die Artikel L4146-18 bis L4146-22 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 113 - In Artikel L4146-23 desselben Kodex, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2016, wird folgender Absatz 2 wieder eingeführt:

„Die Zweckbestimmung der in Absatz 1 festgelegten Aufbewahrungsdauer ist folgende: die Durchführung von gerichtlichen Ermittlungen ermöglichen.“

Art. 114 - Artikel L4146-25 §6 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 115 - Artikel L4146-29 §1 Absatz 2 desselben Kodex wird aufgehoben.

Art. 116 - Teil vier Buch I Titel V desselben Kodex, der die Artikel L4151-1 bis L4151-4 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 117 - In Teil vier Buch I desselben Kodex wird folgender Titel VI, der die Artikel L4161-1 bis L4168-25 umfasst, eingefügt:

„TITEL VI - STRAFBESTIMMUNGEN

KAPITEL I - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. L4161-1 - Die Verfolgung der im vorliegenden Teil des Kodex erwähnten Verbrechen und Vergehen und die Zivilklage verjähren nach fünf Jahren ab dem Tag, an dem das Verbrechen oder das Vergehen begangen wurde.

Art. L4161-2 - Treffen mehrere Vergehen zusammen, werden die jeweiligen Strafen zusammengerechnet, ohne dass sie jedoch das Doppelte der angedrohten Höchststrafe überschreiten dürfen.

Art. L4161-3 - Liegen mildernde Umstände vor, werden die Gerichte ermächtigt, die Einschließungsstrafe durch eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten zu ersetzen und die Gefängnisstrafe auf weniger als acht Tage und die Geldstrafe auf weniger als 26 Euro herabzusetzen.

Sie können die eine oder die andere dieser Strafen getrennt verhängen, ohne dass diese geringer als das Strafmaß von Polizeistrafen sein dürfen.

Art. L4161-4 - Der Beamte oder Bedienstete, dem eine Beschwerde unterbreitet wird, darf die Empfangsbescheinigung, die er dem Beschwerdeführer aushändigt, nicht zurückdatieren. Andernfalls droht ihm eine Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren.

KAPITEL II - WAHLREGISTER

Art. L4162-1 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Wahlregister das Wählerregister und die Abstimmungsregister.

Art. L4162-2 - §1 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht bis zu fünfzehn Tagen und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer in irgendeiner Eigenschaft mit der Vorbereitung oder Aufstellung der Wahlregister beauftragt ist und, um die Streichung eines Wählers herbeizuführen:

1. entweder bei dieser Arbeit wissentlich Unterlagen oder Urkunden benutzt hat, die durch Änderungen, Auslassungen oder Zusätze gefälscht oder fälschlich erstellt worden sind;
2. oder freiwillig Angaben aus den Unterlagen oder Urkunden, die für die Erstellung der Register verwendet werden können, vorsätzlich durch Änderungen, Zusätze oder Auslassungen falsch auf den Wahlregistern wiedergegeben hat.

Wurde dieses Vergehen begangen, um einer Person das Wahlrecht zu verschaffen, wird eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und eine Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro verhängt.

§2 - Die in Artikel L4161-1 festgelegte Verjährungsfrist von sechs Monaten läuft für die im vorliegenden Artikel vorgesehenen Straftaten erst ab dem Tag, an dem die Wahlregister und die diesbezüglichen Unterlagen der Regierung oder der von ihr beauftragten Person gemäß Artikel L4143-28 §3 Absatz 1 übermittelt wurden.

Art. L4162-3 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren werden Mitglieder eines Gemeindegremiums oder eines Gemeinderats belegt, die bei der Ausübung der Wahlgerichtsbarkeit auf ihren Bericht hin unrechtmäßig die Abweisung eines Antrags auf Eintragung in die Register oder die Anordnung zur Eintragung bzw. Streichung eines Wählers veranlasst haben, indem sie zu diesem Zweck Unterlagen oder Urkunden herangezogen oder verwendet haben, von denen sie wussten, dass sie durch Änderungen, Auslassungen oder Zusätze gefälscht bzw. fälschlich erstellt oder erfunden worden sind.

Eine Verfolgung kann ausschließlich dann eingeleitet werden, wenn der Antrag des Wählers auf Eintragung oder Streichung zu einem endgültig gewordenen Beschluss geführt hat, der auf betrügerische Tatbestände gegründet ist.

Die in Artikel L4161-1 festgelegte Verjährungsfrist läuft ab dem in Absatz 2 erwähnten Beschluss.

Art. L4162-4 - §1 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafe wird belegt, wer als Täter, Mittäter oder Komplize entgegen den Bestimmungen von Artikel L4122-7 oder Artikel L4122-8 entweder Exemplare oder Abschriften des Wählerregisters Personen ausgehändigt hat, die sie zu erhalten nicht ermächtigt sind, oder diese Exemplare Drittpersonen mitgeteilt hat, nachdem er sie ordnungsgemäß erhalten hat, oder die Angaben aus dem Wählerregister zu Zwecken gebraucht hat, die keine Wahlzwecke sind.

§2 - Die gegen Komplizen der in Absatz 1 erwähnten Straftaten verhängten Strafen dürfen nicht mehr als zwei Drittel des Strafmaßes betragen, das auf sie anwendbar gewesen wäre, wenn sie selbst die Straftaten begangen hätten.

Art. L4162-5 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer wissentlich falsche Erklärungen abgegeben oder Scheinurkunden vorgelegt hat, um sich in ein Wählerregister eintragen zu lassen.

Mit der gleichen Strafe wird belegt, wer wissentlich dieselben Mittel angewendet hat, um eine Person in dieses Register eintragen oder aus diesem Register streichen zu lassen.

Eine Verfolgung kann ausschließlich dann eingeleitet werden, wenn der Antrag auf Eintragung oder Streichung durch einen endgültig gewordenen Beschluss abgewiesen wurde, der auf betrügerische Tatbestände gegründet ist.

Die in solchen Angelegenheiten entweder von den Gemeindegremien oder von den Appellationshöfen gefassten Beschlüsse und die diesbezüglichen Unterlagen und Auskünfte übermittelt die Regierung dem Prokurator des Königs, der sie auch von Amts wegen anfordern kann.

Die Verfolgung verjährt nach Ablauf von drei Monaten ab dem Datum des Beschlusses.

KAPITEL III - WAHLVORSTÄNDE

Art. L4163-1 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 200 Euro wird belegt, wer sich der in Artikel L4125-5 §§1 und 2 vorgesehenen Benennungen ohne triftigen Grund entzieht oder durch sein Verschulden, seine Unvorsichtigkeit oder seine Nachlässigkeit die ihm anvertraute Aufgabe in irgendeiner Weise gefährdet.

Art. L4163-2 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 200 Euro wird belegt:

1. jede Person, die sich der Benennung als Vorsitzender und als Beisitzer des Wahl- oder Zählbürovorstands ohne triftigen Grund entzieht;
2. der Vorsitzende, der Beisitzer oder der Ersatzbeisitzer, der seine Verhinderungsgründe nicht innerhalb der festgelegten Frist angibt;
3. der Vorsitzende, der Beisitzer oder der Ersatzbeisitzer, der dieses Amt, nachdem er es angenommen hat, ohne triftigen Grund unterlässt.

Art. L4163-3 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 200 Euro wird jede Person belegt, die durch ihr Verschulden, ihre Unvorsichtigkeit oder ihre Nachlässigkeit die ihr anvertraute Aufgabe in irgendeiner Weise gefährdet.

KAPITEL IV - AUFSTELLEN VON WAHLPLAKATEN

Art. L4164-1 - §1 - Es ist verboten, Inschriften, Plakate, malerische oder fotografische Wiedergaben, Prospekte auf der öffentlichen Straße und auf Bäumen, Pflanzungen, Schildern, Giebeln, Fassaden, Mauern, Zäunen, Ständern, Pfosten, Steinpfosten, Kunstbauten, Denkmälern und sonstigen Gegenständen, die sie einsäumen oder die in der unmittelbaren Nähe der öffentlichen Straße stehen, an anderen Stellen als denjenigen, die für durch die gemeindlichen Behörden für die Anschläge bestimmt sind oder die vorher und schriftlich durch den Eigentümer oder den Nutznießer davon hat, erlaubt sind.

Sobald die Wahlperiode beginnt, stellt zu diesem Zweck der Gemeinderat den Listen für das Anbringen von Wahlplakaten vorbehaltene Plätze zur Verfügung und gewährleistet er eine ausgeglichene Verteilung dieser Plätze unter den verschiedenen Listen. Der Gemeinderat legt die Anzahl Plätze im Verhältnis zur Anzahl der konkurrierenden Kandidatenlisten bei der letzten vollständigen Erneuerung der Gemeinderäte zuzüglich einer Einheit fest.

Wenn der Gemeinderat keine Kriterien für eine gerechte Verteilung der Plätze zwischen den verschiedenen Listen festgelegt hat, erfolgt die Verteilung am einundsechzigsten Tag vor der Wahl, indem den vollständigen Listen im Vergleich zu den unvollständigen Listen Vorrang gegeben wird.

§2 - Verstöße gegen die Bestimmungen von §1 Absatz 1 werden mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro geahndet.

§ 3 - Im Laufe der Periode und zu den Zeitpunkten, die durch den Provinzgouverneur oder den von ihm bezeichneten Beamten festgelegt sind, werden solche Anbringungen ebenfalls an den für den Anschlag durch die gemeindlichen Behörden vorbehaltenen Plätzen verboten.

KAPITEL V - WAHLAUSGABEN

Art. L4165-1 - §1 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel L4131-5 kann entweder auf Initiative des Prokurators des Königs oder infolge einer Anzeige jeder Person, die ein Interesse nachweisen kann, verfolgt werden und infolgedessen mit einer Gefängnisstrafe

von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafe belegt werden:

1. wer es versäumt, seine Wahlausgaben und/oder die Herkunft der Mittel innerhalb des in Artikel L4131-4 erwähnten Zeitraums anzugeben;

2. wer in Sachen Wahlpropaganda wissentlich Ausgaben getätigt hat oder Verpflichtungen eingegangen ist, die die in Artikel 3 §2 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Sektorratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte vorgesehenen Höchstbeträge überschreiten;

3. wer während der drei Monate vor der Wahl die in Artikel 7 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Sektorratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte vorgesehenen Bestimmungen nicht beachtet hat;

4. der Spitzenkandidat, der in Sachen Wahlpropaganda wissentlich Ausgaben getätigt hat oder Verpflichtungen eingegangen ist, die die in Artikel 3 §1 des Gesetzes vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Provinzial-, Gemeinde- und Sektorratswahlen und für die Direktwahl der Sozialhilferäte vorgesehenen Höchstbeträge überschreiten;

5. der Spitzenkandidat einer Liste, der nicht über eine regionale Nummer und ein geschütztes Listenkürzel verfügt und der Ausgaben tätigt, um eine Wahlkampagne auf nationaler Ebene zu führen.

Anonyme Anzeigen werden nicht durch den Prokurator des Königs berücksichtigt.

§2 - Die Frist für die Ausübung des Initiativrechts des Prokurators des Königs und die Einreichung der Beschwerden bezüglich der in §1 erwähnten Verstöße läuft am hundertzwanzigsten Tag nach der Wahl ab.

Der Prokurator des Königs übermittelt dem Kontrollausschuss eine Abschrift der Beschwerden gegenüber den Kandidaten. Der Prokurator des Königs übermittelt ebenfalls den von der Beschwerde betroffenen Personen eine Abschrift. Die Mitteilungen erfolgen innerhalb von acht Tagen nach der Einreichung der Beschwerden. Innerhalb derselben Frist unterrichtet der Prokurator des Königs den Kontrollausschuss über seine Entscheidung, bezüglich der in §1 erwähnten Tatbestände ein Strafverfahren einzuleiten.

§3 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird belegt, wer eine Beschwerde oder eine Klage einreicht, die sich als unbegründet erweist und für die erwiesen ist, dass sie in der Absicht zu schaden erfolgte.

§4 - Im Rahmen der in §1 eingeleiteten Strafverfahren kann der Prokurator des Königs einen bestimmten Kandidaten ersuchen, jegliche Information über den Ursprung der Geldmittel zu übermitteln, die zu der Finanzierung seiner Wahlwerbungskampagne gedient haben.

Art. L4165-2 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird belegt, wer eine Beschwerde aufgrund von Artikel L4131-5 einreicht, die sich als unbegründet erweist und für die erwiesen ist, dass sie in der Absicht zu schaden erfolgte.

Art. L4165-3 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 100.000 Euro wird belegt, wer entgegen den Bestimmungen von Artikel L4131-7 einer politischen Partei, einer ihrer Komponenten - ungeachtet derer Rechtsform -, einer Liste, einem Kandidaten oder dem Inhaber eines politischen Mandats eine Spende zukommen lässt oder wer als Kandidat oder Inhaber eines politischen Mandats eine Spende annimmt. Mit der gleichen Strafe wird belegt, wer, ohne Kandidat oder Inhaber eines politischen Mandats zu sein, eine solche Spende im Namen und

für Rechnung einer politischen Partei, einer Liste, eines Kandidaten oder eines Inhabers eines politischen Mandats annimmt.

Buch I des Strafgesetzbuches, einschließlich Kapitel VII und Artikel 85, ist auf diese Verstöße anwendbar.

Das Urteil kann auf Anordnung des Gerichts vollständig oder auszugsweise in Tageszei-
tungen und Wochenzeitschriften veröffentlicht werden, die das Gericht bestimmt.

KAPITEL VI - ZEUGEN

Art. L4166-1 - In dem in Artikel L4134-5 Absatz 4 erwähnten Fall wird die Verweisung mit den entsprechenden Gründen im Protokoll vermerkt und werden die Schuldigen mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro belegt.

KAPITEL VII - KANDIDATUREN

Art. L 4167-1 - Einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu fünfzehn Tagen oder einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro setzt sich der annehmende Kandidat aus, der gegen die in Artikel L4142-6 Absätze 1 und 2 erwähnten Verbote verstößt.

Art. L4167-2 - Personen, die die Unterschrift von anderen Personen oder von angeblichen Personen auf den Vorschlagsurkunden der Kandidaten, auf der Akte zur Annahme der Kandidaturen oder der Akte zur Bezeichnung von Zeugen setzen, werden der Urkundenfälschung für schuldig befunden und bestraft.

Art. L4167-3 - Ein Kandidat steht nur auf einer einzigen Liste.

Niemand darf gleichzeitig eine Urkunde zur Beantragung des Schutzes eines Listenkürzels oder Logos unterzeichnen und Kandidat auf einer Liste sein, die ein anderes Listenkürzel oder Logo verwendet.

Einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu fünfzehn Tagen oder einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro setzt sich der Kandidat aus, der gegen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Verbote verstößt. Sein Name wird aus allen Listen gestrichen, auf denen er vorkommt.

Art. L4167-4 - Der Wähler, der gegen das in Artikel L4142-4 §4 erwähnte Verbot verstößt, setzt sich den in Artikel 202 des Wahlgesetzbuches vorgesehenen Strafen aus.

KAPITEL VIII - WAHL, AUSZÄHLUNG UND SONSTIGE VERRICHTUNGEN

Art. L4168-1 - Wer die Wahllokale während der Wahlverrichtungen betritt, ohne Mitglied des Wahlbürovorstands, Zeuge, Wähler der Sektion, Bevollmächtigter oder dessen Begleiter oder ohne gemäß Artikel L4141-2 bestimmter Sachverständiger oder Erbringer eines technischen Beistands zu sein, wird auf Anordnung des Vorsitzenden des Wahlbürovorstands oder seines Bevollmächtigten des Lokals verwiesen.

Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird der Betreffende belegt, der Widerstand leistet oder das Wahllokal erneut betritt.

Art. L4168-2 - In den in Artikel L4143-15 erwähnten Fällen wird die Verweisung im Protokoll vermerkt und werden die Schuldigen mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 Euro belegt.

Art. L4168-3 - §1 - Die Wähler, denen es unmöglich ist, an der Wahl teilzunehmen, können dem Prokurator des Königs die Gründe ihres Fernbleibens mit den erforderlichen Rechtfertigungen zur Kenntnis bringen.

§2 - Es wird davon ausgegangen, dass Personen, denen am Wahltag aufgrund eines Gerichts- oder Verwaltungsbeschlusses die Freiheit entzogen ist, unmöglich an der Wahl teilnehmen können.

Art. L4168-4 - In dem in Artikel L4168-3 §1 erwähnten Fall wird keine Verfolgung eingeleitet, wenn der Prokurator des Königs die Rechtfertigungsgründe annimmt.

Art. L4168-5 - Innerhalb von acht Tagen nach Verkündung der Gewählten stellt der Prokurator des Königs die Liste der Wähler auf, die nicht an der Wahl teilgenommen haben und deren Rechtfertigungsgründe nicht angenommen wurden.

Diese Wähler werden mittels einfacher Benachrichtigung vor das Polizeigericht geladen, das nach Anhörung der Staatsanwaltschaft ohne Berufungsmöglichkeit entscheidet.

Art. L4168-6 - §1 - Eine erstmalige ungerechtfertigte Abwesenheit wird den Umständen entsprechend mit einem Verweis oder mit einer Geldstrafe von 5 bis zu 10 Euro geahndet.

Bei Rückfall wird eine Geldstrafe von 10 bis zu 25 Euro verhängt.

Es wird keine Ersatzgefängnisstrafe ausgesprochen.

§2 - Bleibt ein Wähler unbeschadet der vorerwähnten Strafbestimmungen der Wahl mindestens viermal innerhalb von fünfzehn Jahren ohne Rechtfertigung fern, wird er für zehn Jahre aus den Wahlregistern gestrichen und darf er während dieser Zeit von einer öffentlichen Behörde weder ernannt noch befördert oder ausgezeichnet werden.

§3 - Nimmt eine Person nicht an einer Wahl teil, nachdem sie vorher einer anderen Wahl ferngeblieben ist und umgekehrt, stellt dies keine Rückfälligkeit dar.

§4 - Für die Vollstreckung der Strafen darf kein Aufschub gewährt werden.

§5 - Gegen eine Verurteilung durch Versäumnisurteil kann innerhalb von sechs Monaten nach Notifizierung des Urteils Einspruch erhoben werden. Dieser Einspruch kann kostenlos durch einfache Erklärung bei der Gemeindeverwaltung erfolgen.

Art. L4168-7 - §1 - Als Verstoß gegen das Wahlrecht wird der Versuch gewertet, einen Wähler zu veranlassen, sich der Stimme zu enthalten oder seine Stimme zu beeinflussen, und zwar durch den Gebrauch von Handgreiflichkeiten, Gewalttätigkeiten oder Drohungen oder dadurch, dass er aufgrund bestimmter Äußerungen fürchten muss, seinen Arbeitsplatz zu verlieren oder seine Person, seine Familie oder sein Vermögen in Gefahr zu bringen.

§2 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafe wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-8 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird jede Person belegt, die am Wahltag Unruhe stiftet, entweder durch das Zurschaustellen oder durch das Tragen eines Erkennungszeichens oder auf sonstige Art und Weise.

Art. L4168-9 - Mit einer Geldstrafe von 500 bis zu 3.000 Euro wird jeder Vorsitzende, Beisitzer oder Sekretär eines Wahlvorstands oder jeder Zeuge belegt, der das Wahlgeheimnis aufgedeckt hat.

Art. L4168-10 - §1 - Die folgenden Handlungen oder Taten, die direkt oder indirekt durch einen Wähler ausgeführt werden, sei es um eine Stimme oder eine Stimmenthaltung oder die in Artikel L4132-1 §1 vorgesehene Vollmacht zu erhalten oder um die beschriebenen Vorteile vom Wahlergebnis abhängig zu machen, werden als Wahlkorruption betrachtet:

1. entweder Geld, irgendwelche Werte oder Vorteile, oder Unterstützungen zu geben, anzubieten oder zu versprechen, selbst in Form einer Wette;
2. öffentliche oder private Arbeitsplätze anzubieten oder zu versprechen;
3. unter dem Vorwand einer Entschädigung für Fahrt- oder Aufenthaltskosten eine Geldsumme oder irgendwelche Werte auszuhändigen, anzubieten oder zu versprechen;
4. bei einer Wahl Nahrungsmittel oder Getränke auszuteilen, anzubieten oder zu versprechen.

§2 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro oder mit nur einer dieser Strafe wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Diejenigen, die die Geschenke, Angebote oder Versprechen angenommen haben, werden mit den gleichen Strafen belegt.

Diejenigen, die Geldmittel bereitgestellt haben, um die in §1 vorgesehenen Vergehen zu verüben, obwohl sie ihre Zweckbestimmung kannten, oder die Personen bevollmächtigt haben, um die Angebote, Versprechen und Drohungen in ihrem Namen zu machen, werden mit den gleichen Strafen belegt.

Der öffentliche Beamte, der sich eines der in §1 vorgesehenen Vergehen schuldig gemacht hat, verwirkt die Höchststrafe. Die Gefängnisstrafe sowie die Geldstrafe können verdoppelt werden.

Art. L4168-11 - §1 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro wird jedes Mitglied oder jeder Angestellte einer öffentlichen oder bezuschussten Einrichtung mit sozialem Zweck belegt, das bzw. der entweder direkt oder indirekt einem oder mehreren hilfsbedürftigen Personen beständige, zeitweilige oder außergewöhnliche Unterstützung angeboten, versprochen oder gegeben hat, um eine Stimme oder eine Stimmenthaltung zu erhalten.

§2 - Dasselbe gilt ebenfalls für die erwähnten Mitglieder oder Angestellten, die die Gewährung dieser Unterstützungen verweigert oder eingestellt hätten, weil diese hilfsbedürftige Person nicht zugestimmt hat, sich bei seiner Stimmabgabe beeinflussen zu lassen oder sich der Stimme zu enthalten.

§3 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu drei Monaten wird belegt, wer eine Unterstützung oder eine verstärkte Unterstützung fordert und dabei droht, seine Stimme in einem bestimmten Sinne abzugeben.

Art. L4168-12 - §1 - Die folgenden Handlungen und Taten, die bei der Wahl oder bei der Auszählung der Stimmen durch ein Mitglied des Wahlvorstands begangen werden, werden als Wahlbetrug betrachtet:

1. Stimmzettel betrügerisch zu fälschen, zu entwenden oder anzusetzen;
2. im Protokoll eine Anzahl Stimmzettel oder Stimmen einzutragen, die unter oder über der wirklichen Anzahl Stimmzettel oder Stimmen liegt, die das Mitglied zählen muss.

§2 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 2.000 Euro wird belegt, wer sich eines der in §1 erwähnten Vergehen schuldig gemacht hat.

§3 - Der Zeuge, der sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat, wird mit den gleichen Strafen belegt.

§4 - Mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro wird jedwede andere Person belegt, die sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

§5 - Diese Taten werden umgehend im Protokoll vermerkt.

Art. L4168-13 - Die Fälschung der Stimmzettel wird wie die Fälschung öffentlicher Urkunden bestraft.

Art. L4168-14 - §1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden als Stimmenfang betrachtet:

1. unter dem Namen eines anderen Wählers zu wählen oder zur Stimmabgabe vorstellig zu werden, außer in den in Artikel L4132-1 §1 vorgesehenen Fällen;
2. einen oder mehrere Stimmzettel zu beseitigen oder nicht abzugeben.

§2 - Mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 26 bis 1.000 Euro wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-15 - §1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:

1. eine Vollmacht in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 zu erteilen, ohne die dazu erforderlichen Bedingungen zu erfüllen;
2. nach Erteilung der Vollmacht seinen Bevollmächtigten wählen zu lassen, obwohl die in Artikel L4132-1 §1 vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt sind;
3. wissentlich im Namen seines Vollmachtgebers zu wählen, obwohl letzterer verstorben ist oder nicht in der Lage ist, selbst sein Wahlrecht auszuüben;
4. mehrere Vollmachten in Anwendung von Artikel L4132-1 §1 anzunehmen oder zu erteilen.

§2 - Mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-16 - §1 - Die folgenden, von einem Wähler ausgehenden Handlungen werden ebenfalls als Stimmenfang betrachtet:

1. in einem Wahllokal entgegen den Vorschriften der Artikel L4122-1 §2 und L4124-1 §5 Absatz 2 zu wählen;
2. am selben Tag aufeinanderfolgend in zwei oder mehreren Wahllokalen derselben Gemeinde oder unterschiedlicher Gemeinden zu wählen, auch wenn der Wähler in den Wahlregistern dieser verschiedenen Gemeinden oder Lokale eingetragen ist.

§2 - Mit einer Gefängnisstrafe von acht bis zu fünfzehn Tagen oder mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer sich des in §1 erwähnten Vergehens schuldig gemacht hat.

Art. L4168-17 - Mit einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 1.000 Euro wird belegt, wer einen oder mehrere Bürger durch Zusammenrottung, Gewalttätigkeiten oder Drohungen an der Ausübung der politischen Rechte gehindert hat.

Art. L4168-18 - Mit einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 500 Euro wird belegt, wer Personen, auch unbewaffnete, angeworben, versammelt oder aufgestellt hat, um die Wähler einzuschüchtern oder die Ordnung zu stören.

Mit einer Gefängnisstrafe von acht bis fünfzehn Tagen und mit einer Geldstrafe von 26 bis zu 200 Euro wird belegt, wer dabei wissentlich Mitglied derart organisierter Banden oder Gruppen ist.

Art. L4168-19 - Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe von 200 bis zu 2.000 Euro wird jedes mit Gewalt verübte oder versuchte Eindringen in ein Wahlgebäude mit der Absicht, die Wahlverrichtungen zu behindern, belegt.

Mit einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Jahren und mit einer Geldstrafe von 500 bis zu 3.000 Euro werden die Schuldigen belegt, die dabei Waffen tragen.

Art. L4168-20 - Mit einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 100 bis zu 1.000 Euro werden die Wähler einer Sektion belegt, die sich während der Wahl der Beschimpfung oder der Gewalttätigkeit entweder gegen den Wahlbürovorstand oder gegen eines seiner Mitglieder oder gegen einen der Zeugen schuldig gemacht haben oder die durch Tötlichkeiten oder Drohungen die Wahlverrichtungen verzögert oder verhindert haben.

Mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren werden die Schuldigen belegt, die dabei Waffen tragen.

Art. L4168-21 - Falls bei den in den Artikeln L4168-18 bis 20 beschriebenen Handlungen die Wahl verletzt wurde, wird das Höchstmaß dieser Strafen verhängt und können diese Strafen verdoppelt werden.

Mit einer Einschließungsstrafe von fünf bis zehn Jahren und mit einer Geldstrafe von von 3.000 bis 5.000 Euro werden die Schuldigen belegt Trugen, die dabei Waffen tragen.

Sind diese Taten von in Artikel L4168-18 erwähnten organisierten Banden oder Gruppen verübt worden, werden die Personen, die die Beteiligten angeworben, versammelt oder aufgestellt haben, mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe von 100 bis zu 1.000 Euro belegt.

Art. L4168-22 - Als Täter wird bestraft, wer durch Geschenke, Versprechungen, Drohungen, Missbrauch der Amtsgewalt oder Machtbefugnis, strafbare Arglist oder Machenschaften, durch Reden oder Geschrei in öffentlichen Versammlungen oder an öffentlichen Orten oder durch Plakate beziehungsweise gedruckte oder nicht gedruckte, verkaufte oder

verteilte Schriften zur Begehung der in den Artikeln L4168-18 bis L4168-20 beschriebenen Handlungen unmittelbar angestiftet hat.

Mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 500 Euro werden die Täter belegt, wenn die Anstiftungen keine Folgen gehabt haben.

Art. L4168-23 - Mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 Euro wird jede Person belegt, die eine Beschwerde im Sinne der Artikel L4146-5 und folgende eingereicht hat, die sich als unbegründet erweist und für die erwiesen ist, dass sie in der Absicht zu schaden erfolgte.

Art. L4168-24 - In dem in Artikel L4141-2 §4 erwähnten Fall wird jede Verletzung der Geheimhaltungspflicht gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches bestraft.“

Art. 118 - Teil vier Buch II desselben Kodex, der die Artikel L4211-1 bis L4261-7 umfasst, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 1. Juni und 19. Juli 2006 und das Dekret vom 21. November 2016, wird wie folgt ersetzt:

„BUCH II - ELEKTRONISCHES WAHLSYSTEM MIT PAPIERBESCHEINIGUNG

TITEL I - ANWENDUNGSBEREICH

EINZIGES KAPITEL

Art. L4211-1 - Die Regierung kann beschließen, dass für die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bei den Gemeindewahlen ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung benutzt wird.

Art. L4211-2 - Die Bestimmungen des vorliegenden Buchs sind nicht anwendbar, wenn die Gemeinde- und Provinzialwahlen durch die jeweils zuständigen Behörden gemäß Artikel L4111-2 Absatz 1 gemeinsam abgehalten werden.

TITEL II - WAHLVERRICHTUNGEN

KAPITEL 1 - ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. L4221-1 - §1 - Ein elektronisches Wahlsystem mit Papierbescheinigung umfasst pro Wahlbüro:

1. eine elektronische Urne mit einem Scanner und einem automatischen Schließsystem am Schlitz der Urne,
2. mehrere Wahlcomputer, die jeweils mit einem Berührungsbildschirm, einem Drucker für die Stimmzettel und einem Chipkartenleser ausgestattet sind,
3. einen Computer für den Vorsitzenden mit einer Einheit zur Initialisierung der Chipkarten,
4. einen Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler,
5. Chipkarten.

Jede Wahlkabine ist mit einem Wahlcomputer ausgestattet.

In jedem Wahlbüro befindet sich in mindestens einer Wahlkabine neben einem Wahlcomputer auch ein Barcodeleser für die Visualisierung des Inhalts des Barcodes durch den Wähler.

Jedes Wahlbüro verfügt über einen Wartebereich, der mindestens einen Meter von der Urne entfernt ist.

Darüber hinaus verfügt jeder Gemeindevorstand über ein oder mehrere elektronische Systeme zur Totalisierung der Stimmen, die in den von diesem Wahlvorstand abhängenden Wahlbüros abgegeben werden.

§2 - Die Regierung legt die Regeln für die Darstellung der Listen und der Kandidaten auf den Bildschirmen der Wahlcomputer fest.

§3 - Die elektronischen Wahlsysteme mit Papierbescheinigung, die elektronischen Systeme zur Totalisierung der Stimmen und die in den Artikeln L4224-1 erwähnten Wahlprogramme dürfen nur benutzt werden, wenn sie den durch die Regierung festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen entsprechen, wobei diese Bedingungen zumindest die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Systems und das Stimmgeheimnis gewährleisten.

Die Regierung stellt diese Übereinstimmung nach Stellungnahme der Prüfstelle fest, die zu diesem Zweck von ihr zugelassen worden ist.

Die Stellungnahme der zugelassenen Prüfstelle wird veröffentlicht.

Art. L4221-2 - §1 - Die Modalitäten zum Ankauf sowie zum Unterhalt und zur Lagerung des in Artikel L4221-1 §1 erwähnten Systems werden von der Regierung festgelegt.

Die Modalitäten zum Ankauf sowie zum Unterhalt und zur Lagerung der elektronischen Systeme zur Totalisierung werden von der Regierung gegebenenfalls mit den betroffenen Gemeinden festgelegt.

§2 - Für die Wahlen erforderliche Programme, Sicherheitscodes, Chipkarten, spezifisches Wahlpapier, das für den Ausdruck der Stimmzettel notwendig ist, und Datenträger werden bei jeder Wahl von der Regierung oder von ihrem Beauftragten bereitgestellt.

KAPITEL 2 - ELEKTRONISCHES WAHLSYSTEM MIT PAPIERBESCHEINIGUNG

Art. L4222-1 - Jede Wahlkabine des Wahlbüros ist mit einem Wahlcomputer ausgestattet.

Art. L4222-2 - §1 - Bevor der Wähler sich in die Wahlkabine begibt, erhält er aus den Händen des Vorsitzenden des Wahlbürovorstands oder des von ihm bestimmten Beisitzers eine Chipkarte, die zuvor vom Vorsitzenden oder Beisitzer initialisiert worden ist und mit der der Wähler pro Wahl, zu der er aufgefordert worden ist, einmal seine Stimme abgeben kann.

§2 - Zwecks Stimmabgabe führt der Wähler erst die Chipkarte in den dafür vorgesehenen Kartenleser des in der Wahlkabine installierten Wahlcomputers ein.

Die Regierung legt die Reihenfolge fest, in der die Stimmabgaben erfolgen müssen.

Wenn die am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten dem Wähler die Wahl der Sprache für die Wahlverrichtungen lassen, dann wird dieser zuerst aufgefordert diese Wahl zu tätigen; diese ist, nach Bestätigung, definitiv für die Gesamtheit der Wahlverrichtungen.

§3 - In allen Fällen erscheinen die laufende Nummer und das Listenkürzel aller Kandidatenlisten auf dem Bildschirm.

Indem er auf den Berührungsbildschirm drückt, gibt der Wähler die Liste seiner Wahl an. Indem er weiß wählt, kann er ebenfalls angeben, dass er keiner der vorgeschlagenen Listen seine Stimme geben möchte.

Nachdem der Wähler eine Liste gewählt hat, erscheinen für diese Liste die Namen und Vornamen der Kandidaten, denen eine laufende Nummer vorangestellt ist, auf dem Bildschirm.

Der Wähler gibt seine Stimme ab, indem er auf dem Berührungsbildschirm:

1. auf das Feld am Kopf der Liste drückt, wenn er mit der Vorschlagsreihenfolge der Kandidaten einverstanden ist;
2. auf die Felder neben dem Namen eines oder mehrerer Kandidaten derselben Liste drückt.

§4 - Nachdem der Wähler seine Stimme gemäß §3 abgegeben hat, wird er um Bestätigung gebeten. Mit dieser Bestätigung ist die Stimmabgabe des Wählers für die betreffende Wahl abgeschlossen. Solange der Wähler seine Stimmabgabe nicht bestätigt hat, kann er diesen Wahlvorgang wiederholen.

§5 - Gegebenenfalls wird der Wähler danach durch eine Bildschirmanzeige aufgefordert, seine Stimme gemäß demselben Verfahren für die nächste Wahl abzugeben.

Art. L4222-3 - §1 - Nachdem der Wähler für alle Wahlen seine Stimme abgegeben hat, wird ein Stimmzettel ausgedruckt und dem Wähler zur Verfügung gestellt.

§2 - In ein und demselben Wahlkreis müssen die Abmessungen des ausgedruckten Stimmzettels ungeachtet der Stimmabgabe des Wählers vollkommen gleich sein.

Die Regierung legt diese Abmessungen für jeden Wahlkreis sowie die auf dem Stimmzettel gedruckten Angaben fest.

§3 - Der ausgedruckte Stimmzettel umfasst zwei Teile:

1. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers als zweidimensionaler Barcode vermerkt ist;
2. einen Teil, auf dem die Stimmabgabe des Wählers gegebenenfalls für jede Wahl in schriftlicher Form vermerkt ist.

Der Teil mit dem schriftlichen Vermerk des ausgedruckten Stimmzettels ist nur für Kontroll- und Auditzwecke bestimmt.

§4 - Dann faltet der Wähler seinen Stimmzettel gleichmäßig und sorgfältig in der Mitte mit der bedruckten Seite nach innen, um das Wahlgeheimnis zu wahren.

Der Wahlbürovorstand achtet auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

§5 - Der Wähler nimmt die Chipkarte aus dem dafür vorgesehenen Kartenleser heraus. Weder auf dem Wahlcomputer noch auf der Chipkarte werden Daten in Bezug auf die Stimmabgabe bewahrt.

Art. L4222-4 - Der Wähler hat die Möglichkeit, anhand eines spezifischen Lesegeräts, das ihm zur Verfügung steht, den in Artikel L4222-3 §3 Nummer 1 erwähnten Barcode auf

einem Bildschirm zu visualisieren. Somit sieht er, ob der Inhalt dieses Barcodes der Stimmabgabe entspricht, die er für jede Wahl auf dem Bildschirm gemacht hat und die in schriftlicher Form auf dem Stimmzettel vermerkt ist.

Die Visualisierung erfolgt in der Reihenfolge, in der die Stimmen abgegeben worden sind. Bei dieser Visualisierung kann der Wähler seine Stimmabgabe nicht mehr ändern.

Art. L4222-5 - Der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, darf sich von einer Person seiner Wahl gemäß den in Buch I Titel III Kapitel III des vorliegenden Teils des Kodex festgelegten Modalitäten begleiten oder helfen lassen.

Mangels einer Entscheidung für einen Begleiter seiner Wahl darf sich der Wähler, der Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe hat, vom Vorsitzenden oder von einem anderen von ihm bestimmten Mitglied des Wahlbürovorstands beistehen lassen, unter Ausschluss der Zeugen oder jeder anderen Person.

Falls der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied des Wahlbürovorstands das tatsächliche Vorhandensein dieser Schwierigkeiten anzweifelt, entscheidet der Wahlvorstand, und sein mit Gründen versehener Beschluss wird im Protokoll vermerkt.

Art. L4222-6 - §1 - Nachdem der Wähler seine Stimme abgegeben hat, verlässt er die Wahlkabine und begibt sich mit seinem Stimmzettel, der noch immer wie in Artikel L4222-3 §4 Absatz 1 erwähnt in der Mitte gefaltet ist, zur Urne.

Befindet sich bereits ein anderer Wähler vor der Urne, um dort seinen Stimmzettel einzuspeichern, muss der Wähler in dem in Artikel L4221-1 §1 Absatz 4 erwähnten Wartebereich warten.

Anschließend händigt der Wähler dem Vorsitzenden des Wahlbürovorstands oder dem von diesem bestimmten Beisitzer die Chipkarte aus, scannt den Barcode seines Stimmzettels und steckt den Stimmzettel nach Öffnung des automatischen Schließsystems in den Schlitz der Urne.

§2 - Der Stimmzettel wird für ungültig erklärt:

1. wenn der Wähler seinen Stimmzettel beim Verlassen der Wahlkabine so auffaltet, dass zu erkennen ist, wie er gewählt hat;
2. wenn der Wähler außen auf seinem Stimmzettel Markierungen oder Eintragungen angebracht hat;
3. wenn der Wähler infolge einer falschen Handhabung oder eines anderen ungewollten Fehlverhaltens den ihm ausgehändigten Stimmzettel beschädigt hat;
4. wenn aus irgendeinem technischen Grund das Ausdrucken des Stimmzettels sich ganz oder zum Teil als unmöglich erweist;
5. wenn der Wähler bei einer Visualisierung des Inhalts des Barcodes auf dem Bildschirm gemäß Artikel L4222-4 feststellt, dass es einen Unterschied zwischen dieser Visualisierung auf dem Bildschirm und dem Vermerk der Stimmabgabe so wie auf dem Stimmzettel abgedruckt gibt;
6. wenn der Barcode nicht durch die elektronische Urne gelesen werden kann.

In den in Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Fällen kann die Ungültigkeitserklärung nach einem entsprechenden Beschluss des Wahlbürovorstands ausgesprochen werden.

In den in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Fällen wird der Wähler aufgefordert, seine Stimmabgabe anhand einer neuen Chipkarte zu wiederholen. Auch wenn ein Wähler

vor seiner Stimmabgabe die ihm ausgehändigte Chipkarte versehentlich beschädigt hat, erhält er eine neue Chipkarte.

Der Vorsitzende vermerkt auf den in Ausführung von Absatz 1 zurückgenommenen gefalteten Stimmzetteln den Hinweis „Zurückgenommener Stimmzettel“ und paraphiert sie.

Art. L4222-7 - Nach Abschluss der Wahl sorgt der Vorsitzende des Wahlbürovorstands dafür, dass keine weiteren Stimmabgaben von der Wahlapparatur registriert werden können. Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe werden immer auf zwei Datenträger gespeichert.

Die Stimmzettel kommen anschließend in einen Umschlag oder einen dafür angepassten Träger, der versiegelt wird. Die Aufschrift dieses Umschlags gibt den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkreis an. Der Umschlag wird auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Die Daten in Bezug auf die Stimmabgabe eines Wahlbüros dürfen nicht bekannt gemacht werden.

Art. L4222-8 - Die Datenträger kommen in einen Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt, das Datum der Wahl, das Wahlbüro und den Wahlkreis angibt. Der Umschlag wird versiegelt und auf der Rückseite vom Vorsitzenden, von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands und von den Zeugen, sofern diese es wünschen, unterzeichnet.

Art. L4222-9 - Das Protokoll des Wahlbürovorstands wird während der Sitzung aufgestellt. Pro Wahl wird die Anzahl registrierter Stimmabgaben, die Anzahl anwesender Wähler und die Anzahl Stimmzettel, die aufgrund von Artikel L4222-6 §2 zurückgenommen wurden, angegeben.

Weiter werden im Protokoll eventuelle Schwierigkeiten und Vorfälle während der Wahlverrichtungen vermerkt. Aufgrund von Artikel L4222-6 §2 zurückgenommene Stimmzettel einerseits und in Artikel L4223-2 Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Stimmzettel, die vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands zu Testzwecken erstellt wurden, andererseits, kommen in getrennte, zu versiegelnde Umschläge, die dem Protokoll beigelegt werden.

Die Chipkarten und das Wahlpapier, das sich noch in den Wahldruckern befindet oder nicht verwendet wurde, kommen in einen zu versiegelnden Umschlag, der vom Vorsitzenden des Wahlbürovorstands einem vom Gemeindekollegium der Gemeinde bestimmten Verantwortlichen übergeben wird. Diese letzte Handlung kann mit Hilfe dieses Verantwortlichen geschehen.

Art. L4222-10 - Das Protokoll, die beigelegten Umschläge, den Umschlag mit den in der Urne vorgefundenen Stimmzetteln und die Datenträger übergibt der Vorsitzende des Wahlbürovorstands unverzüglich und gegen Empfangsbescheinigung dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands oder einem von ihm bestimmten Beisitzer.

Die Chipkarten, das Wahlpapier aus den Druckern oder das nicht verwendete Wahlpapier werden mit Angabe ihrer Herkunft in den Räumen der Gemeindeverwaltung aufbewahrt. In der Urne vorgefundene Stimmzettel, aufgrund von Artikel L4222-6 §2 zurückgenommene Stimmzettel, Stimmzettel, die vor Öffnung des Wahlbüros vom Vorsitzenden oder von den Mitgliedern des Wahlbürovorstands zu Testzwecken erstellt wurden, und benutzte

Datenträger werden mit Angabe ihrer Herkunft so lange bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt, bis die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist.

KAPITEL 3 - BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIE STIMMABGABE

Art. L4223-1 - In Wahlbüros mit elektronischem Wahlsystem mit Papierbescheinigung:

1. kann die Regierung in Abweichung von Artikel L4123-1 §1 die Anzahl Wähler pro Wahlsektion erhöhen, ohne jedoch die Grenze von 2.000 Wählern zu überschreiten;
2. kann die Regierung in Abweichung von Artikel L4143-3 §1 die Höchstanzahl Wähler pro Wahlkabine erhöhen, ohne die Grenze von 300 Wählern zu überschreiten;
3. bestehen in Abweichung von Artikel L4125-1 §1 die Wahlbürovorstände neben dem Vorsitzenden und dem Sekretär, aus fünf Beisitzern und fünf Ersatzbeisitzern sowie, falls der Vorsitzende dies anfragt, aus einem beigeordneten Sekretär, der Erfahrung in Informatik aufweist;
4. werden in Abweichung von Artikel L4143-20 §1 die Öffnungszeiten der Wahlbüros bis 15 Uhr verlängert.

In dem in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Fall finden die Bestimmungen der Artikel L4143-6 und L4168-9 Anwendung auf den beigeordneten Sekretär.

In dem in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Fall werden die Anweisungen für die Wähler angepasst. Die Anwesenheitsgelder des Vorsitzenden und der anderen Mitglieder dieser Wahlbürovorstände werden um fünfzig Prozent erhöht.

Art. L4223-2 - In Wahlbüros mit elektronischem Wahlsystem mit Papierbescheinigung werden vor Öffnung des Wahlbüros für die Wähler folgende Verrichtungen vorgenommen:

1. Der Vorsitzende überprüft, ob der Kasten der Urne, der für die Aufnahme der durch die Wahlcomputer ausgedruckten Stimmzettel bestimmt ist, leer ist, und er versiegelt die Urne.
2. Der Vorsitzende überprüft, ob der Zähler der Anzahl registrierter Stimmabgaben auf Null steht.
3. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Wahlbürovorstands nehmen ihre Stimmabgabe vor, indem sie darauf achten, mindestens einmal jeden Wahlcomputer zu verwenden. Sie überprüfen anschließend den Inhalt ihres ausgedruckten Stimmzettels mit dem in Artikel L4221-1 §1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Barcodeleser, der sich in einer der Wahlkabinen befindet. Nach erfolgreicher Überprüfung scannen sie gemäß Artikel L4222-6 §1 ihren Stimmzettel anhand der elektronischen Urne und stecken ihn in den Schlitz der Urne. Die Durchführung dieses Vorgangs und die Beobachtungen werden im Protokoll vermerkt.

KAPITEL 4 - VERRICHTUNGEN VOR DER WAHL

Art. L4224-1 - §1 - Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person entwickelt die für die Gemeindevorstände und die Wahlbürovorstände bestimmten Wahlprogramme.

In der Woche nach dem Wahltag werden die Wahlprogramme auf der Internetseite der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht. Diese Veröffentlichung, die keine Sicherheitsangaben enthält, bleibt während sechs Monaten nach der Wahl verfügbar.

§2 - Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person entwickelt und stellt den Vorsitzenden der Gemeindevorstände eine Anwendung zur Durchführung der in Artikel L4141-3 erwähnten digitalen Kodierungsvorgänge zur Verfügung.

Art. L4224-2 - §1 - Unmittelbar nach dem endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten oder - bei Berufung - sobald der Vorstand den Beschluss des Appellationshofes oder des Staatsrates zur Kenntnis genommen hat, übermittelt der Vorsitzende des Gemeindevorstands diese Listen und die diesen Listen zugeteilten Nummern auf digitalem Weg der Regierung oder der von ihr bestimmten Person.

§2 - Die Unterlagen mit allen laufenden Nummern und Kürzeln der vorgeschlagenen Listen und mit den Kandidatenlisten, so wie das Programm sie auf dem Bildschirm erscheinen lassen wird, werden dem Vorsitzenden des Gemeindevorstands zur Billigung vorgelegt. Dieser überprüft die Übereinstimmung dieser Unterlagen mit dem Protokoll über den endgültigen Abschluss der Kandidatenlisten. Jeder Vorsitzende bestätigt diese Unterlagen, nachdem er die eventuell erforderlichen Korrekturen hat anbringen lassen, und sendet der entsprechenden Regierung oder der von ihr bestimmten Person die bestätigten Unterlagen zurück.

Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person lässt sowohl die Datenträger, die für die Totalisierung der Stimmen durch die Gemeindevorstände bestimmt sind, als auch die Datenträger für die Wahlbürovorstände erstellen.

§3 - Die Regierung oder die von ihr bestimmte Person steckt die Datenträger in einen versiegelten Umschlag und händigt sie den Vorsitzenden der Gemeindevorstände mindestens drei Tage vor der Wahl gegen Empfangsbescheinigung aus. Jeder Umschlag trägt als Aufschrift die Bezeichnung des betreffenden Vorstands. Ein getrennter versiegelter Umschlag pro Vorstand, der den Vorsitzenden des Wahlvorstands der Gemeinde ebenfalls gegen Empfangsbescheinigung übergeben wird, enthält die Sicherheitsangaben, die für die Benutzung der Datenträger erforderlich sind.

Am Tag vor der Wahl händigt der Vorsitzende des Gemeindevorstands jedem Vorsitzenden der Wahlbürovorstände seines Bereiches gegen Empfangsbescheinigung die ihn betreffenden Umschläge aus.

KAPITEL 5 - VERRICHTUNGEN ZUR TOTALISIERUNG DER STIMMEN

Art. L4225-1 - Unmittelbar nach Entgegennahme der Datenträger der Wahlbürovorstände nimmt der Vorsitzende des Gemeindevorstands die Speicherung des Datenträgers auf den für die Totalisierung der Stimmen bestimmten Datenträger vor. Die Speicherung der Datenträger und die Totalisierung der Stimmen erfolgen mithilfe der in Artikel L4141-1 erwähnten Anwendung.

Wenn die Speicherung anhand des Datenträgers sich als unmöglich erweist, wiederholt der Vorsitzende des Gemeindevorstands den Speichervorgang anhand des zweiten Datenträgers.

Wenn auch dieser Vorgang sich als unmöglich erweist, fordert der Vorsitzende des Gemeindevorstands von der betreffenden Gemeinde die Bereitstellung einer elektronischen Urne und eines für den Vorsitzenden bestimmten Computers wie in Artikel L4221-1 erwähnt an. Er nimmt anhand des Lesegeräts der Urne eine komplette Einspeicherung der Barcodes vor, die sich auf den Stimmzetteln in dem in Artikel L4222-7 §1 Absatz 2 erwähnten Umschlag befinden.

Nach Beendigung der Einspeicherung des Wahlbüros steckt der Vorsitzende die Stimmzettel wieder in den in Artikel L4222-7 §1 Absatz 2 erwähnten Umschlag und versiegelt ihn erneut. Anschließend speichert er den so angefertigten neuen Datenträger ein.

Art. L4225-2 - Der Vorsitzende des Gemeindevorstands kann die von den Listen erzielten Teilergebnisse nach Einspeicherung von mindestens zehn Wahlbüros und anschließend von jeweils zehn weiteren Wahlbüros verkünden, bis alle Wahlbüros eingespeichert worden sind.

Art. L4225-3 - Wenn die Ergebnisse aller Wahlbüros eingespeichert und totalisiert worden sind, druckt der Vorsitzende des Gemeindevorstands das Protokoll und die Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmenauszählung aus, deren Muster von der Regierung festgelegt werden.

Art. L4225-4 - §1 - Das Protokoll und die Tabelle mit den Ergebnissen der Stimmenauszählung, die vom Vorsitzenden, von den anderen Mitgliedern des Gemeindevorstands und von den Zeugen unterzeichnet werden, kommen in einen zu versiegelnden Umschlag, dessen Aufschrift den Inhalt angibt.

Dieser Umschlag und die Umschläge mit den Protokollen der Wahlbüros werden in ein zu versiegelndes Paket zusammengeschlossen, das der Vorsitzende des Gemeindevorstands binnen vierundzwanzig Stunden der Regierung oder der von ihr bestimmten Person zukommen lässt.

§2 - Die Datenträger der Wahlbüros und die vom Gemeindevorstand für die Totalisierung der Stimmen benutzten Datenträger werden der von der Regierung bestimmten Person gegen Empfangsbescheinigung übergeben, sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist. Diese Person löscht die Datenträger und hält schriftlich fest, dass dies geschehen ist.

§3 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die in den Urnen vorgefundenen Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt werden, vernichtet.

§4 - Sobald die Wahl definitiv für gültig oder ungültig erklärt worden ist, werden die zurückgenommenen Stimmzettel und die zu Testzwecken erstellten Stimmzettel, die bei der Kanzlei des Gerichts Erster Instanz aufbewahrt werden, vernichtet.

TITEL III - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. L4231-1 - Die Nachahmung von Datenträgern, Stimmzetteln und Chipkarten wird wie die Fälschung öffentlicher Urkunden bestraft.

Art. L4231-2 - Der Artikel L4168-12 findet Anwendung auf die betrügerische Änderung der Wahl- und Totalisierungssysteme und von Datenträgern, Chipkarten und Stimmzetteln.

Art. L4231-3 - Die Artikel L4161-1 bis L4161-4 sind auf die in den Artikeln L4231-1 und L4231-2 erwähnten Verstöße anwendbar.

Art. L4231-4 - Die Artikel L4112-8 Absätze 3 und 4, L4112-9 Absatz 2, L4112-18, L4112-19 §1, L4125-1 §3 Absatz 4, L4125-12 bis 15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 bis 13, L4145-1, L4145-2, L4145-3 §1 Absatz 1 und L4168-13 finden auf die im Kodex erwähnten Wahlkreise keine Anwendung.

Art. L4231-5 - Die Artikel L4112-23 Nummer 4, L4125-1 §3 Absatz 1, L4125-5 §§1, 2, 3, 5 und 7, L4126-1 L4134-1 §§3 und 4, L4143-14 und L4163-2 finden auf die im Kodex erwähnten Wahlbezirke Anwendung, insofern sie die Zählbüros nicht betreffen.

Art. L4231-6 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs sind in den Artikeln L4112-5 Absatz 1, L4142-4 §5 Absatz 3, L4142-26 §1, L4142-36 §1 Absatz 2 und L4142-37 §§1 und 3 alle Verweise zu den Stimmzetteln als Verweise zum Bildschirm des Wahlcomputers zu verstehen.

Art. L4131-7 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs ist in Artikel L4112-9 Absatz 1 die Wortfolge „die Urnen, die Bleistifte“ durch die Wortfolge „die elektronischen Wahlsysteme mit Papierbescheinigung“ zu ersetzen.

Art. L4131-8 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs ist in Artikel L4112-21 §1 die Wortfolge „in den Zählvorständen“ durch die Wortfolge „zum Zeitpunkt der Totalisierung“ zu ersetzen.

In Artikel L4112-21 §2 ist die Wortfolge „durch die gesamten Zählvorstände eines Wahlkreises“ durch die Wortfolge „eines gesamten Wahlkreises“ zu ersetzen.

Art. L4131-9 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs ist in Artikel L4112-26 Nummer 4 das Wort „Stimmzetteln“ durch das Wort „Stimmabgaben“ zu ersetzen.

Art. L4131-10 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs ist in Artikel L4125-1 §3 Absatz 2 die Wortfolge „stellen die Stimmzettel auf und lassen diese drucken“ durch die Wortfolge „legen die Darstellung der Kandidatenlisten auf den Bildschirmen der Wahlcomputer fest und lassen die Datenträger dementsprechend erstellen“ zu ersetzen.

Art. L4131-11 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs ist in Artikel L4143-8 §1 Absatz 1 die Wortfolge „für die zum Ausfüllen und Einwerfen ihres Stimmzettels erforderliche Zeit“ durch die Wortfolge „die zur Stimmenabgabe erforderliche Zeit“ zu ersetzen.

Art. L4131-12 - Für die Anwendung des vorliegenden Buchs sind in Artikel L4145-3 §1 Absatz 2 das Wort „Stimmzettel“ durch das Wort „Stimmabgaben“ und die Wortfolge „Artikel L4144-8 §2“ durch die Wortfolge „Artikel L4225-3“ zu ersetzen.

Art. L4131-13 - Die Regierung passt für die Wahlen auf der Ebene der Wahlkollegien der Gemeinden die Anweisungen für den Wähler an.“

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES GEMEINDEDEKRETS VOM 23. APRIL 2018

Art. 119 - Artikel 18 §1 Absatz 2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen Spiegelstrich 4 und Spiegelstrich 5, der zu Spiegelstrich 6 wird, wird folgender Spiegelstrich eingefügt:

„- die Organisation von virtuellen oder hybriden Ratssitzungen gemäß Artikel 21.1 sowie deren zeitgleiche audiovisuelle Übertragung gemäß Artikel 27;“

2. Nach Spiegelstrich 10, der zu Spiegelstrich 11 wird, wird folgender Spiegelstrich eingefügt:

„- die Organisation von virtuellen oder hybriden Kollegiumssitzungen gemäß Artikel 57.1.“

Art. 120 - In Artikel 20 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet des Artikels 21.1 finden die Sitzungen des Rats in Präsenzform statt.“

Art. 121 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 21.1 eingefügt:

„Art. 21.1 - Virtuelle und hybride Sitzungen

§1 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder oder für die Öffentlichkeit aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, kann der Vorsitzende beschließen, die Ratssitzung wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

§2 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung von §1.“

Art. 122 - In Artikel 24 §1 Absatz 1 Satz 2 desselben Dekrets wird zwischen dem Wort „verwiesen“ und dem Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge „oder sie in dem in Artikel 21.1 erwähnten Fall von der Videokonferenz ausschließen“ eingefügt.

Art. 123 - In Artikel 27 desselben Dekrets wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„Wird in dem in Artikel 21.1 erwähnten Fall der Öffentlichkeit aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen der Zugang zum Sitzungsort verweigert, ist eine zeitgleiche audiovisuelle Übertragung der Sitzung auf der Webseite der Gemeinde zu gewährleisten.“

Art. 124 - In Artikel 31 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen eine geheime Abstimmung in dem in Artikel 21.1 erwähnten Fall erfolgt.“

Art. 125 - Artikel 37 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Die Sitzungen der Ausschüsse finden in Präsenzform statt, es sei denn, die in Artikel 21.1 erwähnten außergewöhnlichen Umstände liegen vor. In diesem Fall sind die Bestimmungen dieses Artikels entsprechend anwendbar.“

Art. 126 - In Artikel 57 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Unbeschadet des Artikels 57.1 finden die Sitzungen des Kollegiums in Präsenzform statt.“

Art. 127 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 57.1 eingefügt:

„Art. 57.1 - Virtuelle und hybride Sitzungen

§1 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, oder in höchstens 20% der Sitzungen jährlich kann der Vorsitzende beschließen, die Kollegiumssitzung wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

§2 - Die Geschäftsordnung regelt die Modalitäten für die Anwendung von §1.“

Art. 128 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 156.1 eingefügt:

„Art. 156.1 - Virtuelle und hybride Sitzungen

§1 - Unter außergewöhnlichen Umständen, in denen sich eine Versammlung in Präsenzform für ein oder mehrere Mitglieder aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen als unmöglich oder gefährlich erweist, oder in höchstens 20% der Sitzungen jährlich kann der Vorsitzende des Verwaltungsrats bzw. der geschäftsführende Verwalter beschließen, die Sitzung des Verwaltungsrats bzw. des Direktionsausschusses wie folgt abzuhalten:

1. in virtueller Form, wobei alle Mitglieder ausschließlich per Videokonferenz tagen;
2. in hybrider Form, wobei die Mitglieder teils in Präsenzform tagen und teils per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Die Regierung kann die Mindestvoraussetzungen festlegen, unter denen auf die im vorliegenden Paragraphen erwähnten Möglichkeiten zurückgegriffen werden kann.

§2 - Die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats regelt die Modalitäten für die Anwendung von §1.“

KAPITEL 3 - INKRAFTTRETEN

Art. 129 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Oliver Paasch
Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver
Paasch Ministerpräsident
Datum: 2023.05.09 09:24:59 +02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre des Pouvoirs locaux est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant modification du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ainsi que du décret communal du 23 avril 2018

CONTENU

Le présent projet de décret prévoit des dispositions sur deux sujets relatifs aux pouvoirs locaux. D'une part, il introduit des modifications diverses concernant les élections communales et, d'autre part, il révisé certaines dispositions relatives à l'organisation des réunions des organes de gestion des pouvoirs subordonnés aux fins de l'organisation de réunions électroniques ou hybrides.

SOMMAIRE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	6
Avant-projet	42

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Élections communales et intracommunales

Les deuxièmes élections communales organisées par la Communauté germanophone auront lieu le 13 octobre 2024. En application de l'article 139 de la Constitution belge, la Communauté germanophone s'est vu transférer le 1^{er} janvier 2015 par la Région wallonne la compétence relative à l'élection des organes communaux et intracommunaux, en ce compris le contrôle des dépenses électorales y afférentes et de l'origine des fonds qui y ont été affectés¹. La Région wallonne conserve sa compétence en matière d'organisation des élections des conseils provinciaux sur le territoire de la région de langue allemande.

La Région wallonne dispose de la compétence relative à la réglementation des dépenses électorales. Elle s'est vu transférer ladite compétence par la loi spéciale du 30 juillet 2018 modifiant l'article 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, en ce qui concerne les dépenses électorales engagées pour les élections locales. Au cours d'une réunion de travail avec la Région wallonne, le 17 mars 2021, la Communauté germanophone a déjà exprimé son souhait d'exercer cette compétence régionale en vertu de l'article 139 de la Constitution belge. Tout transfert éventuel devra être réglementé au moyen de deux décrets de même teneur. La Communauté germanophone exerce donc actuellement la compétence exclusive en matière d'organisation de l'élection des organes communaux et intracommunaux et de contrôle des dépenses électorales ainsi que de l'origine des fonds qui y ont été affectés. Elle ne dispose toutefois pas de la compétence relative à la réglementation des dépenses électorales.

Depuis que la Communauté germanophone est chargée de l'organisation des élections des conseils communaux, la Communauté germanophone et la Région wallonne disposent chacune de leur version respective de la quatrième partie du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, ci-après dénommé « le Code ».

Les élections communales et provinciales ont lieu le même jour, conformément à l'article L4111-2 du Code. Deux élections sont par conséquent organisées le même jour par deux pouvoirs différents soumis à des législations différentes sur le territoire de la Communauté germanophone. En vue des élections de 2018, la Région wallonne avait opté pour un vote papier et la Communauté germanophone pour un vote électronique. Un tel choix aurait eu pour conséquence l'utilisation de deux systèmes de vote différents le même jour dans la région de langue allemande pour les opérateurs électoraux et les électeurs, ce qui aurait engendré de nombreux problèmes de mise en œuvre et de faisabilité.

Aux fins d'éviter une telle situation difficilement acceptable, le recours à un système de vote électronique avec preuve papier a été convenu en mai 2016 à la demande du Conseil provincial de Liège pour le territoire de la région de langue allemande, tant pour les élections provinciales que pour les élections des conseils communaux. Dans ses avis n° 59.365/4 du 30 mai 2016 relatif à l'avant-projet de décret de la Communauté germanophone et n° 59.753/2/V du 17 août 2016 relatif à l'avant-projet de décret de la Région wallonne portant modification du Code concernant les élections communales, le

¹ Article 1^{er}, 1.1°, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, de certaines compétences de la Région wallonne en matière de pouvoirs subordonnés, inséré par le décret du 5 mai 2014.

La loi spéciale du 30 juillet 2018 a transféré à la Région wallonne toute compétence en matière de réglementation des dépenses électorales. Celle-ci est par conséquent habilitée à définir les montants alloués aux dépenses électorales. La Communauté germanophone ne dispose pas de cette compétence et est donc tenue au respect des directives fixées par la Région wallonne, au moins tant que celle-ci ne lui est pas « transférée » en application de l'article 139 de la Constitution.

Conseil d'État a souligné que ni la Communauté germanophone ni la Région wallonne ne peuvent fixer de manière unilatérale le système de vote sur le territoire de la région de langue allemande. L'accord de coopération du 13 juillet 2018 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone concernant l'organisation des élections locales du 14 octobre 2018 sur le territoire de la région de langue allemande a par la suite été élaboré aux fins de régler les modalités d'organisation des élections et du système électoral pour les élections locales sur le territoire de la région de langue allemande.

Par souci de concision, l'accord a été rédigé au moyen de renvois aux dispositions du Code plutôt qu'en les reprenant mot pour mot. Il était dès lors essentiel que les deux versions du Code demeurent comparables, du moins dans leurs dispositions communes concernant ou influençant les élections provinciales et communales, ce qui nécessitait à nouveau une étroite collaboration entre la Communauté germanophone et la Région wallonne aux fins de l'organisation commune des élections locales sur le territoire de la région de langue allemande.

Pour les élections à venir, la Région wallonne a maintenu le vote papier et la Communauté germanophone a opté pour le vote électronique. Lors d'une réunion de travail du 17 mars 2021, il a été convenu de maintenir la même procédure que pour les élections de 2018 et de renouveler ainsi l'accord de coopération, aux fins de permettre à nouveau le vote électronique le 13 octobre 2024 dans la région de langue allemande, à la fois en vue des élections provinciales et communales.

Aux fins d'assurer la lisibilité de l'accord de coopération et de garantir sa compréhension et son utilisation par les électeurs et les opérateurs électoraux, il est à nouveau essentiel d'assurer la cohérence des deux versions du Code et de faire en sorte que les dispositions relatives à l'organisation commune des élections soient sensiblement identiques dans les deux versions.

Le présent projet de décret a pour objet la prise en compte des modifications apportées par la Région wallonne au livre I^{er} de la quatrième partie du Code, introduites au Parlement wallon par le projet de décret y relatif, en vue de garantir la cohérence des dispositions concernant ou affectant l'organisation commune des élections avec la version de la Communauté germanophone du Code. Le présent projet de décret a en outre pour objet la simplification et la clarification de certains points du Code et la dématérialisation du processus électoral. Les modifications apportées au livre I^{er} adaptent également le livre II aux fins de garantir sa cohérence avec le contenu de l'accord de coopération, garantissant ainsi sa lisibilité par les électeurs et les opérateurs électoraux, tout en préservant une procédure de vote identique.

Réunions des organes de gestion des pouvoirs publics subordonnés

À la suite de l'apparition de la pandémie de coronavirus (COVID-19) en mars 2020, la Belgique a pris des mesures visant à endiguer la propagation du virus. En raison des mesures de distanciation sociale et de couvre-feu adoptées à l'époque par l'État fédéral, il n'a pas toujours été possible pour les organes de gestion locaux de se réunir physiquement et, le cas échéant, en public, pendant une certaine période. Cependant, lorsque la pandémie s'est déclarée, nul fondement légal ne prévoyait de possibilités alternatives aux réunions en présentiel.

En 2020, les Gouvernements responsables des pouvoirs locaux se sont de ce fait vus contraints de prendre des décisions dans un délai très court de sorte que les fonctions publiques des pouvoirs subordonnés puissent être maintenues. La mise en œuvre de ces mesures a été assurée de différentes manières, au moyen de décrets, d'arrêtés de pouvoirs spéciaux, de directives et de circulaires. Les décisions prises étaient toutefois très similaires au sein des différents Gouvernements.

Chaque région a établi une base juridique facilitant la gestion d'une future situation de crise susceptible de rendre impossible la tenue de réunions en présentiel des organes de gestion locaux. De tels décrets, ou ordonnances à Bruxelles, permettent auxdits organes d'organiser des réunions

numériques et hybrides (à la fois en présentiel et par voie numérique) dans certains contextes et sous réserve de certaines conditions. La Communauté germanophone ne dispose pas encore d'une telle solution à long terme.

Le présent projet de décret a pour objet la mise en place d'un cadre décretaal fixant les modalités d'organisation des réunions virtuelles et hybrides du conseil communal, des commissions, des conseils consultatifs, du collège communal, des régies communales autonomes et des intercommunales, en modifiant certaines dispositions du décret communal du 23 avril 2018 et du Code. Il s'agit de permettre une action plus efficace et plus rapide en cas de crise, lorsque les réunions physiques des organes de gestion locaux sont impossibles, de sorte à assurer la continuité des réunions desdits organes. Les dispositions sont en outre formulées de manière assez générale aux fins d'accorder une certaine autonomie aux organes de gestion locaux et de permettre la tenue de réunions alternatives en dehors de toute situation de crise.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Le présent article modifie l'article L1523-10 du Code.

Le paragraphe 2 du présent article précise que les réunions des organes de l'intercommunale doivent en principe se tenir en présentiel, conformément à la pratique actuelle. Ladite précision est apportée au paragraphe 3, inséré par le présent projet de décret et précisant que les réunions peuvent, dans certains contextes et conditions, se tenir par vidéoconférence ou partiellement en présentiel et partiellement par vidéoconférence. Il a pour objet d'accorder aux intercommunales un certain degré d'autonomie en termes de choix du mode de réunion et de tirer les enseignements de la crise liée au coronavirus de sorte qu'elles puissent assurer la continuité des réunions des organes de gestion locaux dans un contexte de crise potentielle ultérieure.

Le fondement des réunions virtuelles et hybrides des intercommunales dans des circonstances exceptionnelles ou dans 20 % des réunions annuelles est le même que celui mentionné à l'article 133 du présent projet de décret.

Le Gouvernement doit pouvoir fixer par décret les conditions minimales des réunions virtuelles et hybrides.

Les modalités d'application des formes de réunions seront fixées par le règlement intérieur, en lien avec l'article L1523-14 tel que modifié par le présent projet de décret.

Article 2

Le présent article modifie l'article L1523-14 du Code.

Le présent article, en lien avec l'article L1223-10 tel que modifié par le présent projet de décret, introduit deux éléments supplémentaires devant être réglementés par le règlement intérieur des intercommunales aux fins de leur conférer un certain degré d'autonomie dans l'organisation et la définition des modalités des réunions virtuelles et hybrides.

Article 3

Le présent article modifie l'article L4112-1 du Code.

Le présent article introduit des corrections d'ordre législatif et terminologique aux fins d'assurer la cohérence interne du livre I^{er} de la quatrième partie du Code.

Article 4

Le présent article modifie l'article L4112-2 du Code.

Le présent article supprime l'expression « Wahlregister » (registres électoraux) aux paragraphes 3 et 4 aux fins de clarifier les termes en associant à chaque registre un terme unique et univoque.

Le présent article introduit par ailleurs au paragraphe 3 la précision selon laquelle, outre les personnes inscrites au registre de population, les personnes inscrites au registre des étrangers sont également reprises dans le registre des électeurs conformément à l'article 8, paragraphes 3 et 4, de la Constitution et aux articles *1bis* et *1ter* de la loi du 4 août 1932 relative aux élections communales. À des fins d'exhaustivité, le même paragraphe précise que toute personne inscrite au registre d'attente ne figure pas au registre des électeurs.

Le présent article introduit enfin au paragraphe 4 une correction législative visant à garantir la cohérence interne.

Article 5

Le présent article modifie l'article L4112-5 du Code.

Le présent article supprime toute référence aux logos et aux logogrammes, ceux-ci n'étant pas affichés sur les écrans du système de vote électronique ni sur sa preuve papier, rendant ainsi de telles références superflues.

En outre, le présent article précise la composition des sigles au paragraphe 2. Il convient de lire ladite précision en lien avec l'article L4142-26, § 3, tel que modifié par le présent projet de décret.

Article 6

Le présent article modifie l'article L4112-7 du Code.

Le présent article introduit une correction législative visant à garantir la cohérence interne.

Article 7

Le présent article modifie l'article L4112-8 du Code.

Le présent article introduit deux corrections législatives visant à garantir la cohérence interne.

Article 8

Le présent article modifie l'article L4112-10 du Code.

Le présent article complète la liste des activités politiques prévues dans le contexte de la campagne électorale par la distribution de tracts.

Le présent article introduit en outre un deuxième paragraphe fixant la fin de l'ensemble de la campagne électorale, aux fins d'empêcher les candidats de faire campagne à proximité des bureaux de vote le jour des élections. Les messages envoyés par tout moyen de communication électronique font ici exception, dès lors qu'il est impossible de les vérifier et de les contrôler, en particulier dans le cas où la communication de ces messages est effectuée par des tiers.

Article 9

Le présent article modifie l'article L4112-14 du Code.

Le présent article désigne, au 4°, alinéa 2, le délégué du bourgmestre en qualité d'opérateur électoral. Il convient de considérer ladite modification en lien avec l'article L4132-1 tel que modifié par le présent projet de décret.

En outre, le paragraphe 2, 9°, du présent article ne désigne plus la personne nommée par le président du bureau électoral, mais seulement le président du bureau électoral en qualité d'opérateur électoral. Toute personne nommée par le président doit obligatoirement être l'un de ses assesseurs ou son secrétaire, lesquels sont déjà mentionnés au paragraphe 2, 10°, en qualité d'opérateurs électoraux.

Le présent article adapte par ailleurs, au paragraphe 2, 11°, la référence à l'article L4211-6, § 1^{er}, par l'article L4141-2. Ledit article, tel que modifié par le présent projet de décret, régit désormais le statut des experts.

Le présent article introduit enfin au paragraphe 3 une correction législative visant à garantir la cohérence interne.

Article 10

Le présent article modifie l'article L4112-16 du Code.

Le présent article introduit à l'alinéa 1^{er} une correction législative visant à garantir la cohérence interne.

Le présent article valide en outre, à l'alinéa 4, la disposition visée à l'article L4142-4, § 3, en précisant que le déposant est susceptible d'être candidat, mais ne doit pas nécessairement l'être.

Article 11

Le présent article modifie l'article L4112-17 du Code.

Dans sa forme actuelle, le présent article définit exclusivement la convocation et la procuration.

Le présent article introduit à l'alinéa 1^{er} une définition du terme « Wahldokument » (document électoral) précisant que tout document officiel utilisé par les électeurs, candidats et opérateurs électoraux dans le cadre des élections locales est un document électoral. Ladite définition est essentielle en raison de son utilisation fréquente dans les guides mis à la disposition des opérateurs électoraux et de sa signification univoque. Il convient de considérer ladite modification en lien avec l'article L4112-26, 1°, tel que modifié par le présent projet de décret.

Le présent article modifie en outre, au paragraphe 2, la définition de « Wahlaufforderung » (convocation) afin de la rendre plus claire et plus simple, en précisant le contenu principal de la convocation. Il convient de considérer ladite modification en lien avec l'article L4124-1 tel que modifié par le présent projet de décret.

Enfin, le présent article supprime la deuxième phrase de l'alinéa 3 précisant qu'un électeur ne peut donner ou recevoir qu'un seul mandat, cette précision étant déjà mentionnée à l'article L4132-1.

Article 12

Le présent article modifie l'article L4112-21 du Code.

Le présent article insère un troisième paragraphe définissant la notion de « endgültiges Ergebnis » (résultat définitif), aux fins de le distinguer du « offiziellen Ergebnis » (résultat officiel), lequel peut encore faire l'objet d'un recours, tandis que le « endgültiges Ergebnis » (résultat définitif) est le résultat obtenu après validation de l'élection, duquel il n'est par conséquent plus possible de faire appel.

Article 13

Le présent article modifie l'article L4112-23 du Code.

Le présent article supprime un pléonasme au 3°, en retenant uniquement en tant que forme de violence dans le cadre de la procédure électorale le blocage intentionnel de l'accès au bureau électoral, et ne mentionne plus l'accès au bureau de dépouillement et au bureau de vote, dès lors que ces deux bureaux constituent des bureaux électoraux.

Article 14

Le présent article modifie l'article L4112-26 du Code.

Le présent article étend le champ d'application des fraudes électorales à l'ensemble des documents électoraux, désormais définis par l'article L4112-17 tel que modifié par le présent projet de décret, de sorte que celui-ci ne se limite plus exclusivement aux registres électoraux.

Article 15

Le présent article modifie l'article L4121-1 du Code.

Le présent article introduit au paragraphe 1^{er}, 1°, la précision selon laquelle, outre les ressortissants des autres États membres de l'Union européenne, les ressortissants de pays tiers ont également le droit de voter aux élections communales et aux élections des conseils de secteur, conformément aux articles 1^{bis} et 1^{ter} de la loi du 4 août 1932 sur les élections communales.

Le présent article remplace en outre, au 3° du paragraphe 1^{er}, l'échéance du 31 juillet, avant laquelle les conditions d'électorat doivent être remplies pour pouvoir être inscrit sur le registre des électeurs, par la date du 1^{er} août, qui est la date de constitution des registres des électeurs, aux fins de clarifier la situation vis-à-vis des communes en introduisant une date unique et d'éliminer de ce fait une source d'erreur.

Enfin, le présent article abroge les alinéas 2 à 4 afin de rendre le Code plus clair, plus lisible et plus cohérent, en faisant figurer ces dispositions relatives à la mise à jour des registres des électeurs dans un nouvel article L4122-5 inséré par le présent projet de décret.

Article 16

Le présent article modifie l'article L4121-3 du Code.

Le présent article modifie le paragraphe 1^{er}, 1°, afin de tenir compte des modifications apportées à l'article 9 de la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement.

Enfin, le présent article insère un nouveau paragraphe 7 aux fins de préciser la finalité du traitement de données mentionné au paragraphe 2, alinéa 2, et de répondre ainsi aux exigences du Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et portant abrogation de la directive 95/46/CE (RGPD).

Article 17

Le présent article modifie l'intitulé du chapitre II du titre II du livre I^{er} de la quatrième partie du Code.

Le présent article introduit une correction législative dans l'intitulé du chapitre visant à garantir la cohérence interne.

Article 18

Le présent article substitue la section première du Code, incluant les articles L4122-1 à L4122-3, par un chapitre unique reprenant l'ensemble des dispositions relatives au registre des électeurs.

Le présent article intègre le contenu de l'actuel article L4122-2 à l'article L4122-1.

Au paragraphe 1^{er}, en lien avec l'article L4121-1 §1^{er}, 3°, tel que modifié par le présent projet de décret, la date de mise à jour des registres des électeurs est fixée au 1^{er} août, laquelle correspond à la date d'établissement du registre des électeurs.

De plus, il est prévu au paragraphe 1^{er}, que sur demande, le Service Public Fédéral Intérieur mette gratuitement à disposition du collège communal les données des personnes qui remplissent les conditions d'électorat le jour des élections. Cette disposition est à lire en lien avec l'article L4141-3 introduit par le présent projet de décret, lequel habilite le Gouvernement à définir les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée. La destruction des données obtenues est effectuée dès que l'élection est validée ou annulée. Cette modification est entreprise dans le cadre de l'avis n°209/2022 de l'Autorité de protection des données sur un projet de loi fédéral portant diverses modifications en matière électorale, afin qu'une telle disposition soit aussi prévue dans le Code pour les élections communales.

La formulation des paragraphes 2 et 3 est modifiée de façon à rendre le texte plus lisible et plus clair.

Par ailleurs, au paragraphe 3, les lettres C et E, destinées à distinguer les ressortissants originaires d'autres États membres de l'Union européenne (C) ou de pays tiers (E), sont supprimées. La distinction entre ces deux catégories ne présente aucune valeur ajoutée. Toutefois, il demeure important de pouvoir différencier les électeurs belges des électeurs non belges. Ces derniers ont le droit de voter lors des élections communales, mais pas lors des élections provinciales. La distinction est désormais

indiquée par la couleur bleue sur le registre des électeurs, indépendamment du statut de citoyen européen ou non.

Un nouveau paragraphe 4 est inséré aux fins d'expliquer la finalité des données à caractère personnel mentionnées au paragraphe 3 que contient le registre des électeurs, conformément aux exigences du RGPD.

Le présent article intègre en outre le contenu des actuels articles L4122-3, § 1^{er}, et L4122-4, §§ 1^{er} et 3, dans l'article L4122-2.

La formulation des paragraphes 1^{er} et 2 est modifiée de sorte que le texte soit plus lisible et plus clair

Il n'est plus précisé, au paragraphe 1^{er}, que le registre des électeurs doit être établi de préférence dans l'ordre alphabétique des électeurs, cette décision étant laissée à la discrétion des communes elles-mêmes.

Une modification terminologique est par ailleurs apportée au paragraphe 1. Celle-ci prévoit que le collège communal convoque systématiquement les personnes résidant à une même adresse dans un même centre de vote.

Le paragraphe 2, alinéa 1^{er}, précise que la publication du registre des électeurs doit être effectuée dès son élaboration et non plus obligatoirement au 1^{er} août, le registre des électeurs n'étant pas encore établi à cette date dans la pratique. Le même paragraphe précise que la publication doit se faire aux lieux habituels d'affichage et sur le site internet de la commune de manière à être accessible au plus grand nombre d'individus.

Le paragraphe 2, alinéa 2, précise, conformément au paragraphe 1^{er}, que toute personne peut vérifier dès publication du registre des électeurs si elle-même ou toute autre personne y figure ou y est dûment inscrite.

En conclusion, le présent article intègre le contenu de l'actuel article L4122-8, sous réserve de toute modification introduite par l'article L4122-3. Dans le cas où le Collège communal confie l'élaboration des registres des électeurs à un prestataire de services, ce dernier doit se conformer aux articles 28 et 29 du RGPD. Les précisions de l'actuel article L4122-8 relatives à la déclaration individuelle sur l'honneur de respect de la confidentialité de la procédure électorale et à l'article 16 de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel et à l'autorisation accordée de distribuer le registre des électeurs sont par conséquent superflues et sont supprimées.

Article 19

Le présent article modifie la section 2 du Code, laquelle comprend les articles L4122-4 et L4122-5, aux fins de faire figurer dans un chapitre unique l'ensemble des dispositions relatives au registre des électeurs.

Le présent article modifie l'intitulé de la section de manière à assurer la cohérence de la présentation du chapitre.

Ladite section est scindée en deux sous-sections de sorte à simplifier la lecture. La sous-section 1^{re} « Kontrolle des Wählerregisters » (Contrôle du registre des électeurs) inclut l'article L4122-4, la sous-section 2 « Aktualisierung des Wählerregisters » (Mise à jour du registre des électeurs) inclut l'article L4122-5.

Le présent article intègre en outre le contenu des actuels articles L4122-3, §§ 2 à 4, et L4122-6, sous réserve de toute modification introduite par l'article L4122-4.

Le paragraphe 2 précise que le Gouvernement ou son délégué procède au contrôle des registres des électeurs dès réception de l'ensemble des registres. Par conséquent, il ne lui sera pas possible de vérifier si des personnes sont inscrites sur plusieurs registres sans avoir reçu l'ensemble. Dans le cas où un électeur figure sur plusieurs registres, le Gouvernement ne décide plus quelle commune doit supprimer l'électeur et quelle commune doit conserver l'inscription. Les communes délibèrent et procèdent ensuite aux modifications et transmettent au Gouvernement la version corrigée des registres. Cette disposition est modifiée car le délégué du Gouvernement ne dispose pas des données du Registre national nécessaires à la prise d'une telle décision.

Le paragraphe 3 définit les modalités de validation des registres. Cette dernière ne s'effectue qu'après réception de l'ensemble des registres (notamment des registres corrigés), une vérification préalable étant effectuée, laquelle n'est possible que lorsque l'ensemble des registres est disponible. Les registres sont validés au moyen d'une signature électronique aux fins de faciliter la procédure de validation. Les registres validés sont ensuite transmis aux communes.

Le paragraphe 4 précise l'objet des opérations de contrôle et de validation aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

L'article L4122-4 modifié est à lire en lien avec l'article L4141-3 introduit par le présent projet de décret, lequel habilite le Gouvernement à définir les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

En conclusion, le présent article intègre le contenu des actuels articles L4121-1, §§ 2 à 4, et L4122-4, §§ 2 et 4, sous réserve de toute modification introduite par l'article L4122-5.

Le dernier paragraphe de l'alinéa 1^{er} précise que toute personne radiée du registre des électeurs peut être réinscrite, non seulement sur présentation d'un recours probant, mais également sur présentation d'un document probant au collège communal, permettant la rectification d'une simple erreur d'écriture sans nécessiter l'introduction d'un recours.

Conformément au paragraphe 2, 1° et 2°, toute personne mentionnée peut désormais être ajoutée au registre des électeurs au plus tard la veille de l'élection, plutôt que seulement au plus tard 12 jours avant l'élection.

Article 20

Le présent article modifie la section 3 du Code, intitulée « Verwendung des Wählerregisters » (Utilisation du registre des électeurs) et incluant les articles L4122-6 à L4122-9, par un chapitre unique reprenant l'ensemble des dispositions relatives au registre des électeurs.

Le présent article intègre le contenu de l'actuel article L4122-7, sous réserve d'une modification introduite par l'article L4122-6.

Le paragraphe 1^{er} intègre la communication mentionnée aux paragraphes 3 et 4 de l'actuel article L4125-3. Il convient de considérer ces deux alinéas en lien avec l'article L4125-5 tel que modifié par le présent projet de décret. Le collège communal se fonde sur les informations transmises relatives à la possession de tout diplôme aux fins de l'établissement des relevés. Ces deux alinéas précisent la finalité de la transmission de ces données à caractère personnel aux fins de satisfaire aux exigences du

RGPD. Le dernier alinéa précise en outre par écrit les pouvoirs publics dont il est question aux alinéas 3 et 4.

Le présent article intègre en outre le contenu de l'actuel article L4122-5, §§ 1^{er} à 3, 5 et 6, sous réserve de toute modification introduite par les articles L4122-7 et L4122-8. Le collège communal ne se charge plus de la remise des registres en toutes circonstances. On distingue désormais la délivrance des registres par le Gouvernement (ou son délégué) aux partis ayant un numéro d'ordre régional ou provincial (L4122-7) et la délivrance des registres par le collège communal aux autres listes sans numéro régional ou provincial (L4122-8).

L'article L4122-7 précise que toute demande de délivrance doit être déposée dans les sept jours à compter de la validation des registres des électeurs. La validation des registres est fixée en tant que point de départ, ladite validation attestant de la qualité d'électeur. Ladite délivrance doit se faire sous un format défini par le Gouvernement. Le délai a pour objet d'éviter au Gouvernement ou à son délégué de devoir se consacrer à cette mission jusqu'aux élections, aux fins de leur permettre de s'acquitter d'autres tâches. Les candidats se voient refuser le droit de déposer eux-mêmes des demandes pour la même raison. Le parti doit déposer les demandes relatives aux listes affiliées et à leurs candidats et diffuser le registre au sein des listes affiliées.

Les modalités de demande suivantes sont en outre ajoutées :

- Le parti s'engage à obtenir un numéro d'ordre après le tirage au sort régional ou provincial. Cette nouvelle modalité résulte du retard observé dans l'établissement et la vérification des registres lors des élections de 2018 et, par conséquent, de la non-attribution d'un numéro aux partis au moment des demandes.

- Le parti est tenu de respecter le RGPD et la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel aux fins de garantir la protection des données à caractère personnel des électeurs inscrits sur les registres des électeurs.

L'article L4122-8 précise que les demandes de délivrance sont effectuées à compter de la validation des registres des électeurs par les déposants des listes pour les candidats. Ladite délivrance doit se faire sous un format défini par le Gouvernement. Les candidats ne déposent donc plus de demandes ; ces dernières sont déposées par les déposants.

La modalité de demande suivante est en outre ajoutée : le parti est tenu de respecter le RGPD et la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel aux fins de garantir la protection des données à caractère personnel des électeurs inscrits aux registres des électeurs.

L'article L4122-7 ainsi que l'article L4122-8 précisent l'objet de l'établissement des registres des électeurs aux fins de répondre aux exigences du RGPD.

En conclusion, le présent article intègre le contenu de l'actuel article L4122-5, § 4, sous réserve de toute modification introduite par l'article L4122-9. Tout électeur, candidat et déposant devra désormais prouver sa qualité d'électeur de préférence par un extrait du logiciel du Registre national « Meine Akte » (Mon dossier) plutôt que par un certificat fourni par la commune, en vue d'alléger la charge de travail des communes. Il est toutefois toujours possible de demander un certificat à la commune aux fins de garantir, à titre d'alternative, un service analogue. Il convient de considérer ladite modification en lien avec l'article L4142-4 tel que modifié par le présent projet de décret.

Article 21

L'article modifie la section 4 « Einspruch gegen das Wählerregister » (Recours contre le registre des électeurs) du Code, laquelle inclut les articles L4122-10 à L4122-31, aux fins de faire figurer dans un chapitre unique l'ensemble des dispositions relatives au registre des électeurs.

Le présent article intègre le contenu des actuels articles L4122-9 à L4122-30, sous réserve de toute modification terminologique et législative introduite par les articles L4122-10 à L4122-31.

Le présent article modifie en outre l'article L4122-18, qui reprend le contenu de l'actuel article L4122-17. Au paragraphe 2, l'objet du registre spécial des réclamations est précisé et les données à caractère personnel inscrites dans le registre spécial sont énumérées, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Enfin, le présent article modifie l'article L4122-18, qui reprend le contenu de l'actuel article L4122-24. À l'alinéa 2, il est prévu que la décision de la Cour de justice ne fasse plus l'objet d'une lecture en séance publique, mais soit publiée, afin de satisfaire aux exigences de l'énoncé de l'article 149 de la Constitution.

Article 22

Le présent article abroge la section 5 « Einspruch gegen das Wählerregister » (Recours contre le registre des électeurs) du chapitre II du titre II du livre I^{er} du Code, laquelle inclut les articles L4122-32 à L4122-35. Lesdites dispositions sont intégrées dans le nouveau titre VI introduit par le présent projet de décret, lequel liste l'ensemble des dispositions pénales.

Article 23

Le présent article modifie l'article L4123-1 du Code.

Le présent article intègre au paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, le contenu du paragraphe 1^{er}, alinéa 3, et du paragraphe 4, de sorte que le paragraphe 1^{er}, alinéa 3, et le paragraphe 4 sont abrogés aux fins d'alléger le texte.

Le présent article abroge en outre le paragraphe 1^{er}, alinéa 2, cette disposition faisant désormais l'objet du livre II avec les autres dispositions relatives au système de vote électronique.

En conclusion, le présent article précise, à l'alinéa 1^{er} de l'article 2, que le découpage en sections doit être effectué selon un mode de répartition géographique, aux fins de permettre aux électeurs d'une même zone de voter dans un même bureau de vote.

Article 24

Le présent article modifie l'article L4123-2 du Code.

Le présent article introduit au paragraphe 1^{er} une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne. Au même alinéa, la deuxième phrase est modifiée de façon à mettre en évidence la finalité du registre des électeurs et, par conséquent, celle des données à caractère personnel figurant au registre des électeurs, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD. Deux nouveaux alinéas sont insérés aux mêmes fins par la suite. Le premier précise les données à caractère personnel contenues dans le registre de scrutin. Il convient de lire la deuxième phrase en lien avec l'article L4122-1, § 3, tel que modifié par le présent projet de décret.

Le présent article introduit en outre au paragraphe 2 une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne. Dans un souci de dématérialisation, les dispositions prévoient que la commune n'est plus tenue de transmettre qu'un unique exemplaire du registre de scrutin au Gouvernement et que ce dernier doit valider le registre par voie électronique.

Le présent article introduit par ailleurs au paragraphe 3, alinéa 1^{er}, une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne. Le deuxième alinéa de l'article 3 est abrogé au motif que l'article L4141-3, inséré par le présent projet de décret, habilite le Gouvernement à définir les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Le présent article introduit finalement au paragraphe 4 des corrections terminologiques visant à garantir la cohérence interne.

Article 25

Le présent article modifie l'intitulé du chapitre IV du Code en apportant une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 26

Le présent article modifie l'article L4124-1 du Code.

Le présent article modifie au paragraphe 2 une référence visant à garantir la cohérence interne

Le présent article introduit en outre au paragraphe 3, alinéa 1^{er} des corrections terminologiques visant à garantir la cohérence interne. Il prévoit également que les avis de convocation doivent être publiés sur les sites internet des communes, en sus de leur publication aux points d'affichage, aux fins de toucher le plus grand nombre de personnes possible.

Le présent article supprime également la dernière phrase du paragraphe 4, alinéa 1^{er}. Une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne est introduite au paragraphe 4, alinéa 2.

Le présent article adapte ensuite au paragraphe 5, alinéa 1^{er}, une référence visant à garantir la cohérence interne. Deux nouveaux alinéas sont insérés au paragraphe 5. Le premier intègre le contenu de l'actuel article L4122-1 aux fins de garantir la cohérence interne. Le deuxième fait mention de l'objet de la convocation électorale, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Finalement, le présent article supprime la dernière phrase et la deuxième phrase du paragraphe 6, alinéa 1^{er}, modifie l'alinéa 3 et insère un nouvel alinéa 7 aux fins de faciliter la lecture et le ciblage de la convocation, en ne mentionnant que les informations nécessaires et indispensables à l'électeur. Les alinéas 5 et 6 du paragraphe 6 sont supprimés en lien avec les articles L4122-1, § 3, et L4123-2, § 1^{er}, tels que modifiés par le présent projet de décret.

Article 27

Le présent article modifie l'article L4124-2 du Code.

Le présent article supprime une référence à l'alinéa 1^{er} en lien avec l'article L4122-3 tel que modifié par le présent projet de décret.

Article 28

Le présent article modifie l'article L4125-1 du Code.

Le présent article précise, au paragraphe 1^{er}, que chaque bureau électoral est composé du même nombre de membres, notamment au motif que la charge de travail des bureaux de dépouillement est indépendante de la taille de la commune.

Le présent article modifie en outre le paragraphe 3 aux fins d'assurer la cohérence avec le paragraphe 1^{er}.

Par ailleurs, le présent article supprime, au paragraphe 4, toute disposition relative aux incompatibilités des membres des bureaux électoraux, celles-ci étant intégrées dans le nouveau chapitre VI introduit par le présent projet de décret.

Le présent article supprime ensuite la dernière phrase du paragraphe 5 relative à la publication des formulaires au Moniteur belge aux fins d'alléger le texte, la phrase précédente indiquant déjà le caractère obligatoire de l'utilisation des formulaires. Ainsi, une publication au Moniteur belge doit être effectuée conformément à l'article 84 de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980.

Il abroge également l'alinéa 2 de l'article 6, dès lors que l'article L4141-3 introduit par le présent projet de décret habilite le Gouvernement à définir les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Le présent article insère finalement un paragraphe 7 intégrant le contenu de l'actuel article L4145-5, § 4, aux fins de garantir la cohérence du texte.

Article 29

Le présent article modifie l'article L4125-3 du Code.

Le présent article modifie le paragraphe 2. Le paragraphe 2, alinéa 1^{er}, redéfinit l'ordre de désignation des présidents des bureaux communaux, en prévoyant que les désignations ne peuvent plus nécessairement se faire en fonction de l'exercice d'une certaine profession, mais en fonction de la possession d'un diplôme, de sorte que les présidents chargés de procéder aux désignations disposent d'un plus grand nombre de personnes pouvant être désignées. La composition des conseils se voit par conséquent facilitée, des connaissances juridiques n'étant par ailleurs pas indispensables pour l'exercice de la fonction de président du bureau communal. Les juges conservent toutefois leur position privilégiée dans l'ordre de priorité. La désignation des présidents prévue à l'article 2, paragraphe 5, est portée au 31 mars aux fins de répondre à une demande des magistrats, lesquels estiment que le délai actuel du 30 juin est trop proche des vacances judiciaires. Ce délai accordera par ailleurs aux présidents davantage de temps pour se préparer à leur mission. Aux fins de permettre aux présidents du bureau de district de respecter l'ordre de désignation des présidents des conseils communaux, le paragraphe 2, alinéa 6, précise que les autorités faisant appel à des juges sont tenues d'en informer le président du bureau de district. L'objet du présent avis est également mentionné aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD. Il convient de lire le paragraphe 2, alinéa 7, en lien avec l'article L4122-6, § 1^{er}, tel que modifié par le présent projet de décret.

Le présent article précise en outre au paragraphe 3, alinéa 1^{er}, la fonction recouverte par la notion de « Mitglieder » (membres). Le paragraphe 3, alinéa 3, est inséré de sorte que les présidents des bureaux communaux communiquent au Gouvernement l'adresse des sièges des bureaux.

Le présent article prévoit finalement un nouveau paragraphe 4 permettant de clarifier la finalité des différentes communications et les données à caractère personnel qui y sont mentionnées, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Article 30

Le présent article modifie l'article L4125-5 du Code.

Le présent article redéfinit, aux paragraphes 1^{er} et 2 respectivement, les ordres de désignation des présidents et des assesseurs titulaires et suppléants des bureaux de vote et de dépouillement, en prévoyant que les désignations ne sont plus nécessairement subordonnées à l'exercice d'une certaine profession, mais à la possession d'un diplôme, de sorte que les présidents chargés de procéder aux désignations disposent d'un plus grand nombre de personnes pouvant être désignées. La constitution des bureaux se voit de ce fait simplifiée. La dernière phrase de l'actuel paragraphe 4, stipulant que les présidents des bureaux communaux doivent communiquer au Gouvernement l'identité et les coordonnées de contact de leurs membres, est intégrée au paragraphe 1^{er}. La finalité de ces communications est également précisée au paragraphe 8 aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Il convient de lire le paragraphe 3 remplacé par le présent article en lien avec l'article L4122-6, § 1^{er}, tel qu'inséré par le présent projet de décret.

Le présent article introduit par ailleurs au paragraphe 5 alinéa 2 une correction législative visant à garantir la cohérence interne. Au même alinéa, le délai dont disposent les membres désignés pour faire valoir leurs motifs d'empêchement est également porté de trois à cinq jours, aux fins de leur accorder un peu plus de temps.

Le présent article abroge en outre le paragraphe 6, son contenu étant intégré au nouveau titre VI, tel qu'inséré par le présent projet de décret, lequel énumère l'ensemble des dispositions pénales.

Au paragraphe 7, le présent article précise l'objet de la complétion du tableau, les données à caractère personnel visées et leur durée de conservation, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Article 31

Le présent article modifie l'article L4125-9 du Code.

Cet article introduit des corrections terminologiques visant à garantir la cohérence interne.

Article 32

Le présent article modifie l'article L4125-10 du Code.

Le présent article supprime, au paragraphe 1^{er}, la compétence du Gouvernement relative à l'établissement de la liste des formulaires et documents nécessaires aux présidents des bureaux de vote, celle-ci n'apportant aucune valeur ajoutée, étant donné que le Gouvernement remet ces documents aux présidents. Le contenu est en outre reformulé aux fins de lisibilité du texte.

En outre, le présent article a été reformulé aux fins de permettre au bureau de canton d'organiser la formation continue de manière virtuelle. Les bureaux de canton avaient jusqu'à présent la charge d'organiser ladite formation en présentiel.

Article 33

Le présent article modifie l'article L4125-11 du Code.

Le présent article permet au président du bureau de vote de désigner librement son secrétaire parmi les électeurs de sa commune, sans avoir à respecter de règles supplémentaires, de façon à lui accorder une plus grande liberté.

Article 34

Le présent article modifie l'article L4125-12 du Code.

Le présent article introduit au paragraphe 5 une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 35

Le présent article modifie l'article L4125-13 du Code.

Le présent article introduit au paragraphe 1^{er} des corrections terminologiques visant à garantir la cohérence interne.

Article 36

Le présent article modifie l'article L4125-14 du Code.

Le présent article supprime, au paragraphe 1^{er}, la compétence du Gouvernement relative à l'établissement de la liste des formulaires et documents nécessaires aux présidents des bureaux de dépouillement, car celle-ci n'apporte aucune valeur ajoutée, étant donné que le Gouvernement remet lesdits documents aux présidents. Le contenu est en outre reformulé de façon à rendre le texte plus lisible.

En outre, le présent article reformule le paragraphe 2 aux fins de permettre au bureau de canton d'organiser la formation continue de manière virtuelle. Les bureaux de canton avaient jusqu'à présent la charge d'organiser ladite formation en présentiel.

Article 37

Le présent article modifie l'article L4125-15 du Code.

Le présent article permet au président du bureau de dépouillement de désigner librement son secrétaire parmi les électeurs de sa commune, sans avoir à respecter de règles supplémentaires, de façon à lui accorder une plus grande liberté.

Article 38

Le présent article abroge la section 5 du chapitre V du titre II du livre I^{er} « Strafmaßnahmen im Zusammenhang mit den Wahlvorständen » (Dispositions pénales relatives aux bureaux électoraux) du Code, laquelle inclut les articles L4125-5 à L4125-17. Lesdites dispositions sont intégrées dans le nouveau titre VI introduit par le présent projet de décret, lequel liste l'ensemble des dispositions pénales.

Article 39

Le présent article insère dans le Code, au titre II du livre I^{er}, un nouveau chapitre VI intitulé « Unvereinbarkeiten der Wahlvorstandsmitglieder » (Incompatibilités des membres des bureaux électoraux), lequel inclut les articles L4126-1 à L4126-5.

Le présent article précise, à l'article L4126-1, quelles sont précisément les personnes pouvant exercer une fonction de membre des bureaux communaux, des bureaux de dépouillement ou des bureaux de vote et définit le sens attribué aux notions de « Gemeindewähler » (électeur communal) et de « Provinzialwähler » (électeur provincial) aux fins de clarifier les incompatibilités.

En outre, les incompatibilités de l'actuel article L4125-1 §4 sont reprises et reformulées par les nouveaux articles L4126-2 à L4126-5 à des fins de clarification.

Article 40

Le présent article abroge l'article L4131-6 du Code, toutes les dispositions pénales étant reprises dans le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 41

Le présent article modifie l'article L4132-1 du Code.

Le présent article ramène, au paragraphe 1^{er}, de sept à quatre le nombre de cas dans lesquels une procuration peut être établie et adapte les pièces justificatives à fournir de sorte à renforcer la sécurité du vote par procuration.

Le paragraphe 2 du présent article habilite en outre le bourgmestre à mandater une personne aux fins d'attester en son nom du lien de parenté entre le mandant et le mandataire, de sorte à alléger la charge de travail des bourgmestres. Le dernier alinéa de ce même paragraphe est supprimé conformément à la modification apportée au paragraphe 1^{er}.

Le présent article introduit aux paragraphes 3 et 4 des corrections terminologiques visant à garantir la cohérence interne.

Le présent article précise en outre, au paragraphe 3, que le formulaire de procuration doit obligatoirement être utilisé aux fins d'établissement d'une procuration, de sorte à renforcer la sécurité du vote par procuration.

Le présent article insère finalement le nouveau paragraphe 5, prévoyant la tenue et la gestion obligatoire par les communes d'un registre spécial des procurations, dont le Gouvernement fixe les modalités, aux fins de renforcer la sécurité du vote par procuration. La finalité de ce registre est expliquée et les données à caractère personnel qui y sont inscrites sont énoncées, afin de satisfaire aux exigences du RGPD.

Article 42

Le présent article modifie l'article L4133-1 du Code.

Au paragraphe 2, le présent article porte du 10 septembre au 1^{er} octobre la date limite fixée pour l'orientation vers un centre de vote adapté, aux fins d'accorder aux électeurs concernés un délai supplémentaire pour déposer une demande.

Article 43

Le présent article modifie l'article L4133-2 du Code.

Le présent article prévoit, au paragraphe 1^{er}, que les électeurs devant être accompagnés dans un isolement ne sont pas tenus de déposer une déclaration préalable auprès du bourgmestre, mais peuvent adresser une demande au président du bureau de vote le jour des élections, de sorte à alléger les formalités incombant aux personnes concernées. Dans la même optique, l'obligation de remplir un formulaire visée au paragraphe 3 est supprimée.

Une correction terminologique est en outre introduite au paragraphe 4 aux fins de garantir la cohérence interne.

Article 44

Le présent article modifie l'article L4134-1 du Code.

Aux fins d'uniformiser et de simplifier la procédure, le présent article uniformise, aux paragraphes 1^{er} et 2, la procédure de désignation des témoins en prévoyant que, pour tout bureau de vote, le candidat figurant en tête de l'ordre de présentation ou la personne mandatée par celui-ci désigne les témoins et témoins suppléants. Le paragraphe 4, alinéa 2, est modifié en conséquence. Le nouveau paragraphe 8 prévoit l'établissement du modèle de mandat par le Gouvernement.

Le présent article, en lien avec l'article L4112-5 tel que modifié par le présent projet de décret, supprime en outre la référence au logo à l'alinéa 3.

Le présent article prévoit par ailleurs, au paragraphe 4, alinéa 3, que les témoins ne pourront plus prouver leur qualité d'électeur du conseil communal qu'en présentant leur convocation, cette procédure étant la plus simple compte tenu de la modification apportée à l'article L4142-4 par le présent projet de décret.

Le présent article abroge finalement le paragraphe 6, la Communauté germanophone ne dispose pas de la compétence y relative.

Article 45

Le présent article modifie l'article L4134-2 du Code.

Le présent article abroge les alinéas 1^{er} et 3 du paragraphe 3. L'alinéa 1^{er} est relatif à une règle d'usage ne devant pas faire l'objet d'un décret. Le paragraphe 3, alinéa 3, est abrogé aux fins d'éviter que des électeurs signataires peu attentifs se voient désignés en qualité de témoins contre leur volonté.

Une correction législative est en outre introduite au paragraphe 3, alinéa 2.

Article 46

Le présent article modifie l'article L4134-5 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 5, toutes les dispositions pénales étant reprises sous le nouveau titre VI tel qu'inséré par le présent projet de décret.

Article 47

Le présent article modifie l'article L4135-1 du Code.

Le présent article supprime les habilitations gouvernementales, l'ensemble des habilitations du présent chapitre étant reprises dans un nouvel article L4135-6 inséré par le présent projet de décret. Une telle modification se traduit par une réécriture de l'article.

Article 48

Le présent article modifie l'article L4135-2 du Code.

Le présent article introduit dans l'ensemble de l'article une modification de la répartition des coûts entre les communes et les provinces aux fins d'une meilleure et plus juste répartition de ceux-ci. Une telle répartition plus équitable des coûts permettra de réduire les dépenses des communes. Globalement, les communes prennent en charge les frais relatifs au matériel des bureaux de vote concernant exclusivement les élections communales. Tout(e) jeton de présence, frais de déplacement et prime d'assurance des membres des bureaux de vote, frais de déplacement des électeurs, urne et matériel des présidents des bureaux de vote ainsi que toute autre dépense liée aux élections incombent pour moitié aux provinces et pour moitié aux communes.

Le présent article supprime en outre, dans son paragraphe 2, les habilitations gouvernementales, toute habilitation prévue dans ce chapitre étant reprise par un nouvel article L4135-6 inséré par le présent projet de décret.

Article 49

Le présent article modifie l'article L4135-3 du Code.

Le présent article ne régit plus les dispositions relatives à la procédure de paiement des frais partagés entre les communes et les provinces et des jetons de présence. Les dispositions relatives aux frais de déplacement sont supprimées car elles sont incluses dans l'article L4135-4 tel que modifié par le présent projet de décret.

Le présent article simplifie en outre la procédure de rémunération par jetons de présence en prévoyant que le Ministère de la Communauté germanophone se charge de l'avance du paiement et en demande ensuite le remboursement aux communes et à la Province de Liège.

Le présent article supprime finalement toutes habilitations gouvernementales, celles prévues dans le présent chapitre étant intégrées dans un nouvel article L4135-6 introduit par le présent projet de décret.

Article 50

Le présent article modifie l'article L4135-4 du Code.

Le présent article intègre les dispositions relatives aux frais de déplacement figurant à l'actuel article L4135-3. Le contenu de l'actuel article L4135-4 est repris dans un nouvel article L4135-5 inséré par le présent projet de décret.

Les habilitations gouvernementales sont en outre supprimées, l'ensemble des habilitations du présent chapitre étant reprises par un nouvel article L4135-6 inséré par le présent projet de décret. Une telle modification se traduit par une réécriture de l'article.

Article 51

Le présent article insère le nouvel article L4135-5 dans le Code.

Le présent article intègre le contenu de l'actuel article L4135-4 dans le nouvel article.

Des corrections législatives ainsi qu'une correction terminologique sont en outre effectuées. Cette dernière a pour objet de préciser que la commune de résidence des électeurs est située en Belgique.

Le présent article supprime finalement toutes habilitations gouvernementales visées à l'actuel alinéa 2, celles prévues dans ce chapitre étant intégrées dans un nouvel article L4135-6 introduit par le présent projet de décret.

Article 52

Le présent article insère le nouvel article L4135-6 dans le Code.

Le présent article dresse une liste précise et exhaustive de toutes les habilitations gouvernementales du chapitre ayant été supprimées dans les autres articles actuels.

Article 53

Le présent article modifie l'intitulé du chapitre I^{er} du titre IV du livre I^{er} du Code.

Le présent article introduit une correction terminologique dans l'intitulé, visant à garantir la cohérence interne.

Article 54

Le présent article modifie l'article L4141-1 du Code.

Le présent article remplace l'alinéa 1^{er} aux fins de préciser la mise à disposition aux présidents des bureaux électoraux par le Gouvernement de tout logiciel électoral nécessaire et nécessitant un agrément en vue de son utilisation. Le Gouvernement peut donc également fournir tout logiciel électoral autre que le logiciel prévu par l'actuel alinéa 1^{er} en vue des opérations de codage numérique. Le contenu de l'actuel alinéa 2 est repris dans un nouvel article L4141-2 inséré par le présent projet de décret.

Le présent article abroge en outre les paragraphes 2 et 3, en autorisant le Gouvernement, aux termes de l'article L4141-3 inséré par le présent projet de décret, à déterminer les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Article 55

Le présent article insère le nouvel article L4141-2 dans le Code.

Le présent article reprend le contenu des actuels articles L4141-1 §1^{er} alinéa 2 et L4211-6 aux fins de garantir sa cohérence avec la version du Code de la Région wallonne.

Le présent article supprime en outre la dernière phrase de l'actuel paragraphe 4, toutes les dispositions pénales étant reprises dans le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 56

Le présent article insère le nouvel article L4141-3 dans le Code.

Le présent article habilite le Gouvernement à déterminer les opérations de vote pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée, et à fixer les modalités correspondantes. Les habilitations y afférentes ont été supprimées des dispositions actuelles du Code aux fins de lisibilité. Par ailleurs, ladite habilitation du Gouvernement se voit élargie aux fins de permettre au Gouvernement de dématérialiser davantage les opérations électorales.

Le présent article reprend en outre, à l'alinéa 2, le contenu de l'actuel article L4141-1 §§2 et 3, aux fins de garantir la cohérence du nouvel article L4141-3.

Article 57

Le présent article modifie l'article L4142-1 du Code.

Le présent article abroge le paragraphe 2, 8°, cette disposition étant obsolète relativement aux élections communales.

Le présent article insère en outre un nouveau paragraphe 5, précisant que les conditions d'éligibilité doivent être remplies au plus tard le jour de la clôture provisoire des listes, aux fins de garantir la transparence vis-à-vis des électeurs, de permettre la vérification des candidatures par les bureaux communaux et la procédure de contestation prévue à l'article L4142-20, et de marquer la différence entre incompatibilité et inéligibilité. Les conditions d'électorat doivent toujours être remplies le jour des élections.

Article 58

Le présent article modifie l'article L4142-2 du Code.

Le présent article adapte certaines références, ces dispositions étant réglementées par le décret communal du 23 avril 2018.

Article 59

Le présent article modifie l'article L4142-3 du Code.

Le présent article remplace l'alinéa 5 et a pour objet l'encouragement des candidats à utiliser le logiciel électoral pour le préenregistrement des candidatures, aux fins de simplifier la tâche des présidents des bureaux communaux. L'utilisation dudit logiciel n'est toutefois pas obligatoire.

Article 60

Le présent article modifie l'article L4142-4 du Code.

Le présent article adapte des références figurant aux paragraphes 1^{er} et 6, alinéa 1^{er}, 8°, ces dispositions étant réglementées par le décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article supprime en outre la dernière phrase du paragraphe 4, toutes les dispositions pénales étant reprises dans le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Le présent article, en lien avec l'article L4112-5 tel que modifié par le présent projet de décret, supprime ensuite la référence au logo au paragraphe 5, alinéa 3.

Le présent article apporte finalement plusieurs modifications au paragraphe 6. Les points 2 des alinéas 2 et 3 sont supprimés, leur contenu étant intégré au nouvel alinéa 4 inséré par le présent projet de décret. L'alinéa 1^{er}, 10°, est modifié en lien avec l'article L4122-9 tel que modifié par le présent projet de décret, aux fins de simplifier la tâche des électeurs signataires, des candidats et des déposants, ceux-ci pouvant prouver leur qualité d'électeur au moyen d'un certificat ou d'un extrait du registre électoral, et n'étant plus obligatoirement tenus de s'adresser à la commune en produisant uniquement un extrait du registre électoral, ce qui réduira à son tour la charge de travail des communes. Le nouvel alinéa 5 précise le certificat tel que visé au 10°.

Article 61

Le présent article modifie l'article L4142-6 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 3, toutes les dispositions pénales étant reprises sous le nouveau titre VI tel qu'inséré par le présent projet de décret.

Article 62

Le présent article modifie l'article L4142-12 du Code.

Le présent article, en lien avec l'article L4112-5 tel que modifié par le présent projet de décret, supprime à l'alinéa 3 la référence au logo.

Article 63

Le présent article modifie l'article L4142-17 du Code.

Le présent article intègre dans le nouvel alinéa 2 le contenu de l'actuel article L4142-18 alinéa 2 aux fins de cohérence du texte. Toutefois, l'obligation de respect de la confidentialité par un sous-traitant telle que mentionnée au deuxième alinéa de l'actuel article L4142-18 est supprimée en lien avec l'article L4122-3 tel que modifié par le présent projet de décret.

Article 64

Le présent article supprime l'article L4142-18 du Code.

Le contenu de l'alinéa 1^{er} est repris sous le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret car, en vertu de l'article L4141-3 inséré par le présent projet de décret, le Gouvernement est habilité à définir les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Article 65

Le présent article modifie l'article L4142-22 du Code.

Le présent article introduit une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 66

Le présent article modifie l'article L4142-24 du Code.

Le présent article supprime la dernière phrase, en autorisant le Gouvernement, aux termes de l'article L4141-3 inséré par le présent projet de décret, à déterminer les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Article 67

Le présent article modifie l'article L4142-32 du Code.

Le présent article, en lien avec l'article L4112-5 tel que modifié par le présent projet de décret, supprime la référence au logo à l'alinéa 1.

Article 68

Le présent article modifie l'article L4142-37 du Code.

Le présent article prévoit au paragraphe 2 que les listes de candidats affichées ne mentionnent plus la profession et le domicile principal des candidats, conformément aux exigences du RGPD.

Article 69

Le présent article modifie l'article L4142-38 du Code.

Le présent article introduit au paragraphe 5, alinéa 3, une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne. Selon l'article 5, paragraphe 5, le rapport d'impression, la procuration et la déclaration ne doivent plus être envoyés au Gouverneur de Province, mais au Gouvernement, le Gouvernement étant compétent en la matière relativement aux élections des conseils communaux en Communauté germanophone.

Article 70

Le présent article modifie l'article L4142-39 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 3, en autorisant le Gouvernement, aux termes de l'article L4141-3 inséré par le présent projet de décret, à fixer les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Article 71

Le présent article modifie l'article L4142-41 du Code.

Cet article introduit des corrections terminologiques visant à garantir la cohérence interne.

Article 72

Le présent article supprime la section 7 du chapitre II du titre IV du livre I^{er} du Code, lequel inclut les articles L4142-46 et L4142-47, toutes les dispositions pénales étant reprises sous le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 73

Le présent article modifie l'article L4143-2 du Code.

Le présent article introduit une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 74

Le présent article modifie l'article L4143-3 du Code.

Le présent article prévoit, au paragraphe 3, qu'au moins un isoloir soit facile d'accès et d'utilisation dans chaque bureau de vote, au lieu d'un bureau de vote sur cinq, aux fins de favoriser la participation du plus grand nombre possible d'électeurs.

Article 75

Le présent article modifie l'article L4143-4 du Code.

Le présent article prévoit, au paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, et au paragraphe 2, que les registres de scrutin et le texte de certains articles du Code ne seront plus affichés dans la salle d'attente et que le Code ne sera plus mis à disposition dans la salle d'attente, au motif de la charge de travail supplémentaire occasionnée aux communes par la préparation des bureaux de vote, du fait que les extraits du Code, l'exemplaire du Code ne sont pas beaucoup utilisés par les électeurs et que l'affichage du registre de scrutin est contraire au RGPD. Le présent amendement implique que seules les instructions destinées aux électeurs doivent être affichées et qu'un exemplaire du Code doit continuer à être disponible dans le bureau de vote.

Article 76

Le présent article modifie l'article L4143-5 du Code.

Le présent article prévoit, au paragraphe 1^{er}, d'avancer la constitution du bureau de vote de 7h45 à 7h00, aux fins de laisser plus de temps aux membres pour effectuer les opérations d'ouverture des bureaux, de sorte que les bureaux de vote puissent être ouverts en temps utile.

Des corrections terminologiques sont en outre effectuées aux paragraphes 2 et 3 aux fins de cohérence interne.

Article 77

Le présent article modifie l'article L4143-6 du Code.

Le présent article introduit à l'alinéa 1^{er} une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 78

Le présent article modifie l'intitulé de la sous-section 1 du livre I^{er}, chapitre III, section 2 du Code.

Le présent article procède à une correction législative de l'intitulé.

Article 79

Le présent article modifie l'article L4143-8 du Code.

Le présent article introduit au paragraphe 1^{er} une correction terminologique et modifie une référence aux fins de garantir la cohérence interne.

Article 80

Le présent article abroge l'article L4143-9 du Code, toutes les dispositions pénales étant reprises sous le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 81

Le présent article modifie l'article L4143-10 du Code.

Le présent article modifie la formulation ainsi qu'une référence à l'alinéa 1^{er} aux fins de garantir la cohérence interne.

Article 82

Le présent article modifie l'intitulé de la sous-section 2 du livre I^{er}, chapitre III, section 2 du Code.

Le présent article procède à une correction législative de l'intitulé.

Article 83

Le présent article modifie l'article L4143-12 du Code.

Le présent article introduit à l'alinéa 3 une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 84

Le présent article modifie l'article L4143-15 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 2, toutes les dispositions pénales étant reprises sous le nouveau titre VI tel qu'inséré par le présent projet de décret.

Article 85

Le présent article modifie l'article L4143-20 du Code.

Le présent article insère un paragraphe 5 au paragraphe 2 aux fins d'habiliter le Gouvernement à fixer la manière dont les registres de scrutin doivent être complétés et d'uniformiser de ce fait la procédure de sorte à simplifier la vérification de ces registres dans le contexte de la validation des élections en cas de dépôt d'un recours.

Le présent article introduit en outre des corrections terminologiques au paragraphe 4, alinéa 2, et au paragraphe 6, alinéa 2, aux fins de garantir la cohérence interne.

Le présent article adapte ensuite une référence au paragraphe 5, alinéa 1^{er}, aux fins de garantir la cohérence interne.

Le présent article remplace également le paragraphe 6, alinéa 3, en lien avec l'article L4143-25, § 1^{er}, tel que modifié par le présent projet de décret.

Enfin, le présent article modifie le paragraphe 7, alinéa 1^{er}, en lien avec l'article L4133-2, § 1^{er}, tel que modifié par le présent projet de décret, lequel précise que l'électeur n'est plus tenu de faire une déclaration avant le scrutin pour être accompagné. Un nouvel alinéa est inséré au même alinéa et permet à l'électeur accompagné et à l'accompagnant de voter dans le même bureau de vote dans le cas où ils sont électeurs dans la même commune, de sorte à faciliter l'exercice du droit de vote pour tout électeur nécessitant un accompagnement.

Article 86

Le présent article modifie l'article L4143-21 du Code.

Le présent article ajoute au paragraphe 3, alinéas 2 et 3, que tout électeur ne disposant pas d'un accompagnateur, mais souhaitant être accompagné peut également se faire accompagner, en sus du président du bureau de vote, par un assesseur désigné par le président, de façon à faciliter l'exercice du droit de vote par tout électeur nécessitant un accompagnement.

Le présent article supprime en outre la dernière phrase du paragraphe 3, alinéa 3, de sorte à ne pas alourdir les opérations par des formalités inutiles.

Article 87

Le présent article modifie l'article L4143-23 du Code.

Le présent article introduit une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 88

Le présent article modifie l'article L4143-24 du Code.

Le présent article introduit une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Article 89

Le présent article modifie l'article L4143-25 du Code.

Le présent article établit, en sus des relevés des électeurs ne figurant pas sur les listes électorales, mais autorisés à voter et des électeurs inscrits sur les listes électorales, mais n'ayant pas pris part au scrutin, un relevé relatif aux procurations, aux fins de renforcer la sécurité du vote par procuration.

Le présent article prévoit en outre l'utilisation par les membres du bureau d'une troisième copie du registre de scrutin aux fins d'établir le relevé des électeurs absents, permettant ainsi aux membres une économie de temps lors de la fermeture du bureau de vote.

Le présent article, en lien avec l'article L4143-28 tel que modifié par le présent projet de décret, ne prévoit plus, à l'alinéa 3, la transmission des relevés au juge de paix du canton dans les trois jours suivants.

Le présent article précise finalement, à l'alinéa 4, la finalité des données à caractère personnel mentionnées dans les relevés ainsi que leur contenu, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Article 90

Le présent article modifie l'article L4143-26 du Code.

Le présent article ajoute que les témoins doivent également signer les registres de scrutin utilisés pour cocher les noms des électeurs, ce qui était déjà le cas dans la pratique.

Article 91

Le présent article modifie l'article L4143-27 du Code.

Le présent article introduit une correction terminologique visant à garantir la cohérence interne.

Le présent article intègre en outre une partie du contenu de l'actuel article L4143-28 §1^{er}, 3°, aux fins d'en garantir la cohérence interne.

Article 92

Le présent article modifie l'article L4143-28 du Code.

Le présent article adapte, au paragraphe 1^{er}, la liste des documents devant être insérés dans les enveloppes aux fins de rendre cette dernière plus complète et plus précise.

Le présent article précise en outre, au paragraphe 2, que le président du bureau de vote transmet toutes enveloppes à l'administration communale, à l'exception de celles contenant les procès-verbaux. La présente modification a pour objet la redéfinition de la procédure de transmission des enveloppes. La tâche consistant à centraliser les enveloppes et à les transmettre au destinataire ultérieur, telle que décrite au paragraphe 3, incombera désormais à la commune.

Le présent article intègre par ailleurs le contenu de l'actuel paragraphe 3 au paragraphe 4, en supprimant l'obligation pour le président d'être accompagné d'un assesseur lors de la transmission de l'urne et des procès-verbaux, mais en prévoyant la possibilité pour le président de déléguer cette transmission à un assesseur.

Le présent article précise finalement, aux paragraphes 5 et 6, la finalité des informations nécessaires au paiement des jetons de présence et des données à caractère personnel mentionnées au relevé des assesseurs absents, ainsi que leur contenu, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Article 93

Le présent article modifie l'article L4144-5 du Code.

Le présent article, en lien avec l'article L4143-28 tel que modifié par le présent projet de décret, abroge l'alinéa 4.

Article 94

Le présent article modifie l'article L4144-9 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 4, en autorisant le Gouvernement, aux termes de l'article L4141-3 inséré par le présent projet de décret, à fixer les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Article 95

Le présent article modifie l'article L4144-11 du Code.

Le présent article abroge le paragraphe 4 aux fins de garantir la comparabilité entre la version de la Région wallonne et celle de la Communauté germanophone.

Article 96

Le présent article modifie l'article L4145-2 du Code.

Le présent article abroge le paragraphe 2 et autorise le Gouvernement, aux termes de l'article L4141-3 inséré par le présent projet de décret, à fixer les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Article 97

Le présent article modifie l'intitulé de la section 2 « Auszählung durch die Kreisvorstände » (Recensement par les bureaux de circonscription) du livre I^{er}, titre IV, chapitre V, du Code.

Le présent article remplace l'intitulé par l'intitulé « Auszählung durch die Gemeindevorstände » (Recensement par les bureaux communaux) afin de clarifier uniquement la procédure pour les bureaux communaux dans cette section et non plus la procédure relative aux bureaux de district, les bureaux de district relevant des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 98

Le présent article abroge l'article L4145-5 du Code.

Le présent article abroge les paragraphes 1^{er} à 3, cette section reprenant uniquement les dispositions relatives aux bureaux communaux et rendant ainsi caduque toute disposition relative aux bureaux de district. Les bureaux de district relèvent des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Le présent article abroge également le paragraphe 4, dont le contenu est intégré à l'article L4125-1 tel que modifié par le présent projet de décret.

Le présent article abroge enfin le paragraphe 5, celui-ci étant non nécessaire dans la mesure où il n'exprime aucune obligation.

Article 99

Le présent article modifie l'article L4145-6 du Code.

Le présent article abroge la disposition relative aux bureaux de district, ceux-ci relevant des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 100

Le présent article modifie l'article L4145-7 du Code.

Le présent article abroge le paragraphe 2, dans la mesure où il couvre les bureaux de district, lesquels relèvent des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 101

Le présent article modifie l'article L4145-8 du Code.

Le présent article remplace le mot « Kreisvorstand » (bureau de circonscription) par « Gemeindevorstand » (bureau communal) aux fins d'expliquer uniquement la procédure relative aux bureaux communaux dans cette section et non plus celle relative aux bureaux de district, les bureaux de district relevant des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 102

Le présent article abroge l'article L4145-10 du Code, dans la mesure où il couvre les bureaux de district, lesquels relèvent des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 103

Le présent article modifie l'article L4145-12 du Code.

Le présent article remplace, au paragraphe 1^{er}, le mot « Kreisvorstand » (bureau de circonscription) par « Gemeindevorstand » (bureau communal) et reformule le paragraphe 2 aux fins d'expliquer uniquement la procédure relative aux bureaux communaux dans cette section et non plus celle relative aux bureaux de district, les bureaux de district relevant des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 104

Le présent article modifie l'article L4145-15 du Code.

Le présent article remplace le mot « Kreisvorstand » (bureau de circonscription) par « Gemeindevorstand » (bureau communal) aux fins d'expliquer uniquement la procédure relative aux bureaux communaux dans cette section et non plus celle relative aux bureaux de district, les bureaux de district relevant des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone. En lien avec ladite modification, les termes « Gemeinde-, Provinzial und Sektorenratsmitgliedern » (conseillers communaux, provinciaux et de secteur) sont remplacés par « Gemeinderatsmitgliedern » (conseillers communaux), au motif que les bureaux communaux se chargent uniquement du recensement des votes pour les conseillers communaux.

Article 105

Le présent article modifie l'article L4145-16 du Code.

Le présent article supprime l'habilitation octroyée au Gouvernement relative à l'habilitation numérique, au motif que l'article L4141-3, inséré par le présent projet de décret, habilite le Gouvernement à définir les opérations pouvant être effectuées soit par voie numérique, soit par voie numérique et automatisée.

Le présent article précise en outre au moyen de listes, aux paragraphes 2 et 3, les documents devant être insérés dans les enveloppes ainsi que les informations devant y figurer.

Le présent article précise ensuite, au paragraphe 3, que le président du bureau communal transmet les enveloppes à l'administration communale. La présente modification a pour objet de redéfinir la procédure de transmission des enveloppes. La tâche consistant à centraliser les enveloppes et à les transmettre au destinataire ultérieur, telle que décrite au paragraphe 4, incombera désormais à la commune.

Le présent article précise finalement, au paragraphe 5, la finalité des informations nécessaires au paiement des jetons de présence et du relevé des assesseurs absents, ainsi que des données à caractère personnel y figurant, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD.

Article 106

Le présent article abroge la section 3 du livre I^{er}, titre IV, chapitre V, du Code, comprenant les articles L4145-17 à L4145-21, au motif qu'elle relève des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 107

Le présent article supprime la section 3 du livre I^{er}, titre IV, chapitre V du Code, comprenant les articles L4145-17 à L4145-21, toutes les dispositions pénales étant reprises dans le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 108

Le présent article, en lien avec l'article L41432-28 tel que modifié par le présent projet de décret, abroge l'article L4146-2 du Code au motif de la réorganisation de la procédure de transmission des documents après clôture des opérations électorales.

Article 109

Le présent article, en lien avec l'article L41432-28 tel que modifié par le présent projet de décret, abroge l'article L4146-3 du Code au motif de la réorganisation de la procédure de transmission des documents après clôture des opérations électorales.

Article 110

Le présent article modifie l'article L4146-7 du Code.

Le présent article adapte une référence, cette disposition étant régie par le décret communal du 23 avril 2018.

Article 111

Le présent article modifie l'article L4146-8 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 2, toutes les dispositions pénales étant intégrées dans le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 112

Le présent article abroge la section 2, sous-section 2, du livre I^{er}, titre IV, chapitre VI, du Code, comprenant les articles L4146-18 à L4146-22, au motif que lesdites dispositions relèvent des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 113

Le présent article modifie l'article L4146-23 du Code.

Le présent article insère un nouvel alinéa visant à mentionner l'objet de la durée de conservation des bulletins de vote et des registres de scrutin, aux fins de satisfaire aux exigences du RGPD et de réglementer la transmission des documents électoraux nécessaires à la recherche scientifique et historique.

Article 114

Le présent article modifie l'article L4146-25 du Code.

Le présent article abroge l'alinéa 6, toutes les dispositions pénales étant intégrées dans le nouveau titre VI inséré par le présent projet de décret.

Article 115

Le présent article modifie l'article L4146-29 du Code.

Le présent article abroge le paragraphe 1^{er}, alinéa 2, au motif que celui-ci relève des élections provinciales, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 116

Le présent article abroge le titre V du livre I^{er} du Code, lequel comprend les articles L4151-1 à L4151-4, au motif que celui-ci est relatif à des dispositions concernant Comines-Warneton, lesquelles sortent du domaine de compétences de la Communauté germanophone.

Article 117

Le présent article insère un nouveau titre VI dans le livre I^{er} du Code, comprenant les articles L4161-1 à L4168-25. Ledit nouveau titre comprend toutes les dispositions pénales.

Le présent article reprend toutes les dispositions pénales de la version actuelle du Code en les intégrant sous ce titre, aux fins de garantir une meilleure compréhension et une meilleure lisibilité. Le contenu du texte demeure inchangé, à l'exception de certaines adaptations de références et de corrections législatives visant à garantir la cohérence, ainsi que de quelques modifications telles que décrites ci-dessous.

Le tableau de concordance suivant indique les articles de la version actuelle ayant été abrogés par le présent projet de décret et insérés sous le nouveau titre :

Articles actuels	Articles insérés par le présent projet de décret
L4122-31	L4162-1
L4122-32	L4162-2
L4122-33	L4162-3

L4122-34	L4162-4
L4122-35	L4162-5
L4125-5, § 6	L4163-1
L4125-16	L4163-2
L4125-17	L4163-3
L4131-6	L4165-1
L4134-5, dernier alinéa	L4166-1
L4211-6, alinéa 4	L4168-24
L4142-4, § 4, dernière phrase	L4167-4
L4142-6, alinéa 3	L4167-1
L4142-46, alinéa 1 ^{er}	L4167-2
L4142-47	L4167-3
L4143-9	L4168-1
L4143-15, dernier alinéa	L4168-2
L4145-22	L4168-3
L4145-23	L4168-4
L4145-24	L4168-5
L4145-25	L4168-6
L4145-26	L4168-7
L4146-27	L4168-8
L4145-28	L4168-9
L4145-29 et L4145-30	L4168-10
L4145-31	L4168-11
L4145-32	L4168-12
L4145-33	L4168-13
L4145-34	L4168-14
L4145-35	L4168-15
L4145-36	L4168-16
L4145-37	L4168-17
L4145-38	L4168-18
L4145-39	L4168-19
L4145-40	L4168-20
L4145-41	L4168-21
L4145-42	L4168-22
L4145-43	L4161-1
L4145-44	L4161-2
L4145-45	L4161-3
L4145-46	L4161-4
L4146-8, § 2	L4168-23
L4146-25, § 6	L4165-2
Article 13, alinéas 5 à 7, de la loi du 7 juillet 1994	L4165-3
/	L4164-1

Le contenu des actuels articles L4145-22 et L4145-23 est intégré et modifié par les articles L4168-3 et L4168-4 insérés dans le présent projet de décret. Les motifs d'absence doivent désormais être communiqués directement au procureur du Roi, et le juge de paix ne doit plus jouer le rôle d'intermédiaire, le procureur étant seul habilité à poursuivre l'électeur.

Le contenu des actuels articles L4145-29 et L4145-30 est intégré dans l'article L4168-10 inséré dans le présent projet de décret. Les deux articles actuels sont fusionnés et l'article L4145-30, alinéa 5, relatif aux débits de boissons et aux commerçants, est abrogé, celui-ci étant obsolète.

Le contenu de l'actuel article L4145-43 est intégré dans l'article L4161-1 inséré dans le présent projet de décret. Le délai de prescription est porté de six mois à cinq ans aux fins de permettre le déroulement simultané des procédures judiciaires et administratives.

L'article L4130-2 du Code dans la version de la Région wallonne et les alinéas 5 à 7 de l'article 13 de la loi du 7 juillet 1994 sont intégrés dans les articles L4164-1 et L4165-3 insérés dans le présent projet de décret aux fins d'assurer la cohérence des modifications de la version de la Région wallonne du Code prévues par le présent projet de décret.

Article 118

Le présent article modifie le livre II du Code.

Le présent article restructure et reformule l'ensemble du livre II aux fins de l'adapter aux modifications apportées au livre I^{er} par le présent projet de décret et au texte de la loi du 7 février 2014 organisant le vote électronique avec preuve papier, et de le rédiger de façon aussi similaire que possible à l'accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif aux élections locales sur le territoire de la région de langue allemande. Le dernier point est essentiel pour les opérateurs électoraux, car l'accord de coopération s'applique en cas d'élections simultanées des bureaux communaux et provinciaux sur le territoire germanophone, tandis que le livre II du Code n'est applicable qu'en cas d'élections uniques des bureaux communaux. Il est par conséquent plus aisé pour les opérateurs électoraux d'appliquer les dispositions rédigées en termes identiques sans différences majeures entre les deux textes réglementaires.

Le livre II régit le système de vote électronique avec preuve papier, c'est-à-dire les modalités de composition desdits systèmes de vote, l'achat et le stockage, l'installation des isolements, la procédure relative au vote, le recensement à partir des votes enregistrés sur support de mémoire informatique et les dispositions du livre I^{er} non applicables ou d'application conditionnelle.

Article 119

Le présent article modifie l'article 18 du décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article, en lien avec l'article 21.1 récemment inséré par le présent projet de décret, introduit deux points supplémentaires devant être régis par le conseil communal dans le règlement d'ordre intérieur.

Article 120

Le présent article modifie l'article 20 du décret communal du 23 avril 2018.

Le paragraphe 2 du présent article précise que les réunions des conseils communaux se tiennent généralement en présentiel. Ladite précision est apportée à l'article 21.1 inséré par le présent projet de décret, lequel prévoit que les réunions peuvent, dans certains contextes et conditions, se tenir par vidéoconférence ou partiellement en présentiel et partiellement par vidéoconférence.

Article 121

Le présent article insère le nouvel article 21.1 dans le décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise que les réunions des conseils communaux peuvent, dans certaines circonstances et conditions, se tenir par vidéoconférence ou partiellement en présentiel et partiellement par vidéoconférence. Il a pour objet d'accorder aux conseils communaux un certain degré d'autonomie en termes de choix du mode de réunion et de tirer les enseignements de la crise liée au coronavirus de sorte qu'elles puissent assurer la continuité des réunions des organes de gestion locaux dans un contexte de crise potentielle ultérieure.

L'idée sous-jacente aux réunions virtuelles des conseils communaux en cas de circonstances exceptionnelles est la même que celle contenue dans l'article 17 du décret de la Région wallonne du 15 juillet 2021 « modifiant certaines dispositions du Code de la démocratie locale et de la décentralisation en vue de permettre les réunions à distance des organes » et dans l'article 31 du décret de la Région flamande du 16 juillet 2021 « tot wijziging van diverse decreten, wat betreft versterking van de lokale democratie ». L'idée sous-jacente aux réunions hybrides des conseils communaux en cas de circonstances exceptionnelles est la même que celle énoncée à l'article 2 de l'ordonnance de la Région de Bruxelles-Capitale du 29 octobre 2020 « modifiant la Nouvelle Loi communale en vue d'assurer en cas de force majeure la tenue de réunions à distance du conseil communal, des commissions et des conseils consultatifs », qui autorise les réunions hybrides pour le conseil communal, et à l'article 31 du décret de la Région flamande du 16 juillet 2021 « tot wijziging van diverse decreten, wat betreft versterking van de lokale democratie ». Contrairement à ce que prévoient les articles L1523-10 du Code et 57.1 et 156.1 du décret communal, tels que modifiés ou insérés par le présent projet de décret, les réunions des intercommunales et des collèges communaux et conseil d'administration ne se verront pas accorder la possibilité de siéger de manière virtuelle ou hybride dans 20 % des séances annuelles aux fins de garantir au maximum le caractère public de telles réunions.

Le Gouvernement doit pouvoir fixer par décret les conditions minimales des réunions virtuelles et hybrides, par exemple en vue de préciser les aspects suivants :

- Les membres participant à la vidéoconférence doivent-ils être à la fois audibles et visibles ?
- Les membres doivent-ils disposer d'un accès numérique et de moyens techniques particuliers pour participer à la vidéoconférence ? Si oui, lesquels ?
- En cas de réunion hybride dans la salle de réunion, de quels moyens techniques le membre participant par vidéoconférence doit-il disposer ?
- Comment garantir l'authenticité du vote et le caractère secret du vote à bulletin secret ?
- Est-il obligatoire de justifier le recours à une réunion virtuelle ou hybride dans la convocation ou le procès-verbal de la réunion ?
- En cas de réunion virtuelle ou hybride, est-il obligatoire d'inclure certains éléments dans la convocation ou le procès-verbal ? (tels que des explications sur le type de réunion ou des suspensions en cas de problèmes techniques).

Les modalités d'application des formes de réunions seront fixées par le règlement intérieur, parallèlement à l'article 18 tel que modifié par le présent projet de décret.

Article 122

Le présent article modifie l'article 24 du décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise, au paragraphe 1^{er}, en lien avec l'article 21.1 nouvellement inséré par le présent projet de décret, que le président est chargé du maintien de l'ordre, même en cas de réunion par vidéoconférence.

Article 123

Le présent article modifie l'article 27 du décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise, en lien avec l'article 21.1 nouvellement inséré par le présent projet de décret, alinéa 1^{er}, que la séance doit être retransmise en simultané sur le site internet de la commune aux fins de garantir le caractère public de la séance.

Article 124

Le présent article modifie l'article 31 du décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise, en lien avec l'article 21.1 nouvellement inséré par le présent projet de décret, alinéa 1^{er}, que le Gouvernement est habilité à fixer les conditions minimales relatives au vote à bulletin secret lors des séances virtuelles ou hybrides.

Article 125

Le présent article modifie l'article 37 du décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise que les réunions des commissions se tiennent en principe en présentiel. L'article 21.1, nouvellement introduit par le présent projet de décret, est en outre rendu applicable aux commissions. Il est par conséquent fait référence à l'exposé des motifs de cet article.

Article 126

Le présent article modifie l'article 57 du décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise que les réunions du collège communal se tiennent en principe en présentiel. Ladite précision est introduite en lien avec le nouvel article 57.1 inséré par le présent projet de décret.

Article 127

Le présent article insère le nouvel article 57.1 dans le décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article précise que les réunions des collèges communaux peuvent, dans certaines circonstances et conditions, se tenir par vidéoconférence ou partiellement en présentiel et partiellement par vidéoconférence. Il a pour objet d'accorder aux collèges communaux un certain degré d'autonomie en termes de choix du mode de réunion et de tirer les enseignements de la crise liée au coronavirus de sorte qu'elles puissent assurer la continuité des réunions des organes de gestion locaux dans un contexte de crise potentielle ultérieure.

L'idée sous-jacente aux réunions virtuelles des collèges communaux en cas de circonstances exceptionnelles et dans 20 % des réunions annuelles est la même que celle prévue à l'article 18 du décret de la Région wallonne du 15 juillet 2021 « modifiant certaines dispositions du Code de la démocratie locale et de la décentralisation en vue de permettre les réunions à distance des organes ». L'idée sous-jacente aux réunions hybrides des collèges communaux en cas de circonstances exceptionnelles et dans 20 % des réunions annuelles est la même que celle prévue à l'article 38 du décret de la Région flamande du 16 juillet 2021 « tot wijziging van diverse decreten, wat betreft versterking van de lokale democratie ».

Le Gouvernement doit pouvoir fixer par décret les conditions minimales des réunions virtuelles et hybrides.

Les modalités d'application des formes de réunion sont fixées par le règlement intérieur.

Article 128

Le présent article insère le nouvel article 156.1 dans le décret communal du 23 avril 2018.

Le présent article établit que les réunions des conseils d'administration des régies communales autonomes peuvent, dans certaines circonstances et conditions, se tenir par vidéoconférence ou partiellement en présentiel et partiellement par vidéoconférence. Il a pour objet d'accorder aux conseils d'administration des régies communales autonomes un certain degré d'autonomie en termes de choix du mode de réunion et de tirer les enseignements de la crise liée au coronavirus de sorte qu'elles puissent assurer la continuité des réunions des organes de gestion locaux dans un contexte de crise potentielle ultérieure.

L'idée sous-jacente aux réunions virtuelles et hybrides des conseils d'administration des régies communales autonomes dans des circonstances exceptionnelles et dans 20 % des réunions annuelles est la même que celle mentionnée à l'article 133 du présent projet de décret.

Le Gouvernement doit pouvoir fixer par décret les conditions minimales des réunions virtuelles et hybrides.

Les modalités d'application des formes de réunion sont fixées par le règlement intérieur.

Article 129

Le présent article fixe la date d'entrée en vigueur du présent projet de décret.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant modification du Code de la démocratie locale et de la décentralisation ainsi que du décret communal du 23 avril 2018

Chapitre 1^{er} - Modification du Code de la démocratie locale et de la décentralisation

Article 1^{er} – À l'article L1523-10 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, modifié par les décrets de la Région wallonne des 9 mars 2007 et 31 janvier 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice du § 3, les réunions des organes de l'intercommunale se tiennent en présentiel. »;

2° l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Dans des circonstances exceptionnelles où une réunion en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres ou, le cas échéant, pour le public, ou pour 20 % au plus des réunions tenues chaque année, le président de l'organe de l'intercommunale peut décider de tenir la réunion comme suit :

- 1° sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;
- 2° sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

Le règlement d'ordre intérieur règle les modalités d'application du présent paragraphe. »

Art. 2 – L'article L1523-14, 8°, du même Code est complété par les tirets rédigés comme suit :

- « - l'organisation de réunions virtuelles et hybrides des organes de l'intercommunale;
- les modalités relatives aux réunions virtuelles et hybrides des organes de l'intercommunale; ».

Art. 3 – À l'article L4112-1 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2006, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° (concerne le texte allemand);
- 2° dans le § 2, les mots « être admise à » sont abrogés;
- 3° dans le § 3, les mots « du titre II du présent Code, » sont abrogés.

Art. 4 – À l'article L4112-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, les mots « , appelé aussi registre électoral, » sont abrogés et les mots « inscrits au registre de population de la commune » sont remplacés par les mots « inscrits au registre de population ou, le cas échéant, au registre des étrangers de la commune, à l'exclusion des personnes inscrites au registre d'attente de la commune »;

2° dans le § 4, les mots « registre électoral spécifique appelé registre de scrutin » sont remplacés par les mots « registre de scrutin spécifique ».

Art. 5 – À l'article L4112-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'intitulé, les mots « et logos » sont abrogés;
- 2° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et éventuellement un logo » sont abrogés, et les mots « qu'ils désignent » sont remplacés par les mots « qu'il désigne »;
- 3° dans l'alinéa 2, la phrase « Il peut comporter un logogramme. » est abrogée et l'alinéa est complété par les phrases « Il est composé de vingt-cinq caractères au maximum. Il peut comporter des lettres, des chiffres ou des signes. »;
- 4° l'alinéa 3 est abrogé;
- 5° l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 6 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 7 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 8 – À l'article L4112-10 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « distributions de tracts, » sont insérés entre les mots « rencontres, rassemblements, discours, » et les mots « défilés ainsi que l'utilisation des médias »;
- 2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La campagne électorale prend fin le jour précédant les élections à 22 heures. Les candidats, les listes et les partis politiques peuvent cependant diffuser ou faire diffuser des messages par l'intermédiaire de tout moyen de communication électronique jusqu'au jour des élections inclus. »

Art. 9 – À l'article L4112-14 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 2, le 4° est complété par les mots « ou son délégué »;
- 2° dans le § 2, 9°, les mots « ou la personne qu'il désigne » sont abrogés;
- 3° dans le § 2, 11°, les mots « article L4211-6, § 1^{er} » sont remplacés par les mots « article L4141-2 »;
- 4° (concerne le texte allemand.)

Art. 10 – À l'article L4112-16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « organisée par le présent Code » sont abrogés;
- 2° dans l'alinéa 4, les mots « , sans avoir obligatoirement la qualité de candidat, » sont insérés entre les mots « personne qui » et les mots « effectue le dépôt ».

Art. 11 – L'article L4112-17 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4112-17 - Documents électoraux*

Un document électoral est tout document officiel utilisé dans le cadre des opérations électorales par les électeurs, les candidats et les opérateurs électoraux.

La convocation est le document que reçoivent, dans les jours qui précèdent l'élection, les électeurs d'une commune et qui mentionne notamment le jour de l'élection et le local de vote où l'électeur doit émettre son suffrage, ainsi que les heures d'ouverture et de fermeture des bureaux de vote.

La procuration est le document par lequel, dans les limites prévues par le présent livre, l'électeur qui le souhaite, le mandant, peut autoriser un autre électeur, le porteur de procuration, à voter en son nom et pour son compte. »

Art. 12 – L'article L4112-21 du même Code est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Le résultat définitif est le résultat de l'élection, lorsque celle-ci a été validée conformément au titre IV, chapitre VI, du présent livre. »

Art. 13 – Dans l'article L4112-23, 3°, du même Code, les mots « au bureau de vote ou de dépouillement ou » sont abrogés.

Art. 14 – Dans l'article L4112-26, 1°, du même Code, les mots « registre électoral » sont remplacés par les mots « document électoral ».

Art. 15 – À l'article L4121-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° (concerne le texte allemand);
- 2° dans le § 1^{er}, 3°, les mots « 31 juillet » sont remplacés chaque fois par les mots « 1^{er} août »;
- 3° le § 2 est abrogé;
- 4° le § 3 est abrogé;
- 5° le § 4 est abrogé.

Art. 16 – À l'article L4121-3 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2012 et le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1^{er}, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° les personnes protégées qui ont été expressément déclarées incapables d'exercer leurs droits politiques en vertu de l'article 492/1 de l'ancien Code civil et en application des dispositions de la loi du 5 mai 2014 relative à l'internement. »;

2° l'article est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - La finalité du traitement de données visé au § 2, alinéa 2, est la suivante : permettre au collège communal d'établir la liste des électeurs et d'en assurer les mises à jour. »

Art. 17 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 18 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, chapitre II, du même Code, la section 1^{re}, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-1 à L4122-3 :

« Section 1^{re} - Établissement du registre des électeurs

Art. L4122-1 - § 1^{er} - Le 1^{er} août de l'année durant laquelle le renouvellement ordinaire des conseils communaux a lieu, le collège communal dresse le registre des électeurs à jour à cette même date. Pour cette opération, le collège communal peut charger le Service public fédéral Intérieur de lui fournir gratuitement les données des personnes visées au § 2. Les données fournies par le Service public fédéral Intérieur sont détruites dès que l'élection est validée ou annulée.

§ 2 - Ce registre comprend :

1° l'ensemble des personnes qui satisfont aux conditions d'électorat mentionnées à l'article L4121-1;

2° les personnes qui, entre le 1^{er} août et la date des élections incluse, atteindront l'âge de dix-huit ans;

3° les personnes dont la suspension des droits électoraux prendra fin entre le 1^{er} août et la date des élections incluse.

§ 3 - Le registre des électeurs mentionne le nom, les prénoms, la date de naissance, le sexe, la résidence principale et le numéro d'identification au registre national des personnes physiques.

Pour les électeurs admissibles en vertu de l'article 1*bis* ou 1*ter* de la loi électorale communale, le registre des électeurs mentionne leur nationalité. En outre, les cases relatives à ces électeurs sont de couleur bleue.

§ 4 - Les finalités du registre des électeurs sont les suivantes :

1° établir la liste de l'ensemble des personnes possédant la qualité d'électeur et les identifier sans équivoque, afin de les convoquer au scrutin;

2° pouvoir établir les relevés mentionnés à l'article L4122-6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et, partant, permettre la désignation des présidents, des assesseurs et des assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement ainsi que la désignation du président du bureau communal dans le cas mentionné à l'article L4125-3, § 2, alinéa 1^{er}, 4°;

3° permettre la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs aux partis, listes et candidats en vue de la réalisation d'actions de propagande électorale;

4° établir les registres de scrutin et permettre aux membres des bureaux de vote de vérifier, d'une part, que seuls les électeurs émettent leur suffrage, et d'autre part, que ceux-ci ne votent qu'une seule fois;

5° contrôler les candidatures multiples conformément à l'article L4142-17;

6° vérifier si les listes de candidats satisfont au prescrit de l'article L4142-7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°;

7° vérifier que parmi les électeurs non belges qui se présentent aux élections communales, seuls ceux qui possèdent la nationalité d'un État membre de l'Union européenne se portent candidats;

8° pouvoir être utilisé dans le cadre d'une instruction administrative lorsqu'un recours est introduit contre l'élection;

9° pouvoir être utilisé en cas d'information ou d'instruction judiciaire.

Art. L4122-2 - § 1^{er} - Le registre des électeurs est établi par commune et, le cas échéant, par section de commune, selon une numérotation continue. Le collège communal convoque au même centre de vote les personnes inscrites à la même adresse au registre de population.

Dans les communes dans lesquelles il est organisé des élections de secteur, ledit registre est constitué par la commune sur la base d'une répartition en fonction des secteurs.

§ 2 - Dès que le registre des électeurs est établi, le collège communal publie un avis correspondant aux endroits habituels d'affichage et sur le site internet de la commune. L'avis mentionne les heures d'ouverture de l'administration communale et reproduit les procédures de réclamation et de recours prévues aux articles L4122-10 à L4122-12.

Dès que l'avis est publié, toute personne peut vérifier si elle-même ou toute autre personne figure sur le registre ou y est mentionnée de manière correcte. Toute personne qui s'estime indûment inscrite, omise ou rayée du registre des électeurs, ou pour laquelle ce registre indique inexactement les mentions prescrites, peut introduire une réclamation auprès du collège communal conformément aux modalités fixées aux articles L4122-10 et suivants, et ce, jusqu'au douzième jour précédant celui de l'élection.

Art. L4122-3 - § 1^{er} - Le collège communal peut confier à un prestataire le soin de confectionner les registres des électeurs et les registres de scrutin.

L'impression et la diffusion des registres des électeurs et des registres de scrutin se font sous la supervision du collège communal. Celui-ci reste entièrement responsable de l'exactitude et de la correcte distribution de ces registres. »

Art. 19 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, chapitre II, du même Code, la section 2, modifiée par le décret du 26 février 2018, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-4 et L4122-5 :

« Section 2 - Contrôle et mise à jour du registre des électeurs

Sous-section 1^{re} - Contrôle du registre des électeurs

Art. L4122-4 - § 1^{er} - Dès que le registre des électeurs est établi, la commune transmet un exemplaire de son registre au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui.

§ 2 - Dès réception de l'ensemble des registres des électeurs, le Gouvernement ou la personne mandatée par lui contrôle les registres des électeurs, aux fins de vérifier si des personnes, pour quelque raison que ce soit, sont reprises sur plusieurs d'entre eux.

Si un électeur est mentionné dans plusieurs registres, le Gouvernement ou la personne mandatée par lui en informe les communes concernées. Celles-ci se concertent et effectuent sans délai les modifications nécessaires.

Si le collège communal radie un électeur du registre des électeurs, il le notifie à l'électeur concerné en l'informant des possibilités de recours prévues aux articles L4122-10 et suivants.

Les communes concernées transmettent au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui la version corrigée de leur registre.

§ 3 - Après que le Gouvernement ou la personne mandatée par lui a reçu l'ensemble des registres des électeurs, il ou elle procède à la validation de chacun d'entre eux au moyen d'une signature électronique.

Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui transmet sans délai à la commune concernée un exemplaire validé du registre.

§ 4 - La finalité des opérations mentionnées aux paragraphes 1^{er} à 3 est la suivante : contrôler et valider les registres des électeurs.

Les opérations de contrôle du registre des électeurs sont destinées à vérifier l'exactitude des inscriptions au registre des électeurs et à s'assurer qu'un même électeur n'est pas en mesure de voter plus d'une fois.

Les opérations de validation du registre des électeurs sont destinées à attester l'exactitude des inscriptions au registre des électeurs avant la réalisation des opérations de répartition des électeurs en sections de vote mentionnées à l'article L4123-1.

Sous-section 2 - Mise à jour du registre des électeurs

Art. L4122-5 - Sont rayés du registre des électeurs :

1° les électeurs qui, entre la date à laquelle le registre des électeurs est arrêté et le jour de l'élection, cessent d'être inscrits au registre de population;

2° les électeurs qui, dans la même période, ont perdu la nationalité belge tout en restant inscrits aux registres de population d'une commune de la région de langue allemande;

3° les électeurs qui, dans la même période, font l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant dans leur chef soit l'exclusion des droits électoraux, soit la suspension de ces mêmes droits;

4° les personnes qui, dans la même période, à la suite d'un arrêt de la Cour d'appel ou d'une décision du collège communal, ne doivent plus être reprises comme électeurs.

Les personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, peuvent se faire à nouveau inscrire dans le registre des électeurs en introduisant une réclamation contre le registre conformément aux articles L4122-10 et suivants ou en présentant au collège communal un document probant permettant une nouvelle inscription immédiate au registre.

§ 2 - Sont ajoutées au registre des électeurs :

1° les personnes qui, à la suite d'un arrêt de la Cour d'appel ou d'une décision du collège communal, sont reprises comme électeur communal, provincial ou de secteur, et ce, jusqu'au jour précédant l'élection;

2° les personnes qui, au plus tard le jour de l'élection, acquièrent la nationalité belge et satisfont aux conditions d'électorat conformément à l'article L4121-1, § 1^{er}, 2°, 3° et 4°. »

Art. 20 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, chapitre II, du même Code, la section 3, modifiée par les décrets des 21 novembre 2016 et 26 février 2018, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-6 à L4122-9 :

« Section 3 - Utilisation du registre des électeurs

Art. L4122-6 - § 1^{er} - Le collège communal, à partir du registre des électeurs, dresse deux relevés :

1° le premier relevé reprend les électeurs susceptibles d'être investis de la fonction de président de bureau de vote ou de dépouillement;

2° le second relevé reprend les électeurs susceptibles d'être désignés comme assesseur ou assesseur suppléant d'un bureau de vote ou de dépouillement.

Le relevé mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°, comporte douze noms par bureau.

Les autorités publiques qui occupent des agents porteurs d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I ou II+ dans l'administration de la Communauté germanophone communiquent aux administrations communales dans lesquelles ces agents ont leur résidence principale le nom, les prénoms, la résidence principale, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques et le niveau de diplôme de leurs agents. La finalité de cette communication est la suivante : permettre au collège communal d'établir le relevé mentionné à l'alinéa 1^{er}, 1°, en vue des désignations à effectuer conformément à l'article L4125-5, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° et 2°, et § 2, alinéa 1^{er}, 1° et 2°, et, en ce qui concerne les agents de niveau I uniquement, en vue des désignations à effectuer conformément à l'article L4125-3, § 2, alinéa 1^{er}, 4°.

Les autorités publiques qui occupent des agents porteurs d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II, III ou IV dans l'administration de la Communauté germanophone communiquent aux administrations communales dans lesquelles ces agents ont leur résidence principale le nom, les prénoms, la résidence principale, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques et le niveau de diplôme de leurs agents. La finalité de cette communication est la suivante : permettre au collège communal d'établir le relevé mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°, en vue des désignations à effectuer conformément à l'article L4125-5, § 2, alinéa 1^{er}, 3° et 4°.

Les autorités publiques mentionnées aux alinéas 3 et 4 sont la Communauté germanophone, l'État fédéral, la Région wallonne, la Province de Liège, les communes, les centres publics d'action sociale, les intercommunales ainsi que les organismes d'intérêt public qui relèvent, le cas échéant, de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public.

§ 2 - Ces relevés sont transmis au président du bureau communal le 10 septembre. Celui-ci les transmet ensuite au président du bureau de canton, conformément à l'article L4125-5, § 4.

Art. L4122-7 - § 1^{er} - À partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4 et jusqu'à sept jours après cette date, tout parti politique ayant un numéro d'ordre régional ou provincial peut introduire une demande auprès du Gouvernement ou de la personne mandatée par lui afin de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Au moment de l'introduction de sa demande, le parti politique s'engage :

- 1° à se présenter aux élections communales ou provinciales;
- 2° à obtenir un numéro d'ordre à l'issue du tirage au sort régional ou provincial;
- 3° à respecter les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution;
- 4° à respecter le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);
- 5° à respecter la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

La finalité de la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs est la suivante : permettre aux candidats de mener des actions de propagande électorale.

§ 2 - Le Gouvernement fixe le modèle de la demande.

§ 3 - La délivrance du registre s'effectue au moyen d'un support dont le format est fixé par le Gouvernement.

Elle intervient à partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4 et jusqu'à sept jours après cette date.

§ 4 - Le parti politique diffuse les exemplaires reçus aux listes qui lui sont affiliées. Si la liste affiliée ne présente pas de candidats, les candidats ne peuvent plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Un exemplaire délivré à une liste affiliée bénéficie à l'ensemble des candidats de la liste. Si l'un d'eux est ultérieurement radié de la liste de candidats, il ne peut plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Les candidats ne peuvent pas transmettre les exemplaires reçus à des tiers.

Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, et ce, uniquement pendant la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 5 - Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne font pas mention des numéros d'identification au registre national des personnes physiques.

Art. L4122-8 - § 1^{er} - À partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4, le déposant d'une liste de candidats qui ne possède pas de numéro d'ordre régional ou provincial peut introduire une demande, pour le compte de la liste de candidats, auprès du collège communal afin de disposer d'un exemplaire du registre des électeurs.

Au moment de l'introduction de sa demande, le déposant s'engage à ce que les candidats :

1° se présentent aux élections communales ou provinciales;

2° respectent les principes démocratiques énoncés par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national socialiste pendant la Seconde guerre mondiale ou toute autre forme de génocide, ainsi que les droits et libertés garantis par la Constitution;

3° respectent le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

4° respectent la loi du 30 juillet 2018 relative à la protection des personnes physiques à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

La finalité de la délivrance d'exemplaires du registre des électeurs est la suivante : permettre aux candidats de mener des actions de propagande électorale.

§ 2 - Le Gouvernement fixe le modèle de la demande.

§ 3 - La délivrance du registre s'effectue au moyen d'un support dont le format est fixé par le Gouvernement.

§ 4 - Le collège communal délivre au déposant l'exemplaire du registre des électeurs.

Le collège communal vérifie, au moment de la délivrance, que le déposant possède effectivement cette qualité.

§ 5 - L'exemplaire délivré au déposant par le collège communal bénéficie à l'ensemble des candidats de la liste.

Si la liste ne présente pas de candidats aux élections communales ou provinciales, les candidats ne peuvent plus faire usage du registre des électeurs, fût-ce à des fins électorales, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

Les candidats ne peuvent pas transmettre les exemplaires reçus à des tiers.

Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne peuvent être utilisés qu'à des fins électorales, et ce, uniquement pendant la période se situant entre la date de délivrance du registre et la date de l'élection, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 6 - Le collège communal ne peut délivrer d'exemplaires du registre des électeurs qu'aux personnes qui en ont fait la demande, sous peine des sanctions pénales prévues à l'article L4162-4.

§ 7 - Les exemplaires du registre délivrés en application du présent article ne font pas mention des numéros d'identification au registre national des personnes physiques.

Art. L4122-9 - À partir de la validation du registre des électeurs par le Gouvernement ou la personne mandatée par lui conformément à l'article L4122-4, l'administration communale peut délivrer à l'électeur signataire, au candidat présenté ou au déposant un extrait dudit registre démontrant qu'il est électeur dans la commune. L'administration communale peut, sur demande, fournir le certificat mentionné à l'article L4142-4, § 6, alinéa 1^{er}, 10^o. »

Art. 21 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, chapitre II, du même Code, la section 4, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, est remplacée par la section suivante, comportant les articles L4122-10 à L4122-31 :

« Section 4 - Recours contre le registre des électeurs

Art. L4122-10 - À partir de la date à laquelle le registre des électeurs est arrêté, toute personne qui s'estime indûment inscrite, omise ou rayée du registre des électeurs, ou pour laquelle ce registre indique inexactement les mentions prescrites à l'article L4122-1, § 3, peut introduire une réclamation auprès du collège communal jusqu'au douzième jour précédant celui de l'élection.

Art. L4122-11 - À partir de la date à laquelle le registre des électeurs est arrêté, toute personne qui satisfait aux conditions d'électorat peut, dans la circonscription électorale dans laquelle est située la commune où elle est inscrite au registre des électeurs, introduire auprès du collège communal une réclamation contre les inscriptions, radiations ou omissions de noms dudit registre ou contre toute indication inexacte dans les mentions prescrites à l'article L4122-1, § 3, et ce, jusqu'au douzième jour précédant celui de l'élection.

Art. L4122-12 - La réclamation mentionnée à l'article L4122-10 ou 11 est introduite par requête. Celle-ci ainsi que toutes les pièces justificatives dont le requérant entend faire usage sont déposées contre récépissé à l'administration communale ou sont adressées au collège communal sous pli recommandé.

Le membre du personnel communal qui reçoit la réclamation l'inscrit à la date de son dépôt dans un registre spécial et en donne récépissé. Le membre du personnel constitue un dossier pour chaque

réclamation, cote et paraphe les pièces produites et les inscrit avec leur numéro d'ordre dans l'inventaire joint à chaque dossier.

Art. L4122-13 - Si l'intéressé déclare être dans l'impossibilité d'écrire, la réclamation peut être faite verbalement. Elle est reçue par le directeur général ou son délégué.

Le membre du personnel communal qui la reçoit en dresse sur-le-champ un procès-verbal dans lequel il constate que l'intéressé lui a déclaré être dans l'impossibilité d'écrire.

Le procès-verbal reprend les moyens invoqués par l'intéressé. Le membre du personnel communal date et signe ce procès-verbal, et en remet une copie à l'intéressé après lui en avoir donné lecture.

Le membre du personnel communal procède ensuite aux formalités prévues à l'article L4122-12, alinéa 2.

Art. L4122-14 - L'administration communale joint au dossier :

1° une copie ou, selon le cas, un extrait de tous les documents officiels en sa possession que le requérant invoque pour justifier une modification du registre des électeurs;

2° tout document officiel en sa possession de nature à étayer les moyens invoqués par l'intéressé et repris dans le procès-verbal prévu à l'article L4122-13.

Art. L4122-15 - Le rôle des réclamations indique le lieu, le jour et l'heure de la séance lors de laquelle l'affaire sera traitée.

Ce rôle est affiché vingt-quatre heures au moins avant la séance à l'administration communale, où chacun peut en prendre connaissance et le copier.

L'administration communale notifie sans délai et par tous moyens au requérant ainsi que, le cas échéant, à chaque partie intéressée la date à laquelle la réclamation sera examinée.

Cette notification mentionne expressément et en toutes lettres, ainsi qu'il est prévu à l'article L4122-18, § 1^{er}, alinéas 2 et 4, que l'appel contre la décision à intervenir peut seulement être interjeté en séance.

Art. L4122-16 - Pendant le délai prévu à l'article L4122-15, le dossier des réclamations et le rapport mentionné à l'article L4122-17, alinéa 2, sont mis à la disposition des parties, de leurs avocats ou de leurs mandataires.

Art. L4122-17 - Le collège communal statue sur toute réclamation dans un délai de quatre jours à compter du dépôt de la requête ou du procès-verbal mentionné aux articles L4122-12 et L4122-13, et en tout cas, avant le septième jour qui précède celui de l'élection.

Il statue en séance publique, sur le rapport d'un membre du collège, et après avoir entendu les parties, leurs avocats ou leurs mandataires, s'ils se présentent.

Art. L4122-18 - § 1^{er} - Une décision motivée, mentionnant le nom du rapporteur et ceux des membres présents, est rendue séparément sur chaque affaire. Ladite décision est inscrite dans un registre spécial.

Le président du collège invite les parties, leurs avocats ou leurs mandataires à signer, s'ils le désirent, sur le registre visé à l'alinéa précédent, une déclaration d'appel.

Les parties défaillantes sont censées acquiescer à la décision rendue par le collège.

À défaut d'une déclaration d'appel, signée par les parties présentes ou représentées, la décision du collège est définitive. Mention du caractère définitif de la décision est faite dans le registre spécial visé à l'alinéa 1^{er} et exécution est donnée immédiatement à la décision modifiant le registre des électeurs.

La décision du collège est déposée à l'administration communale, où quiconque peut en prendre connaissance sans frais.

L'appel de la décision du collège est suspensif de tout changement dans le registre des électeurs.

§ 2 - La finalité du registre spécial des réclamations mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est la suivante : pouvoir être utilisé dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

Les données à caractère personnel consignées au registre spécial des réclamations comprennent le nom, les prénoms, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques, l'âge, la résidence principale et la nationalité des réclamants. Ces données sont conservées jusqu'à l'expiration du délai de prescription fixé à l'article L4161-1.

Art. L4122-19 - Le bourgmestre transmet sans délai à la cour d'appel, par tous moyens, une expédition des décisions du collège frappées d'appel ainsi que tous les documents intéressant les litiges.

Les parties sont invitées à comparaître devant la cour dans les cinq jours de la réception du dossier et en tout cas avant le jour qui précède celui de l'élection. Elles peuvent faire parvenir leurs conclusions écrites à la chambre désignée pour examiner l'affaire.

Art. L4122-20 - Si la cour ordonne une enquête, elle peut déléguer à cette fin un juge de paix.

Art. L4122-21 - Si l'enquête a lieu devant la cour, le greffier informe les parties, au moins vingt-quatre heures à l'avance, du jour fixé et des faits à prouver.

Art. L4122-22 - Les témoins peuvent comparaître volontairement sans perdre droit à la taxe. Ils comparaissent sur simple citation. Ils prêtent serment comme en matière correctionnelle.

En cas de défaut de comparaître ou de faux témoignage, ils sont poursuivis et punis comme en matière correctionnelle.

Toutefois, les peines comminées contre les témoins défaillants sont appliquées sans réquisition du ministère public par la cour ou par le magistrat qui procède à l'enquête.

Art. L4122-23 - Dans les enquêtes électorales, aucun témoin ne peut être interpellé en application de l'article 937 du Code judiciaire.

Toutefois, le parent ou allié de l'une des parties, jusqu'au troisième degré inclusivement, ne peut être entendu comme témoin.

Art. L4122-24 - Les débats devant la cour sont publics.

Art. L4122-25 - À l'audience publique, le président de la chambre donne la parole aux parties, qui peuvent se faire représenter et assister par un avocat.

La cour, après avoir entendu le procureur général en son avis, statue séance tenante par un arrêt qui est rendu public selon les modalités fixées par la loi. Cet arrêt est déposé au greffe de la cour où les parties peuvent en prendre connaissance sans frais.

Le dispositif de l'arrêt est notifié sans délai et par tous moyens, par les soins du ministère public, au collège communal qui a rendu la décision dont appel et aux autres parties.

Exécution immédiate est donnée à l'arrêt au cas où celui-ci emporte modification du registre des électeurs.

Art. L4122-26 - La cour statue sur le recours tant en l'absence qu'en la présence des parties. Tous les arrêts rendus par la cour sont réputés contradictoires; ils ne sont susceptibles d'aucun recours.

Art. L4122-27 - La requête introduite par plusieurs requérants contient une seule élection de domicile. À défaut, les requérants sont présumés avoir élu domicile chez le premier requérant.

Art. L4122-28 - La taxe des témoins est réglée comme en matière répressive.

Art. L4122-29 - Les parties font l'avance des frais.

Entrent en taxe non seulement les frais de procédure proprement dits, mais encore les frais des pièces que les parties ont dû produire dans l'instance électorale à l'appui de leurs prétentions.

Art. L4122-30 - Les frais sont à charge de la partie qui succombe. Si les parties succombent respectivement sur quelques chefs, les dépens peuvent être compensés.

Toutefois, si les prétentions des parties ne sont manifestement pas infondées, la cour peut mettre les dépens en tout ou en partie à charge de l'État.

Art. L4122-31 - Les greffiers des cours d'appel transmettent aux administrations communales copie des arrêts. »

Art. 22 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, chapitre II, du même Code, la section 5, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, comportant les articles L4122-32 à L4122-35, est abrogée.

Art. 23 – À l'article L4123-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « sont repartis en sections de vote » sont remplacés par les mots « sont répartis, le cas échéant, en secteurs puis en sections de vote »;

2° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans le § 1^{er}, l'alinéa 3, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé;

4° le § 4 est abrogé.

Art. 24 - À l'article L4123-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « registre des électeurs par section de vote, appelé registre de scrutin » sont remplacés par les mots « registre de scrutin par section de vote », et la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit :

« La finalité du registre de scrutin est la suivante : permettre aux membres des bureaux de vote de vérifier, d'une part, que seuls les électeurs émettent leur suffrage, et d'autre part, que ceux-ci ne votent qu'une seule fois. »;

2° le § 1^{er} est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le registre de scrutin mentionne le nom, les prénoms, la date de naissance, la résidence principale, le numéro d'identification au registre national des personnes physiques ainsi que le numéro sous lequel est inscrit l'électeur au registre des électeurs.

Pour les électeurs admissibles en vertu de l'article 1bis ou 1ter de la loi électorale communale, le registre de scrutin mentionne leur nationalité. En outre, les cases relatives à ces électeurs sont de couleur bleue. »;

3° dans le § 2, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « deux exemplaires » sont remplacés par les mots « un exemplaire », et le § 2 est complété par la phrase suivante :

« Ce dernier ou cette dernière valide chaque registre au moyen d'une signature électronique. »;

4° (concerne le texte allemand);

5° dans le § 3, l'alinéa 2 est abrogé;

6° (concerne le texte allemand).

Art. 25 – Dans la quatrième partie, livre 1^{er}, titre II, du même Code, l'intitulé du chapitre IV est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre IV - Convocation ».

Art. 26 – À l'article L4124-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, les mots « articles L4122-9 et L4122-10 » sont remplacés par les mots « articles L4122-10 et suivants »;

2° dans le § 3, alinéa 1^{er}, la première phrase « Un avis de convocation est publié dans la commune, vingt jours au moins avant le scrutin, selon les formes usitées et à l'heure ordinaire des publications. » est remplacée par la phrase « Un avis de convocation est publié, vingt jours au moins avant le scrutin, aux endroits habituels d'affichage et sur le site internet de la commune. », et les mots « au secrétariat de la commune » sont remplacés par les mots « à l'administration communale »;

3° dans le § 4, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 21 novembre 2016, la phrase « Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui veille à ce que les envois soient effectués dans le délai requis. » est abrogée;

4° dans le § 4, alinéa 2, les mots « au secrétariat communal » sont remplacés par les mots « à l'administration communale »;

5° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « article L4122-4 » sont remplacés par les mots « article L4122-1 »;

6° le § 5 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le vote a lieu à la commune où l'électeur est inscrit au registre des électeurs.

Conformément à l'alinéa 1^{er} et à l'article L4143-20, § 2, alinéa 3, la finalité de la convocation est la suivante : appeler au vote toutes les personnes inscrites au registre des électeurs et permettre aux membres des bureaux de vote d'identifier sans équivoque les électeurs le jour de l'élection. »;

7° dans le § 6, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 26 février 2018, les mots « ; Ils rappellent également les dispositions concernant la consultation par les électeurs du rapport sur les dépenses de propagande électorale engagées par les partis politiques prévue à l'article L4131-2, § 2, alinéa 3, et des déclarantes de dépenses électorales des candidats prévue à l'article L4131-4, § 2, ainsi que les dispositions concernant les frais de déplacement des électeurs, déterminées à l'article L4135-2, § 2, 3° » sont abrogés;

8° dans le § 6, l'alinéa 2 est abrogé;

9° dans le § 6, l'alinéa 3, modifié par le décret du 26 février 2018, est complété par les mots « et les documents qu'il doit avoir en sa possession le jour de l'élection »;

10° dans le § 6, les alinéas 5 et 6 sont abrogés;

11° le § 6 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Au verso de la lettre de convocation sont mentionnées les informations suivantes :

1° les instructions pour les électeurs qui votent en personne;

2° les instructions pour les électeurs qui votent par procuration. »

Art. 27 – Dans l'article L4124-2 du même Code, les mots « , en respectant les modalités prévues à l'article L4122-8, § 1^{er}, 1° et 2° » sont abrogés.

Art. 28 – À l'article L4125-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « d'assesseurs et d'assesseurs suppléants » sont remplacés par les mots « de quatre assesseurs et de quatre assesseurs suppléants »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Les bureaux de circonscription, les bureaux de canton, les bureaux de vote et les bureaux de dépouillement exercent des tâches distinctes.

Les bureaux de circonscription arrêtent les listes de candidats et traitent les contestations s'y rapportant, établissent les bulletins de vote et les font imprimer. Le jour des élections, ils procèdent à la totalisation finale des résultats, à la répartition des sièges et à la désignation des élus pour leur circonscription.

Les bureaux de canton centralisent les résultats du dépouillement au niveau du canton.

Les bureaux de vote assurent la bonne marche du scrutin.

Les bureaux de dépouillement procèdent au dépouillement des bulletins pour les bureaux électoraux qui leur sont attribués et transmettent ces résultats, selon l'élection, soit au bureau communal, soit au bureau de canton. »;

3° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Les candidats et listes de candidats peuvent désigner des témoins pour contrôler les opérations des bureaux électoraux, selon les modalités visées à l'article L4134-1. »;

4° dans le § 5, la deuxième phrase est abrogée;

5° dans le § 6, l'alinéa 2 est abrogé;

6° l'article est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - À la demande du président du bureau de circonscription, le collège communal met à la disposition de celui-ci le personnel et le matériel nécessaires à l'accomplissement de ses tâches. Le même collège fixe l'indemnité que la commune paie au profit des personnes désignées en vue de l'encodage. »

Art. 29 - À l'article L4125-3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone. »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les 5° à 9° sont abrogés;

3° dans le § 2, l'alinéa 4 est abrogé;

4° dans le § 2, alinéa 5, inséré par le décret du 26 février 2018, les mots « 30 juin » sont remplacés par les mots « 31 mars »;

5° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Les autorités occupant les personnes visées à l'alinéa 1^{er}, 1° à 3°, communiquent au président du bureau de district mentionné à l'article L4125-5, § 2, alinéa 2, les noms, les prénoms, les résidences principales et les numéros d'identification au registre national des personnes physiques. La finalité de cette communication est la suivante : permettre au président du bureau de district de désigner les présidents des bureaux communaux en respectant l'ordre fixé à l'alinéa 1^{er}.

Pour désigner les personnes visées à l'alinéa 1^{er}, 4°, le président du bureau de district s'appuie sur le relevé visé à l'article L4122-6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, en ce qu'il mentionne l'identité d'électeurs porteurs d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone. »;

6° dans le § 3, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 26 novembre 2018, les mots « les membres » sont remplacés par les mots « les assesseurs, les assesseurs suppléants et le secrétaire »;

7° dans le § 3, l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Le président du bureau communal communique immédiatement au Gouvernement l'adresse du siège du bureau communal. »;

8° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - La finalité de la communication mentionnée au § 3, alinéa 1^{er}, deuxième phrase, est la suivante : pouvoir contacter les membres des bureaux de vote en vue d'auditions à mener dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

La finalité de la communication mentionnée au § 2, alinéa 4, est, outre la finalité décrite à l'alinéa 1^{er}, la suivante : permettre à la personne mandatée par le Gouvernement d'accomplir sa mission d'accompagnement permanent des présidents des bureaux de vote.

Les données à caractère personnel transmises au Gouvernement dans le cadre des communications mentionnées au § 3, alinéa 1^{er}, deuxième phrase, et au § 2, alinéa 4, sont les noms, prénoms, numéros de téléphone et adresses électroniques. »

Art. 30 – À l'article L4125-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le 15 septembre au plus tard, le président du bureau communal désigne les présidents des bureaux de vote et de dépouillement parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, dans l'ordre déterminé suivant :

1° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone;

2° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II+ dans l'administration de la Communauté germanophone.

Le président du bureau communal communique immédiatement au Gouvernement l'identité et les données de contact des personnes désignées. »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Pour la même date, le président du bureau communal désigne les assesseurs et les assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement parmi les électeurs de la commune les moins âgés, ayant le jour de l'élection au moins dix-huit ans, dans l'ordre déterminé suivant :

1° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau I dans l'administration de la Communauté germanophone;

2° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II+ dans l'administration de la Communauté germanophone;

3° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau II dans l'administration de la Communauté germanophone;

4° tout électeur porteur d'un diplôme donnant accès à une fonction de niveau III ou IV dans l'administration de la Communauté germanophone.

Le président du bureau communal communique immédiatement au Gouvernement l'identité et les données de contact des personnes désignées. »;

3° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Les présidents des bureaux de vote et de dépouillement sont désignés parmi les électeurs figurant sur les relevés prévus à l'article L4122-6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°.

Les assesseurs et assesseurs suppléants des bureaux de vote et de dépouillement sont désignés parmi les électeurs figurant sur les relevés prévus à l'article L4122-6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°. »;

4° dans le § 4, modifié par le décret du 26 février 2018, la dernière phrase est abrogée;

5° dans le § 5, alinéa 2, modifié par le décret du 26 février 2018, la phrase « Il remplace dans le plus bref délai ceux qui, dans les trois jours de la réception de l'avis de leur désignation, l'ont informé d'un motif légitime d'empêchement, selon les modalités prévues à l'article L4125-3, § 2, et au

paragraphe 1^{er} du présent article. » est remplacée par la phrase « Le président du bureau communal remplace dans le plus bref délai ceux qui, dans les cinq jours de la réception de l'avis de leur désignation, l'ont informé d'un motif légitime d'empêchement, selon les modalités prévues aux §§ 1^{er} ou 2. »;

6° le § 6 est abrogé;

7° le § 7 est remplacé par ce qui suit :

« § 7 - Le président du bureau communal complète le tableau reprenant la composition du bureau communal, des bureaux de vote ainsi que des bureaux de dépouillement communal. Il conserve un exemplaire et en transmet un autre au président du bureau de canton.

La finalité de l'action mentionnée à l'alinéa 1^{er} est la suivante : permettre au président du bureau de canton et au président du bureau communal d'exercer la mission de surveillance générale des opérations électorales mentionnée à l'article L4125-2, § 6, alinéa 2, première phrase et à l'article L4125-4.

Les données à caractère personnel mentionnées dans le tableau sont les noms, prénoms, numéros de téléphone et adresses électroniques des présidents des bureaux électoraux. Ces données sont conservées jusqu'à la validation ou l'annulation de l'élection.

Le tableau de la composition des bureaux électoraux est établi conformément au modèle arrêté par le Gouvernement. »;

8° le § 8 est remplacé par ce qui suit :

« § 8 - La finalité de la communication mentionnée au § 2, alinéa 2, est la suivante : pouvoir contacter les membres des bureaux de vote et de dépouillement en vue d'auditions à mener dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

La finalité de la communication mentionnée au § 1^{er}, alinéa 2, est, outre la finalité décrite à l'alinéa 1^{er}, la suivante : permettre à la personne mandatée par le Gouvernement d'accomplir sa mission d'accompagnement permanent des présidents des bureaux de vote.

Les données à caractère personnel transmises au Gouvernement dans le cadre des communications mentionnées au § 1^{er}, alinéa 2, et au § 2, alinéa 2, sont les noms, prénoms, numéros de téléphone et adresses électroniques. »

Art. 31 – À l'article L4125-9 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « registre de sa section » sont remplacés par les mots « registre de scrutin de sa section »;

2° (concerne le texte allemand).

Art. 32 – L'article L4125-10 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4125-10 - § 1^{er} - Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui transmet aux présidents des bureaux de vote les instructions nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches, ainsi que les formulaires et documents nécessaires à l'exécution de leurs missions.

§ 2 - Le président du bureau de canton organise, au plus tard le sixième jour avant l'élection, une formation destinée à tous les présidents des bureaux de vote de son ressort. »

Art. 33 – L'article L4125-11 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. L4125-11 - Le président du bureau de vote désigne librement son secrétaire parmi les électeurs de la commune. »

Art. 34 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 35 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 36 – L'article L4125-14 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4125-14 - § 1^{er}* - Le Gouvernement ou la personne mandatée par lui transmet aux présidents des bureaux de dépouillement les instructions nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches, ainsi que les formulaires et documents nécessaires à l'exécution de leurs missions.

§ 2 - Le président du bureau de canton organise, au plus tard le sixième jour avant l'élection, une formation destinée à tous les présidents des bureaux de dépouillement de son ressort. »

Art. 37 – L'article L4125-15, alinéa 1^{er}, du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Le président du bureau de dépouillement désigne librement son secrétaire parmi les électeurs de la commune. »

Art. 38 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, chapitre V, du même Code, la section 5, comportant les articles L4125-16 et L4125-17, est abrogée.

Art. 39 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre II, du même Code, il est inséré un chapitre VI, comportant les articles L4126-1 à L4126-5, rédigé comme suit :

« Chapitre VI - Incompatibilités des membres des bureaux électoraux

Art. L4126-1 - § 1^{er} - Seuls les électeurs communaux peuvent exercer la fonction de président, d'assesseur, d'assesseur suppléant ou de secrétaire du bureau communal ou d'un bureau de dépouillement communal.

Seuls les électeurs provinciaux peuvent exercer la fonction de président, d'assesseur, d'assesseur suppléant ou de secrétaire du bureau de district, d'un bureau de canton, d'un bureau de vote ou d'un bureau de dépouillement provincial.

Au sens des alinéas 1^{er} et 2, un électeur communal est toute personne admise à voter pour les élections communales. Un électeur provincial est toute personne admise à voter pour les élections provinciales.

§ 2 - Sauf dans le cas exceptionnel prévu à l'article L4125-3, § 2, alinéa 2, le critère à prendre en compte pour la désignation d'un électeur à la fonction de président, d'assesseur, d'assesseur suppléant ou de secrétaire d'un bureau électoral, à l'exception du bureau de district et du bureau de canton, est le lieu où l'électeur est inscrit au registre de population.

Art. L4126-2 - Aucun candidat ne peut être président, assesseur, assesseur suppléant ou secrétaire d'un bureau électoral.

Art. L4126-3 - Aucun témoin ne peut être président, assesseur, assesseur suppléant ou secrétaire d'un bureau électoral.

Art. L4126-4 - Aucun détenteur d'un mandat politique ne peut être président, assesseur, assesseur suppléant ou secrétaire d'un bureau électoral.

Art. L4126-5 - Les directeurs généraux communaux et provinciaux et les directeurs financiers communaux et provinciaux ne peuvent être président, assesseur ou assesseur suppléant d'un bureau de circonscription. Ils peuvent être secrétaire d'un tel bureau. »

Art. 40 - L'article L4131-6 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé.

Art. 41 – À l'article L4132-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Peut mandater un autre électeur pour voter en son nom et pour son compte :

1° l'électeur qui, pour cause de maladie ou de déficience ou pour cause de maladie ou de déficience d'un parent ou allié ou d'un cohabitant, est dans l'incapacité de se rendre au centre de vote. Cette incapacité est attestée par certificat médical. Le certificat médical ne mentionne ni la maladie ni la déficience de l'électeur, d'un parent, d'un allié ou d'un cohabitant. Les médecins qui sont présentés comme candidats à l'élection dans la circonscription ne peuvent délivrer un tel certificat. En cas de candidature multiple du médecin, la règle la plus stricte s'applique;

2° l'électeur qui, pour des raisons professionnelles ou bien liées aux études ou à la formation professionnelle :

a) est retenu à l'étranger de même que les électeurs, membres de sa famille, qui résident avec lui;

b) se trouvant en Belgique au jour du scrutin, est dans l'impossibilité de se présenter au centre de vote.

L'impossibilité mentionnée sous a) et b) est attestée par un certificat délivré par l'employeur dont l'intéressé dépend, ou par l'établissement d'enseignement ou de formation professionnelle que l'intéressé fréquente.

Si l'intéressé est un indépendant, l'impossibilité mentionnée sous a) et b) est attestée par une déclaration sur l'honneur préalable effectuée auprès de l'administration communale, dont le modèle est fixé par le Gouvernement. L'électeur introduit ladite déclaration auprès du bourgmestre ou de la personne mandatée par lui au plus tard le jour qui précède celui de l'élection;

3° l'électeur qui, au jour du scrutin, se trouve dans une situation privative de liberté à la suite d'une mesure judiciaire.

Cet état est attesté par la direction de l'établissement où séjourne l'intéressé;

4° l'électeur qui, pour des raisons autres que celles mentionnées ci-dessus, est absent de son domicile le jour du scrutin en raison d'un séjour temporaire à l'étranger, et se trouve dès lors dans l'impossibilité de se présenter au local de vote.

Le Gouvernement fixe les pièces justificatives que l'électeur peut présenter dans ce cas.

Si l'électeur n'est pas en mesure de se faire délivrer un tel document, l'impossibilité dans laquelle il se trouve de se présenter au local de vote le jour du scrutin peut être attestée par un certificat délivré par le bourgmestre de la commune de son domicile sur présentation d'autres pièces justificatives ou d'une déclaration écrite sur l'honneur. La demande est introduite auprès du bourgmestre de la commune du domicile ou de la personne mandatée par lui au plus tard le jour qui précède celui de l'élection.

Le Gouvernement fixe le modèle de certificat mentionné à l'alinéa 3 à délivrer par le bourgmestre ou la personne mandatée par lui ainsi que le modèle de la déclaration sur l'honneur. »;

2° dans le § 2, alinéa 4, les mots « ou la personne mandatée par lui » sont insérés entre les mots « le bourgmestre de cette commune » et les mots « atteste sur le formulaire »;

3° dans le § 2, alinéa 5, les mots « ou la personne mandatée par le bourgmestre » sont insérés entre les mots « où le mandataire est inscrit » et les mots « atteste le lien de parenté »;

4° dans le § 2, l'alinéa 7 est abrogé;

5° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « au secrétariat communal » sont remplacés par les mots « à l'administration communale », et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« L'usage de ce formulaire est obligatoire, à l'exclusion de tout autre. »;

6° dans le § 4, inséré par le décret du 21 novembre 2016, les mots « l'un des certificats mentionnés » sont remplacés par les mots « l'une des pièces justificatives mentionnées »;

7° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - La commune tient un registre spécial des procurations. Sous réserve des modalités définies aux alinéas 2 à 5, le Gouvernement fixe les modalités relatives à la tenue et à la gestion du registre spécial.

La finalité du registre spécial des procurations est la suivante : répertorier les actes et les identités des électeurs dans le cadre du vote par procuration, en vue de pouvoir établir, postérieurement à

l'élection, en cas de recours introduit contre celle-ci, d'éventuelles irrégularités susceptibles d'avoir influencé la répartition des sièges entre les listes.

Jusqu'à ce que le registre spécial des procurations soit remis au Gouvernement conformément à l'article L4143-28, § 3, alinéa 1^{er}, seul le personnel communal y a accès et en assure la tenue et la gestion.

Le personnel communal inscrit au registre spécial des procurations le nom, les prénoms, la résidence principale et le motif de la demande de tout électeur qui se présente à l'administration communale pour un acte relatif au vote par procuration, sauf lorsque l'objet de la demande consiste uniquement à obtenir le formulaire de procuration.

Les données à caractère personnel figurant dans le registre spécial des procurations sont conservées jusqu'à ce que ledit registre soit détruit au terme du délai de prescription mentionné à l'article L4161-1 et, en tout état de cause, au plus tard cinq ans après la réunion ordinaire des électeurs à l'effet de procéder au renouvellement des conseils communaux, provinciaux et de secteur en application de l'article L4124-1, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, selon les modalités fixées par le Gouvernement. »

Art. 42 – Dans l'article L4133-1, § 2, du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « 10 septembre » sont remplacés par les mots « 1^{er} octobre inclus ».

Art. 43 – À l'article L4133-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les mots « le jour avant celui de l'élection » sont remplacés par les mots « le jour de l'élection », et les mots « auprès du bourgmestre de son domicile » sont remplacés par les mots « auprès du président du bureau de vote »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - L'accompagnant présente au président du bureau de vote sa convocation sur laquelle le président mentionne "a exercé le rôle d'accompagnant". »;

3° (concerne le texte allemand).

Art. 44 – À l'article L4134-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « Les candidats peuvent » sont remplacés par les mots « Le candidat le premier en rang dans l'ordre de présentation ou, le cas échéant, le candidat mandaté par lui peut »;

2° dans le § 3, alinéa 2, les mots « ou logo » sont abrogés;

3° dans le § 4, alinéa 2, les mots « Le candidat indique » sont remplacés par les mots « Le candidat le premier en rang dans l'ordre de présentation indique »;

4° dans le § 4, alinéa 3, les mots « soit la convocation aux élections dans leur commune, soit un extrait du registre des électeurs » sont remplacés par les mots « la convocation aux élections dans leur commune »;

5° le § 6 est abrogé;

6° l'article est complété par un § 8 rédigé comme suit :

« § 8 - Le Gouvernement fixe le modèle concernant les mandats de candidats mentionnés aux §§ 1^{er} et 2. »

Art. 45 – À l'article L4134-2, § 3, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est abrogé;

2° dans l'alinéa 2, les mots « A cette fin, et dans le cas » sont remplacés par les mots « Dans le cas »;

3° l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 46 – Dans l'article L4134-5 du même Code, l'alinéa 5 est abrogé.

Art. 47 – L'article L4135-1 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4135-1* - Les membres des bureaux électoraux ont droit à un jeton de présence par séance du bureau. Ils peuvent également prétendre à des indemnités ainsi qu'à des avantages quelconques et ont droit au remboursement de leurs frais de déplacement. »

Art. 48 – À l'article L4135-2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « les frais relatifs » sont remplacés par les mots « les frais électoraux relatifs »;

2° dans le § 2, 1°, les mots « , dans les conditions fixées par le Gouvernement » sont abrogés;

3° dans le § 2, 2°, les mots « , dans les conditions déterminées par le Gouvernement » sont abrogés;

4° dans le § 2, 3°, les mots « , aux conditions fixées par le Gouvernement » sont abrogés;

5° dans le § 2, 4°, le point à la fin de la première phrase est remplacé par un point-virgule, et la dernière phrase est abrogée;

6° le § 2 est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° les urnes électorales et le matériel pour les bureaux de vote. »;

7° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - La mise à disposition du matériel destiné aux bureaux communaux et aux bureaux de dépouillement communal est à charge des communes. »;

8° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Sans préjudice de l'article L4221-2, tous les autres frais électoraux sont répartis pour moitié à charge des provinces et pour moitié à charge des communes. »

Art. 49 – À l'article L4135-3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « au paragraphe 2 de l'article précédent » sont remplacés par les mots « à l'article L4135-2, § 2, 2° à 5° »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le paiement des jetons de présence mentionnés à l'article L4135-2, § 2, 1°, aux membres des bureaux électoraux est effectué sous la forme d'une avance versée par le Ministère de la Communauté germanophone. Celui-ci procède ensuite aux récupérations appropriées auprès de la province et de chaque commune. »;

3° les §§ 3 à 5 sont abrogés.

Art. 50 – L'article L4135-4 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4135-4* - Les membres des bureaux électoraux ont droit à une indemnité de déplacement lorsqu'ils siègent dans une commune où ils ne sont pas inscrits au registre de population, sur la base d'une déclaration de créance introduite auprès de l'administration provinciale concernée. »

Art. 51 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre III, chapitre V, du même Code, il est inséré l'article L4135-5 suivant :

« *Art. L4135-5* - Les électeurs qui ont droit à un déplacement gratuit sont les suivants :

1° les électeurs qui ne résident plus dans la commune où ils votent;

2° les personnes qui sont salariées ou appointées et qui exercent leur profession à l'étranger ou dans une commune belge autre que celle où elles votent;

3° les personnes membres de la famille des personnes mentionnées au 2° et qui résident avec elles;

4° les étudiants séjournant, en raison de leurs études, dans une commune belge autre que celle où ils votent;

5° les personnes qui se trouvent dans un établissement hospitalier ou dans une maison de santé située dans une commune belge autre que celle où elles votent. »

Art. 52 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre III, chapitre V, du même Code, il est inséré l'article L4135-6 suivant :

« *Art. L4135-6* - Le Gouvernement détermine :

1° le montant du jeton de présence mentionné aux articles L4135-1 et L4135-2, § 2, 1°, que les membres des bureaux électoraux reçoivent par séance du bureau;

2° le montant des indemnités et des avantages quelconques mentionnés à l'article L4135-1 auxquels les membres des bureaux électoraux peuvent prétendre;

3° les conditions auxquelles les membres des bureaux électoraux doivent satisfaire afin de pouvoir bénéficier du jeton de présence conformément aux articles L4135-1 et L4135-2, § 2, 1°;

4° les conditions auxquelles les membres des bureaux électoraux doivent satisfaire afin de pouvoir prétendre aux indemnités de déplacement conformément aux articles L4135-1, L4135-2, § 2, 2°, et L4135-4, ainsi que le montant de ces indemnités, lorsque les membres des bureaux électoraux siègent dans une commune autre que celle où ils sont inscrits au registre de population;

5° les conditions auxquelles doivent satisfaire les électeurs qui ne résident plus, au jour de l'élection, dans la commune où ils sont inscrits en tant qu'électeurs, afin de pouvoir prétendre aux indemnités de déplacement conformément à l'article L4135-2, § 2, 3°, ainsi que le montant de ces indemnités;

6° les conditions aux termes desquelles sont couverts les risques de dommages corporels résultant d'accidents survenus aux membres des bureaux électoraux dans l'exercice de leurs fonctions, conformément à l'article L4135-2, § 2, 4°;

7° les modalités relatives au paiement des jetons de présence aux membres des bureaux électoraux conformément à l'article L4135-2, § 2;

8° le modèle de la déclaration de créance conformément à l'article L4135-4;

9° les modalités relatives au remboursement des dépenses des électeurs qui ont droit à un déplacement gratuit conformément à l'article L4135-5. »

Art. 53 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, du même Code, l'intitulé du chapitre I^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre I^{er} - Opérations électorales numériques et automatisées ».

Art. 54 – À l'article L4141-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le Gouvernement élabore et fournit aux présidents des bureaux électoraux les logiciels électoraux nécessaires à l'exécution de leurs missions.

Ces logiciels électoraux sont soumis à une autorisation préalable selon les modalités fixées par le Gouvernement. »;

2° les §§ 2 et 3 sont abrogés.

Art. 55 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré l'article L4141-2 suivant :

« Art. L4141-2 - § 1^{er} - Lors de l'élection des conseils communaux, le Parlement peut désigner un expert effectif et un expert suppléant.

Ces personnes forment le collège d'experts.

§ 2 - Ces experts contrôlent lors des élections l'utilisation et le bon fonctionnement de l'ensemble de systèmes de vote et de dépouillement automatisés ainsi que les procédures concernant la confection, la distribution et l'utilisation des systèmes de vote, logiciels et supports d'information électroniques. Les experts reçoivent du Ministère de la Communauté germanophone le matériel ainsi que l'ensemble des données, renseignements et informations utiles pour exercer un contrôle sur les systèmes de vote et de dépouillement automatisés.

Ils peuvent notamment vérifier la fiabilité des logiciels des systèmes de vote automatisés, la transcription exacte par l'urne électronique des suffrages exprimés ainsi que leur totalisation et la lecture optique des votes exprimés.

Ils effectuent ce contrôle à partir du quarantième jour précédant l'élection, le jour de l'élection et après celle-ci, jusqu'au dépôt du rapport visé au § 3.

§ 3 - Au plus tard dix jours après la clôture du scrutin et en tout état de cause avant la validation des élections, les experts remettent un rapport au Parlement et au Gouvernement. Ledit rapport peut notamment comprendre les recommandations relatives au matériel et aux logiciels utilisés.

§ 4 - Les experts sont tenus au secret. »

Art. 56 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré l'article L4141-3 suivant :

« Art. L4141-3 - Le Gouvernement détermine les opérations de vote qui se font de manière numérique ou, selon le cas, numérique et automatisée. Il fixe les modalités relatives à ces opérations.

Dans le cadre des opérations mentionnées à l'alinéa 1^{er}, le traitement numérique des données et le traitement automatisé des données sont effectués dans le respect des principes de confidentialité, d'intégrité et de disponibilité des données électorales. »

Art. 57 – À l'article L4142-1 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, le 8° est abrogé;

2° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Sans préjudice du § 1^{er}, les conditions d'éligibilité doivent être remplies au plus tard le jour de l'arrêt provisoire des listes. »

Art. 58 – Dans l'article L4142-2, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « articles L1125-1 à L1125-10 du présent Code » sont remplacés par les mots « articles 12 et 65 à 69 du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 59 - L'article L4142-3, alinéa 5, du même Code, est remplacé par ce qui suit :

« Le président du bureau de circonscription procède à l'encodage des candidatures qui n'ont pas déjà été préencodées. »

Art. 60 – À l'article L4142-4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « à l'article L1121-3, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « à l'article 7 du décret communal du 23 avril 2018 »;

2° dans le § 4, la dernière phrase est abrogée;

3° dans le § 5, alinéa 3, les mots « ou logo » sont chaque fois abrogés;

4° dans le § 6, 2°, les alinéas 2 et 3 sont abrogés;

5° dans le § 6, alinéa 1^{er}, 8°, les mots « à l'article L1125-1, alinéa 1^{er}, 1° à 8° » sont remplacés par les mots « à l'article 65, alinéa 1^{er}, du décret communal du 23 avril 2018 »;

6° dans le § 6, alinéa 1^{er}, le 10° est remplacé par ce qui suit :

« 10° un extrait du registre des électeurs ou un certificat démontrant que les électeurs signataires, les déposants ainsi que les candidats présentés sont électeurs dans leur commune, conformément à l'article L4122-9. »;

7° le § 6 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« L'acte d'acceptation visé à l'alinéa 1^{er}, 2°, mentionne l'intention de former groupe selon les modalités de l'article L4142-34. Il mentionne également, conformément à l'article L4134-1, le nom des témoins et témoins suppléants de la liste. Il indique en outre que les candidats renoncent à invoquer le droit à l'effacement visé à l'article 17 du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Le certificat visé à l'alinéa 1^{er}, 10°, est celui mentionné à l'article 1^{er}, 9°, de l'arrêté ministériel du 21 avril 2017 fixant les modèles de certificats visés à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 5 juin 2004 déterminant le régime des droits de consultation et de rectification des données électroniques inscrites sur la carte d'identité et des informations reprises dans les registres de population ou au Registre national des personnes physiques. »

Art. 61 – Dans l'article L4142-6 du même Code, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 62 – Dans l'article L4142-12, § 3, du même Code, les mots « et les logos » sont abrogés.

Art. 63 – L'article L4142-17 du même Code est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Si le traitement est effectué par un sous-traitant, il est réalisé sous le contrôle et la responsabilité du Gouvernement ou de son délégué. »

Art. 64 – L'article L4142-18 du même Code est abrogé.

Art. 65 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 66 – Dans l'article L4142-24 du même Code, la dernière phrase est abrogée.

Art. 67 – Dans l'article L4142-32, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « ou logo » sont abrogés.

Art. 68 – Dans l'article L4142-37, § 2, du même Code, les mots « , profession et résidence principale » sont abrogés.

Art. 69 – À l'article L4142-38, § 5, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans l'alinéa 3, les mots « L'imprimeur » sont remplacés par les mots « Le prestataire »;
2° dans l'alinéa 5, les mots « au gouverneur de province » sont remplacés par les mots « au Gouvernement ».

Art. 70 – Dans l'article L4142-39 du même Code, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 71 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 72 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre II, du même Code, la section 7, modifiée par les décrets des 21 novembre 2016 et 26 février 2018, comportant les articles L4142-46 et L4142-47, est abrogée.

Art. 73 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 74 – Dans l'article L4143-3, § 3, du même Code, les mots « pour cinq locaux » sont remplacés par les mots « par bureau de vote ».

Art. 75 – À l'article L4143-4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :
« § 1^{er} - Les instructions aux électeurs sont affichées dans la salle d'attente. »;
2° dans le § 2, les mots « est déposé dans la salle d'attente à la disposition des électeurs; un second exemplaire » sont abrogés.

Art. 76 – À l'article L4143-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :
« § 1^{er} - Le bureau de vote doit être constitué à sept heures. »;
2° (concerne le texte allemand);
3° (concerne le texte allemand);
4° dans le § 2, alinéa 3, les mots « bureau de vote » sont remplacés chaque fois par le mot « bureau »;
5° (concerne le texte allemand).

Art. 77 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 78 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre III, section 2, du même Code, l'intitulé de la sous-section 1^{re} est remplacé par ce qui suit : « Accessibilité des centres et locaux de vote ».

Art. 79 – À l'article L4143-8 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° (concerne le texte allemand);
2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « article L4211-6 » sont remplacés par les mots « article L4141-2 ».

Art. 80 – L'article L4143-9 du même Code est abrogé.

Art. 81 – L'article L4143-10, alinéa 1^{er}, du même Code est remplacé par ce qui suit :

« À l'exception du président, des experts qui sont désignés conformément à l'article L4141-2 et des personnes qui sont chargées de fournir une assistance technique, les personnes visées à l'article L4143-8 ne peuvent communiquer de quelque manière que ce soit avec l'extérieur durant la période pendant laquelle elles sont admises à l'intérieur du local de vote. »

Art. 82 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre III, section 2, du même Code, l'intitulé de la sous-section 2 est remplacé par ce qui suit : « Accessibilité des centres et locaux de dépouillement ».

Art. 83 – Dans l'article L4143-12, alinéa 3, du même Code, les mots « de vote » sont insérés entre les mots « président du bureau » et les mots « de la lettre ».

Art. 84 – Dans l'article L4143-15 du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 85 – À l'article L4143-20 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Le Gouvernement détermine la manière dont les registres de scrutin sont complétés, et notamment les caractères à utiliser par les membres du bureau. »;
2° dans le § 4, alinéa 2, les mots « registre électoral » sont remplacés par les mots « registre de scrutin »;
3° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « aux articles L4122-16 et 24 » sont remplacés par les mots « aux articles L4122-17 et L4122-25 »;
4° (concerne le texte allemand);
5° dans le § 6, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :
« Les procurations et les certificats mentionnés à l'article L4132-1, § 1^{er}, sont joints au relevé des procurations. »;
6° le § 7 est remplacé par ce qui suit :
« § 7 - Conformément à l'article L4133-2, § 3, l'accompagnant remet au président du bureau de vote sa convocation sur laquelle le président mentionne "a exercé le rôle d'accompagnant".

L'accompagnant est admis à voter dans le bureau de vote où l'électeur accompagné a également été convoqué, pour autant que les deux personnes disposent du droit de vote dans la même commune. Dans ce cas, le nom de l'accompagnant figure sur le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1^{er}, 2°. »

Art. 86 – À l'article L4143-21, § 3, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, la troisième phrase est complétée par les mots suivants : « ou d'un assesseur désigné par lui »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « ou d'un assesseur désigné par lui » sont insérés entre les mots « du bureau de vote » et les mots « , pour autant », et la deuxième phrase est abrogée.

Art. 87 – Dans l'article L4143-23 du même Code, les mots « de vote » sont insérés entre le mot « bureau » et le mot « procède ».

Art. 88 – Dans l'article L4143-24 du même Code, les mots « de vote » sont insérés entre les mots « le bureau » et les mots « , le président ».

Art. 89 – L'article L4143-25 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4143-25* - § 1^{er} - Le bureau de vote commence par dresser les relevés suivants :

1° le relevé qui, conformément à l'article L4143-20, § 6, alinéa 3, comprend les procurations et les certificats mentionnés à l'article L4132-1, § 1^{er};

2° le relevé des électeurs qui n'étaient pas inscrits sur les registres de scrutin, mais qui ont été admis au vote;

3° le relevé des électeurs qui étaient inscrits sur les registres de scrutin et qui n'ont pas pris part au vote. Sont jointes à ce relevé les pièces justificatives mentionnées à l'article L4143-20, §§ 4 et 5, ainsi que les pièces justificatives transmises par les absents.

§ 2 - Les membres du bureau utilisent la troisième copie du registre de scrutin pour dresser le relevé mentionné au § 1^{er}, 3°.

Le président consigne sur ces relevés les observations présentées par les membres du bureau ou les témoins.

§ 3 - Les membres du bureau signent les relevés.

§ 4 - La finalité du relevé mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, est la suivante : pouvoir être utilisé dans le cadre de l'instruction administrative des recours introduits contre l'élection conformément à l'article L4146-5, alinéa 2.

La finalité des relevés mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2° et 3°, est la suivante : permettre au procureur du Roi de poursuivre les infractions mentionnées aux articles L4168-6 et L4168-16.

Les données à caractère personnel mentionnées dans les relevés visés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 3°, sont les noms, prénoms et résidences principales. »

Art. 90 – L'article L4143-26 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4143-26* - Les membres du bureau et les témoins signent les deux copies des registres de scrutin ayant servi à cocher les noms des électeurs. »

Art. 91 – À l'article L4143-27 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « de vote » sont insérés entre les mots « Le bureau » et le mot « arrête »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les membres du bureau et les témoins signent le procès-verbal. »

Art. 92 – L'article L4143-28 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« *Art. L4143-28 - § 1^{er}* - Le bureau de vote place dans des enveloppes distinctes les documents suivants :

- 1° les bulletins repris;
- 2° les bulletins inutilisés;
- 3° le gabarit;
- 4° le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1^{er}, 1°;
- 5° la première copie du registre de scrutin mentionné à l'article L4143-26;
- 6° la deuxième copie du registre de scrutin mentionné à l'article L4143-26;
- 7° l'original du procès-verbal mentionné à l'article L4143-27;
- 8° le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1^{er}, 2°;
- 9° le relevé mentionné à l'article L4143-25, § 1^{er}, 3°;
- 10° une première copie du procès-verbal;
- 11° une deuxième copie du procès-verbal;
- 12° le relevé des numéros de compte bancaire des membres du bureau requis pour le paiement des jetons de présence;
- 13° le relevé des assesseurs absents.

§ 2 - Les enveloppes portent en lettres apparentes les indications suivantes :

- 1° l'indication du contenu;
- 2° la date de l'élection;
- 3° le nom de la commune;
- 4° le nom du district;
- 5° l'indication : "Bureau de vote n°", suivie du numéro du bureau de vote.

Les enveloppes sont immédiatement scellées et remises au président du bureau de vote, qui les remet à l'administration communale sans préjudice du § 4.

§ 3 - L'administration communale transmet immédiatement au Gouvernement ou à son délégué les enveloppes mentionnées au § 1^{er}, 3° à 7°, ainsi que le registre spécial des procurations mentionné à l'article L4132-1, § 5.

L'administration communale transmet au Gouvernement ou à son délégué l'enveloppe mentionnée au § 1^{er}, 12°.

L'administration communale transmet au procureur du Roi les enveloppes mentionnées au § 1^{er}, 8°, 9° et 13°.

L'administration communale conserve les enveloppes mentionnées au § 1^{er}, 1° et 2°.

§ 4 - Le président du bureau de vote transporte, le cas échéant accompagné des témoins, les urnes jusqu'au bureau de dépouillement. Il remet au président du bureau de dépouillement communal l'urne communale et la première copie du procès-verbal mentionnée au § 1^{er}, 10°. Il remet au président du bureau de dépouillement provincial l'urne provinciale et la deuxième copie du procès-verbal mentionnée au § 1^{er}, 11°.

Le président du bureau de vote peut déléguer cette tâche à un assesseur du bureau.

§ 5 - La finalité du relevé des numéros de compte bancaire des membres du bureau requis pour le paiement des jetons de présence, mentionné au § 1^{er}, 12°, est la suivante : permettre aux membres du bureau de recevoir le paiement du jeton de présence auquel ils ont droit.

Les données à caractère personnel figurant dans ledit relevé sont les noms, les prénoms et les numéros de compte bancaire des membres du bureau.

§ 6 - La finalité du relevé des assesseurs absents mentionné au § 1^{er}, 13°, est la suivante : permettre au procureur du Roi de poursuivre les infractions mentionnées aux articles L4163-1 à L4163-3.

Les données à caractère personnel figurant dans ledit relevé sont les noms, les prénoms, les résidences principales et les motifs d'absence des électeurs désignés en tant qu'assesseurs. »

Art. 93 – Dans l'article L4144-5 du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 94 – Dans l'article L4144-9 du même Code, l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 95 – Dans l'article L4144-11 du même Code, le § 4 est abrogé.

Art. 96 – Dans l'article L4145-2 du même Code, le § 2 est abrogé.

Art. 97 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre V, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit : « Recensement par les bureaux communaux ».

Art. 98 – L'article L4145-5 du même Code est abrogé.

Art. 99 – À l'article L4145-6 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est abrogé;

2° le § 3 est abrogé.

Art. 100 – Dans l'article L4145-7 du même Code, le § 2 est abrogé.

Art. 101 – Dans l'article L4145-8, § 1^{er}, du même Code, les mots « bureau de circonscription » sont remplacés par les mots « bureau communal ».

Art. 102 – L'article L4145-10 du même Code est abrogé.

Art. 103 – À l'article L4145-12 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « bureau de circonscription » sont remplacés par les mots « bureau communal »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le bureau communal calcule le chiffre d'éligibilité en divisant le chiffre électoral de la liste par le nombre de sièges attribués à la liste, majoré d'une unité. Le résultat final, s'il comporte des décimales, est arrondi à l'unité immédiatement supérieure. »

Art. 104 – Dans l'article L4145-15 du même Code, les mots « bureau de circonscription » sont remplacés par les mots « bureau communal », et les mots « , provinciaux et de secteur, » sont abrogés.

Art. 105 – À l'article L4145-16 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

« Art. L4145-16 - § 1^{er} - Aussitôt après la proclamation, le président du bureau communal adresse au Gouvernement le contenu de celle-ci.

§ 2 - Le bureau communal clôture les opérations et place dans des enveloppes distinctes les documents suivants :

- 1° le procès-verbal de recensement;
- 2° les extraits du procès-verbal de recensement;
- 3° le tableau de recensement;
- 4° les actes de présentation et les actes d'acceptation des candidats;
- 5° le procès-verbal relatif au dépôt des candidatures;
- 6° le procès-verbal relatif à l'arrêt des listes;
- 7° les actes de désignation de témoins;
- 8° le relevé des numéros de compte bancaire des membres du bureau requis pour le paiement des jetons de présence;
- 9° le relevé des assesseurs absents.

§ 3 - Les enveloppes portent en lettres apparentes les indications suivantes :

- 1° l'indication du contenu;
- 2° la date de l'élection;
- 3° le nom de la commune;
- 4° le nom du district;
- 5° les mentions "élections communales" et "bureau communal".

Les enveloppes sont immédiatement scellées.

Le président du bureau communal joint à ces enveloppes les trois enveloppes reçues du président du bureau de dépouillement conformément à l'article L4144-11 ou à l'article L4144-12.

Le président du bureau communal remet l'ensemble des enveloppes à l'administration communale.

§ 4 - L'administration communale transmet immédiatement au Gouvernement ou à son délégué les enveloppes mentionnées au § 2, 1° ainsi que 3° à 7°.

L'administration communale transmet au Gouvernement ou à son délégué l'enveloppe mentionnée au § 2, 8°.

L'administration communale transmet au procureur du Roi l'enveloppe mentionnée au § 2, 9°.

Le directeur général transmet aux élus les extraits du procès-verbal de recensement de l'élection mentionnés au § 2, 2°.

§ 5 - Les finalités des informations mentionnées au § 1^{er}, 8°, et du relevé mentionné au § 1^{er}, 9°, et des données à caractère personnel y figurant sont les mêmes que celles mentionnées à l'article L4143-28, §§ 5 et 6. »

Art. 106 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre V, du même Code, la section 3, modifiée par le décret du 21 novembre 2016, comportant les articles L4145-17 à L4145-21, est abrogée.

Art. 107 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre V, du même Code, la section 4, comportant les articles L4145-22 à L4145-46, est abrogée.

Art. 108 - L'article L4146-2 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé.

Art. 109 - L'article L4146-3 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, est abrogé.

Art. 110 – Dans l'article L4146-7 du même Code, les mots « article L1122-3, alinéa 3, du présent Code » sont remplacés par les mots « article 9, alinéa 3, du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 111 – Dans l'article L4146-8 du même Code, le § 2 est abrogé.

Art. 112 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, titre IV, chapitre VI, section 2, du même Code, la sous-section 2, comportant les articles L4146-18 à L4146-22, est abrogée.

Art. 113 – Dans l'article L4146-23 du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2016, un alinéa 2 est rétabli dans la rédaction suivante :

« La finalité de la durée de conservation fixée à l'alinéa 1^{er} est la suivante : permettre la réalisation d'enquêtes judiciaires. »

Art. 114 – Dans l'article L4146-25 du même Code, le § 6 est abrogé.

Art. 115 – Dans l'article L4146-29, § 1^{er}, du même Code, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 116 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, du même Code, le titre V, comportant les articles L4151-1 à L4151-4, est abrogé.

Art. 117 – Dans la quatrième partie, livre I^{er}, du même Code, il est inséré un titre VI, comportant les articles L4161-1 à L4168-25, rédigé comme suit :

« Titre VI - Dispositions pénales

Chapitre I^{er} - Dispositions générales

Art. L4161-1 - La poursuite des crimes et délits prévus par la présente partie du Code et l'action civile seront prescrites après cinq ans révolus à partir du jour où les crimes et délits ont été commis.

Art. L4161-2 - En cas de concours de plusieurs délits, les peines seront cumulées, sans qu'elles puissent néanmoins excéder le double du maximum de la peine la plus forte.

Art. L4161-3 - S'il existe des circonstances atténuantes, les tribunaux sont autorisés à remplacer la peine de la réclusion par un emprisonnement de trois mois au moins et à réduire l'emprisonnement au-dessous de huit jours et l'amende au-dessous de 26 euros.

Ils pourront prononcer séparément l'une ou l'autre de ces peines, sans qu'elles puissent être au-dessous des peines de police.

Art. L4161-4 - Le fonctionnaire ou l'agent qui reçoit une réclamation ne peut antidater le récépissé qu'il remet au réclamant, sous peine d'un emprisonnement d'un mois à deux ans.

Chapitre II - Registre électoral

Art. L4162-1 - Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par "registre électoral" le registre des électeurs et les registres de scrutin.

Art. L4162-2 - § 1^{er} - Sera punie d'un emprisonnement de huit à quinze jours et d'une amende de 26 à 200 euros toute personne chargée, à un titre quelconque, de la préparation ou de la confection des registres électoraux qui, dans le but de faire rayer un électeur,

1° soit aura sciemment fait usage dans ce travail, de pièces ou documents soit falsifiés par altération, suppression ou addition, soit fabriqués;

2° soit aura volontairement reproduit inexactly, sur les registres électoraux par altération, addition ou omission, les données fournies par les pièces ou documents qui peuvent être utilisés pour la confection des registres.

Si ce délit a été commis dans le but de procurer à une personne la qualité d'électeur, l'emprisonnement sera de huit jours à un mois et l'amende de 50 à 500 euros.

§ 2 - La prescription de six mois établie par l'article L4161-1 ne commencera à courir, en ce qui concerne les infractions prévues au présent article, qu'à partir du jour où les registres électoraux et les pièces y relatives auront été envoyés au Gouvernement ou à la personne mandatée par lui conformément à l'article L4143-28, § 3, alinéa 1^{er}.

Art. L4162-3 - Tout membre d'un collège communal, tout conseiller communal qui, dans l'exercice de la juridiction électorale, aura, sur son rapport, fait indûment soit rejeter une demande d'inscription sur les registres, soit ordonner l'inscription ou la radiation d'un électeur, en invoquant ou en utilisant, à cet effet, des pièces ou documents qu'il savait être falsifiés par altération, suppression ou addition, soit fabriqués, soit fictifs, sera puni d'un emprisonnement de trois mois à deux ans.

La poursuite ne pourra avoir lieu que dans le cas où le recours en inscription ou en radiation de l'électeur aura fait l'objet d'une décision devenue définitive et motivée sur des faits impliquant la fraude.

La prescription établie par l'article L4161-1 commencera à courir à partir de la décision mentionnée à l'alinéa 2.

Art. L4162-4 - § 1^{er} - Sera puni d'un emprisonnement de trois mois à cinq ans et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement celui qui en qualité d'auteur, de coauteur ou de complice aura, en violation des dispositions de l'article L4122-7 ou de l'article L4122-8, soit délivré des exemplaires ou copies du registre des électeurs à des personnes non habilitées à les recevoir, soit communiqué ces exemplaires à des tiers après les avoir régulièrement reçus, soit fait usage des données du registre des électeurs à des fins autres qu'électorales.

§ 2 - Les peines encourues par les complices des infractions visées au § 1^{er} n'excéderont pas les deux tiers de celles qui leur seraient appliquées s'ils étaient l'auteur de ces infractions.

Art. L4162-5 - Sera puni d'une amende de 26 à 200 euros quiconque, pour se faire inscrire sur un registre des électeurs, aura sciemment fait de fausses déclarations ou produit des actes qu'il savait être simulés.

Sera puni de la même peine celui qui aura sciemment pratiqué les mêmes manœuvres dans le but de faire inscrire une personne sur ces registres ou de l'en faire rayer.

La poursuite ne pourra avoir lieu que dans le cas où la demande d'inscription ou de radiation aura été rejetée par une décision devenue définitive et motivée sur des faits impliquant la fraude.

Les décisions de cette nature, rendues soit par les collèges communaux, soit par les cours d'appel, ainsi que les pièces et les renseignements y relatifs, sont transmis par le Gouvernement au procureur du Roi qui peut aussi les réclamer d'office.

La poursuite sera prescrite après trois mois révolus à partir de la décision.

Chapitre III - Bureaux électoraux

Art. L4163-1 - Sera punie d'une amende de 50 à 200 euros toute personne qui se sera soustraite à la désignation prévue à l'article L4125-5, §§ 1^{er} et 2, sans motif valable ou qui aura par sa faute, son

imprudence ou sa négligence compromis de quelque manière que ce soit la mission qui lui a été confiée.

Art. L4163-2 - Sera puni(e) d'une amende de 50 à 200 euros :

1° toute personne qui se sera soustraite à la désignation de président ou assesseur de bureau de vote ou de dépouillement sans motif valable;

2° le président, l'assesseur ou l'assesseur suppléant qui n'aura pas fait connaître ses motifs d'empêchement dans le délai fixé;

3° le président, l'assesseur ou l'assesseur suppléant qui, après avoir accepté ces fonctions, s'abstiendra sans cause légitime de les remplir.

Art. L4163-3 - Sera punie d'une amende de 50 à 200 euros toute personne qui aura par sa faute, son imprudence ou sa négligence compromis de quelque manière que ce soit la mission qui lui a été confiée.

Chapitre IV - Affichage électoral

Art. L4164-1 - § 1^{er} - Il est interdit d'apposer des inscriptions, des affiches, des reproductions picturales et photographiques et des tracts sur la voie publique et sur les arbres, plantations, panneaux, pignons, façades, murs, clôtures, supports, poteaux, bornes, ouvrages d'art, monuments et autres objets qui la bordent ou qui sont situés à proximité immédiate de la voie publique à des endroits autres que ceux déterminés pour les affichages par les autorités communales ou autorisés, au préalable et par écrit, par le propriétaire ou par celui qui en a la jouissance.

À cette fin, dès que la période électorale commence, le conseil communal met à la disposition des listes des emplacements réservés à l'apposition d'affiches électorales et assure une répartition équitable de ces emplacements entre les différentes listes. Le conseil communal fixe le nombre d'emplacements proportionnellement au nombre de listes de candidats en concurrence lors du dernier renouvellement intégral des conseils communaux, plus une unité.

Si le conseil communal n'a pas fixé de critères visant à assurer une répartition équitable des emplacements entre les différentes listes, la répartition s'opère le soixante et unième jour avant l'élection, en donnant la priorité aux listes complètes par rapport aux listes incomplètes.

§ 2 - Les infractions aux dispositions du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, sont punies d'un emprisonnement de huit jours à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros.

§ 3 - Pendant la période et aux heures fixées par le gouverneur de province ou le fonctionnaire qu'il désigne, de telles appositions sont également interdites aux endroits destinés à l'affichage par les autorités communales.

Chapitre V - Dépenses électorales

Art. L4165-1 - § 1^{er} - Sans préjudice de l'application de l'article L4131-5, sera passible de poursuites soit à l'initiative du procureur du Roi, soit sur plainte de toute personne justifiant d'un intérêt, et sera puni en conséquence d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement :

1° quiconque aura omis de déclarer ses dépenses électorales et/ou l'origine de ses fonds dans le délai fixé à l'article L4131-4;

2° quiconque aura sciemment fait des dépenses ou pris des engagements en matière de propagande électorale dépassant les montants maximaux prévus à l'article 3, § 2, de la loi du 7 juillet 1994

relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale;

3° quiconque aura contrevenu aux dispositions de l'article 7 de la loi du 7 juillet 1994 relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale pendant les trois mois qui précèdent les élections;

4° le candidat en tête de liste qui aura sciemment fait des dépenses ou pris des engagements en matière de propagande électorale dépassant les montants maximaux fixés à l'article 3, § 1^{er}, de la loi du 7 juillet 1994 relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des conseils provinciaux, communaux et de districts et pour l'élection directe des conseils de l'aide sociale;

5° le candidat placé en tête d'une liste ne disposant pas d'un numéro régional et d'un sigle protégé et qui engage des dépenses en vue de mener une campagne électorale au niveau national.

Les dénonciations anonymes ne seront pas prises en considération par le procureur du Roi.

§ 2 - Le délai pour l'exercice du droit d'initiative du procureur du Roi et l'introduction des plaintes en ce qui concerne les infractions visées au § 1^{er} expire le cent vingtième jour suivant l'élection.

Le procureur du Roi transmet à la Commission de contrôle une copie des plaintes à l'égard des candidats. Le procureur du Roi en transmet également copie aux personnes visées par la plainte. Les communications s'effectuent dans les huit jours du dépôt des plaintes. Le procureur du Roi avise la Commission de contrôle dans le même délai de sa décision d'engager des poursuites relatives aux faits visés au § 1^{er}.

§ 3 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne ayant déposé une plainte ou intenté une action qui s'avère non fondée et pour laquelle l'intention de nuire est établie.

§ 4 - Dans le cadre des poursuites prévues au § 1^{er}, le procureur du Roi peut demander, à un candidat déterminé, toute information concernant l'origine des fonds ayant servi au financement de sa campagne de propagande électorale.

Art. L4165-2 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne ayant introduit une réclamation en vertu de l'article L4131-5 qui s'avère non fondée et pour laquelle l'intention de nuire est établie.

Art. L4165-3 - Sera puni d'une amende de 26 à 100 000 euros celui qui, en violation des dispositions de l'article L4131-7, aura fait un don à un parti politique, à l'une de ses composantes, quelle que soit sa forme juridique, à une liste, à un candidat ou à un mandataire politique ou celui qui, en qualité de candidat ou de mandataire politique, aura accepté un don. Sera puni de la même peine celui qui, sans être candidat ou mandataire politique, aura accepté un tel don au nom et pour le compte d'un parti politique, d'une liste, d'un candidat ou d'un mandataire politique.

Le livre I^{er} du Code pénal, y compris le chapitre VII et l'article 85, est applicable à ces infractions.

Si le tribunal l'ordonne, le jugement peut être publié intégralement ou par extrait dans les journaux et hebdomadaires qu'il a désignés.

Chapitre VI - Témoins

Art. L4166-1 - Dans le cas mentionné à l'article L4134-5, alinéa 4, l'ordre d'expulsion et ses motifs sont consignés au procès-verbal et les délinquants seront punis d'une amende de 50 à 500 euros.

Chapitre VII - Candidatures

Art. L4167-1 - Est passible d'un emprisonnement de huit jours à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros le candidat acceptant qui contrevient aux interdictions mentionnées à l'article L4142-6, alinéas 1^{er} et 2.

Art. L4167-2 - Seront punis comme coupables de faux en écriture privée, ceux qui auront apposé la signature d'autrui ou de personnes supposées sur les actes de présentation de candidats, d'acceptation de candidatures ou de désignation de témoins.

Art. L4167-3 - Un candidat figure sur une seule liste.

Nul ne peut à la fois signer un acte demandant la protection d'un sigle ou logo et être candidat sur une liste utilisant un autre sigle ou logo protégé.

Est passible d'un emprisonnement de huit jours à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros le candidat qui contrevient aux interdictions mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2. Son nom est rayé de toutes les listes où il figure.

Art. L4167-4 - L'électeur qui contrevient à l'interdiction mentionnée à l'article L4142-4, § 4, est passible des peines édictées à l'article 202 du Code électoral.

Chapitre VIII - Vote, dépouillement et diverses opérations électorales

Art. L4168-1 - Quiconque n'étant ni membre du bureau de vote, ni témoin, ni électeur de la section, porteur de procuration ou accompagnant de celui-ci, ni expert désigné conformément à l'article L4141-2, ni fournisseur d'une assistance technique, entrera pendant les opérations électorales dans les locaux de vote, sera expulsé du local par ordre du président du bureau de vote ou de son délégué.

S'il résiste ou s'il entre à nouveau, il sera puni d'une amende de 50 à 500 euros.

Art. L4168-2 - Dans les cas mentionnés à l'article L4143-15, l'ordre d'expulsion est consigné au procès-verbal et les délinquants seront punis d'une amende de 50 à 500 euros.

Art. L4168-3 - § 1^{er} - Les électeurs qui se trouvent dans l'impossibilité de prendre part au scrutin peuvent faire connaître leurs motifs d'abstention au procureur du Roi, avec les justifications nécessaires.

§ 2 - Sont présumées se trouver dans l'impossibilité de prendre part au scrutin les personnes qui sont le jour des élections privées de leur liberté en vertu d'une décision judiciaire ou administrative.

Art. L4168-4 - Dans le cas mentionné à l'article L4168-3, § 1^{er}, il n'y a pas lieu à poursuite si le procureur du Roi admet le fondement de ces excuses.

Art. L4168-5 - Dans les huit jours de la proclamation des élus, le procureur du Roi dresse le relevé des électeurs qui n'ont pas pris part au vote et dont les excuses n'ont pas été admises.

Ces électeurs sont appelés par simple avertissement devant le tribunal de police et celui-ci statue sans appel, le ministère public entendu.

Art. L4168-6 - § 1^{er} - Une première absence non justifiée est punie, suivant les circonstances, d'une réprimande ou d'une amende de 5 à 10 euros.

En cas de récidive, l'amende sera de 10 à 25 euros.

Il ne sera pas prononcé de peine d'emprisonnement subsidiaire.

§ 2 - Sans préjudice des dispositions pénales précitées, si l'abstention non justifiée se produit au moins quatre fois dans un délai de quinze années, l'électeur est rayé des registres électoraux pour dix ans et pendant ce laps de temps, il ne peut recevoir aucune nomination, ni promotion, ni distinction, d'une autorité publique.

§ 3 - L'absence à une élection succédant à une absence à une élection de nature différente et réciproquement, ne constitue pas une récidive.

§ 4 - Le sursis à l'exécution des peines ne peut être ordonné.

§ 5 - La condamnation prononcée par défaut est sujette à opposition dans les six mois de la notification du jugement. L'opposition peut se faire par simple déclaration, sans frais, auprès de l'administration communale.

Art. L4168-7 - § 1^{er} - Est considéré comme atteinte au droit de vote le fait, pour déterminer un électeur à s'abstenir de voter ou pour influencer son vote, d'user à son égard de voies de fait, de violences ou de menaces, de lui faire craindre de perdre son emploi ou d'exposer à un dommage sa personne, sa famille ou sa fortune.

§ 2 - Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement quiconque aura commis l'atteinte mentionnée au § 1^{er}.

Art. L4168-8 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne qui, le jour de l'élection, aura causé du désordre, soit en acceptant, portant ou arborant un signe de ralliement, soit de toute autre manière.

Art. L4168-9 - Sera puni d'une amende de 500 à 3 000 euros tout président, assesseur ou secrétaire d'un bureau électoral ou tout témoin qui aura révélé le secret du vote.

Art. L4168-10 - § 1^{er} - Relèvent de la corruption électorale les actes et faits suivants exécutés, directement ou indirectement, sous la condition d'obtenir soit un suffrage, soit l'abstention de voter, soit la procuration prévue à l'article L4132-1, § 1^{er}, ou en subordonnant les avantages décrits au résultat de l'élection :

1° donner, offrir ou promettre, même sous forme de pari, soit de l'argent, des valeurs ou avantages quelconques, soit des secours;

2° faire l'offre ou la promesse d'emplois publics ou privés;

3° donner, offrir ou promettre, sous prétexte d'indemnité de voyage ou de séjour, une somme d'argent ou des valeurs quelconques;

4° donner, offrir ou promettre, à l'occasion d'une élection, des comestibles ou des boissons.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros ou d'une de ces peines seulement toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1^{er}.

Seront punis des mêmes peines ceux qui auront accepté les dons, les offres ou les promesses.

Seront punis des mêmes peines ceux qui auront fourni des fonds pour commettre les délits mentionnés au § 1^{er}, sachant la destination qu'ils devaient recevoir, ou qui auront donné mandat de faire, en leur nom, les offres, promesses ou menaces.

Le fonctionnaire public qui se rend coupable de l'un des délits mentionnés au § 1^{er} encourt le maximum de la peine. L'emprisonnement ainsi que l'amende pourront être portés au double.

Art. L4168-11 - § 1^{er} - Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à un mois et d'une amende de 50 à 500 euros tout membre ou employé d'un organisme public ou subventionné à objet social qui aura soit directement, soit indirectement offert, promis ou donné des secours permanents, temporaires ou extraordinaires à un ou plusieurs indigents, sous la condition d'obtenir un suffrage ou l'abstention de voter.

§ 2 - Il en sera de même desdits membres ou employés qui auront refusé ou suspendu tout octroi de ces secours par le motif que l'indigent n'aurait pas consenti à laisser influencer son vote ou à s'abstenir de voter.

§ 3 - Sera puni d'un emprisonnement de huit jours à trois mois quiconque réclamera des secours ou une augmentation de secours, sous la menace de voter dans un sens déterminé.

Art. L4168-12 - § 1^{er} - Relèvent de la fraude électorale les actes et faits suivants commis lors du vote ou du dépouillement du scrutin par un membre d'un bureau électoral :

1° altérer frauduleusement, soustraire ou ajouter des bulletins de vote;

2° inscrire sciemment au procès-verbal un nombre de bulletins ou de votes inférieur ou supérieur au nombre réel de ceux qu'il est chargé de compter.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende de 50 à 2 000 euros toute personne qui se rend coupable de l'un des délits mentionnés au § 1^{er}.

§ 3 - Sera puni des mêmes peines le témoin qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1^{er}.

§ 4 - Sera punie d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros toute autre personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1^{er}.

§ 5 - Les faits seront immédiatement mentionnés au procès-verbal.

Art. L4168-13 - La contrefaçon des bulletins électoraux est punie comme faux en écriture publique.

Art. L4168-14 - § 1^{er} - Relèvent de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

1° voter ou se présenter pour voter sous le nom d'un autre électeur, hormis les cas prévus à l'article L4132-1, § 1^{er};

2° distraire ou retenir un ou plusieurs bulletins de vote.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1^{er}.

Art. L4168-15 - § 1^{er} - Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

1° donner procuration en application de l'article L4132-1, § 1^{er}, en l'absence des conditions requises à cet effet;

2° ayant donné procuration, laisser voter son porteur de procuration malgré l'absence, au moment du vote, des conditions prévues à l'article L4132-1, § 1^{er};

3° voter sciemment au nom de son mandant alors que celui-ci était décédé, ou alors qu'il était possible au mandant d'exercer lui-même son droit de vote;

4° accepter ou donner plusieurs mandats en application de l'article L4132-1, § 1^{er}.

§ 2 - Sera punie d'une amende de 26 à 1 000 euros toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1^{er}.

Art. L4168-16 - § 1^{er} - Relèvent également de la captation des suffrages les faits suivants, commis par un électeur :

1° voter dans un local de vote en violation du prescrit des articles L4122-1, § 2, et L4124-1, § 5, alinéa 2;

2° voter successivement, le même jour, dans deux ou plusieurs locaux de vote de la même commune ou dans des communes différentes, fût-il inscrit sur les registres électoraux de ces différentes communes ou locaux.

§ 2 - Sera punie d'un emprisonnement de huit à quinze jours ou d'une amende de 26 à 200 euros toute personne qui se rend coupable des délits mentionnés au § 1^{er}.

Art. L4168-17 - Seront punis d'un emprisonnement de quinze jours à un an et d'une amende de 26 à 1 000 euros ceux qui, par attroupement, violences ou menaces, auront empêché un ou plusieurs citoyens d'exercer leurs droits politiques.

Art. L4168-18 - Sera puni d'un emprisonnement de quinze jours à un mois et d'une amende de 26 à 500 euros quiconque aura engagé, réuni ou aposté des individus, même non armés, de manière à intimider les électeurs ou à troubler l'ordre.

Seront punis d'un emprisonnement de huit à quinze jours et d'une amende de 26 à 200 euros ceux qui auront fait partie sciemment de bandes ou groupes ainsi organisés.

Art. L4168-19 - Sera punie d'un emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende de 200 à 2 000 euros toute irruption dans un bâtiment électoral, consommée ou tentée avec violence, en vue d'entraver les opérations électorales.

Si les coupables étaient porteurs d'armes, ils seront condamnés à un emprisonnement d'un à trois ans et à une amende de 500 à 3 000 euros.

Art. L4168-20 - Seront punis d'un emprisonnement de quinze jours à un an et d'une amende de 100 à 1 000 euros les électeurs d'une section qui, pendant le scrutin, se sont rendus coupables d'outrages ou de violences, soit envers le bureau de vote, soit envers l'un de ses membres, soit envers l'un des témoins, ou qui, par voies de fait ou menaces, auront retardé ou empêché les opérations électorales.

Si les coupables étaient porteurs d'armes, ils seront condamnés à un emprisonnement de trois mois à deux ans.

Art. L4168-21 - Si, à l'occasion des faits décrits aux articles L4168-18 à L4168-20, le scrutin a été violé, le maximum des peines visées à ces articles sera prononcé et elles pourront être portées au double.

Si les coupables étaient porteurs d'armes, ils seront condamnés à la réclusion de cinq à dix ans et à une amende de 3 000 à 5 000 euros.

Si ces faits ont été commis par des bandes ou des groupes organisés mentionnés à l'article L4168-18, ceux qui auront engagé, réuni ou aposté les individus qui en auront fait partie seront punis d'un emprisonnement d'un mois à un an et d'une amende de 100 à 1 000 euros.

Art. L4168-22 - Seront punis comme auteurs ceux qui auront directement provoqué à commettre les faits décrits aux articles L4168-18 à L4168-20, soit par dons, promesses, menaces, abus d'autorité ou de pouvoir, machinations ou artifices coupables, soit par des discours tenus ou des cris proférés dans des réunions ou des lieux publics, soit par des placards affichés, soit par des écrits imprimés ou non, et vendus ou distribués.

Si les provocations n'ont été suivies d'aucun effet, leurs auteurs seront punis d'un emprisonnement d'un mois à six mois et d'une amende de 50 à 500 euros.

Art. L4168-23 - Sera punie d'une amende de 50 à 500 euros toute personne ayant introduit une réclamation au sens des articles L4146-5 et suivants qui s'avère non fondée et pour laquelle l'intention de nuire est établie.

Art. L4168-24 - Dans le cas mentionné à l'article L4141-2, § 4, toute violation du secret sera sanctionnée, conformément à l'article 458 du Code pénal. »

Art. 118 – Dans la quatrième partie du même Code, le livre II, comportant les articles L4211-1 à L4261-7, modifié par les décrets de la Région wallonne des 1^{er} juin et 19 juillet 2006 et le décret du 21 novembre 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Livre II - Système de vote électronique avec preuve papier

Titre I^{er} - Champ d'application

Chapitre unique

Art. L4211-1 - Le Gouvernement peut décider que, pour les communes de la région de langue allemande, il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier lors des élections communales.

Art. L4211-2 - Les dispositions du présent livre ne sont pas applicables lorsque les élections communales et provinciales sont organisées conjointement par les autorités compétentes respectives conformément à l'article L4111-2, alinéa 1^{er}.

Titre II - Opérations électorales

Chapitre 1^{er} - Dispositions générales

Art. L4221-1 - § 1^{er} - Un système de vote électronique avec preuve papier comprend, par bureau de vote :

1° une urne électronique avec un scanner et un système d'obturation automatique de la fente de l'urne;

2° plusieurs ordinateurs de vote équipés chacun d'un écran de visualisation tactile, d'une imprimante de bulletins de vote et d'un lecteur de cartes à puce;

3° un ordinateur pour le président, avec une unité pour initialiser les cartes à puce;

4° un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur;

5° des cartes à puce.

Chaque isoloir est équipé d'un ordinateur de vote.

Dans chaque bureau de vote, au moins un des isoloirs, équipé d'un ordinateur de vote, dispose également d'un lecteur de code-barres pour la visualisation du contenu du code-barres par l'électeur.

Chaque bureau de vote comporte une zone d'attente située à au moins un mètre de l'urne.

En outre, chaque bureau communal dispose d'un ou de plusieurs systèmes électroniques de totalisation des votes émis dans les bureaux de vote qui relèvent de son ressort.

§ 2 - Le Gouvernement fixe les règles de présentation des listes et des candidats sur les écrans des ordinateurs de vote.

§ 3 - Les systèmes de vote électronique avec preuve papier, les systèmes électroniques de totalisation des votes et les logiciels électoraux mentionnés à l'article L4224-1 ne peuvent être utilisés que s'ils sont conformes aux conditions générales d'agrément déterminées par le Gouvernement, qui garantissent en tout cas la fiabilité et la sécurité des systèmes, ainsi que le secret du vote.

Le Gouvernement, sur l'avis de l'organisme agréé à cette fin par lui, constate cette conformité.

L'avis de l'organisme agréé est rendu public.

Art. L4221-2 - § 1^{er} - Les modalités d'achat du système visé à l'article L4221-1, § 1^{er}, ainsi que de son entretien et de sa conservation sont fixées par le Gouvernement.

Le Gouvernement fixe, le cas échéant avec les communes concernées, les modalités relatives à l'achat ainsi qu'à l'entretien et à la conservation des systèmes électroniques de totalisation.

§ 2 - Les logiciels électoraux, les codes de sécurité, les cartes à puce, le papier électoral spécifique nécessaire pour l'impression des bulletins de vote et les supports de mémoire sont fournis par le Gouvernement ou son délégué lors de chaque élection.

Chapitre 2 - Système de vote électronique avec preuve papier

Art. L4222-1 - Chaque isoloir du bureau de vote est équipé d'un ordinateur de vote.

Art. L4222-2 - § 1^{er} - Avant de se rendre dans l'isoloir, l'électeur reçoit du président du bureau de vote ou de l'assesseur que ce dernier désigne, une carte à puce que le président ou l'assesseur aura préalablement initialisée et qui permet de voter une seule fois par élection pour laquelle l'électeur est convoqué.

§ 2 - Pour exprimer son vote, l'électeur introduit d'abord la carte à puce dans le lecteur prévu à cet effet, présent dans l'ordinateur de vote installé dans l'isoloir.

Le Gouvernement fixe l'ordre dans lequel les votes doivent être exprimés.

Lorsque les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, laissent à l'électeur le choix de la langue pour les opérations de vote, il est d'abord invité à accomplir ce choix; celui-ci est, après confirmation, définitif pour l'ensemble des opérations de vote.

§ 3 - Dans tous les cas, l'écran de visualisation affiche le numéro d'ordre et le sigle de toutes les listes de candidats.

L'électeur indique la liste de son choix par effleurement sur l'écran de visualisation tactile. Il peut également indiquer par un vote blanc qu'il ne désire apporter son vote à aucune des listes présentées.

Après que l'électeur a choisi une liste, l'écran de visualisation affiche, pour cette liste, les nom et prénoms des candidats, précédés d'un numéro d'ordre.

L'électeur exprime son vote par effleurement sur l'écran de visualisation tactile :

- 1° dans la case placée en tête de liste, s'il adhère à l'ordre de présentation des candidats;
- 2° dans les cases placées en regard d'un ou de plusieurs candidats de la même liste.

§ 4 - Après que l'électeur a exprimé son vote conformément au § 3, il est invité à le confirmer. Cette confirmation clôt le vote de l'électeur pour l'élection considérée. Tant que le vote n'est pas confirmé, l'électeur peut recommencer l'opération de vote.

§ 5 - Le cas échéant, l'électeur est invité ensuite, par une information apparaissant sur l'écran de visualisation, à voter selon la même procédure pour l'élection suivante.

Art. L4222-3 - § 1^{er} - Lorsque l'électeur a voté pour l'ensemble des élections, un bulletin de vote est imprimé et mis à la disposition de celui-ci.

§ 2 - Au sein d'une même circonscription électorale, quel que soit le vote de l'électeur, les dimensions du bulletin de vote imprimé doivent être identiques.

Le Gouvernement détermine ces dimensions pour chaque circonscription électorale ainsi que les mentions imprimées sur le bulletin de vote.

§ 3 - Le bulletin de vote imprimé comporte deux parties :

- 1° une partie indiquant, sous forme d'un code-barres bidimensionnel, le vote émis par l'électeur;
- 2° une partie indiquant sous forme écrite, pour chaque type d'élection le cas échéant, le vote émis par l'électeur.

La partie écrite du bulletin de vote imprimé sert uniquement à des fins de contrôle et d'audit.

§ 4 - L'électeur plie ensuite régulièrement et soigneusement son bulletin de vote en deux parties, face imprimée vers l'intérieur afin de préserver le secret du vote.

Le bureau de vote veille à ce que le secret du vote soit respecté.

§ 5 - L'électeur retire la carte à puce du lecteur prévu à cet effet. Ni l'ordinateur de vote, ni la carte à puce ne conservent des données concernant le vote émis.

Art. L4222-4 - L'électeur a la possibilité de lire sur un écran, au moyen d'un lecteur spécifique mis à sa disposition, le code-barres mentionné à l'article L4222-3, § 3, 1°. Il voit ainsi si le contenu de ce code-barres correspond au vote qu'il a émis sur l'écran pour chaque élection et qui est repris sous forme écrite sur le bulletin de vote.

La visualisation se fait dans l'ordre selon lequel les votes ont été émis. Lors de cette visualisation, l'électeur ne peut plus modifier son vote.

Art. L4222-5 - L'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire accompagner d'un guide ou d'un soutien de son choix, selon les modalités fixées au livre I^{er}, titre III, chapitre III, de la présente partie du Code.

À défaut d'avoir opté pour un accompagnant de son choix, l'électeur qui éprouve des difficultés à exprimer son vote peut se faire assister par le président ou par un autre membre du bureau de vote désigné par lui, à l'exclusion de témoins ou de toute autre personne.

Si le président ou un autre membre du bureau de vote conteste la réalité de ces difficultés, le bureau électoral statue et sa décision motivée est inscrite au procès-verbal.

Art. L4222-6 - § 1^{er} - Après qu'il a exprimé son vote, l'électeur sort de l'isoloir et se dirige vers l'urne avec son bulletin de vote toujours plié en deux ainsi que mentionné à l'article L4222-3, § 4, alinéa 1^{er}.

Si un autre électeur est déjà présent devant l'urne afin d'y enregistrer son bulletin de vote, l'électeur doit patienter dans la zone d'attente visée à l'article L4221-1, § 1^{er}, alinéa 4.

L'électeur remet ensuite la carte à puce au président du bureau de vote ou à l'assesseur désigné par lui, scanne le code-barres de son bulletin de vote et insère ce bulletin dans la fente de l'urne après ouverture du système d'obturation automatique de celle-ci.

§ 2 - Le bulletin de vote est annulé :

1° si l'électeur déplie son bulletin de vote en sortant de l'isoloir, de manière à faire connaître le vote qu'il a émis;

2° si l'électeur a apporté extérieurement des marques ou des inscriptions sur son bulletin de vote;

3° si, à la suite d'une mauvaise manipulation ou de toute autre manœuvre involontaire, l'électeur a détérioré le bulletin de vote qui lui a été remis;

4° si, pour une raison technique quelconque, l'impression du bulletin de vote s'est révélée impossible totalement ou en partie;

5° si, lors d'une visualisation par l'électeur à l'écran du contenu du code-barres conformément à l'article L4222-4, celui-ci constate une différence entre cette visualisation apparaissant à l'écran et la mention du vote émis telle qu'imprimée sur le bulletin de vote;

6° si la lecture du code-barres par l'urne électronique n'est pas possible.

Dans les cas visés à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, l'annulation peut être prononcée après une décision du bureau de vote en ce sens.

Dans les cas visés aux alinéas précédents, l'électeur est invité à recommencer son vote au moyen d'une nouvelle carte à puce. De même, si un électeur a détérioré, avant son vote, par inadvertance la carte à puce qui lui a été remise, il lui est fourni une nouvelle carte à puce.

Le président inscrit sur les bulletins pliés repris en exécution de l'alinéa 1^{er} la mention "Bulletin repris" et y ajoute son paraphe.

Art. L4222-7 - À l'issue du scrutin, le président du bureau de vote rend l'appareil de vote inopérant pour des votes ultérieurs. Les données relatives au vote sont toujours enregistrées sur deux supports de mémoire.

Les bulletins de vote sont ensuite placés dans une enveloppe (ou dans un format correspondant adapté) qui est scellée. Cette enveloppe porte en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et de la circonscription électorale. Elle porte au verso la signature du président, des membres du bureau de vote et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Les données relatives au vote d'un bureau de vote donné ne peuvent être divulguées.

Art. L4222-8 - Les supports de mémoire sont placés dans une enveloppe portant en suscription la mention du contenu, la date de l'élection, l'identification du bureau de vote et de la circonscription

électorale. L'enveloppe est scellée et porte au verso la signature du président, des membres du bureau de vote et, s'ils en formulent le souhait, des témoins.

Art. L4222-9 - Le procès-verbal du bureau de vote est rédigé séance tenante. Il mentionne par élection le nombre de votes enregistrés, le nombre d'électeurs présents et le nombre de bulletins de vote repris en vertu de l'article L4222-6, § 2.

Sont également mentionnés au procès-verbal, le cas échéant, les difficultés et incidents survenus au cours des opérations de vote. Les bulletins de vote repris en vertu de l'article L4222-6, § 2, d'une part, et les bulletins de vote visés à l'article L4223-2, alinéa 1^{er}, 3°, émis à titre de test par le président ou les membres du bureau de vote avant l'ouverture du bureau aux électeurs, d'autre part, sont placés dans des enveloppes scellées distinctes qui sont jointes au procès-verbal.

Les cartes à puce ainsi que le papier électoral encore présent dans les imprimantes de vote ou non utilisé sont placés dans une enveloppe scellée qui est remise par le président du bureau de vote à un responsable désigné par le collège communal de la commune. Cette dernière action peut se dérouler avec l'aide de ce responsable.

Art. L4222-10 - Le procès-verbal et les enveloppes annexées, l'enveloppe contenant les bulletins de vote trouvés dans l'urne ainsi que les supports de mémoire sont remis sans délai par le président du bureau de vote, contre récépissé, au président du bureau communal ou à un assesseur désigné par lui.

Les cartes à puce ainsi que le papier électoral récupéré dans les imprimantes ou non utilisé sont conservés dans les locaux de l'administration communale, avec indication de leur origine. Les bulletins de vote trouvés dans l'urne, les bulletins de vote repris en vertu de l'article L4222-6, § 2, les bulletins de vote émis à titre de test par le président ou les membres du bureau de vote avant l'ouverture du bureau, et les supports de mémoire utilisés sont conservés au greffe du tribunal de première instance, avec indication de leur origine, aussi longtemps que l'élection n'est pas définitivement validée ou annulée.

Chapitre 3 - Dispositions particulières pour le vote

Art. L4223-1 - Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier :

1° par dérogation à l'article L4123-1, § 1^{er}, le Gouvernement peut augmenter le nombre d'électeurs par section de vote, sans toutefois dépasser la limite de deux mille électeurs;

2° par dérogation à l'article L4143-3, § 1^{er}, le Gouvernement peut augmenter le nombre maximum d'électeurs par isoloir, sans dépasser la limite de trois cents électeurs;

3° par dérogation à l'article L4125-1, § 1^{er}, les bureaux de vote comprennent, outre le président et le secrétaire, cinq assesseurs et cinq assesseurs suppléants ainsi que, si le président en fait la demande, un secrétaire-adjoint justifiant d'une expérience en informatique;

4° par dérogation à l'article L4143-20, § 1^{er}, les heures d'ouverture des bureaux de vote sont prolongées jusqu'à 15 heures.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°, les dispositions des articles L4143-6 et L4168-9 sont applicables au secrétaire-adjoint.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, 3°, les instructions aux électeurs sont adaptées. Les jetons de présence du président et des autres membres de ces bureaux de vote sont majorés de 50 pour cent.

Art. L4223-2 - Dans les bureaux de vote où il est fait usage d'un système de vote électronique avec preuve papier, préalablement à l'ouverture du bureau de vote aux électeurs, il est procédé aux opérations suivantes :

1° le président vérifie que le bac de l'urne destiné à contenir les bulletins de vote émis par les ordinateurs de vote est vide et scelle l'urne;

2° le président vérifie que le compteur de nombre des votes enregistrés se trouve à zéro;

3° le président et les membres du bureau de vote émettent leur vote en veillant à utiliser au moins une fois chaque ordinateur de vote. Ils vérifient ensuite le contenu de leur bulletin de vote imprimé avec le lecteur de code-barres, mentionné à l'article L4221-1, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, qui est présent dans l'un des isolements. Une fois la vérification effectuée avec succès, ils scannent leur bulletin de vote au moyen de l'urne électronique conformément à l'article L4222-6, § 1^{er}, et insèrent ledit bulletin dans la fente de l'urne. La réalisation de cette opération et les observations sont consignées au procès-verbal.

Chapitre 4 - Opérations préalables à l'élection

Art. L4224-1 - § 1^{er} - Le Gouvernement ou la personne désignée par lui élabore les logiciels électoraux destinés aux bureaux communaux et aux bureaux de vote.

Dans la semaine qui suit le jour des élections, les logiciels électoraux sont publiés sur le site internet de la Communauté germanophone. Cette publication, qui ne comprend pas les éléments de sécurité, reste disponible pendant six mois à la suite des élections.

§ 2 - Le Gouvernement ou la personne désignée par lui élabore et fournit aux présidents des bureaux communaux un logiciel pour exécuter les opérations d'encodage numérique mentionnées à l'article L4141-3.

Art. L4224-2 - § 1^{er} - Dès l'arrêt définitif des listes de candidats, ou en cas d'appel, dès que le bureau a pris connaissance de la décision de la cour d'appel ou du Conseil d'État, le président du bureau communal transmet, par voie numérique, ces listes et le numéro qui leur a été attribué au Gouvernement ou à la personne désignée par lui.

§ 2 - Les documents reproduisant l'ensemble des numéros d'ordre et sigles des listes présentées et les listes de candidats, tels que le logiciel les fera apparaître à l'écran de visualisation, sont soumis à l'approbation du président du bureau communal. Celui-ci vérifie la concordance de ces documents avec le procès-verbal d'arrêt définitif des listes de candidats. Chaque président valide les documents après avoir fait procéder, le cas échéant, aux corrections nécessaires et retourne les documents validés au Gouvernement concerné ou à la personne désignée par lui.

Le Gouvernement ou la personne désignée par lui fait établir les supports de mémoire destinés à la totalisation des votes par les bureaux communaux ainsi que les supports de mémoire destinés aux bureaux de vote.

§ 3 - Le Gouvernement ou la personne désignée par lui place les supports de mémoire dans une enveloppe scellée et les remet, contre récépissé, aux présidents des bureaux communaux au moins trois jours avant l'élection. Chaque enveloppe porte en suscription l'identification du bureau correspondant. Une enveloppe scellée distincte par bureau et remise également contre récépissé aux présidents des bureaux communaux contient les éléments de sécurité nécessaires pour l'utilisation des supports de mémoire.

La veille de l'élection, le président du bureau communal remet à chaque président de bureau de vote de son ressort, contre récépissé, les enveloppes qui le concernent.

Chapitre 5 - Opérations de totalisation des votes

Art. L4225-1 - Le président du bureau communal procède, dès réception des supports de mémoire provenant du bureau de vote, à l'enregistrement du support de mémoire sur le support de mémoire destiné à la totalisation des votes. L'enregistrement des supports de mémoire et la totalisation des votes sont effectués au moyen du logiciel mentionné à l'article L4141-1.

Si l'enregistrement au moyen du support de mémoire se révèle impossible, le président du bureau communal recommence l'opération d'enregistrement au moyen du second support de mémoire.

Si cette opération se révèle également impossible, le président du bureau communal requiert de la commune concernée la fourniture d'une urne électronique et d'un ordinateur de président, visés à l'article L4221-1. Il procède à un enregistrement complet, au moyen du lecteur de l'urne, du code-barres présent sur chaque bulletin de vote placé dans l'enveloppe mentionnée à l'article L4222-7, § 1^{er}, alinéa 2.

L'enregistrement du bureau de vote terminé, le président replace les bulletins dans l'enveloppe mentionnée à l'article L4222-7, § 1^{er}, alinéa 2, et scelle à nouveau celle-ci. Il procède ensuite à l'enregistrement du nouveau support de mémoire ainsi constitué.

Art. L4225-2 - La proclamation par le président du bureau communal de résultats partiels obtenus par les listes peut intervenir après l'enregistrement d'au moins dix bureaux de vote et par la suite de dix bureaux de vote supplémentaires et ainsi de suite jusqu'à enregistrement de tous les bureaux de vote.

Art. L4225-3 - Lorsque les résultats de tous les bureaux de vote ont été enregistrés et totalisés, le président du bureau communal procède à l'impression du procès-verbal et du tableau de recensement des votes dont les modèles sont fixés par le Gouvernement.

Art. L4225-4 - § 1^{er} - Le procès-verbal et le tableau de recensement des votes, signés par le président, les autres membres du bureau communal et les témoins, sont placés sous enveloppe scellée dont la suscription indique le contenu.

Cette enveloppe ainsi que celles contenant les procès-verbaux des bureaux de vote sont réunies en un paquet scellé que le président du bureau communal fait parvenir, dans les vingt-quatre heures, au Gouvernement ou à la personne désignée par lui.

§ 2 - Les supports de mémoire provenant des bureaux de vote ainsi que ceux utilisés par le bureau communal pour la totalisation des votes sont remis, contre accusé de réception, à la personne désignée par le Gouvernement dès que l'élection est définitivement validée ou annulée. Cette personne procède à l'effacement des supports de mémoire et constate par écrit que cet effacement a été effectué.

§ 3 - Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote trouvés dans les urnes, conservés au greffe du tribunal de première instance, sont détruits.

§ 4 - Dès que l'élection a été définitivement validée ou annulée, les bulletins de vote repris ainsi que ceux émis à titre de test, conservés au greffe du tribunal de première instance, sont détruits.

Titre III - Dispositions finales

Art. L4231-1 - La contrefaçon des supports de mémoire, des bulletins de vote et des cartes à puce est punie comme faux en écritures publiques.

Art. L4231-2 - L'article L4168-12 s'applique à l'altération frauduleuse des systèmes de vote et de totalisation ainsi que des supports de mémoire, des cartes à puce et des bulletins de vote.

Art. L4231-3 - Les articles L4161-1 à L4161-4 sont applicables aux infractions mentionnées aux articles L4231-1 et L4231-2.

Art. L4231-4 - Les articles L4112-8, alinéas 3 et 4, L4112-9, alinéa 2, L4112-18, L4112-19, § 1^{er}, L4125-1, § 3, alinéa 4, L4125-12 à 15, L4142-38, L4142-39, L4142-41, L4143-1, L4143-7, L4143-12, L4143-13, L4143-21, L4143-22, L4143-24, L4143-27, L4143-28, L4144-1 à 13, L4145-1, L4145-2, L4145-3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et L4168-13 ne sont pas applicables aux circonscriptions électorales mentionnées dans le Code.

Art. L4231-5 - Les articles L4112-23, 4^o, L4125-1 § 3, alinéa 1^{er}, L4125-5, §§ 1^{er}, 2, 3, 5 et 7, L4126-1, L4134-1, §§ 3 et 4, L4143-14 et L4163-2 sont applicables aux circonscriptions électorales mentionnées dans le Code, pour autant qu'ils ne concernent pas les bureaux de dépouillement.

Art. L4231-6 - Pour l'application du présent livre, dans les articles L4112-5, alinéa 1^{er}, L4142-4, § 5, alinéa 3, L4142-26, § 1^{er}, L4142-36, § 1^{er}, alinéa 2, et L4142-37, §§ 1^{er} et 3, toute référence aux bulletins de vote doit s'entendre comme une référence à l'écran de visualisation de l'ordinateur de vote.

Art. L4131-7 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4112-9, alinéa 1^{er}, de remplacer les mots « les urnes, les crayons » par les mots « les systèmes de vote électronique avec preuve papier ».

Art. L4131-8 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4112-21, § 1^{er}, de remplacer les mots « dans les bureaux de dépouillement » par les mots « lors de la totalisation ».

Dans l'article L4112-21, § 2, il y a lieu de remplacer les mots « par tous les bureaux de dépouillement d'une circonscription » par les mots « dans l'ensemble d'une circonscription électorale ».

Art. L4131-9 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4112-26, 4^o, de remplacer les mots « bulletins de vote » par le mot « votes ».

Art. L4131-10 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4125-1, § 3, alinéa 2, de remplacer les mots « établissent les bulletins de vote et les font imprimer » par les mots « déterminent la présentation des listes de candidats sur les écrans des ordinateurs de vote et font établir les supports de mémoire en conséquence ».

Art. L4131-11 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4143-8, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, de remplacer les mots « pendant le temps nécessaire pour formuler le vote et déposer les bulletins » par les mots « pendant le temps nécessaire pour voter ».

Art. L4131-12 - Pour l'application du présent livre, il y a lieu, dans l'article L4145-3, § 1^{er}, alinéa 2, de remplacer les mots « bulletins » par le mot « votes », et les mots « article L4144-8, § 2 » par les mots « article L4225-3 ».

Art. L4131-13 - Le Gouvernement adapte les instructions pour l'électeur concernant les élections au niveau des collèges électoraux communaux. »

Chapitre 2 - Modification du décret communal du 23 avril 2018

Art. 119 – À l'article 18, § 1^{er}, alinéa 2, du décret communal du 23 avril 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° un tiret rédigé comme suit est inséré entre le quatrième tiret et le cinquième tiret, qui devient le sixième tiret :

« - l'organisation de séances du conseil virtuelles ou hybrides conformément à l'article 21.1 ainsi que leur retransmission audiovisuelle simultanée conformément à l'article 27; »

2° un tiret rédigé comme suit est inséré après le dixième tiret, qui devient le onzième tiret :

« - l'organisation de séances du collège virtuelles ou hybrides conformément à l'article 57.1. »

Art. 120 – L'article 20 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'article 21.1, les séances du conseil se tiennent en présentiel. »

Art. 121 – Dans le même décret, il est inséré un article 21.1 rédigé comme suit :

« *Art. 21.1 - Séances virtuelles et hybrides*

§ 1^{er} - Dans des circonstances exceptionnelles où une séance en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres ou pour le public, le président peut décider de tenir la séance du conseil comme suit :

1° sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;

2° sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur règle les modalités d'application du § 1^{er}. »

Art. 122 – Dans l'article 24, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, deuxième phrase, du même décret, les mots « ou, dans le cas mentionné à l'article 21.1, exclusion de la vidéoconférence » sont insérés entre les mots « à l'ins-tant de la salle » et les mots « tout individu ».

Art. 123 – L'article 27 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, dans le cas mentionné à l'article 21.1, l'accès au lieu de la séance est refusé au public pour des raisons de sécurité ou de santé, une retransmission audiovisuelle simultanée de la séance doit être assurée sur le site internet de la commune. »

Art. 124 – L'article 31 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il est procédé à un scrutin secret dans le cas mentionné à l'article 21.1. »

Art. 125 – Dans l'article 37 du même décret, il est inséré un alinéa rédigé comme suit entre l'ali-néa 2 et l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Les séances des commissions se tiennent en présentiel, sauf dans les circonstances exception-nelles mentionnées à l'article 21.1. Dans ce cas, les dispositions dudit article s'appliquent mutatis mu-tandis. »

Art. 126 – Dans l'article 57 du même décret, il est inséré un alinéa rédigé comme suit entre l'ali-néa 1^{er} et l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Sans préjudice de l'article 57.1, les séances du collège se tiennent en présentiel. »

Art. 127 – Dans le même décret, il est inséré un article 57.1 rédigé comme suit :

« Art. 57.1 - Séances virtuelles et hybrides

§ 1^{er} - Dans des circonstances exceptionnelles où une séance en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres, ou pour 20 % au plus des séances tenues chaque année, le président peut décider de tenir la séance du collège comme suit :

- 1° sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;
- 2° sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur règle les modalités d'application du § 1^{er}. »

Art. 128 – Dans le même décret, il est inséré un article 156.1 rédigé comme suit :

« Art. 156.1 - Séances virtuelles et hybrides

§ 1^{er} - Dans des circonstances exceptionnelles où une séance en présentiel s'avère impossible ou dangereuse pour des raisons de sécurité ou de santé pour un ou plusieurs membres, ou pour 20 % au plus des séances tenues chaque année, le président du conseil d'administration ou, selon le cas, l'administrateur délégué peut décider de tenir la séance du conseil d'administration ou, selon le cas, du comité de direction comme suit :

- 1° sous forme virtuelle, tous les membres se réunissant exclusivement par vidéoconférence;
- 2° sous forme hybride, les membres se réunissant en partie en présentiel et en partie par vidéoconférence.

Le Gouvernement peut déterminer les conditions minimales dans lesquelles il peut être recouru aux possibilités mentionnées dans le présent paragraphe.

§ 2 - Le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration règle les modalités d'application du § 1^{er}. »

Chapitre 3 - Entrée en vigueur

Art. 129 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH